

Soziale Marktwirtschaft in Japan

Soziale Marktwirtschaft in Japan

Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik
in japanischen Medien 2007-2009

Dr. Martin S. POHL



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

Vorwort	07
----------------	-----------

Hauptteil I	09
--------------------	-----------

1. Einleitung	11
----------------------	-----------

2. Arbeitsmarkt	12
------------------------	-----------

2.1. Veränderungen	13
--------------------	----

2.2. Arbeitslosigkeit	18
-----------------------	----

2.3. Gesellschaftliche Aspekte	19
--------------------------------	----

2.4. Kurzarbeitergeld	21
-----------------------	----

3. Sozialpartner	25
-------------------------	-----------

3.1. Gewerkschaftsdachverbände	25
--------------------------------	----

3.2. Arbeitgeberdachverbände	28
------------------------------	----

3.3. Lohnverhandlungen	31
------------------------	----

4. Bevölkerungspolitik	33
-------------------------------	-----------

4.1. Demographie	33
------------------	----

4.2. Migration	38
----------------	----

5. Soziale Sicherungssysteme	42
5.1. Gesundheit	44
5.2. Rente	55
5.3. Pflege	62
6. Exkurs: Arbeitsmarktpolitische Konjunkturprogramme	71
Hauptteil II	77
Berichte 2009	79
Berichte 2008	160
Berichte 2007	249

Wegen Wechselkursschwankungen werden alle geldwerten Angaben in der Landeswahrung ‚Yen‘ angegeben. Der Kurs schwankte im Berichtszeitraum 2007-2009 zwischen 170 und 110 Yen je Euro.

Vorwort

Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung mit einer freien Marktwirtschaft beruhend auf sozialen Prinzipien. In Gesprächen mit Japanern ruft das Verblüffung hervor: Eine Marktwirtschaft mit sozialen Prinzipien – wie soll das gehen? Ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst? Ein anderer Ausdruck für soziale Marktwirtschaft ist Ordo-Liberalismus. Dieser Terminus ist in Japan sehr viel verständlicher und bot mir die Basis für spannende Diskussionen. Diese Gespräche bildeten die Motivation, japanische Medien über einen Zeitraum von drei Jahren, 2007 - 2009, hinsichtlich Arbeits- und Gesundheitspolitik auszuwerten.

Hat Japan eine ordo-liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur? Zweifellos gibt es bemerkenswerte Ähnlichkeiten. Deren erste Grundlagen wurden in Japan bereits vor dessen Öffnung im Jahr 1854 gelegt, einem Zeitpunkt, zu dem in Deutschland das gedankliche Konzept des Ordo-Liberalismus noch nicht gelegt war.

Die Medienauswertungen fokussieren sich auf wichtige Ausschnitte der japanischen Arbeits- und Gesundheitspolitik. Ausgewählte Fakten zum japanischen Arbeitsmarkt sowie der Sozialversicherungen leiten zur Themenstellung hin. Ziel der Medienauswertung ist es, den Leser an die Arbeits- und Gesundheitspolitik im Zeitablauf heranzuführen und dadurch eine Sensibilität für japanisches Politikhandeln zu erlesen. Zielgruppe des Buches sind neben Wissenschaftlern vor allem Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik.

Ohne die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Seoul, vertreten durch Herrn Dr. Colin Duerkop, wäre die Veröffentlichung dieses Buches nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank!

Tsukuba, den 10. Februar 2011

Dr. Martin Pohl, Associate Professor, Universität Tsukuba, Japan

Hauptteil I

1. Einleitung

2. Arbeitsmarkt

- 2.1. Veränderungen
- 2.2. Arbeitslosigkeit
- 2.3. Gesellschaftliche Aspekte
- 2.4. Kurzarbeitergeld

3. Sozialpartner

- 3.1. Gewerkschaftsdachverbände
- 3.2. Arbeitgeberdachverbände
- 3.3. Lohnverhandlungen

4. Bevölkerungspolitik

- 4.1. Demographie
- 4.2. Migration

5. Soziale Sicherungssysteme

- 5.1. Gesundheit
- 5.2. Rente
- 5.3. Pflege

6. Exkurs: Arbeitsmarktpolitische Konjunkturprogramme

Hauptteil I

1. Einleitung

Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik spielten in Japan in den drei Jahren 2007 – 2009 innenpolitisch eine wichtige Rolle. Skandale in diesen Politikfeldern führten zu einem schleichenden, kontinuierlichen Vertrauensverlust der Liberaldemokratischen Partei (LDP) bei der Bevölkerung. Daran konnten mehrere Premierminister nichts ändern.

Shinzo ABE wurde am 26. September 2006 als Nachfolger von Junichiro KOIZUMI als Regierungschef gewählt. Mit seiner Wahl begann eine Serie von Premierministern, die sich weniger als ein Jahr im Amt halten konnten. Er selbst trat am 12. September 2007 zurück, um durch Yasuo FUKUDA ersetzt zu werden. Dieser wurde am 26. September 2007 Premierminister, um am 01. September 2008 seinen Rücktritt zu erklären. Am 24. September 2008 wurde Taro ASO Premierminister. Nach den verlorenen Unterhauswahlen – ein politisches Erdbeben in Japan nach fast 50-jähriger ununterbrochener Regierungszeit der LDP - am 30. August 2009 trat Aso sofort zurück. Am 16. September 2009 wurde Yukio HATOYAMA von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) zum Premierminister gewählt.

Wichtigster Grund für die LDP verlorenen Oberhauswahlen am 29. Juli 2007 unter Premierminister Abe waren 60 Millionen nicht verbuchter Einzahlungen auf Rentenkonto von Arbeitnehmern. Der Verlust der Mehrheit im Oberhaus durch die LDP führte zu einem weitgehenden

Politikstillstand, oberflächlich überdeckt durch die G-8 Präsidentschaft Japans im Jahr 2008. Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Japan als exportorientierte Wirtschaft besonders hart traf, schien die Regierung mit Hilflosigkeit zu reagieren. In den Medien wurden Bilder von arbeitslosen Obdachlosen gezeigt, die schutzlos der Winterkälte ausgesetzt waren. Für japanische Verhältnisse große soziale Verwerfungen und hohe Arbeitslosigkeit waren entscheidend für die verlorenen Unterhauswahlen am 30. August 2009. Damit war der Weg frei für die Demokratische Partei Japans. Erstmals seit Ende des Weltkrieges konnte eine einzige Oppositionspartei die Mehrheit des Unterhauses für sich gewinnen.

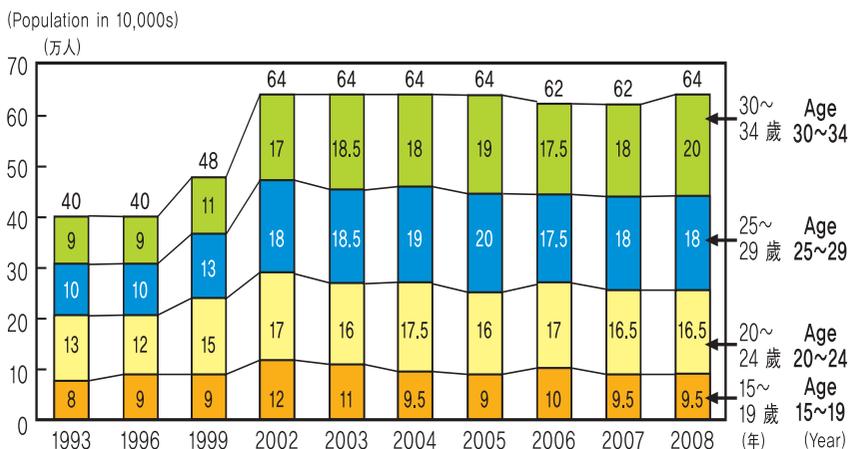
Die weiteren Überlegungen greifen die japanische Befindlichkeit um den Wahlzeitpunkt des Jahres 2009 auf und blicken zurück.

2. Arbeitsmarkt

In Folge der Wirtschaftskrise hat sich die Lage am Arbeitsmarkt innerhalb kurzer Zeit stark verändert: Die Arbeitslosigkeit ist im Juni 2009 auf 5,4 % (Männer 5,7%, Frauen 5,0%) gestiegen, das sind 3,48 Millionen Menschen und ein Anstieg in den letzten zwölf Monaten auf Basis des Vorjahres um 31,8 %. Der Quotient offener Stellen zu Bewerbern ist von einem Hoch im Juni 2007 mit 1,06 auf 0,44 im Juni 2009 gesunken. Die Zahl der Beschäftigten nimmt ab (2007 Jahresdurchschnitt 64,12 Mio., 2009 Juni 62,92 Mio.). Die Regierung geht in ihrem Wirtschaftsweißbuch vom Juli 2009 davon aus, dass die Zahl der überzähligen Arbeitnehmer im ersten Quartal 2009 bei 6,07 Millionen lag. Diese Kennzahl wird vom Cabinet Office anhand einer selbst festgelegten „optimalen“ Beschäftigtenzahl berechnet. Wenngleich die Zahl nur als Tendaussage gewertet werden

Von der ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind vorwiegend die jüngeren, 25-34-Jährigen Erwerbsfähigen betroffen. So ist die Anzahl der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe um 2,8% auf 12,98 Millionen (Feb. 2009) im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken. Bei den 35-44-Jährigen stieg die Beschäftigung um 1,1% im Vergleich zum Vorjahr und lag bei 14,28 Millionen Arbeitnehmern (Feb. 2009). Dieser altersbedingte Unterschied findet seinen Ursprung in der von Deregulierungsmaßnahmen geprägten Arbeitsmarktpolitik seit dem Jahr 2000: Viele junge Schulabsolventen wurden nur temporär und nicht wie in den Jahren zuvor fest angestellt. Im Gleichklang nahm die Zahl der NEET ("Not in Education, Employment or Training") 2008 um 20.000 gegenüber dem Vorjahr auf 640.000 Menschen zu, siehe folgende Graphik:

Facts about NEET



(b) Chancen für Uni-Abgänger sinken

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Uni-Abgänger sinken. Aus einer

Zeitungsumfrage bei den 100 führenden Unternehmen in Japan geht hervor, dass 44 der befragten Unternehmen (sieben bei einer vergleichbaren Umfrage 2008) weniger Uni-Abgänger im Frühjahr 2010 als im Vorjahr einstellen wollen. Immerhin sechs große Häuser (2008: 30) wollen mehr Absolventen als im Vorjahr anstellen. Der Rückgang neuer Einstellungen ist vor allem im produzierenden Gewerbe deutlich. So will Toyota die Neueinstellungen auf 1.400 halbieren und Honda sie um 40% auf 890 reduzieren. In der Elektroindustrie will NEC 100 Uni-Abgänger (-90%), Hitachi 800 (-40%) und Toshiba 700 (-40%) einstellen. In der Medienkritik stehen Unternehmen, die jungen Nachwuchskräften ihre bereits fest zugesagte Einstellung verweigern.

(c) Erwerbstätigkeit von Männern sinkt und von Frauen steigt

Die Anzahl der männlichen Erwerbstätigen ist um 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr auf 36,54 Millionen (Feb. 2009) gesunken. Bei den aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschiedenen handelt es sich zu einem großen Teil um erwerbsfähige Männer zwischen 55 bis 59 Jahren. Durch das japanische Senioritätsprinzip erhalten sie besonders hohe Gehälter. In dieser Altersgruppe nahm die Beschäftigung um 6,4 % im Vorjahrsvergleich (Feb. 2009) ab. Dagegen waren zu Beginn des Jahres 26,18 Millionen Frauen erwerbstätig, was einen geringfügigen Anstieg darstellt.

(d) Beschäftigung in Industrie sinkt, im Pflegebereich steigt

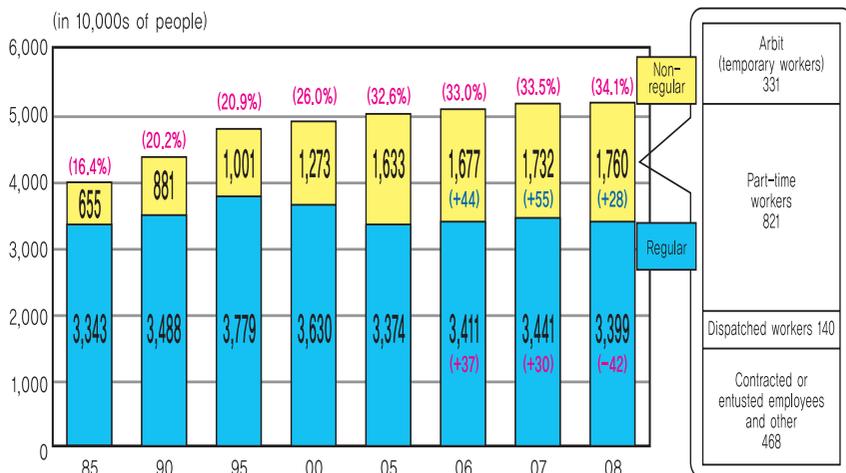
Auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Japans hat die Anzahl der Erwerbspersonen in wichtigen Industrie- und Dienstleistungsbereichen abgenommen. So sank im Vergleich zum Vorjahr die Beschäftigung in der Bauindustrie um 4,8 %, in der Fertigungsindustrie

um 2,0 %. (Feb. 2009) Dagegen stieg die Beschäftigung im medizinischen-pflegerischen Bereich um 5,8 %.

(e) Zahl der Festangestellten sinkt, Zahl der temporär Beschäftigten steigt

Im Vergleich zum Vorjahr (Feb. 2009) sank die Zahl der Festangestellten um 0,3 % auf 46,71 Millionen. Gleichzeitig stieg die Zahl der temporär Beschäftigten um 2,4 % auf 6,35 Millionen. Wie bereits angerissen, ist Grund dieser Entwicklung die Deregulierung des Arbeitsmarkts während der letzten Jahre. Sie machte es für Unternehmen attraktiver, vorwiegend Frauen und junge Erwerbstätige zeitlich begrenzt einzustellen.

Change in the number of regular and non-regular employees



Quelle: Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW)

(f) Überstunden gehen zurück

Die Überstunden, die das japanische Wirtschaftssystem prägen, wurden massiv abgebaut. Im produzierenden Gewerbe gingen sie im April 2009 gegenüber dem Vorjahrswert um 45,3% auf 9,1 Stunden pro Arbeitnehmer zurück. Die entsprechenden Überstundenzulagen schrumpften ebenfalls um 44,1% auf 18.555 Yen, etwa 150 Euro im Monat. Von dieser Entwicklung sind besonders die exportorientierten Autohersteller sowie die Elektroindustrie betroffen. Die Zahl derer, die nur eine bis 34 Stunden pro Woche arbeiten, stieg um 8,7 % auf 16,45 Millionen Arbeitnehmer (Feb. 2009). Branchenübergreifend wurden Überstunden in der Industrie durchschnittlich um 19,7% auf 9,2 Stunden abgebaut.

(g) Arbeitsentgelt sinkt

2008 erhielt ein Vollzeit-Beschäftigter (40,9 Jahre im Durchschnitt) ein Monatsentgelt in Höhe von 299.000 Yen. Dieser Wert mit einer Einbuße von 0,7% gegenüber dem Vorjahr unterschritt erstmals seit zehn Jahren die 300.000 Yen-Marke. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einerseits die geburtsstarke Generation mit einem hohen Lohnniveau nach und nach in den Ruhestand geht und andererseits das Lohnniveau im Kontext der Wirtschaftskrise sinkt. Das Durchschnittsentgelt betrug bei Männern 333.000 Yen (-0,9%) im Monat und bei Frauen 226.000 Yen (+0,4%).

(h) Bonuszahlungen gehen zurück

Die Bonuszahlungen werden in diesem Sommer gegenüber dem Vorjahr um 14,4% bzw. 108.927 Yen fallen auf durchschnittlich 648.149 Yen. Sie liegt dann erstmals seit sieben Jahren unter dem Vorjahrsniveau.

2.2. Arbeitslosigkeit

Die offizielle Arbeitslosenquote von 5,4% (Juni 2009) ist in einen größeren Kontext einzuordnen:

(a) Verdeckte Arbeitslosigkeit

Zahlreiche Erwerbsfähige, die ihre Arbeit verloren haben, gaben die Arbeitssuche auf. 220.000 Männer und 170.000 Frauen beendeten nach der Statistik des Arbeitsamtes ihre Suche, da die Chancen gesunken sind, einen geeigneten Job zu finden (Jan. 2009). Unternehmen bieten ihren älteren Mitarbeitern an oder legen es ihnen nahe, freiwillig früher in Rente zu gehen. Das ist in Japan mit deutlichen finanziellen Nachteilen verbunden. Durch Frühpensionierungsprogramme können jüngere Angestellte gehalten werden, die als Arbeitssuchende Teil der Arbeitslosenquote wären.

(b) Betriebsbedingte versus Eigenkündigung

39,8 % der derzeit arbeitslosen Erwerbsfähigen verloren ihren Arbeitsplatz betriebsbedingt (Feb. 2009). Es sind in der Regel befristete Beschäftigte, nicht Mitarbeiter der Stammbesellschaft. Dieses geschah bei etwa 80 % der Fälle in Folge unternehmerischer Erwägungen des Arbeitgebers. Das stellt auf dem japanischen Arbeitsmarkt eine konjunkturbedingte Trendwende dar: die Anzahl derer, die aus diesem Grund entlassen wurden, ist um 54 % (Feb. 2009) im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

(c) Entlassungen von Festangestellten versus temporärer Arbeitnehmer

Von der Entlassungswelle sind – wie auch in der Vergangenheit - in erster Linie die temporär beschäftigten Arbeitnehmer betroffen. Eine staatliche Umfrage unter 73.972 Arbeitslosen, die zuvor befristet eingestellt waren, ergab, dass nur 15% (Feb. 2009) eine neue Anstellung finden konnten.

2.3. Gesellschaftliche Aspekte

(a) Grenzen des Arbeitslosenversicherungssystems

Das Arbeitslosenversicherungssystem Japans setzt neben sozialen Leistungen auf Eigenverantwortung und Unterstützung durch die Familie. Arbeitslose werden maximal 360 Tage finanziell mit maximal 7.775 Yen pro Tag unterstützt. Dies nur dann, wenn sie mindestens ein Jahr bei dem gleichen Unternehmen gearbeitet haben. Im Falle der Entlassung fallen viele der temporär Beschäftigten wegen der Kürze ihrer Beschäftigung durch das Raster. Doch gerade aus dieser Beschäftigtengruppe stammen die meisten Entlassenen. Hinzu kommt: Einerseits haben sich die gesellschaftlichen Strukturen in den letzten Jahren verändert - die familiäre Unterstützung ist zunehmend unsicher. Andererseits ist die Nachfrage nach staatlicher Unterstützung gesellschaftlich wenig anerkannt. Deswegen rüttelt der derzeitige Beschäftigungsrückgang, wenn er sich fortsetzen sollte, an der gesellschaftlichen Stabilität. Darüber wird in den Medien diskutiert.

(b) Kopplung von Arbeitsstelle und Unterkunft: Fall ins Bodenlose

Eine japanspezifische Besonderheit ist, dass vielen Mitarbeitern vom Arbeitgeber zusammen mit dem Arbeitsplatz auch eine Unterbringung zur Verfügung gestellt wird. Somit bedeutet der Verlust der Arbeit für Betroffene, dass sie mit dem Arbeitsplatz auch ihren Wohnsitz verlieren.

Laut einer Umfrage der japanischen Regierung unter 72.972 Arbeitslosen, die vormals befristet beschäftigt waren, verloren 4% der Beschäftigten durch den Verlust der Arbeitsstelle gleichzeitig ihre Unterkunft (Feb. 2009). Eine Unterkunft mit Postadresse ist Voraussetzung, um eine neue Arbeitsstelle zu finden. Arbeitnehmer, die gleichzeitig Arbeit und Unterkunft verlieren, fallen ins Bodenlose.

(c) Sozialhilfe

Im Dezember 2008 bezogen 1,159 Mio. Haushalte (+46.300 gegenüber dem Vorjahrswert) bzw. 1,6 Mio. Menschen (+53.700) Sozialhilfe. Diese Zahl stieg im Januar um ca. 8.700 auf 1,168 Mio. Haushalte - ein Höchststand. Dies ist hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass immer mehr Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen gleich nach der Entlassung Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, weil sie wegen der kurzen Beschäftigungsdauer kein Geld aus der Arbeitslosenversicherung erhalten oder gar nicht versichert waren.

(d) Suizid

Unter den Industriestaaten ist Japan mit über 30.000 Menschen jährlich Spitzenreiter bei Suizid. Bei einer Aufschlüsselung der Suizidmotive nahmen soziale Härte, Arbeitslosigkeit oder Scheitern der Arbeitssuche deutlich zu und korrelieren mit dem Einbruch auf dem Arbeitsmarkt. Ein Anstieg der Suizide um 309 allein im ersten Quartal 2009 und 17,076 Suizide im ersten Halbjahr 2009 lässt eine weitere ungünstige Entwicklung erwarten.

Die japanische Regierung reagierte bereits vor der Wirtschaftskrise auf die Problematik des Suizids: es wurde ein Richtlinienpaket beschlossen, um die

Hauptursachen der hohen Suizidrate zu bekämpfen. Obwohl sich keine speziellen Maßnahmen zur Reduzierung der Selbstmordrate in den Richtlinien finden, soll bis 2016 die Suizidrate um mindestens 20 Prozent sinken. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise dürfte bis dahin überwunden sein. Ob zu diesem Zeitpunkt über einen Erfolg dieser Maßnahmen berichtet werden kann, mag dahingestellt sein. Als Sofortreaktion fordern NGO's die Einrichtung von Unterstützungssystemen, damit Suizidgefährdeten Lebensberatung angeboten werden kann: Wenn trotz aller Bemühungen die letzten Gelder aus der Arbeitslosenversicherung ausgegeben werden, sehen manche Japaner keinen anderen Ausweg, als ihrem Leben ein Ende zu setzen.

2.4. Kurzarbeitergeld

Eine besondere Rolle zur kurzfristigen Stabilisierung der Arbeitsmärkte spielt das Kurzarbeitergeld. Die Regierung will Arbeitslosigkeit mittels dieser Unterstützung vermeiden. Unternehmen sollen gefördert werden, die trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage Arbeitsplätze erhalten. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg beginnend von Oktober 2008 exponentiell an:

Monat	Zahl der beantragenden Betriebe	Zahl der Mitarbeiter
Okt 08	140	3.632
Nov 08	198	8.598
Dez 08	1.783	138.549
Jan 09	12.640	879.614
Feb 09	30.621	1.865.792
Mrz 09	48.226	2.379.069
Apr 09	61.349	2.534.853
Mai 09	67.192	2.338.991

Quelle: Japan Institute for Labour and Training

Diese Zahlen sind mit deutschen Zahlen für Kurzarbeit vergleichbarer als Arbeitslosenzahlen, wie die Kriterien und politische Zielrichtung für Kurzarbeit zeigen. Um Fördergelder zu beantragen, gelten folgende Kriterien:

- Der Umsatz oder die Produktion von Großbetrieben muss in den letzten drei Monaten um 5 % im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten oder zum Vorjahresmonat geschrumpft sein. Für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU's) gilt diese Prozenzhürde nicht; ein Rückgang als solcher ist ausreichend.
- Der Betrieb muss auf Grund der wirtschaftlichen Lage gezwungen sein, die Arbeitszeit seiner Arbeitnehmer zu kürzen oder seinen Arbeitnehmern Fortbildungsmöglichkeiten anbieten.

Wenn eine Förderung bewilligt wird, kommt das japanische Arbeitsamt im Fall der Großbetriebe heute für 75 % der Vergütung auf, und bei den KMU's für 90 %. Darüber hinaus werden Fortbildungsmaßnahmen von staatlicher Seite unterstützt: für jeden Arbeitnehmer, der sich weiterbildet, erhalten Großunternehmen pro Tag 1.200 Yen und KMU's 6.000 Yen. Die Bezugsdauer der Gelder beträgt 200 Tage pro Jahr oder 300 Tage innerhalb von drei Jahren.

Diese Zahlungen kommen nur Arbeitnehmern zugute, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Um auch die befristet Beschäftigten zu unterstützen, die weniger als ein Jahr beim gleichen Arbeitgeber arbeiten und daher bisher keinen Anspruch auf Hilfe haben, gelten ab 30. März 2009 die Regelungen auch für befristet Beschäftigte, die seit mindestens sechs Monaten beim gleichen Betrieb arbeiten oder dieses laut Vertrag beabsichtigen.

Wertung:

- In der Öffentlichkeit wird problematisiert: Die ausgedünnte Arbeitsverwaltung würde mit dem erwarteten plötzlichen Ansturm von Kurzarbeitern und Arbeitslosen kaum fertig werden. Deshalb kündigte die Regierung einen Personalausbau bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen "Hallo Work" an. In den nächsten drei Jahren werden 304 Beschäftigte zusätzlich eingestellt: 206 für die Erledigung eingehender Anträge auf Arbeitslosengeld, deren Andrang noch zu erwarten ist, und 98 für die Bearbeitung der Anträge auf Kurzarbeitergeld.
- Bisher sind insbesondere Zeitarbeiter von Entlassung betroffen, nur in seltenen Fällen fest angestellte Stammmitarbeiter. Wohnen Zeitarbeiter in einem vom Arbeitgeber gestellten Wohnheimplatz, verlieren sie mit ihrem Arbeitsplatz zeitgleich ihre Unterkunft. Auf diese Herausforderung wirkte die Arbeitsverwaltung hilflos, weshalb sie unter Kritik steht. Das ist für einen kreativen Umgang mit den kommenden Herausforderungen abträglich.
- In den Gebietskörperschaften werden die Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur dann angefordert, wenn die örtliche Verwaltung öffentliche Aufträge umsetzt. Ausschließlich Arbeitslose, die in einer Kommune mit aktivem Bürgermeister wohnen, kommen in den Genuss der Mittel.
- Unternehmen, die öffentliche Mittel für die Fortbeschäftigung von Mitarbeitern anfordern, erhalten in manchen Fällen erst nach drei bis vier Monaten Bescheid auf Ihre Anträge und damit Rechtssicherheit.

Werden trotz möglicher Kurzarbeit eine größere Zahl von Stammmitarbeiter entlassen? Das wäre in der Tat ein grundlegender Wandel im

Verhalten der japanischen Großunternehmen mit nicht abzusehenden gesellschaftlichen Auswirkungen.

Bisher sind offene Massenentlassungen von Festangestellten nicht zu erkennen. Unternehmen, die diesen Weg in Erwägung ziehen, müssen sich auf nachhaltige, in Deutschland undenkbbare öffentliche Kritik einschließlich des politischen Establishments von Regierung, Opposition sowie Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einstellen.

In diesem Kontext ist auch eine tripartite Vereinbarung zu sehen: Staat und die Sozialpartner kamen überein, bei der Stabilisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammenzuarbeiten. Dazu soll das Worksharing nach "japanischer Art" ausgebaut werden. Japanisches Worksharing wird definiert als Erhaltung von Beschäftigung durch befristete Arbeitsbefreiung, Reduzierung von Überstunden und Ausleihen von Arbeitnehmern an andere Unternehmensteile der gleichen Unternehmensgruppe. In der Vereinbarung steht ergänzend, dass die Regierung Arbeitgeber finanziell durch Steuernachlässe oder Subventionen unterstützen soll, welche diese Kriterien erfüllen, insbesondere jedoch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Schwerpunktregionen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Japan zu denjenigen Ländern gehören dürfte, die mit aktiver Arbeitsmarktpolitik soziale Verwerfungen im großen Stil während der Rezession vermeiden werden. Das schafft in anderen Politikfeldern Freiräume. Ob diese genutzt werden, bleibt abzuwarten.

3. Sozialpartner

3.1. Gewerkschaftsdachverbände

Nach Angaben des Arbeitsministeriums lag 2008 die Organisationsquote der Gewerkschaften gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 18,1%. Erstmals seit 27 Jahren unterschritt sie nicht einen Vorjahrswert. Dies dürfte auf die Zunahme der organisierten Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen sein. Jedoch ging die Gesamtzahl der organisierten Arbeitnehmer leicht zurück.

Im Juni 2008 waren insgesamt ca. 10,06 Mio. Arbeitnehmer (-15.000) gewerkschaftlich organisiert und 616.000 von ihnen (+28.000) teilzeitbeschäftigt. Die Organisationsquote der prekär Beschäftigten erreichte erstmals 5% und ihr Mitgliederanteil überschritt mit 6,2% ebenfalls erstmals die 6%-Marke.

Der mit Abstand wichtigste Dachgewerkschaftsverband ist RENGO mit 6,6 Mio. Mitgliedern. Gewerkschaftspolitisch ist dieser Verband der Hauptgesprächspartner für die Regierung und für Arbeitgeberverbände.

Rengo strahlt hohes Selbstvertrauen aus. Der Gewinn der Unterhauswahlen durch die Demokratische Partei Japans (DPJ) am 30. August 2009 lässt politische Einflussnahme auf Parlamentsebene in unmittelbare Nähe rücken. Im Erfolg des politischen Partners DPJ liegt gleichzeitig die Schwäche von Rengo:

- Die DPJ wird viele Erwartungen von RENGO nicht erfüllen können, so dass eine Ernüchterung zu erwarten ist. Die

Konzentration auf die ureigenen Interessen der Arbeitnehmer, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, als Maßstab an Parteien gelegt, bleibt als Alternative zum jetzigen Vorgehen auf der Strecke. Ob die langfristigen Beziehungen zur neuen Oppositionspartei LDP (Liberaldemokratische Partei) glaubwürdig verbessert werden, mag dahingestellt sein.

- Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist mit 18,1% der japanischen Arbeitnehmer niedrig. Rengo ist bei breiten Kreisen der Bevölkerung gering verankert, obwohl die große Mehrheit der Japaner Arbeitnehmer sind und eine zunehmende soziale Spreizung der Einkommen in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Gerade die gesellschaftlich Schwachen meiden aus vielerlei Gründen gewerkschaftliches Engagement. Dazu gehören insbesondere junge Arbeitnehmer. Diese Gruppe dürfte in nächster Zeit keinen innergewerkschaftspolitischen Einfluss ausüben. Am besten sind die Unternehmensgewerkschaften aufgestellt in Bereichen, in den es den Mitgliedern überdurchschnittlich gut geht und die in stabilen Arbeitsverhältnissen stehen, wie bei staatsnahen Arbeitgebern, Lehrern sowie den Großunternehmen. Diese Gewerkschaftsmitglieder werden sich vor allem auf die Wahrung ihrer Pfründe einsetzen, weniger für den Einsatz für sozial Schwache. Aus diesem Grund gibt es in den Schubladen des Arbeitsministeriums Pläne, Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben losgelöst von Gewerkschaften unter Beibehaltung des bestehenden Gewerkschaftssystems gesetzlich einzuführen.

Die Spitze von Rengo hat nach den Massenentlassungen von befristet Beschäftigten ohne Chance auf Anschlussbeschäftigung um die

Jahreswende 2008/9 betont: „Jetzt müssen die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung beweisen.“ Rengo forderte die Regierung auf, das Auffangnetz für die prekär Beschäftigten zu verbessern. Diese werden durch Gewerkschaftsmitarbeiter beraten. Demonstrationen von Betroffenen blieben jedoch – mit Ausnahme einer medienwirksamen Aktion einiger hundert Entlassener um Neujahr – der Öffentlichkeit verborgen.

Die beiden weiteren Gewerkschaftsdachverbände, die der kommunistischen Partei nahestehenden Zenroren (etwa 850.000 Mitglieder) und die aus Privatisierungskonflikten hervorgegangene Zenryoko (etwa 140.000 Mitglieder) spielen in der öffentlichen Arena eine untergeordnete Rolle. Zenryoko ist bei Unternehmen für ihr radikales Vorgehen gefürchtet. Zahlreiche Gewerkschaften sind in keinem Dachgewerkschaftsverband organisiert, darunter die Baugewerkschaft Senken Soren mit über 700.000 Mitgliedern. Senken Soren organisiert neben Arbeitnehmern auch Subunternehmer, die ihrerseits Arbeitnehmer beschäftigen und die in der gleichen Gewerkschaft organisiert sind.

Wertung:

- Der Weg zu einer neuen Balance der Arbeitsbeziehungen und damit verbundenen Veränderung der japanischen Gewerkschaftspolitik würde eine organisatorische Strukturveränderung erfordern, zu der die Dachgewerkschaften ohne staatliche Flankierung kaum in der Lage sein dürften: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit in einem Betrieb“ würde ein Umdenken in der bisher auf Unternehmensgewerkschaften beruhenden Arbeitsstruktur bedeuten: Für die Gewerkschaft des Mutterunternehmens ist es attraktiv, wenn die Mitglieder der Subarbeitnehmergewerkschaft wenig verdienen. Um das zu ändern, müssten die Sozialsicherungssysteme

für alle Arbeitnehmer angeglichen, „job training“ und Karrierewege überbetrieblich geöffnet werden. Als Folge würden die Arbeitsverträge flexibler, Pfründe der Arbeitnehmer mit lebenslanger Beschäftigungsgarantie würden entfallen. International würde die japanische Arbeitswelt stärker an die Weltwirtschaft angebunden.

- Für die überwiegende Zahl der über 58.000 Gewerkschaften gilt: die nationale Ebene der Gewerkschaftsstrukturen ist kaum relevant, ganz zu schweigen von der Globalen. Insgesamt sind Entwicklungen im Ausland für (soziale) Bewegungen in Japan nur dann von Bedeutung, wenn sie ins eigene Konzept passen und instrumentalisiert werden können. Das negativ besetzte Schlagwort: "gaiatsu", "Druck vom Ausland", ist immer selbst gewählt, um für die eigene Klientel nachteilige Veränderungen durchzusetzen. Umgekehrt kämen außer ein paar übriggebliebenen Nationalisten in Japan nur die wenigsten Gewerkschaftler auf die Idee, "globale" Arbeitsbeziehungen beeinflussen zu wollen.

3.2. Arbeitgeberdachverbände

Auch auf der Arbeitgeberseite ist seitens der Sozialpartnerschaft ein Bedeutungsverlust zu erkennen: Der frühere Arbeitgeberverband Nikkeiren als Sozialpartner von Rengo verschmolz 2002 mit dem Industrieverband Nippon Keidanren zu Keidanren. Seither führt der sozialpartnerschaftliche Zweig im neuen Verband eher ein Schattendasein. Keidanren konzentriert sich auf Wirtschafts- und Industriepolitik; dem Verband gehören – über die Mitgliedschaft in Präfektorebenen - etwa 70.000 Unternehmen mit 20 Mio. Beschäftigten an. Die enge Verbindung des Wirtschaftsverbandes mit der LDP zeigt sich in der unterschiedlichen Höhe der Spenden: Im letzten Jahr gingen 2,9 Mrd. Yen an die LDP und 80 Mio. Yen an die DPJ. Die Positionsunterschiede zwischen dem Keidanren und der DPJ sind nach wie

vor groß, vor allem in Fragen wie Klimapolitik und Beschäftigung. Ein vorsichtiges Annähern an Positionen der DPJ ist dennoch zu erkennen. Ein mit einer Entlassung verbundener Verlust der Wohnung von Leiharbeitnehmern wurde von Keidanren in der Öffentlichkeit kritisiert und ein Arbeitgeberfonds für betroffene Arbeitnehmer eingerichtet. Da größere Teile der Abgeordneten der DPJ ursprünglich aus dem LDP-Lager kommen, bestehen bereits Beziehungen zu Teilen der DPJ. Allerdings dürfte bei dieser Partei in nächster Zeit der Einfluss von Keidanren hinter dem von Rengo zurückbleiben.

Der Wirtschaftsverband Keizai Doyu Kai ist eine Vereinigung von 1400 führenden Unternehmern aus etwa 900 Unternehmen. Die Unternehmer sollen frei von Interessen, auch des eigenen Unternehmens, ihre Meinung zu betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen einbringen. Mit diesem Wissen über japanische Wirtschaft und dessen zukünftigem Potential soll sowohl die Politik als auch die Gesellschaft insgesamt beeinflusst werden. Der Verband ist kein Sozialpartner von Gewerkschaften, wirkt aber durch seine Papiere auf die öffentliche Diskussion. Die Position des Verbandes ist gemäßigt – das Bemühen um eine ausbalancierte Position hinsichtlich der Sozialpartner ist zu erkennen.

Wertung:

- Die Arbeitgeberseite war kurzfristig Hauptgewinner der angebotsorientierten Reformen des früheren Premierministers Koizumi. Die Unternehmen konnten die bereits hohe Arbeitsflexibilität innerhalb der Unternehmen ausweiten auf die externen Arbeitsmärkte. Die rasche Zunahme von Zeitarbeitsfirmen half den Unternehmen, die Arbeitskosten zu senken und die Verfügbarkeit von freien Spezialisten zu

erhöhen. Damit konnte im globalen Wettbewerb Produktion in Japan gehalten werden. Langfristig dürfte sich dieser Vorteil aber in einen Nachteil umkehren – und in der Wirtschaftskrise ist das bereits zu erkennen. Während die Produktivität japanischer Unternehmen wegen der Beschäftigung vieler Mitarbeiter als niedrig eingestuft wurde, wurde dies durch die gute Ausbildung der Mitarbeiter und die von ihnen gelieferte gleichbleibend hohe Arbeitsqualität ausgeglichen. Durch die zahlreichen angelernten Zeitarbeiter bekommen die Unternehmen zunehmend Probleme mit der Produktqualität. Angelernte, beschränkt motivierte Arbeitnehmer sind weniger produktiv als in die Unternehmensorganisation fest integrierte Beschäftigte. Unternehmen denken darüber nach, wie sie zukünftig die Zeitarbeitnehmer besser integrieren und ausbilden können, verbunden mit höherer Arbeitsplatzsicherheit. Kurzfristig viel gravierender ist aber die geringe Kaufkraft dieser Leiharbeitnehmer. Sie fällt als Stabilisator in der Wirtschaftskrise aus.

- Im internationalen Bereich engagieren sich die Arbeitgeberverbände stärker als die Gewerkschaften. Aber auch von ihnen wird „gaiatsu“ als Mittel benutzt. Bei Sanierungsfällen von Großunternehmen werden gezielt Ausländer in Top-Positionen gesetzt, die dann betriebswirtschaftlich notwendige, aber gesellschaftlich unerwünschte Entlassungen durchführen. In Gesprächen mit westlichen Ausländern argumentieren Japaner bezüglich Managementstrategien zuweilen in einer Phantomebene: sie geben angelesenes westliches Wissen wider, denken tatsächlich aber ganz anders. Die "globale Ebene" wird mit dem (an)studierten gleichgesetzt und entsprechend argumentiert; die japanische Situation oder Denkweise wird damit überhaupt nicht in Beziehung gebracht: Sie existiert auf einer anderen, nicht-globalen, japanischen Ebene.

3.3. Lohnverhandlungen

Die Frühjahrslohnoffensive 2009 war für beide Sozialpartner schwierig. Erstmals seit 2001 forderten viele japanische Gewerkschaften eine Erhöhung des Grundlohns, im Schnitt um 4.500 Yen pro Monat. Dies wurde mit den im Frühjahr 2008 gestiegenen Rohstoffpreisen begründet. Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise im Herbst 2008 sind insbesondere bei den exportorientierten Unternehmen die Aufträge und Gewinne eingebrochen. Die Unternehmen forderten seither die Gewerkschaften im Gegenzug zu Lohnsenkungen auf. Die Unternehmensgewerkschaften der leidenden Exportindustrie konnten die Führungsrolle bei den Lohnforderungen nicht mehr übernehmen. Hinzu kommt: Vor dem Hintergrund der Entlassung von Leiharbeitskräften sind Lohnsteigerungen für die verbleibenden Arbeitnehmer schwer zu vermitteln.

Der Wirtschaftsminister forderte den Arbeitgeberverband Keidanren auf, sich um Lohnanhebungen bei der Tarifrunde im Frühjahr 2009 zu bemühen. Dadurch soll die Kaufkraft privater Haushalte erhöht werden. Darauf antwortete Keidanrens Präsident, dass sich sein Verband nach Möglichkeit darum bemühen werde, dem Wunsch der Regierung zu entsprechen. Gleichzeitig forderte Keidanren die Regierung auf, eine Steuerreform durchzuführen. Insbesondere die Körperschaftssteuer solle gesenkt werden. Dann schaltete sich Premierminister Aso ein: er forderte den Arbeitgeberverband ausdrücklich auf, Lohnerhöhungen zuzustimmen und verwies darauf, dass die Regierung durch Senkung der Sozialabgaben den Weg dazu frei gemacht habe.

Die Tarifrunde bei den führenden Unternehmen in der Elektro- und Automobilindustrie wurde im Frühjahr 2009 mit einem Nullergebnis

abgeschlossen. Manche Arbeitgeber in der Elektroindustrie wie Hitachi, NEC, Fujitsu und Sharp lassen sogar die verhandlungsunabhängige Steigerung des Grundgehalts durch die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die alljährlich automatisch gewährleistet wird, vorübergehend einfrieren. Auch bei der Bonuszahlung mussten die Gewerkschaften ein mageres Ergebnis hinnehmen. So wird ein Arbeitnehmer bei Toyota beim Jahresbonus 670.000 Yen weniger als im Vorjahr erhalten, während die Lohnforderung der Gewerkschaft (+4.000 Yen im Monat) erstmals seit vier Jahren abgelehnt wurde.

Wertung:

- Lohnerhöhungen spielen in Japan während der Wirtschaftskrise keine Rolle: Neben dem Grundlohn erhalten die meisten japanischen Arbeitnehmer einen vom Unternehmensergebnis abhängigen Bonus, der in wirtschaftlich guten Zeiten bis zu sechs Monatslöhne umfassen kann. Die Bonuszahlungen schmelzen jetzt ebenso wie die Überstundenzuschläge, letztere mangels Arbeit. Damit wird die durch Löhne zur Verfügung stehende Kaufkraft deutlich zurückgehen – um ein Vielfaches als mögliche Lohnerhöhungen. Eine Erhöhung der Grundlöhne ist somit eine Scheindiskussion - es stand ohnehin eine Steigerung um maximal 1% zur Debatte. Dies wird in der Öffentlichkeit überwiegend - sehr zum Leidwesen beider Sozialpartner und der Regierung - auch so wahrgenommen.
- Der ohnehin abgeschwächte Privatkonsum wird durch die zyklische Verstärkung sinkender verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer weiter einbrechen. Andererseits: Das Mizuho-Forschungsinstitut schätzt, es sei eine Lohnsenkung um 3,2% erforderlich, um die Arbeitsplätze in der gegenwärtigen Wirtschaftslage behalten zu können.

4. Bevölkerungspolitik

4.1. Demographie

Die Gesamtbevölkerungszahl Japans erreichte im Jahr 2006 mit 127,7 Millionen Einwohnern ihren bisherigen Höhepunkt. Die Bevölkerung im ‚produktiven Arbeitsalter‘ (15-64 Jahre) sinkt bereits seit 1994. Der Anteil jüngerer Arbeitnehmer in Unternehmen an den Gesamtbelegschaften geht zurück. Seit 1998 ist Japan das Land mit der ältesten Durchschnittsbevölkerung der Welt. Gleichzeitig hat die japanische Bevölkerung eine der höchsten Lebenserwartungen der Welt: sie beträgt 78,2 Jahre für Männer und 85,0 Jahre für Frauen (2007). Bis zum Jahr 2015 wird die Alterung der japanischen Bevölkerung wegen eines Babybooms in den Nachkriegsjahren schnell zunehmen. Als Folge steigt um das Jahr 2030 die Anzahl der Sterbefälle steil an. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Geburtenrate auf niedrigem Niveau verbleibt (1,32 Geburten je Frau in 2007). Ursachen dafür: weniger und späte Heiraten, weniger Kinder je Familie. Als Folge der Differenz von Sterbefällen und Geburten schrumpft die Bevölkerung in Japan deutlich.

Der Sachverhalt alternde und schrumpfende Bevölkerung spielt in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, stark unterstützt durch die Medien. Die Untertöne dieser Entwicklung werden negativ wahrgenommen und sind vielschichtig:

- Die Landflucht der jungen Bevölkerung führt dazu, dass bereits heute ganze Landstriche sichtbar vergreisen.
- Den sozialen Sicherungssystemen wird von breiten Bevölkerungskreisen misstraut. Steigende Beiträge und sinkende

Leistungen, also eine negative Rendite, wird antizipiert. Die eigene Versorgung im Alter und damit Existenzängste vieler sind latent ausgeprägt.

- Es wird befürchtet, dass andere Länder, insbesondere China mit höherer Dynamik und Innovationskraft einer jüngeren Bevölkerung Japan schneller wirtschaftlich überflügeln und damit auch politisch marginalisieren könnten.

Die Staatsministerin für Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung übernahm von ihren Vorgängern eine Ursachenanalyse unter Leitung des „Declining Fertility Society Policy Council“, das 2007 vom damaligen Premierminister Abe eingerichtet wurde:

1. Entwicklung zu später Heirat (Muster: Kann keinen guten Partner finden; es gibt Vorteile, Single zu sein; es ist o.k., nicht zu heiraten; es ist bequem, parasitär bei den Eltern zu wohnen; fehlende Geldmittel, zu heiraten; prekäres Arbeitsverhältnis; Schwierigkeiten, extensive Arbeit und Heirat unter einen Hut zu bringen; Erhöhung der Opportunitätskosten für Heirat und Kinder)
2. Rückgang der Anzahl der geborenen Kinder von Ehepaaren (Muster: Anstieg der Kosten für Kinderbetreuung und Ausbildung; Schwierigkeiten für Frauen, Kindererziehung und Hausarbeit mit beruflicher Arbeit unter einen Hut zu bringen; mangelndes Engagement der Ehemänner bei der Kindererziehung; Zunahme von mentaler und physischer Belastung von Frauen; die Abnahme der Abhängigkeit von Kindern im Alter; die Zunahme von Opportunitätskosten von Geburt und Kindererziehung)
3. Mangelnde Fähigkeit von Familien und Gebietskörperschaften, Kinder heranzuziehen (Muster: Rückgang der Familiengröße;

Elternteile, die von der Kindererziehung ausgeschlossen sind;
Unbehagen, Kinder zu erziehen)

Daraus werden drei Blickwinkel abgeleitet. Erstens: Junge Menschen sollen unabhängig werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Zweitens: Beseitigung von Barrieren und Unsicherheiten. Dazu müssen die Lasten und Unsicherheiten der Kindererziehung vermindert sowie die Arbeitsplatzprioritäten verändert werden. Drittens: Neue Formen der Unterstützung von Kindererziehung. Dazu muss eine Gesellschaft geschaffen werden, die das Aufziehen von Kindern und den Respekt für Elternschaft wertschätzt.

Daraus entstehen vier Politikziele:

1. Unabhängige junge Leute und selbstbewusste Kinder erziehen. Das bedeutet Schranken zu beseitigen, um Arbeit zu finden. Ein breites Angebot, berufspraktische Erfahrungen zu machen, sollte bereit gestellt werden.

Politische Maßnahmen: One-stop Servicezentren müssen eingerichtet werden (sogenannte Job-Cafés). Diese bieten Beratung bezüglich Arbeitsplätzen an, die auf junge Menschen zugeschnitten sind. Praktikantenprogramme sollen gefördert werden.

2. Re-Evaluierung der Unterstützung von Work-Family-Balance einschließlich von Arbeitstraditionen. Dazu müssen Handlungspläne für Unternehmen mit klaren Zielen formuliert werden.

Politische Maßnahmen: Die Nutzung von Elternzeit soll von 0,56% für Männer und 70,6 % für Frauen auf 10 % für Männer und 80% für Frauen erhöht werden. Elternteile, die wegen der Kinderziehung längere Zeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung

standen, sollen Vorbereitungsunterstützung für eine Wiederbeschäftigung erhalten.

3. Verständnis für das menschliche Leben und die Rolle der Familien wecken.

Politische Maßnahmen: Möglichkeiten ausbauen, mit Kindern in öffentlichen Kinderspielzentren zu spielen sowie „Erziehung für Kindererziehung“ breiten Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

4. Einführung neuer Formen für die Kindererziehung. Dazu müssen Unterstützungsmaßnahmen für Kindererziehung gefördert werden, insbesondere sollen in Wohnumfeldern qualitativ hochwertige Kindererziehungsstätten zur Verfügung stehen. Die Krankenkasse muss die Kosten für die Geburt einschließen.

Politische Maßnahmen: Die Zahl der Kinder auf Wartelisten von Tagesstätten soll auf „Null“ reduziert werden. In den Schulen soll eine Betreuung nach dem Unterricht gewährleistet werden.

Als flankierende Maßnahmen werden angestrebt: erziehungsfreundliches Steuersystem, modernes Pflegeeltern- und Adoptionssystem, stärkerer Intergenerationsaustausch, insbesondere durch Rentner, die in den Kommunen als Humanressourcen dienen können, bessere Maßnahmen zur Verhinderung von Kindesmissbrauch, nachhaltige Ernährungsaufklärung, Bau von Mehrgenerationenwohnungen, Einführung eines Zertifizierungssystem für Eheanbahnungsinstitute.

Im Fiskaljahr 2007/08 wurden 1,71 Billionen Yen für Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang investiert. Manche der in der Summe enthaltenen Gelder wären auch in anderem Kontext ausgegeben worden.

Wertung:

Betrachtet man Demographie unter politischen Optionen, stehen als Instrumente zur Verfügung:

- Erhöhung der Geburtenrate durch familienpolitische Maßnahmen,
- Migration in Zusammenhang mit Maßnahmen der Integration und Qualifikation,
- Ausgleich des Arbeitskräftemangels durch Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, der Erhöhung des Rentenalters im Gleichklang mit lebenslangen Lernen, sowie der Verminderung von Arbeitslosigkeit,
- Erhöhung der Produktivität durch Ausbildung und Training,
- Kooperation mit "Younger Economies",
- Reformen der Sozialversicherungssysteme, etwa ein (teilweiser) Systemwechsel von einem Umlagesystem zu einem kapitalgedeckten System,
- Investition in Humankapital und Produktivitätssteigerung.

Dabei kann keinesfalls eine Maßnahme allein, sondern nur ein geeigneter Mix zum Erfolg führen. Ausbildung fließt jedoch in besonders viele dieser Maßnahmen ein.

In Japan wird im Zusammenhang Demographie vor allem der Teilaspekt Alterung diskutiert. Die Debatte über den Teilaspekt „geringe Geburtenrate“ nimmt im Vergleich dazu eine Randposition ein. Das drückt sich in Zahlen aus: Sozialausgaben fließen vor allem älteren Menschen zu. Das relativiert die oben dargestellten politischen Absichten. Die Kosten für die Hochschulausbildung einer Mehrkindfamilie mit Durchschnittseinkommen, zwischen 6.000 und 50.000 Euro je Studienjahr und Kind nur für die Studiengebühren, bringt diese in eine finanzielle

Schieflage. Teilerfolge sind zu verbuchen in der Kooperation mit „Young Economies“, insbesondere mit China.

Sieht man die dargestellten politischen Optionen und vergleicht sie mit den konkreten politischen Handlungszielen der japanischen Regierung, kann von einem wirklichen Angehen des demografischen Problems durch die Politik in Japan nicht gesprochen werden.

4.2. Migration

In Japan sind zurzeit 2,08 Mio. Ausländer registriert. Das entspricht etwa 1,63 % der Einwohnerzahl Japans. Dabei ist zu bedenken, dass über 40% dieser Ausländer ethnische Koreaner und Chinesen sind, die bis zum Ende des II. Weltkrieges nach Japan gekommen sind sowie deren Nachkommen. Sie hatten bis zum Ende der amerikanischen Besatzungszeit 1951 die japanische Staatsbürgerschaft. Hauptherkunftsländer von Einwanderern sind in abnehmender Reihenfolge die beiden Koreas (598.000), China und Taiwan (567.000), Brasilien (313.000), Philippinen, Peru und die USA.

Arbeit von Ausländern in Japan ist in der Regel nur dann möglich, wenn die Tätigkeit nachweislich nicht durch einen Japaner verrichtet werden kann. Ausnahmen gibt es für drei Gruppen:

- Ausländische Schüler und Studenten dürfen begrenzt arbeiten, nachdem eine ursprünglich breite Auslegung zu „Gespenstersprachschulen“ führte, die keinen Unterricht anboten.
- Praktikanten befinden sich offiziell in einem Lehrverhältnis, weshalb sie sich privat versichern müssen. Faktisch ist die Arbeitsbeziehung jedoch in den meisten Fällen ein Arbeitsverhältnis. Es sind

Billigarbeitskräfte. Solange in bestimmten Regionen Japans Arbeitskräftemangel besteht, dürfte wie bisher von administrativer Seite wenig Engagement entgegengebracht werden, die Praktikantenverträge in eine angemessene gesetzliche Grundlage mit sozialer Sicherheit einzubetten.

- Japanisch stämmige Ausländer (Nikkeijin) bekommen bisher recht problemlos eine befristete Aufenthaltserlaubnis mit unbeschränkter Arbeitserlaubnis. Dieses Verfahren steht zurzeit besonders in der Arena der öffentlichen Diskussion.

Arbeitsmigration wird in der japanischen Politik kontrovers diskutiert. Vier Ministerien sind beteiligt, was zu Interessenkonflikten führt.

Dem Justizministerium ist das Büro für Einwanderungsfragen und damit die administrative Entscheidungsgewalt über den Aufenthalt von Ausländern zugeordnet. Leitlinie des Hauses ist:

1. Statt ungelernter Arbeitsmigration sollen NEET („Not in Education, Employment or Training“) und nicht-berufstätige Frauen in den Arbeitsprozess eingebunden werden. Damit soll der Rückgang der Erwerbsbevölkerung gemildert werden.
2. Ethnisch japanisch stämmige Ausländer lassen sich nicht leichter als andere Ausländer integrieren, so die Erfahrung. Die bisherigen erleichternden Einwanderungsbestimmungen sollen zurückgenommen werden.
3. Illegal arbeitende Arbeitnehmer als auch ihre Arbeitgeber sollen konsequenter bestraft werden. In einer Kampagne wird Arbeitgebern erläutert, wie sie einen Antrag stellen können, um einen Ausländer legal zu beschäftigen. Gleichzeitig können sich Bürger – auch anonym – melden, um Personen zu benennen, von

denen angenommen werden kann, sie würden undokumentiert in Japan arbeiten.

Das Außenministerium ist wesentlich beteiligt an der Schließung von Economic Partnership Agreements (EPA). Mit den Philippinen und Indonesien wurden 2006 solche Abkommen geschlossen – mit weiteren Ländern wird verhandelt. Aus den beiden Ländern dürfen knapp je 1000 Migranten in Pflegeberufen nach Japan kommen. Fachausbildung und Sprachausbildung sind zwingend. Werden beide Prüfungen nach drei Jahren erfolgreich abgelegt, wird eine unbegrenzte Beschäftigung in Japan erlaubt.

Das Erziehungsministerium wirkt unterstützend bei der Gestaltung von Schulunterricht für Schüler mit anderen Muttersprachen als japanisch. Obwohl es keine Schulpflicht für Migrantenkinder gibt, besuchen zurzeit mehr als 60.000 ausländische Kinder öffentliche Schulen. 20.692 Kinder benötigen speziellen Japanischunterricht: 37% von ihnen sprechen portugiesisch als Muttersprache, 22% chinesisches und 15% spanisch. Die meisten von ihnen verfügen über nicht ausreichende japanische Sprachkenntnisse und können schwer beim Unterricht mithalten. Gleichzeitig mangelt es an den Schulen an Fachlehrkräften für Japanischunterricht. In Städten mit hoher Dichte von einzelnen Migrantengruppen werden eigene Schulen für Migrantenkinder toleriert, die jedoch nicht der Aufsicht des Staates unterstehen. Damit werden japanische Schulen von Integrationsaufgaben entlastet, wenngleich eine Integration der Migrantenkinder deutlich erschwert wird.

Das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt ist zuständig für die Krankenversicherung und die Pensionszahlungen über die ihr zugeordnete

Social Security Agency. Im Jahr 2006 wurde bei einem Datenabgleich eine Diskrepanz einer sechsstelligen Zahl von Menschen zwischen Aufenthaltserlaubnissen und Sozialversicherungsverhältnissen bei Ausländern festgestellt.

Seitens der Sozialpartner orientiert sich der Gewerkschaftsdachverband Rengo eher an der Position des Justizministeriums; der Arbeitgeberverband Keidanren verfolgt eine Öffnung des japanischen Arbeitsmarkts mit dem Ziel des wie auch immer zu verstehenden Schlagworts einer „Revitalisierung“ Japans. Dazu soll ein attraktives Umfeld für ausländische Arbeitskräfte geschaffen werden und Sektoren mit deutlichem Arbeitskräftebedarf wie die Landwirtschaft und die Pflege auf den Zuzug vorbereitet werden. Die zurzeit verteilten administrativen Kompetenzen sollen zu einer neuen, eigenständigen Einheit zusammengeführt werden.

Die öffentliche Diskussion wird gegenwärtig einerseits vor dem Hintergrund des demographischen Problems Japans und andererseits vor dem Aspekt „öffentliche Sicherheit“ diskutiert. Beides sind Punkte, die für Japaner negativ-defensiv besetzt sind. Zwei Fälle von Kindsmord durch Ausländer führten dazu, dass die Medien vorsichtige Anstöße gaben, die Integration der in Japan lebenden Ausländer zu fördern. Dennoch: Von einem einwanderfreundlichen Klima ist Japan weit entfernt. In naher Zukunft dürfte eine signifikante Veränderung seitens der japanischen Politik unwahrscheinlich sein.

Wertung:

Es werden Fragen in die Zukunft verschoben:

- Wie wird Japan der Verringerung des Arbeitskräftepotentials begegnen

- können? Strategien wie Verlagerung arbeitsintensiver Produktion ins Ausland oder der Einsatz von Robotern werden an Grenzen stoßen.
- Wie wird die Finanzierung der sozialen Systeme in Zukunft möglich sein, ohne dass Teile der Bevölkerung in sichtbare Armut abrutschen. Das würde das Selbstverständnis der „100%-middle-class-society“-Nachkriegsgesellschaft ins Mark erschüttern.
 - Wird die japanische Arbeitswelt zweigeteilt: diejenigen Mitarbeiter, die in den globalen Arbeitsprozess eingebunden sind, und diejenigen, die schlecht bezahlt außen vor bleiben? Damit könnte Japan mit eigenen Billigkräften auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben.
 - Von außenpolitischer Sensibilität ist die Weigerung Japans gegenüber seinen Nachbarstaaten, den Arbeitsmarkt im Gleichklang zu den Handelsbeziehungen zu liberalisieren. Es ist bemerkenswert, dass sowohl in der öffentlichen als auch der akademischen Diskussion dieser Punkt mit Auswirkungen auf die langfristige Stabilität der Region ausgeklammert wird, sieht man von den wenigen hundert Pflegekräften aus Südostasien einmal ab.

5. Soziale Sicherungssysteme

Japan hat die am schnellsten alternde Bevölkerung der Welt und gleichzeitig eine der niedrigsten Geburtenraten. Bei solchen demographischen Daten liegt es nahe, zu hinterfragen, wie die Japaner ihr Sozialversicherungssystem selbst bewerten. Einer Meinungsumfrage durch das Cabinet Office im August 2008 zufolge waren 76% der Befragten mit dem gegenwärtigen Sozialversicherungssystem unzufrieden. Bei Mehrfachnennung gaben sich 70% mit der Rentenversicherung unzufrieden, 56% mit der Kranken- und 53% mit der Pflegeversicherung. Auf die Gründe wird im Folgenden bei

den einzelnen Versicherungsarten eingegangen. Übergreifend ist jedoch die Frage der zukünftigen Finanzierung. 43% der Befragten wollen Mehrbelastungen hinnehmen, sollte das Leistungsniveau gehalten werden. 20% präferieren die Senkung des Leistungsniveaus für eine gleich bleibende finanzielle Belastung.

Alle politischen Parteien und Fachleute sind sich darüber im Klaren, dass die Sozialversicherungssysteme in Zukunft mehr Geld benötigen, allen Einsparungsbeteuerungen zum Trotz. In Frage kommt insbesondere eine Erhöhung der Verbrauchssteuer, die im Moment bei 5 % liegt. Nach Einschätzungen der Nationalkonferenz für soziale Sicherheit ist eine Anhebung der Verbrauchssteuer um ca. 4% zur Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Japan erforderlich. Hierzu kommt noch die geplante Erhöhung des staatlichen Anteils an der Finanzierung der Grundrente. Mit diesen Mehrbelastungen zusammen muss die Verbrauchssteuer von derzeit 5% insgesamt auf 10% angehoben werden. Außerdem ist der Beitragssatz in der Kranken- und Pflegeversicherung jeweils um 20% und 80% zu erhöhen.

Eine Verbrauchssteuererhöhung liegt zwar nahe, deren Umsetzung ist in der Praxis allerdings schwierig: KMU führen die Steuer im Regelfall nicht ab, nur die Großunternehmen. Voraussetzung für eine Steuererhöhung wäre ein deutlicher Ausbau der Finanzverwaltung – KMU's werden statistisch nur alle 50 Jahre von Steuerbeamten überprüft. Verbunden wäre die Umsetzung mit einem Unternehmenssterben: viele KMU, gerade beschäftigungsintensive Familienunternehmen, wären ohne das Stillhalten des Staates bei der Verbrauchssteuer gegen die Marktmacht der Großunternehmen nicht wettbewerbsfähig. Wie der Nettoeffekt einer Verbrauchssteuererhöhung auf die japanische Volkswirtschaft einerseits

und die gesellschaftliche Struktur andererseits auswirken würde, ist unter diesen Voraussetzungen offen. Aussagen japanischer Politiker über eine Verbrauchssteuererhöhung sind deshalb mit Vorsicht zu bewerten.

5.1. Gesundheit

Japans Gesundheitsversicherung steht auf den ersten Blick bemerkenswert gut da: Sie bietet eine von der äußeren Form universale Abdeckung. Japaner haben einer der längsten Lebenserwartungen der Welt. Und die Kosten sind in Relation zum Gesamteinkommen im OECD-Vergleich am unteren Ende der Vergleichsskala. Schaut man hinter die Kulissen, ist das Bild vielschichtiger.

- Beispiel kommunale Krankenhäuser: Die Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser bereitet finanzschwachen Kommunen Probleme. Diese Kommunen wurden aufgefordert, einen fünfjährigen Sanierungsplan für öffentliche Krankenhäuser auszuarbeiten. 65% der Kommunen erwarten, dass die von ihnen geförderten Krankenhäuser bis 2011 einen Überschuss in ihrem Jahresabschluss erzielen. Dazu werden 33% der befragten öffentlichen Krankenhäuser wegen Ärztemangels und Einnahmerückgangs einen Abbau von Krankbetten erwägen oder durchführen.
- Beispiel Ärztemangel: Auf Aufforderung des Erziehungsministeriums werden für Medizinstudenten an 79 Universitäten ab 2009 insgesamt 693 neue Studienplätze eingerichtet. Damit gibt es in Japan 8.486 Studienplätze für Medizin. Ob die zusätzlichen Ärzte, die frühestens in zehn Jahren zum Einsatz kommen können, die bereits bestehenden ärztlichen Lücken im ländlichen Raum schließen, bleibt offen.
- Beispiel unversicherte Kinder in der Krankenversicherung: Laut

Gesundheitsministerium sind 32.776 Kinder jünger als 15 Jahre nicht mehr in der Nationalen Krankenversicherung versichert, weil ihre Eltern mehr als ein Jahr keine Beiträge eingezahlt haben. Nach Angaben des Ministeriums zahlen ca. 3,82 Mio. Haushalte (18,4% der Mitglieder) ihre Beiträge nicht mehr ein und ca. 331.000 Haushalte haben derzeit keinen Versicherungsschutz. Deshalb will das Ministerium die Kommunen, Träger der Nationalen Krankenversicherung, dazu bewegen, mindestens diesen Kindern einen vorübergehenden Versicherungsnachweis zunächst für einen Monat auszustellen, wenn sie ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen müssen. Dieser vorübergehende Versicherungsschutz wird aber im Folgemonat den Eltern in Rechnung gestellt, weshalb diese zum Teil selbst bei schweren Erkrankungen ihrer Kinder davon Abstand nehmen, mit ihnen zum Arzt zu gehen.

- Beispiel Schuldenrekord der Betriebskrankenkassen: Laut dem Verband der Betriebskrankenkassen werden ca. 90% von dessen ca. 1.500 Mitglieds-kassen (insgesamt 30 Mio. Versicherte) 2008 ein Defizit ausweisen. Die laufenden Schulden dieser Kassen erreichen mit 632,2 Mrd. Yen den bisher höchsten Stand. Um die verschuldete und teilweise mit Steuergeldern finanzierte regierungsverwaltete Krankenkasse zu entlasten, hat die Regierung die Betriebskrankenkassen, wo die Arbeitnehmer der Großunternehmen versichert sind, noch stärker in die Finanzierung der medizinischen Versorgung für ältere Menschen einbezogen.

Wie sieht das japanische Gesundheitssystem aus? Die japanische Krankenversicherung ist auf dem System der beitragsorientierten Pflichtkrankenkasse aufgebaut. Die nationale Krankenkasse ist für Selbstständige, Land- und Forstwirte, Fischer und Rentner zuständig (etwa 40 Prozent der Bevölkerung). Arbeitnehmer einschließlich Beamten

versichern sich in einer der zahlreichen Arbeitnehmerkrankenkassen oder genossenschaftlichen Kassen (etwa 60 Prozent der Bevölkerung). Nach der Verrentung wechseln sie in die nationale Krankenkasse. Bei allen Kassen sind Familienmitglieder nachfolgender Generationen ohne eigenes Einkommen bis zum dritten Grad kostenfrei mitversichert. Die Versicherung gilt auch im Ausland bei ständigem Wohnsitz in Japan – allerdings wird nur im Rahmen des Leistungskatalogs bis zur Höhe der japanischen Sätze erstattet. Private Vollkrankenversicherungen fehlen, am Markt verfügbar sind Zusatzkrankenpolicen für Einzelzimmer, Einkommensausfall etc..

Medizinische Leistungen der Kassen werden als Sachleistungen gewährt. Der Leistungssatz beträgt unabhängig von der Versicherungsart 90 Prozent bei Versicherten bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres, 70 Prozent bei Versicherten nach Vollendung des sechsten Lebensjahres bis vor der Vollendung des siebzigsten Lebensjahres und 80 Prozent bei älteren Versicherten (70 Prozent bei Besserverdienern mit über 560.000 Yen Einkommen). Es gibt eine monatliche Obergrenze für Zuzahlungen gestaffelt nach vier Einkommensgrenzen zwischen 15.000 Yen und 72.000 Yen.

Der Mittelzufluss der Krankenkassen erfolgt durch Beiträge und staatliche Zuschüsse. Der Beitragssatz wird vom Gesundheitsminister nach Beratung in einem Ausschussgremium für soziale Sicherheit - Vertreter werden entsandt unter anderem von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbänden - zwischen 6,6 Prozent und 9,1 Prozent festgelegt. Der Beitragssatz der nationalen Krankenkasse beträgt 8,2 Prozent. Der Beitrag wird zur Hälfte von Arbeitgebern und -nehmern getragen. Der durchschnittliche Beitragssatz der Arbeitnehmerkrankenkassen beträgt 7,5 Prozent, davon

trägt 4,2 Prozent der Arbeitgeber und 3,3 Prozent der Arbeitnehmer. Die Leistungen umfassen Regelleistungen in Form von ambulanter und stationärer Behandlung sowie Medikamenten.

Als Bemessungsgrundlage für den Beitragssatz dient das gesamte Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers: monatliches Entgelt, dem in Japan hohen Bonus sowie den sonstigen Zuwendungen. Obergrenze für das Monatsdurchschnittsgehalt ist 980.000 Yen; für den Bonus auf Jahresbasis 2 Millionen Yen. Kapitaleinkommen bleiben unberücksichtigt.

Um das System zukunftsfähig zu machen, wurde 2006 beschlossen:

- Umorganisation der Versicherungsträger: Die Nationale Krankenkasse wird zu regional größeren Operationseinheiten auf Präfektorebene zusammengeschlossen. Als Folge ist angestrebt, dass die Prämien an das örtliche Präfekturniveau der medizinischen Kosten angeglichen werden können (Präfektur Hokkaido 929.878 Yen; Präfektur Nagano 602.141 Yen pro über 65-Jährigen pro Jahr). Rechtlich sollen diese Organisationseinheiten auf Präfektorebene als "Public Corporation" als eigene Unternehmen losgelöst von der Zentralregierung agieren dürfen.
- Die übrigen Krankenkassen sollen auf Präfektorebene ermutigt werden, sich zu reorganisieren und sich bei Bedarf zusammenzuschließen. Davon sind etwa 5.000 Krankenkassen betroffen. Damit sollen "economies of scale" geschaffen, Synergieeffekte durch größere Unternehmenseinheiten, genutzt werden. Die Präfekturen erhalten dazu Instrumente: Krankenkassen können aus einem Präfekturfonds Gelder ausleihen, um

Kostenspitzen auszugleichen. Diese müssen sie spätestens nach drei Jahren zurückzahlen, beispielsweise mittels höherer Beiträge ihrer Mitglieder. Präfekturen können sich bei kleinen Versicherern mit fehlendem Know-how aktiv als Managementberater einmischen. Für teure Behandlungen können versicherungsübergreifende Programme unter Leitung der Präfekturen aufgelegt werden, um Kosten zu sparen. Innerhalb einer Präfektur können Not leidende Krankenkassen alle Rechtsformen wählen, die als Grundlage für eine Sanierung dienen können.

- Das ärztliche Vergütungssystem erkennt medizinische Fähigkeiten einzelner Ärzte an nach den Kriterien "Schwierigkeitsskala", "zeitlicher Aufwand" und "technische Qualität". Krankenhäuser erhöhen ihren Spezialisierungsgrad. Bei Krankenhausbehandlung wurde eine Festpreispauschale je Fall eingeführt.

Die monatliche Selbstbeteiligung beträgt sowohl für Arbeitnehmer als auch Rentner maximal 44.400 Yen, in der Kranken- und 37.200 Yen in der Pflegeversicherung. Die jährlichen Selbstbeteiligungskosten von Kranken- und Pflegeversicherung werden zusammengerechnet. Sollte diese Summe 560.000 Yen überschreiten, wird die Differenz von den Versicherungen zurückerstattet. Bei den Einkommensschwachen wird dieser Betrag auf 310.000 Yen im Jahr festgelegt.

Private Krankenversicherungen können als Ergänzungsversicherungen abgeschlossen werden. Die Verträge sind aus zwei Gründen meist als Pauschalverträge unabhängig von der Höhe der tatsächlichen Kosten ausgestaltet. Erstens ist es unklar, wie die zukünftige Selbstbeteiligung aussehen wird. Zweitens dürfte der jetzige medizinische Stand in Japan im

Leistungskatalog der gesetzlichen Versicherung bleiben. Bei neuen Behandlungsmethoden ist jeweils eine Einzelprüfung durch das Gesundheitsministerium notwendig. Sollte eine neue Behandlungsmethode durch den Patienten gewählt werden, die nicht im Leistungskatalog steht, hat der Patient die gesamte Behandlung, auch die Teile, die im Katalog stehen, selbst zu tragen. Manche Verträge sind auf bestimmte Krankheiten wie Krebs, Herzinfarkt oder Hirnschlag beschränkt. Die meisten dieser Verträge werden im Rahmen einer Lebensversicherung als Zusatzpaket abgeschlossen. Trotz der hohen Selbstbeteiligung insbesondere bei Krankenhausaufenthalten dürfte der Markt für private Zusatzversicherungen nur begrenzt wachsen.

Zum 1. April 2008 wurde für ältere Menschen als Teil der 2006 beschlossenen Maßnahmen ein zweistufiges Krankenkassensystem eingeführt.

Bei dem "*Retired Persons Healthcare System*" werden die *65 - 74-Jährigen* unter dem Dach der staatlichen Arbeitnehmerkrankenkasse von den erwerbstätigen Mitgliedern getrennt geführt. Die Kosten dieser Versichertengruppe in der Nationalen Krankenkasse und den Arbeitnehmerkrankenkassen, sofern der Versicherte noch beschäftigt ist, werden von den Versicherten selbst und von (Quer-) Zahlungen der Arbeitnehmerkrankenkassen und -genossenschaften getragen.

Das "*Healthcare System for the Elderly*" ist eine neu zu schaffende Krankenkasse für die *über 75-Jährigen*. Sie wird finanziert durch Beiträge der Versicherten (ca. 10 %), Querzahlungen der nationalen Krankenkasse und der Arbeitnehmerkrankenkassen (ca. 40 %) und Steuergelder (ca. 50 %). Bei den übrigen Kassen erfolgt die Querszahlung proportional zur

Anzahl dessen zahlender Mitglieder: bei der Nationalen Krankenkasse etwa 42 Mio. und den Arbeitnehmerkrankenkassen 71 Mio. Menschen. Bei den Steuergeldern erfolgt eine Aufschlüsselung "Zentralstaat : Präfekturen : Gemeinden" im Verhältnis 4 : 1 : 1. Jeder Einzelne muss sich versichern. Zielgruppe dieser Krankenkasse sind etwa 13 Mio. Menschen. Die erwarteten Kosten für diese Altersgruppe betragen 11,4 Billionen Yen, die Ausgaben der Versicherung sollen 10,3 Billionen Yen und der Anteil der Zuzahlungen 1,1 Billionen Yen betragen. Träger dieser neuen Krankenkasse ist ein Regionalverband innerhalb jeder Präfektur.

Die Einführung dieser Versicherungen erwies als organisatorisches Desaster. Die Zentralregierung hatte die Bevölkerung nicht hinreichend aufgeklärt. Viele Versicherte konnten mit denen ihnen zugesandten neuen Versicherungskarten nichts anfangen und warfen sie in den Müll. Andere Gebietskörperschaften kamen mit der Versendung der Versicherungskarten wochenlang in Verzug; 60.000 Versicherte waren betroffen. Bei älteren Ehepaaren, die nun in der neuen Versicherung je Kopf Beiträge bezahlen müssen, kam es zu Unmutsäußerungen in den Medien über höhere Beiträge, die direkt von der Rente abgezogen wurden.

Weitere Kostensteigerungen sind zu erwarten: Nach einer Berechnung des Ministeriums im Jahre 2006 sollte der Anfangsbeitrag dieser Versicherung im April 2008 landesdurchschnittlich ca. 61.000 Yen im Jahr betragen und 2015 auf ca. 85.000 Yen steigen. Jedoch liegt der tatsächliche Jahresbetrag 2008 bei ca. 72.000 Yen im Durchschnitt. Breite Bevölkerungskreise gehen davon aus, dass das Beitragsniveau im Jahre 2015 ebenfalls über der Schätzung liegen wird.

Auch für die jüngeren Versicherten führt die Einführung dieser Kasse zu

Beitragserhöhung: Die Arbeitnehmerkrankenkassen müssen 2008 zur Finanzierung der medizinischen Kosten älterer Menschen um 430 Mrd. Yen mehr als im vergangenen Jahr und insgesamt ca. 2,7 Billionen Yen zur Verfügung stellen. 141 von 1,502 dieser Kassen haben deshalb bereits ihren Beitragssatz angehoben. Die Beiträge in den betroffenen Kassen werden deswegen um ca. 10.000 Yen im Jahr (Arbeitgeber/-nehmer je zur Hälfte) angehoben. Während die Kassen bis zum März 2008 nur die Kosten ihrer ehemaligen Mitglieder, die nach der Pensionierung in der Krankenversicherung der Rentner versichert waren, anteilmäßig zu übernehmen brauchten, müssen sie sich jetzt nach der Einführung der allgemeinen Krankenversicherung für jüngere Alte (65 bis 74 Jahre) im April an den Kosten aller Versicherten in diesem Alter beteiligen. Außerdem haben die Betriebskrankenkassen ihre Finanzbeiträge auch an die neu geschaffene Krankenversicherung für ältere Alte (über 75 Jahre) zu leisten.

Vor dem gleichen Hintergrund gab es bei der nationalen Krankenkasse 2007 ein Defizit in Höhe von 157,7 Mrd. Yen. Für 2008 erwartet das Sozialversicherungsamt ein weiteres Defizit von ca. 170 Mrd. Yen. Die Defizite sind gedeckt durch die Versicherungsrücklagen, die Ende 2006 noch bei ca. 500 Mrd. Yen lagen. Gleichzeitig wurde ein Sondergesetz über die Finanzierung der regierungsverwalteten Krankenversicherung verabschiedet. Aufgrund dieses Gesetzes, das zunächst für ein Jahr gültig ist, wird die Regierung ihre finanzielle Beteiligung bei dieser Versicherungsart um ca. 100 Mrd. Yen im Jahr kürzen.

Wie könnte das japanische Gesundheitssystem vor diesem Hintergrund sich langfristig weiterentwickeln? Dabei ist zunächst der Blick auf die Kosten zu richten. Diese dürften überdurchschnittlich am Warenkorb eines

Haushaltes steigen, trotz der eingeleiteten Restrukturierungen. Ohne Aussagen über deren Höhe zu machen, die spekulativer Natur sind, sprechen mehrere Faktoren für diese Entwicklung:

- Medizinischer Fortschritt, hier dürften die Hauptkostentreiber liegen.
- Weiter steigender Wohlstand bei Teilen der Bevölkerung und damit überdurchschnittlich steigende Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen.
- Demographischer Faktor: Japans Bevölkerung ist die Älteste der Welt. Ältere Menschen nehmen überdurchschnittlich hohe Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch.
- Eine Verschiebung der Krankheitsbilder, im Schnitt werden „teurere“ Krankheiten in Kombination mit der Lebenserwartung zunehmen.
- Veränderung des Lebensstils: Bewegungsmangel und Fast Food sind bei der jungen Bevölkerung Japans verbreitet.

Wo könnten vor diesem Szenario Visionen für eine langfristige Veränderung stehen?

- Japan hat bisher aus seinem patriarchalischen Staatsverständnis heraus den Sparhebel nicht bei dem Spektrum medizinischer Leistung, sondern bei den Kosten der Behandlung angesetzt. Seit 1995 senkt die Regierung die Kosten für medizinische Behandlungen und Medikamente um jährlich zwei Prozentpunkte. Alle zwei Jahre werden die Ausgaben auf eine Höhe begrenzt, die den Einnahmen entsprechen. 2008 wurden die Arzneimittelpreise, die bei der Abrechnung zwischen dem Versicherungsträger und Leistungserbringer als Grundlage dienen, sogar durchschnittlich um 5,2% gesenkt. Das Ministerium will außerdem die Preise der absatzstarken neuen Präparate, welche die Haupteinnahmequelle

der führenden Arzneimittelhersteller sind, um ca. 10% herabsetzen, um die medizinischen Ausgaben des Gesundheitssystems zu dämpfen. Wie lange die Politik der Kostendämpfung durchzuhalten ist, ohne dass das System qualitative Defizite aufweist, ist offen.

- Es fehlt eine Steuerung von Patienten. Selbst für Erkältungen gehen viele Patienten ins Universitätskrankenhaus statt zum nahegelegenen Arzt.
- Einerseits werden Behandlungen landesweit nach einheitlichen Kriterienkatalogen durchgeführt, andererseits gibt es keine institutionalisierte Überprüfung, ob diese Maßnahmen im Einzelfall auch angemessen und kostengünstig sind.
- Obwohl das System kostenmäßig reguliert ist, ist der Anteil der Privatwirtschaft am Gesundheitssystem hoch. Es gibt keine räumliche oder fachliche Begrenzung für die Eröffnung einer Praxis oder eines Krankenhauses. In Folge kann der Staat keinen Einfluss auf die Allokation der medizinischen Ressourcen nehmen. Rationalisierungspotentiale bleiben ungenutzt.

Ob diese betriebswirtschaftlich-medizinischen Potentiale genutzt werden, hängt wesentlich von politischen Rahmenbedingungen ab. Der Staat steht aus heutiger Sicht auch in Zukunft im Zentrum der Verantwortung für die Krankenkassen, wenngleich die Last auf die Präfekturen verlagert wird. Bei der Reformdiskussion der Krankenversicherung spielt in Japan weniger die Frage "mehr oder weniger privater Wettbewerb" wie in westlichen Ländern eine Rolle. Vielmehr verpflichtet konfuzianisch-patriarchalisches Denken die öffentliche Hand unausgesprochen, sich um ein wie auch immer zu wertendes „Wohlergehen“ der Bürger zu kümmern. Das führt zu drei Wettbewerbsansätzen: Wettbewerb zwischen Krankenkassen ist auf ein Minimum beschränkt. Transparenz zwischen

staatlichen Einheiten im Vergleich ist ausdrücklich erwünscht, sofern sie die staatliche Autorität nicht angreift. Bei den Anbietern von Gesundheitsleistungen soll Wettbewerb im privaten Bereich gefördert und ausgeweitet werden.

Wertung:

- Es ist zu erwarten, dass der Staat mögliche Kostensteigerungen in den nächsten Jahren mit Geldtransfers lösen wird. Eine Steigerung der Beiträge, welche durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezahlt werden müssten, ist unpopulär. Eine Erhöhung des Eigenbeitrags, die ausschließlich vom Patienten aufgebracht werden müsste, ebenfalls. Die hohe Staatsverschuldung sowie unpopuläre Steuererhöhungen setzen aber auch Finanztransfers öffentlicher Mittel enge Grenzen.
- Bei der Reform in kleinen, kontinuierlichen Schritten wurde nur ein Teil der möglichen Instrumente eingesetzt. Da die Kapitaleinkünfte bei den hohen privaten Ersparnissen stärker zunehmen als die Arbeitnehmereinkommen, liegt unter anderem bei der Bemessungsgrundlage eine "stille Reserve". Ob das ausgeprägte System der Umverteilung innerhalb der Kassen und zwischen diesen in einer sich globalisierenden Weltwirtschaft auch in mittlerer Zukunft gesellschaftlich akzeptiert wird, ist offen.
- Bei der Diskussion um die Sanierung der Krankenkassen wird der Anbietermarkt ungleich gewichtet. Ärzte- und Schwesternmangel, ausgelöst durch gedeckeltes Einkommen und extrem langen Arbeitszeiten, führt zu kritischer medizinischer Unterversorgung im ländlichen Raum, über die in den Medien breit berichtet wird, auch über dadurch entstandene Todesfälle.

5.2. Rente

Japans Rentenversicherung verfügt über Rücklagen, die etwa 40 % des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Alle Bürger unterliegen der Versicherungspflicht. Auch hier scheint ein Blick hinter die Kulissen für die dann folgende Diskussion hilfreich:

- Beispiel Verluste bei der Rentenrücklagen-Anlage: Der „Government Pension Investment Fund“, der im Auftrag des Arbeitsministeriums 92,8 Billionen Yen (sic!) aus den Rücklagen der Arbeitnehmer- und der Nationalen Rentenversicherung in Wertpapiere und Aktien anlegt, gab im Juli 2009 bekannt, dass er im letzten Haushaltsjahr (1. April 2008 bis 30. März 2009) einen Rekord-Verlust in Höhe von 9,667 Billionen Yen hatte. Das entspricht einer Rendite von -10,03%. Dafür sei der weltweite Sturz des Aktienkurses im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. Damit haben die Verluste der beiden letzten Jahre mit 15 Bio. Yen den bisherigen Gesamtgewinn seit 2001 abgeschöpft. In diesem Jahr wurden erstmals Aktien gekauft.
- Beispiel Finanzierung der Grundrente: Nach Einschätzungen des Arbeitsministeriums werden die Rücklagen in der Rentenversicherung in den 2020er Jahren erschöpft sein, sollte der Anteil der Steuergelder an der Finanzierung der Grundrente von derzeit 1/3 nicht auf 1/2 angehoben werden.
- Beispiel Rentenprognose: Zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung müsse das Rentenniveau, so eine Prognose des Arbeitsministeriums, stufenweise gesenkt werden. So wird die Rente künftig nur noch 50,1% (derzeit 62,3%) vom durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelt betragen.

Wie sieht die Rentenversicherung im Einzelnen aus? Alle Bürger über 20 Jahre sind Pflichtmitglieder im Rentenversicherungssystem. Es ist dreistufig aufgebaut.

In der **ersten Etage**, bei der nationalen Rentenkasse, sind alle erwachsenen Bürger versichert. Es gibt eine Kopfminimalpauschale von monatlich 13.600 Yen. Die Wartezeit beträgt 25 Jahre. Nach 40 Beitragsjahren beträgt die Grundrente monatlich etwa 68.000 Yen. Die erste Etage ist in drei Teilkategorien untergliedert.

In der *ersten Kategorie* ist es Ziel, Bürgern ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis, insbesondere den Kleinunternehmern und Bauern, ein minimales Einkommen im Alter zu sichern. Dies gilt auch für die Ehepartner. Damit werden mögliche Sozialhilfefälle im Alter minimiert. Nach vierzig Beitragsjahren erhalten beide Ehepartner zusammengenommen eine Basisrente, die nach heutigem Stand etwa dem Sozialhilfesatz entspricht.

In die *zweite Kategorie* sind die angestellten Arbeitnehmer eingeordnet. Sie sind neben Mitglieder in der zweiten Etage (s.u.) automatisch Doppelmitglieder der nationalen Rentenkasse.

Der *dritten Kategorie* sind die Ehepartner der angestellten Arbeitnehmer zugeordnet. Sie sind ebenfalls automatisch Doppelmitglieder.

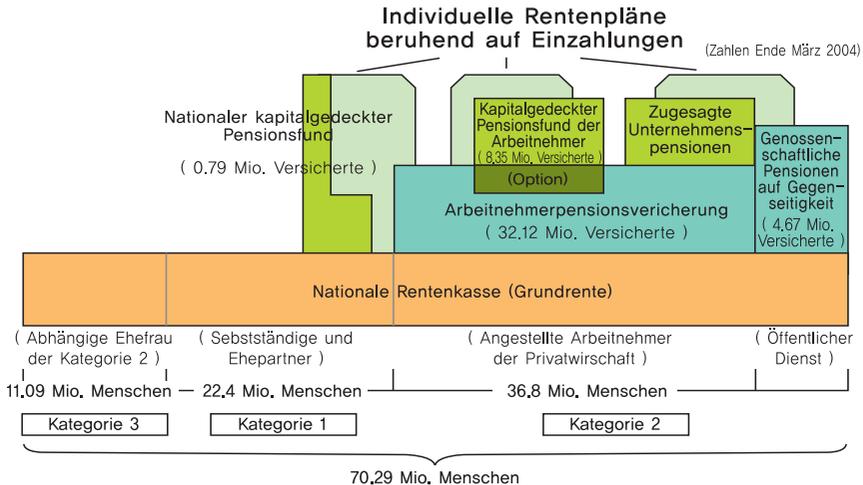
Die Rentenversicherungen der zweiten Etage transferieren für ihre Versicherten und deren Ehepartner die Beiträge an die nationale Rentenkasse der ersten Etage.

In der **zweiten Etage** sind die angestellten Arbeitnehmer versichert. Es gibt sowohl die staatliche Arbeitnehmerpensionsversicherung als auch genossenschaftliche Unterstützungskassen. Letztere bieten ihren Mitgliedern kleine Zusatzleistungen. Die Beiträge sind einkommensabhängig, die hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Der Beitragssatz liegt bei 13,6 Prozent bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze. Die Wartezeit beträgt 25 Jahre.

Zur **dritten Etage** gehören die betrieblichen Pensionsfonds. Die ganz überwiegende Zahl der japanischen Arbeitnehmer sind Mitglieder in einem Rentenfond. Diese müssen im Kontext des Altersruhegeldes gesehen werden: Bei Erreichen der betrieblichen Altersgrenze werden nach Dauer der Betriebszugehörigkeit bis zu sechzig Monatsgehälter auf Basis des letzten Monatsgehalts ausbezahlt. Dieses System gilt uneingeschränkt für öffentlich Bedienstete sowie für Mitarbeiter bei etwa der Hälfte der Unternehmen. Das Gewicht der betrieblichen Alterssicherung ist beträchtlich: für die gesetzliche Rentenversicherung werden monatlich ca. 36.000 Yen und für die betriebliche Alterssicherung 80.000 Yen je Arbeitsplatz aufgebracht. Bei einer Arbeitskostenstrukturanalyse haben die Aufwendungen für unternehmenseigene Pensionszuwendungen einen Anteil von 5,8 Prozent an den gesamten Lohnkosten.

Japanisches Rentensystem

- Alle Bürger bezahlen in eine nationale Rentenkasse ein und beziehen eine Grundrente im Alter. In Ergänzung bezahlen Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes in eine Rentenversicherungen ein und erhalten anteilig ihrer Einzahlungen eine Rente.
- Freiwillige Einzahlungen in die nationale Rentenkasse oder Unternehmensrentenkassen sind möglich.



Quelle: Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW)

Eine Besonderheit sind die enormen Finanzreserven aller drei Systeme. Sie betragen zusammen genommen etwa 40 Prozent des japanischen Bruttosozialprodukts.

Bemerkenswert ist, dass die Rentner für Berufstätigkeit nach Renteneintritt Steuerprivilegien erhalten. Mit ansteigender Konjunktur und Ausscheiden der Babyboomer werden qualifizierte Arbeitskräfte noch knapper werden.

Kein innenpolitisches Thema ist in den letzten Jahren so intensiv diskutiert worden wie das Thema Rente. Der Verlust der Oberhauswahlen durch die LDP ist zu hohen Anteilen auf „Rente“ zurückzuführen. In der Kritik steht nicht die Reform der Rentenversicherung selbst, sondern die der zuständigen Verwaltungsbehörde, der Social Insurance Agency (SIA).

Die SIA ist eine direkt dem Ministerium unterstellte öffentlich-rechtliche Körperschaft, die sowohl für die Verwaltung der Grundrente (Nationalrente), der einkommensabhängigen Rentenversicherung für Arbeitnehmer und die Gesundheitssicherung. In der Rentenversicherung betreut die SIA 70,29 Millionen Versicherte und 34,38 Millionen Leistungsbezieher. Sie beschäftigt 17.365 Mitarbeiter, betreibt 47 Hauptniederlassungen und 312 weitere Büros.

Seit 2004 wurde das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Effizienz und die Vertrauenswürdigkeit der SIA erschüttert. Dem japanischen Träger wird vorgeworfen, seine Verwaltungsgeschäfte nur unzureichend durchzuführen:

1. Durch die Einführung eines neuen Computersystems wurden etwa 65 Mio. Einzahlungen nicht verbucht. Beziehen sie bereits eine Rente, bekommen sie weniger, als ihnen zusteht. Verfehlen sie durch Nichtbuchungen die Mindestbeitragsjahre von 25 Jahren, erhalten sie keine Rente.
2. Es gab seitens der Verwaltung Fehlentscheidungen bei etwa 1 Mio. Rentenfestsetzungen, die zu erheblichen Überzahlungen führten, die aus rechtlichen Gründen nicht zurückgefordert werden können.
3. Der Beitragseinzug erfolgt für die nationale Grundrente unzureichend. Zahlten 1992 noch 85,7% der Beitragspflichtigen ihren Beitrag, wurden im Fiskaljahr 2008/09 nur 62,1 % der geschuldeten Rentenversicherungsbeiträge für die Grundrente eingezogen, ein neuer Tiefstand. 2007/08 haben 3,74 Mio. Japaner die Beitragszahlung verweigert; 0,27 Mio. Japaner sind nicht von der Rentenversicherung erfasst. Hinzu kommt eine Dunkelziffer.

Die SIA ist bisher keine rechtlich selbständige Organisation, sondern unmittelbar vom zuständigen Ministerium abhängig. Sie wird daher auch in der Öffentlichkeit als Teil des Ministeriums wahrgenommen. Der Regierungspartei LDP blieb deswegen nichts anderes übrig, die SIA öffentlich für die aufgeführten Missstände verantwortlich zu machen. Die Partei setzt sich für eine umfassende Rechts- und Verwaltungsreform der Rentenversicherung in Japan ein:

1. Alle administrativen Aspekte der Verwaltung des nationalen Rentensystems werden einer privatwirtschaftlichen Organisation („Public Corporation“) übergeben, die zum 01. April 2010 gegründet wird. Diese Organisation wird dann für den gesamten Bereich der Rentenverwaltung zuständig sein: Beitragseinzug, Bearbeitung der Anträge, Versichertenkontenführung, Beratungsservice, Berechnung der Renten und das Zahlungsverfahren.

Die Mitarbeiter dieser neuen Organisation dürfen in keinem Fall Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes sein. Externe Bewerber sind ausdrücklich erwünscht. Die Regierung wird als hoheitliche Aufgabe lediglich die Zuständigkeit für die Finanzen des Trägers behalten. Hierzu gehört besonders die Verwaltung des riesigen Kapitalfonds für die Nationalrente.

2. Die spezielle Beamtenversorgung für alle Beamten Japans soll abgeschafft und in das allgemeine Rentensystem integriert werden. Damit soll die Glaubwürdigkeit der Rentenversicherung bei der Bevölkerung zurück gewonnen werden. Fast alle Mitarbeiter der jetzigen SIA sollen entlassen werden. Alle entlassenen Mitarbeiter

können sich einem Prüfungsverfahren unterziehen und sich bei der neu zu gründenden Organisation bewerben. Beamte, die aus rechtlichen Gründen nicht entlassen werden dürfen und sich nicht freiwillig auf eine der neuen Positionen bei der SIA bewerben, werden auf andere Dienststellen außerhalb der SIA versetzt.

Die Regierung Hatoyama will diese Änderungen erneut prüfen – der Prozess zur Schaffung einer Public Corporation ist jedoch bereits so weit vorangeschritten, dass er nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Für viele Bürger kommen diese Änderungen zu spät: Nach Einschätzung des Sozialversicherungsamtes haben 1,1 Mio. ältere Menschen über 60 Jahre zurzeit keinen Rentenanspruch, weil sie die Mindestwartezeit von 25 Jahren nicht erfüllt haben. 370.000 von ihnen könnten zukünftig eine Rente beziehen, sollten sie sich freiwillig in der Nationalen Rentenversicherung versichern und bis zum 70. Lebensjahr ihre fehlenden Beiträge nachzahlen. 730.000 Menschen haben nach den geltenden Gesetzen keine Möglichkeit mehr, eine Altersrente zu erhalten. Dieses Schicksal teilen auch 450.000 Menschen unter 60 Jahren, welche die Mindestwartezeit nicht mehr erfüllen können.

Wertung:

- Die Medien berichten pedantisch über Fehlverhalten der Mitarbeiter der SIA: Im Geschäftsjahren 2006/07 seien 1.190 Fehler entdeckt worden, im Geschäftsjahr 2007/08 1.261 Fehler. Dennoch seien nur in 636 bzw. 668 Fällen Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen worden. Die Mitarbeiter der SIA sind durch diese Vorwürfe gegen ihre Arbeit und insbesondere durch ihre bevorstehende Entlassung mit ungewisser

Wiedereinstellung demotiviert. Unter diesen Umständen wird es schwer sein, qualifizierte neue Mitarbeiter zu finden. Ohne diese wird jeder Neuanfang ein Torso bleiben.

- Das Management der SIA hat wenig Fingerspitzengefühl in der Unternehmensführung. Qualifizierte Informatiker geben Datensätze in den Rechner ein; das Callcenter wird mit in drei Tagen angelehrten Zeitarbeitern besetzt.
- Sowohl die Regierungspartei LDP als auch die Oppositionspartei DP haben keine überzeugenden Lösungskonzepte. Daher ist es verwunderlich, dass das Vertrauen in staatliches Handeln in der öffentlichen Meinung nur begrenzt in Frage gestellt wird.

Das Thema Rentenversicherung dürfte in der japanischen Innenpolitik in den nächsten Jahren ein Dauerbrenner bleiben.

5.3. Pflege

Japan hat seit der Einführung der Pflegeversicherung im April 2000 aus dem Stand eine Pflegeindustrie aufgebaut. Die japanische Pflegeversicherung beruht auf dem System der beitragsorientierten Pflichtkasse. Versichert sind alle Einwohner über 40 Jahre. Die Leistungen werden als Sachleistungen gewährt. Auch hier zunächst Momentaufnahmen.

- Beispiel Rentabilität von Pflegedienst Anbietern: Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums verschlechterte sich die Rentabilität bei den Pflegedienst Anbietern gegenüber 2005 um 14,4%. Wegen steigenden Personalkosten schrumpfte vor allem die Rentabilität des Care-Manager-Geschäfts um 17% und die der Tagespflege um 14,4%.

- Beispiel Beitragserhöhung: Der Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung wird ab 2009 landesdurchschnittlich um 3-5% bzw. 150-200 Yen pro Versicherten und Monat angehoben. Grund ist die Zunahme der Pflegebedürftigen im Zuge der Alterung der Bevölkerung und die Erhöhung der Gebühren für die Pflegedienstanbieter um 3% ab 2009. Da die letztere Maßnahme jedoch teilweise durch ein zusätzliches Konjunkturprogramm gegenfinanziert wird, wird der Anstieg des Beitragssatzes gemildert. Sonst müsste er monatlich ca. 300 Yen höher gesetzt werden.
- Beispiel pflegende Angehörige: Einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums zufolge waren 34,1% der häuslich pflegenden Angehörigen 2007 älter als 70 Jahre. 11,1% von ihnen (2001: 6,2%, 2004: 8,5%) waren sogar älter als 80 Jahre. Dies ist offensichtlich auf die Verkleinerung der Kernfamilie (durchschnittlich 2,63 Mitglieder pro Haushalt) und die Überalterung der Gesellschaft zurückzuführen. Der Anteil der Drei-Generationen-Haushalte sank mit 8,4% auf den bisher niedrigsten Stand.

Wie funktioniert die Pflegeversicherung für die Versicherten?

Der Antragsteller oder seine Angehörigen stellen bei der Kommune einen Antrag. Diese beauftragt den Hausarzt mit einem Gutachten und schickt einen Care Manager zum Antragsteller, um im Wohnumfeld eine Einschätzung vornehmen zu können. Der Care Manager fragt mittels eines Computerprogramms 82 Kriterien ab. Der Computer errechnet einen für die Pflege erforderlichen Zeitbedarf. In Ergänzung zum Computerprogramm kann der Care Manager weitere, individuell wichtige Sachverhalte beschreiben. Alle drei Gutachten werden einem Care Need

Certification Committee vorgelegt, das innerhalb von dreißig Tagen über die Pflege entscheiden muss.

Der Vorteil eines solchen Verfahrens liegt auf der Hand: Erstens liegt durch den Kriterienkatalog ein landesweit standardisiertes Grundverfahren für alle Versicherten zugrunde. Zweitens setzt sich das Care Need Certification Committee aus Experten der Bereiche Pflege, Medizin und Soziales zusammen. Drittens trifft das Committee seine Entscheidung auf der Grundlage dreier Gutachten, die aus unterschiedlicher Perspektive geschrieben wurden: des Arztes, der computergestützten Checkliste sowie dem Papier „weitere Sachverhalte“.

Das Ergebnis ist die Zuteilung in eine der drei Hauptgruppen:

- „Unabhängig“ mit dem Ziel, öffentliche Unterstützung durch die Kommune, etwa Essenslieferung nach Hause, jedoch keine Unterstützung durch die Pflegeversicherung.
- „Unterstützungsstufen I-II“ mit dem Ziel, einen Pflegevermeidungsplan aufzustellen. Dieser enthält Maßnahmen wie Muskeltraining oder Ernährungsunterweisung.
- „Pflegestufen I-V“ mit dem Ziel der geordneten Pflege. Dabei kann zwischen häuslichen und stationären Leistungen gewählt werden.

Neben der Einstufung in eine Pflegestufe gibt es eine weitere Eingrenzung der Leistungen. Die jeweilige Pflegestufe ist mit einem Geldbetrag gedeckelt. Er beträgt monatlich in der Unterstützungsstufe I 49.700 Yen, in der Pflegestufe I 165.800 Yen und in der höchsten Pflegestufe V 358.300 Yen. Bei häuslicher Pflege wird mit dem care-manager ein Pflegeplan aufgestellt. Weil die Leistungen bei häuslicher Pflege innerhalb eines bestimmten Gesamtwertes zu erbringen sind, werden mögliche Leistungen

miteinander kombiniert. Die Leistungen können durch öffentliche Unterstützung der Kommune ergänzt werden. Sollte die häusliche Pflege nicht möglich sein, wird die Einweisung in eine Pflegeeinrichtung vorgenommen, etwa ein Pflegeheim oder ein Krankenhaus mit besonderem Pflegeauftrag.

Grundsätzlich ist ein Eigenanteil von zehn Prozent auf alle Leistungen zu entrichten; über die vom Pflegeplan genehmigten Leistungen hinausgehender Service muss zu 100 Prozent selbst bezahlt werden. Das Geld wird von Versicherten direkt an den Dienstleister bezahlt; versicherte Anteile rückwirkend auf Antrag erstattet. Bei Aufenthalt in einer Pflegeeinrichtung müssen die Hotelkosten, Kost und Logis, selbst entrichtet werden. 40 bis 65-Jährige haben nur dann Anspruch auf Leistung, wenn sie wegen einer altersbedingten Krankheit wie Demenz, Hirnblutgefäßstörung etc. pflegebedürftig sind. Die Anerkennung der Pflegebedürftigkeit läuft nach sechs Monaten ab. Sechzig Tage vor Fristablauf muss ein Antrag auf Verlängerung gestellt werden.

Wie werden diese Versicherungsleistungen refinanziert?

Die eine Hälfte der Beträge (50 %) ist steuerfinanziert: 25 % stammt aus Mitteln der Zentralregierung, 12,5 % von den Präfekturen und 12,5 % von den Kommunen. Die andere Hälfte (50 %) sind Beiträge der Versicherten. Versicherte werden in zwei Kategorien eingeteilt: über 65-Jährige gehören der Kategorie I an; Versicherte über 40 bis 65 Jahre der Kategorie II.

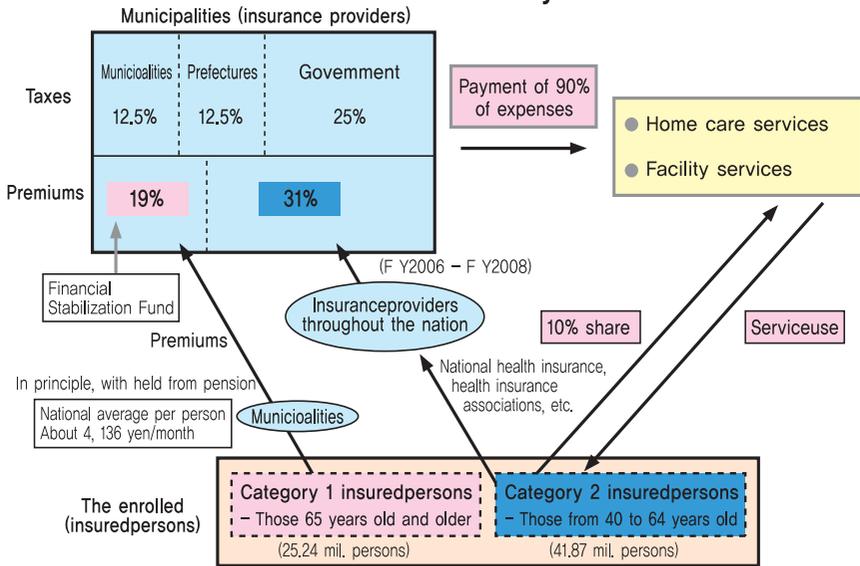
Die 65-Jährigen (Kategorie I) und älteren bezahlen ihre Beiträge direkt an die Kommune als Kopfbeiträge oder werden - bei größeren Renten - gleich von der Rente abgezogen. Zurzeit betrifft dies 25,24 Millionen Versicherte.

Der Beitrag wird für drei Jahre im Voraus von jeder Kommune als Versicherungsträger festgelegt. Er beträgt durchschnittlich 4.090 Yen (2009).

Die Versicherten im Alter zwischen 40 und 64 (Kategorie II), insgesamt 41,87 Mio. Menschen, bezahlen ihren Beitrag zusammen mit dem Krankenkassenbeitrag. Die Beiträge werden aufgrund des gleichen Bemessungsverfahrens wie in der Krankenversicherung festgelegt und durch die Krankenkasse zusammen mit den Krankenversicherungsbeiträgen eingezogen. Er beträgt 0,95 % des Gehalts bei Mitgliedern von nationalen Krankenkasse und 0,88 % bei Mitgliedern von Arbeitnehmerkrankenkassen.

Die Kostenaufteilung zwischen den Kategorien I und II hängt vom Anteil der über 40-jährigen Versicherten der jeweiligen Kategorie an der Gesamtbevölkerung ab. Sie wird alle drei Jahre neu definiert. Heute ist das Verhältnis 19 % (Kategorie I) zu 31 % (Kategorie II). Beträgt der Anteil der über 40-jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als 64 Prozent, übernehmen die Beitragszahler der Kategorie I 18 Prozent und die der Kategorie II 32 Prozent. Menschen unter 40 Jahren nehmen nicht am Versicherungssystem teil. Hat eine regionale Pflegekasse die Auszahlungen zu niedrig kalkuliert, kann sie von einem staatlichen Fonds Geld leihen. Den Kredit muss sie dann im nächsten Dreijahresplan zurückzahlen und die Beiträge entsprechend erhöhen.

Outline of the system of long-term care insurance for the elderly



Quelle: Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW)

Die Zahl der anerkannten Pflegebedürftigen stieg seit Einführung der Versicherung im April 2000 von 2,2 Millionen auf 4,3 Millionen (April 2006). Die Zahl der Versicherten, die Leistungen tatsächlich in Anspruch nahmen, erhöhte sich in dieser Zeit von 1,5 Millionen auf 3,4 Millionen Versicherte: 2,6 Mio. Leistungen für Zuhause und 0,8 Mio. in Pflegeeinrichtungen.

Wie wird sich das japanische Pflegeversicherungssystem vor diesem Hintergrund weiter entwickeln? Die Kosten der Pflegeversicherung sind seit deren Einführung im Jahr 2000 jährlich um etwa 10 % gestiegen. Aus den Steigerungen folgt Handlungsbedarf. Bei einer Analyse des gegenwärtigen Systems ergeben sich als Kritikpunkte:

- Bei Pflegebedürftigkeit in der niedrigsten Pflegestufe 1 führen die Pflegedienstleistungen nicht zu einer Verbesserung körperlicher Fähigkeiten und selbstständiger Lebensführung,
- die Qualität der Dienstleistungen ist oft verbesserungswürdig,
- zwischen den Regionen und zwischen den Anbietern von Pflegedienstleistungen gibt es ein zum Teil unverständliches Gefälle bei den Pflegeleistungskosten.

Welches sind Maßnahmen, mit denen die Pflegeversicherung vor einer Kostenexplosion bewahrt werden soll? Die Regierung unterscheidet zwischen kurzfristigen und langfristigen Ansatzpunkten.

Zeitnah soll erstens die Prävention in den Mittelpunkt des Systems gestellt werden. Die Kommunen dürfen eigenständig entscheiden, wie sie die Gelder für Prävention einsetzen. Zweitens werden Bewohner von Heimen gleichgestellt mit Menschen, die zu Hause gepflegt werden. Das führt zu höheren Zuzahlungen der Heimbewohner. Drittens soll die Servicequalität verbessert werden, insbesondere durch weiteres Standardisieren der angebotenen Leistungen. Die Anbieter von Pflegeleistungen sollen ihre Dienste transparenter darstellen. Viertens muss die individuelle Leistungsfähigkeit der Beitragszahler besser zur Geltung kommen.

Langfristig wird die Nachbarschaftshilfe auf der kommunalen Ebene intensiviert. Dort, wo die Bürger einen großen Teil ihres Lebens verbracht haben, sollen sie in Abhängigkeit von regionalen Charakteristiken betreut werden. Das bedeutet, dass nur von Bürgern einer Kommune, die dort wohnen, auch die zugehörigen Leistungen in Anspruch genommen werden können. Die Kosten für die Pflegeversicherungen richten sich nach dem von der Kommune bereitgestellten Pflegeleistungssystem.

Die Entscheidung darüber sollen Bürger der Kommune, betroffene ältere Bürger sowie medizinische und soziale Einrichtungen treffen. Jede Kommune muss sich an Benchmarks messen lassen. Seitens des Staates wird den Kommunen durch Beratung geholfen mit den Schwerpunkten Vorbeugung, Demenzbetreuung sowie allein Leben im Alter. Folgende kommunale Dienste sollen als Minimalleistung vor Ort angeboten werden:

- Kommunale zentrale Anlaufstellen für je eine überschaubare Anzahl von Benutzern
- Pflege bei Nacht durch mobile Bereitschaftsdienste
- Tagesbetreuung für Demenzkranke
- Gruppenübernachtung für Demenzkranke
- Wohnbetreuung in kleinen Wohneinheiten bis zu 30 Personen für Ältere, die Hilfe brauchen.

Die Struktur der überwiegend privaten Dienste ist kleinteilig: Stationäre Einrichtungen sind 12.139 zugelassen mit 785.202 Betten (2007). Hinzu kommen nicht zugelassene Einrichtungen, deren Qualität vom Staat nicht kontrolliert wird. Die Pflegedienste sind zum Großteil Kleinstunternehmen. Es gibt ca. 96.000 Unternehmen, die Pflegeleistungen zu Hause, ca. 26.000 Unternehmen, die Tagesbetreuung und 9.000 Unternehmen, die Sanitätsgeräte zum Mieten anbieten. Eine Konzentration der Anbieter dürfte in den nächsten Jahren nur langsam voranschreiten.

Wertung:

- Anbieter von Pflegedienstleistungen haben Schwierigkeiten, geeignetes Fachpersonal zu finden. In den letzten zehn Jahren wurden zwar ausreichend Fachkräfte ausgebildet. Viele von ihnen arbeiten jedoch in anderen Berufen, da die Vergütung für Pflegekräfte niedrig ist. Erste

ausländische Fachkräfte wurden angeworben. Im Juli 2008 trafen 200 indonesische Pfleger in Japan ein.

- Die Einführung der Pflegeversicherung in Japan hat den Markt für Pflegeleistungen erst möglich gemacht. Zuvor konnten selbst zahlungskräftige Pflegebedürftige Menschen nur in Krankenhäusern untergebracht werden.
- Bemerkenswert ist die starke Fokussierung auf die Kommunen. Dies erlaubt eine gezielte Bedürfnisanalyse und Leistungsplanung vor Ort.
- Nachteilig erscheint, dass die Kommunen gleichzeitig Leistungsträger, Kontrolleure der Pflegeversicherung und in Teilen auch Anbieter von Pflegeleistungen sind. In diesem engen Kommunikationsumfeld besteht in der japanischen Konsensgesellschaft die Gefahr von Marktabsprachen zu Lasten der Beitragszahler. Erste Fälle sind bereits an die Öffentlichkeit gelangt.
- Der Zentralregierung wird in den Medien vorgeworfen, sie würde Quantität vor Qualität stellen. Die Kontrollen von Pflegeunternehmen seien lax.
- Die regionale Beitragsfestsetzung führt zu erheblichen Leistungs- und Beitragsunterschieden zwischen Kommunen. Gerade Kommunen mit hoher Landflucht und damit überdurchschnittlichem Nutzerbedarf werden durch geringe Steuerkraft weiter in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, Infrastruktur zu halten oder gar in die Zukunft zu investieren. Die Schere zwischen Land und Ballungszentren weitet sich damit.
- Es gibt trotz großer Fortschritte zu wenige Pflegeeinrichtungen, gerade im stationären Bereich. Deswegen gibt es nicht angemeldete Pflegeeinrichtungen, die keiner Qualitätskontrolle unterliegen und zum Teil mit erheblichen Qualitätsmängeln verbunden sind. Das Thema wird in den Medien regelmäßig aufgegriffen.

- Die zu erwartenden Kürzungen der Pflegeleistungen sind der Bevölkerung latent bewusst, auch durch Berichte der Massenmedien. Die gegenwärtige „Vollkaskoversicherung“ mit 10 % Eigenbeteiligung wird kaum aufrechterhalten zu sein. Dies schwächt die Akzeptanz der gesetzlichen Pflegeversicherung, ohne den sehr kleinen Markt für private Pflegeversicherungen zu stimulieren. Eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf die 20-40-jährigen ist im ersten Quartal 2007 politisch gescheitert und für mindestens fünf Jahre zurückgestellt worden.

Abschließend - trotz einschränkender Bemerkungen in diesem Text – ist festzuhalten: Japan stellt sich als ein exzellent organisiertes Land nach innen und außen dar. Dies in vielen Lebensbereichen auch zu spüren. Würde man die Gedanken mit dem gleichen Maßstab auf die Einschränkungen des deutschen Systems fokussieren, dürfte man zu dem Schluss kommen, dass Deutschland nicht in allen, doch vielen Bereichen von Japan wertvolle Impulse aufnehmen kann.

6. Exkurs: Arbeitsmarktpolitischen Konjunkturprogramme

1. Comprehensive Immediate Policy Package to Ease Public Anxiety

(29. August 2008, 1. Nachtragshaushalt, Fiskaljahr 1. April 2008 - 30. März 2009) in Höhe von 9,94 Mrd. Yen

1. Unterstützung von Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverhältnissen, unter anderem Gründung von „non-regular worker employment support

centers“ sowie Kredite für Arbeitnehmer, die eine Berufsausbildung machen.

2. Hilfe für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) zur Stabilität von Beschäftigung.
3. Einrichtung von zehn weiteren Arbeitsämtern für Frauen.
4. Subventionen an Unternehmen für die Beschäftigung von über 65-Jährigen. (sic!)
5. Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsmarkt durch Subventionen an Unternehmen und Aufstockung von speziellen Arbeitsberatern von 227 auf 297 Personen.
6. Pflegeheime können Mittel beantragen, wenn sie Mitarbeiter einstellen, die bisher nicht im Pflegeumfeld tätig waren.

2. Measures to Support People's Daily Lives

(30. Oktober 2008) in Höhe von 250,5 Mrd. Yen (2. Nachtragshaushalt, Fiskaljahr 1. April 2008 - 30. März 2009) und 30 Mrd. Yen (Haushalt, Fiskaljahr 1. April 2009 - 30. März 2010)

1. Erhöhung der Kaufkraft von Familien durch Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 1,2 % auf 0,8 % des Arbeitslohns.
2. Stärkung des sozialen Sicherheitsnetzes mit Schwerpunkten Eingliederung von NEET (Not in Education, Employment or Training), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Kommunen und Schulung von Arbeitslosen. Die Wartezeit auf Anspruch von Arbeitslosengeld für befristet Beschäftigte wird von zwölf auf sechs Einzahlungsmonate verringert. Die Bezugsdauer - bezogen auf sechs Monate Beschäftigung - wird auf 60 Tage verlängert. Bisher durfte ein Arbeitnehmer nur dann in der Arbeitslosenversicherung versichert sein, wenn er wöchentlich

mehr als 20 Stunden arbeitet und voraussichtlich mehr als ein Jahr beschäftigt sein kann. Auch das wurde gelockert: Befristet Beschäftigte können nun Arbeitslosengeld beziehen, wenn bei der Einstellung davon ausgegangen wurde, dass sie mindestens sechs Monate beschäftigt werden, aber bereits vorher entlassen wurden.

3. Sicherung des täglichen Lebens: Subventionen zur Beschäftigung von Menschen im Pflegeumfeld, Unterstützung von KMU's, wenn Mitarbeiter sich um Kindererziehung kümmern, Beschäftigung von Behinderten.

3. Immediate Policy Package to Safeguard People's Daily Lives

(19. Dezember 2008) in Höhe von 154,2 Mrd. Yen (2. Nachtragshaushalt, Fiskaljahr 1. April 2008 - 30. März 2009) und 130 Mrd. Yen (Haushalt, Fiskaljahr 1. April 2009 - 30. März 2010)

1. Wohnraumunterstützung: Arbeitgeber, die für Entlassene in ihren Firmenwohnungen weiter Wohnraum zur Verfügung stellen, erhalten Subventionen. Entlassene können Kredite für Wohnraum mit einem niedrigerem Zinssatz in Höhe von maximal 1,86 Mio. Yen beantragen, wenn ihr Arbeitsvertrag nicht mehr verlängert oder vorzeitig gekündigt wird. Die Betroffenen können zunächst beim Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag stellen und dann bei einer Bank einen Kredit aufnehmen. Der Zinssatz beträgt ca. 3% und die Schulden werden teilweise erlassen, sollten die Kreditnehmer innerhalb von sechs Monaten einen neuen Arbeitsplatz finden. Darüber hinaus werden für diesen Personenkreis ca. 13.000 Wohnungen kostengünstig zur Verfügung gestellt.
2. Ausbau des Kurzarbeitergeldes: Für Großunternehmen wird der

Lohnzuschuss für Kurzarbeit von 50 % auf 66 % erhöht (siehe besondere Erläuterung unten); sie erhalten Subventionen für die Fortbeschäftigung von befristet Tätigen.

3. Wiederbeschäftigungsprogramme in Form von Arbeitsbeschaffung sowie Subventionen für die Ausbildung von Arbeitslosen.
4. Verbesserung der Beratungsdienstleistungen für Arbeitssuchende

4. Policy Package to Address the Economic Crisis

(10. April 2009) in Höhe von 2.512,8 Mrd. Yen (1. Nachtragshaushalt, Fiskaljahr 1. April 2009 - 30. März 2010)

1. Erhöhung der Subventionen für Kurzarbeitergeld: der Lohnzuschuß wird von 80% auf 90% für KMU's und von 66% auf 75% für Großunternehmen erhöht. Ergänzend bekommen Unternehmen Subventionen, wenn sie Überstunden abbauen und dafür befristet Beschäftigte fortbeschäftigen. Unternehmen werden erhöhte Subventionen bezahlt, wenn sie Worksharing einführen, anstatt Mitarbeiter zu entlassen.
2. Maßnahmen zur Förderung der Wiedereinstellung und der Entwicklung von berufsbezogenen Fähigkeiten von Arbeitslosen.
3. Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
4. Maßnahmen zum Schutze besonders Schwacher:
 - Leiharbeiter: Unternehmen, die durch Abbau von Überstunden Arbeitsplätze von Zeitarbeitskräften erhalten, bekommen zwei Mal jährlich einen Betrag zwischen 200.000 bis 450.000 Yen über einen Zeitraum von drei Jahren als Zuschuss.
 - Hochschulabsolventen, die trotz Arbeitsangebot nicht eingestellt werden: den Unternehmen wird gedroht, dass ihr Unternehmensname veröffentlicht wird.

- Ausländische Beschäftigte: ausländischen Arbeitnehmern japanischer ethnischer Herkunft erhalten eine Heimatrückkehr-Unterstützung, wenn sie ihren Job in Japan verloren haben. So erhalten sie über das Arbeitsamt 300.000 Yen für sich und 200.000 Yen für ihre Familienangehörigen unter der Voraussetzung, dass sie nicht mehr unter dem Status "Ausländer ethnischer japanischer Herkunft" in Japan einreisen werden. Dieser Sonderstatus ist mit befristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbunden. Im Oktober 2008 gab es 113.000 ausländische Arbeitnehmer mit diesem Status, zumeist aus Brasilien und Peru.
5. Unterstützung für Arbeitslose, die mit ihrem Arbeitsplatz auch ihren Firmenwohnheimplatz verloren haben.

Hauptteil II

Berichte 2009

Berichte 2008

Berichte 2007

Hauptteil II

Berichte 2009

Bericht vom 05.01. bis 21.01.2009

I. Zusammenfassung:

Diskussion über Einsatz der Leiharbeiter im produzierenden Gewerbe

Ausländische Arbeitnehmer in Japan

Arbeitgeberpräsident schlägt Neuverteilung der Arbeitszeit vor

Fonds für Unterstützung der Leih- und Auftragsarbeiter

Berufsausbildung für entlassene Leih- und Auftragsarbeiter

Erziehungsgeld

Sozialhilfe

Bevölkerungsentwicklung

II. Im Einzelnen:

Diskussion über Einsatz der Leiharbeiter im produzierenden Gewerbe

Angesichts von Massenentlassungen nicht-regulärer Beschäftigter im produzierenden Gewerbe äußerte Arbeitsminister Masuzoe sein Bedenken über den Einsatz von Leiharbeitern in dieser Branche. Damit wies er auf die Möglichkeit einer entsprechenden Gesetzesänderung in der Zukunft hin. Die Leiharbeit bei der Produktion wurde 2004 freigegeben. In einer zur Beratung anstehenden Revision des Leiharbeit-Gesetzes handelt es sich nur um ein Verbot der Tagearbeit.

Die Oppositionsparteien wollen gemeinsam einen Gesetzentwurf zum Verbot der Leiharbeit im produzierenden Gewerbe in der laufenden Sitzungsperiode im Parlament vorlegen. Innerhalb der der Oppositionspartei „Demokratische Partei Japans“ ist die Meinung geteilt: Arbeitgeber könnten durch das Verbot zwar zur Ausweitung regulärer Beschäftigung gezwungen werden. Als Folge steigender Personalkosten würden sie dann jedoch reguläre Arbeitsplätze dauerhaft abbauen.

Premierminister Aso sagte, dass es den Arbeitnehmern eher schaden werde, wenn die Liberalisierung in diesem Bereich rückgängig gemacht werden sollte.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes Keizai Doyu Kai, Sakurai, kritisierte die politischen Parteien wegen dieser Diskussion. Mit einem Verbot werde die Politik zu weit gehen.

Ausländische Arbeitnehmer in Japan

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums ergibt sich, dass 163.000 von den 486.000 ausländischen Arbeitnehmern in Japan als Leih-/Auftragsarbeiter beschäftigt sind. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise

verloren bereits 4.300 Ausländer ihren Job. 43% der ausländischen Arbeitnehmer kommen aus China, 20% aus Brasilien und 8% von den Philippinen. 40% von ihnen sind im produzierenden Gewerbe tätig.

Arbeitgeberpräsident schlägt Neuverteilung der Arbeitszeit vor

Auf einer Pressekonferenz sprach der Präsident des Arbeitgeberverbandes Keidanren, Mitarai, die Arbeitszeitverteilung als Alternative zur Bewältigung der Beschäftigungskrise an. Die Unternehmen könnten, so Mitarai, vorübergehend auf Überstunden verzichten und die reguläre Arbeitszeit verkürzen. Dafür werden die bestehenden Arbeitsplätze der nicht-regulären Beschäftigten erhalten. Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften hatten sich 2002 auf die Förderung der Arbeitszeitverteilung geeinigt. Nach der Erholung der Konjunktur wurde diese Einigung jedoch nur vereinzelt umgesetzt.

Fonds für Unterstützung der Leih- und Auftragsarbeiter

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Keidanren, Mitarai, gab ein Konzept über einen Fonds zur Unterstützung der Leih- und Auftragsarbeiter bekannt, die ihren Arbeitsplatz und damit auch ihre Wohnung verlieren. Der Fonds soll durch Beiträge der Unternehmen finanziert werden und diesen Personenkreis bei der Wohnungs- und Stellensuche durch berufliche Ausbildung unterstützen. Langfristig müsse man, so Mitarai, dafür sorgen, dass mehr Arbeitnehmer in Branchen mit Personalmangel wechseln wie den Pflegebereich und die Kinderbetreuung.

Berufsausbildung für entlassene Leih- und Auftragsarbeiter

Arbeitsminister Masuzoe gab bekannt, dass sein Ministerium die Kosten für die Berufsausbildung als Altenpfleger und Altenhelfer voll übernehmen wird, um ca. 26.000 Beschäftigte neu für den stets unter Personalmangel leidenden Pflegebereich zu gewinnen. Zielgruppe sind vor allem entlassene Leih- und Auftragsarbeiter im produzierenden Gewerbe. Man kann eine zweijährige Ausbildung für Altenpfleger oder eine sechsmonatige Ausbildung für Altenhelfer unentgeltlich besuchen.

Erziehungsgeld

Im Rahmen der Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang hat das Arbeitsministerium vor, die finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter während deren Erziehungsurlaubs zu verbessern. Derzeit erhalten Mütter oder Väter während des Erziehungsurlaubs bis zur Vollendung des zwölften Lebensmonats des Kindes 30% des Grundlohns als Zulage und ergänzend als Einmalzahlung sechs Monate nach der Rückkehr vom Erziehungsurlaub 20% dieses Betrages. Nun will das Ministerium durch eine Gesetzesänderung Mütter oder Väter 50% des Lohns als Erziehungsgeld schon während des Erziehungsurlaubs zukommen lassen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird in der laufenden Sitzungsperiode zur Beratung vorgelegt.

Sozialhilfe

Die Zahl der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen, stieg 2008 um ca. 4% auf ca. 1,15 Mio. an. Diese Zahl nahm im 16. Jahr in Folge zu. Dafür verantwortlich ist neben der Alterung der Gesellschaft auch die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Jahr kann die Zahl der Haushalte, die Sozialhilfe empfangen, die Zahl von 1,2 Mio.

erreichen.

Bevölkerungsentwicklung

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums schrumpfte Japans Bevölkerung 2008 um 51.000 Menschen. Die Geburtenrate erhöhte sich um 0,02 Punkte gegenüber dem Vorjahrswert (07: 1,34%). Dabei könne jedoch das Schaltjahr mitgespielt haben, meint das Ministerium. Die Anzahl der Eheschließungen lag bei 731.000 (+11.000) und die der Scheidungen bei 251.000 (-4.000).

Bericht vom 22.01. bis 05.02.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Dezember

Jahresarbeitszeit schrumpft

Überbrückungskredite für Leih- und Auftragsarbeiter

Lohnforderungen in der Automobilindustrie

Bonusforderungen der Toyota-Unternehmensgewerkschaft

Frauenanteil im Rechtsanwaltsberuf

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Dezember

Im Dezember waren insgesamt 2,7 Mio. Menschen beschäftigungslos (+390.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Diese Zahl nahm im zweiten Monat in Folge zu. Die Arbeitslosenquote stieg erstmals seit der Erfassung dieser Statistik im Jahre 1953 in einem einzigen Monat um 0,5% und lag bei 4,4%, dem höchsten Stand seit dem Januar 2006: bei Männern betrug sie 4,6% (+0,5%) und bei Frauen 4,3% (+0,5%). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahre 2008 erhöhte sich erstmals seit sechs Jahren und lag bei 4% (+0,1%). Im Dezember nahmen insgesamt 585.619 Menschen (+9,5%) Arbeitslosengeld in Anspruch. Seit 2002 gingen die Arbeitslosengeldbezieher mit Ausnahme vom September 08 (+2,6%) kontinuierlich zurück. Daher stiegen die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren ständig an.

Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass 124.800 nicht-reguläre Beschäftigte bis März 2009 ihren Job verlieren werden. 97% von ihnen sind im produzierenden Gewerbe beschäftigt. Ende Dezember war für den gleichen Zeitraum noch mit 85.000 Kündigungen gerechnet worden.

Jahresarbeitszeit schrumpft

Nach Angaben des Arbeitsministeriums ging die Jahresarbeitszeit 2008 um 16 Stunden auf 1.792 Stunden pro Arbeitnehmer zurück und unterschritt damit erstmals 1.800 Stunden. Die Arbeitgeber wollten offensichtlich unter anderem mit Arbeitszeitverkürzung und damit Dämpfung der Personalkosten die Rezession überwinden. Die reguläre Arbeitszeit verkürzte sich 2008 um 13 Stunden auf 1.663 Stunden und die Überstunden wurden um drei Stunden auf 129 Stunden im Jahr abgebaut. Wegen der Rezession wurde das Ziel der Regierung, die Jahresarbeitszeit auf das europäische Niveau mit weniger als 1.800 Stunden zu reduzieren,

unerwartet erreicht.

Überbrückungskredite für Leih- und Auftragsarbeiter

Nach Angaben des Arbeitsministeriums wurde in den letzten vier Wochen insgesamt 738 Leih- und Auftragsarbeitern, deren Arbeitsvertrag nicht mehr verlängert oder vorzeitig gekündigt wurde, Überbrückungskredite in Höhe von 437,5 Mio. Yen, etwa 4 Mio. Euro, gewährt. Die Versicherten in der Arbeitslosenversicherung können maximal 600.000 Yen, etwa 5.000 Euro, als Kredit erhalten. Der Zinssatz beträgt 1,5% und die Schulden sollen in zehn Jahren beglichen werden. Sie werden teilweise erlassen, wenn die Kreditnehmer innerhalb von sechs Monaten einen festen Arbeitsplatz finden.

Lohnforderungen in der Automobilindustrie

Die Gewerkschaften der Autobauer Toyota und Nissan wollen bei ihrer Lohnforderung im Frühjahr einen Richtwert ihres Dachverbandes befolgen und eine Lohnerhöhung von 4.000 Yen, etwa 35 Euro, verlangen. Anders dagegen die Gewerkschaft von Mitsubishi Motors: Im siebten Jahr in Folge will sie auf eine Forderung zur Lohnerhöhung verzichten. Gleichzeitig will sie wie im vergangenen Jahr eine Forderung nach einer Bonuszahlung von vier Monatsgehältern stellen. 2008 wurde die Forderung dieser Gewerkschaft voll erfüllt.

Bonusforderungen der Toyota-Unternehmensgewerkschaft

Bei der Tarifrunde im Frühjahr will die Toyota-Gewerkschaft mit ca. 63.000 Mitgliedern die jährliche Bonuszahlung nach der Formel "5 x

Monatsgehalt + 200.000 Yen" fordern. Sie wird erstmals seit 13 Jahren unter 2 Mio. Yen liegen, selbst wenn das Unternehmen die Forderung erfüllen sollte. 2008 hat sich die Gewerkschaft mit ihrer Forderung "5 x Monatsgehalt + 750.000 Yen" durchgesetzt. Die Bonusforderung der Gewerkschaft errechnet sich auf der Grundlage der Gewinnprognose. Das Betriebsergebnis des Autoherstellers Toyota wird höchstwahrscheinlich zum Abschluss des Bilanzjahres 2008 ein Defizit aufweisen.

Außerdem will sich die Gewerkschaft auch für diejenigen Mitglieder einsetzen, die befristete Arbeitsverhältnisse haben. Sie wird den Arbeitgeber dazu auffordern, die noch zu vereinbarenden Lohnerhöhungen für die Stammbesetzung auch den befristeten Beschäftigten zukommen zu lassen. Die Mitarbeiter, die zwar eine befristete Beschäftigung haben, aber länger als ein Jahr zum Betrieb gehören, nimmt die Toyota-Unternehmensgewerkschaft seit dem April 2008 als ordentliche Mitglieder auf. Inzwischen sind ca. 2.200 Mitarbeiter mit diesem Status der Unternehmensgewerkschaft beigetreten.

Frauenanteil im Rechtsanwaltsberuf

Trotz der ständigen Zunahme von Rechtsanwälten betrug der Frauenanteil in diesem Beruf 2008 nur 14%. Von den ca. 25.000 japanischen Rechtsanwälten sind nur 3.599 Frauen. Bei Betriebsanwälten beträgt der Anteil der Frauen 40%: in Unternehmen können Frauen Schwangerschafts- und Kindererziehungsurlaub beanspruchen.

I. Zusammenfassung:

Überstundenabbau

Kündigungen im Dezember

Lohnerhöhung

Toyota-Gewerkschaft

Vorschläge des Arbeitgeberverbandes zur Sozialreform

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamtes

Verzicht auf Führerschein bei älteren Fahrern

Versandapotheke

II. Im Einzelnen:

Überstundenabbau

Im Dezember 2008 gingen im produzierenden Gewerbe die Überstunden gegenüber dem Vorjahrsmonat um 30,6% auf zwölf Stunden pro Arbeitnehmer zurück, während der Durchschnittswert in der Industrie 11.3% betrug. Dies war für diese Branche der größte Abbau von Überstunden seit der Erfassung in dieser Statistik beginnend im Jahr 1990.

Kündigungen im Dezember

608 Betriebe meldeten im Dezember 2008 beim Arbeitsamt eine

Kündigung von jeweils von mehr als 30 Mitarbeitern. Das entsprach insgesamt 36.788 Arbeitnehmern. Die Anzahl der Entlassenen vervielfachte sich gegenüber dem Vorjahrsmonat und registrierte den zweithöchsten Stand nach dem April 2002 mit 56.558 Kündigungen. Arbeitgeber sind dazu verpflichtet, die betriebsbedingte Kündigung von über 30 Beschäftigten in einem Monat beim Arbeitsamt zu melden.

Lohnerhöhung

Laut einer Untersuchung eines privaten Forschungsinstituts, des „Institute of Labor Administration“, wollen 66,2% (+30% gegenüber 2008) von den befragten Arbeitgebern in diesem Frühjahr die Löhne nicht erhöhen. 10,4% (-10%) der Arbeitgeber wollen die Löhne steigern. Bei Großunternehmen wird der Lohn im Durchschnitt um 5.113 Yen, etwa 44 Euro, bzw. 1,6% erhöht.

Toyota-Gewerkschaft

Die Gewerkschaft stellte Mitte Februar ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 4.000 Yen, etwa 35 Euro (08: 1.500 Yen) im Monat und einer Bonuszahlung von 1,9-2,0 Mio. Yen im Jahr. Angesichts Gewinneinbruchs wird der Arbeitgeber wahrscheinlich die Lohnerhöhung ablehnen und die Bonusforderung nicht voll erfüllen. Zum Abschluss des Bilanzjahres 2008 wird bei Toyota erstmals seit 59 Jahren ein Defizit in Höhe von 350 Mrd. Yen, etwa 3 Mrd. Euro, erwartet.

Vorschläge des Arbeitgeberverbandes zur Sozialreform

Der Arbeitgeberverband Keidanren schlägt vor, die Verbrauchssteuer bis

2025 auf ca. 17% anzuheben und damit die Grundrente allein durch die Steuer zu finanzieren. Eine steuerfinanzierte Grundrente soll Spielraum für die Herabsetzung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung von derzeit 15% auf 10% vom Monatslohn schaffen. Beim Beibehalten des Arbeitgeberanteils von 7,5% könne der Arbeitnehmeranteil von 7,5% auf 2,5% gesenkt werden.

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamtes

Zum ersten Präsidenten einer Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamtes (SVA), Organisation der Rentenversicherung Japan, wurde Takashi Kiriku (62) ernannt. Kiriku war zuletzt geschäftsführendes Vorstandsmitglied bei Keidanren und gehörte dem Aufsichtsrat der SVA an. Die SVA-Nachfolgeorganisation nimmt im Januar 2010 ihre Geschäfte auf und beschäftigt ca. 18.000 Mitarbeiter, die keinen Beamtenstatus mehr haben.

Verzicht auf Führerschein bei älteren Fahrern

29.150 Autofahrer (2007: 19.457) haben 2008 freiwillig der Polizei ihren Führerschein zurückgegeben. 96% von ihnen waren älter als 65 Jahre: 9.326 (+4.169) im Alter zwischen 75 und 79 Jahren und 7.609 (+4.852) zwischen 80 und 84 Jahren. Angesichts der merklichen Zunahme der Autounfälle durch ältere Fahrer versucht das Polizeiamt seit 1998, Menschen, deren Kräfte wegen einer Krankheit oder ihres Alters nachgelassen haben, zum freiwilligen Verzicht auf das Autofahren zu bewegen. In den Präfekturen, die älteren Menschen alternative Verkehrsmittel mit Preisnachlass anbieten konnten, lag die Rückgabequote über dem Durchschnitt.

Versandapotheke

Ab Juni 2009 wird der Online- und Tele-Verkauf von mehr als 700 Präparaten durch eine neue Verordnung des Sozialministeriums verboten. Hier handelt sich um Medikamente, die höchstwahrscheinlich Nebenwirkungen verursachen. Darunter sind vor allem Erkältungsmittel und altchinesische Arzneien. Nach Angaben eines Verbandes für Online-Medikamente hat der Versand von Arzneien in Japan ein Marktvolumen von ca. 26 Mrd. Yen, etwa 230 Mio. Euro. Der Medikamentenanteil im Online-Verkauf beträgt ca. 6,1 Mrd. Yen, etwa 56 Mio. Euro.

Bericht vom 19.02. bis 09.03.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Januar

Überstundenabbau

Frühjahrslohnoffensive der Gewerkschaften in schwierigem Umfeld

Rentenversicherung: Finanzierung der Grundrente

Rentenprognose

Pflegeversicherung: Vorschlag der Opposition

Fleisch von geklonten Tieren als verzehrsicher eingestuft

II. Ein Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Januar

Im Januar waren insgesamt 2,77 Mio. Menschen beschäftigungslos (+210.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Diese Zahl nahm im dritten Monat in Folge zu. Die Arbeitslosenquote ging um 0,2% auf 4,1% zurück: bei Männern betrug sie 4,2% (-0,3%) und bei Frauen 4,1% (-0,1%). Auf 100 Jobsuchende kamen im Januar 67 Stellenangebote. Dies ist der tiefste Stand seit dem September 2003. Die Zahl der Erwerbstätigen schrumpfte im zwölften Monat in Folge und um 290.000 auf 62,92 Mio. Menschen.

Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass 157.806 nicht-reguläre Beschäftigte bis Ende März 2009 ihren Job verlieren werden. 68% von ihnen sind Leiharbeiter. Ende Dezember war für den gleichen Zeitraum noch mit 124.800 Kündigungen gerechnet worden. Darüber hinaus verlieren 9.973 Festangestellte bis März 2009 ihren Arbeitsplatz. 3.760 Arbeitnehmer von ihnen sind im produzierenden Gewerbe tätig und 2.195 im Groß- und Einzelhandel.

Überstundenabbau

Im Januar 2009 gingen im produzierenden Gewerbe die Überstunden gegenüber dem Vorjahrsmonat um 40% auf neun Stunden pro Arbeitnehmer zurück, während der Durchschnittswert in der Industrie um 15,2% schrumpfte. Dies war für diese Branche der größte Abbau von Überstunden seit der Erfassung in dieser Statistik beginnend im Jahr 1990. Die Überstunden wurden im zehnten Monat in Folge und vor allem in den letzten Monaten wegen drastischer Produktionskürzung deutlich abgebaut: jeweils zum Jahresvormonat um 11,1% im Oktober, um 20,6% im

November und 30,6% im Dezember. Das Monatsentgelt einschließlich Überstundenprämien schrumpfte im produzierenden Gewerbe um 1,3% auf 278.476 Yen, etwa 2.200 Euro pro Arbeitnehmer.

Frühjahrslohnoffensive der Gewerkschaften in schwierigem Umfeld

Erstmals seit 2001 fordern viele japanische Gewerkschaften eine Erhöhung des Grundlohns, im Schnitt um 4.500 Yen, etwa 40 Euro, pro Monat. Dies wurde mit dem im vergangenen Jahr gestiegenen Rohstoffpreisen begründet. Seit dem Beginn der Finanzkrise sind insbesondere bei den exportorientierten Unternehmen die Aufträge und Gewinne eingebrochen. Die Unternehmen fordern seither die Gewerkschaften zu Grundlohnsenkungen auf. Schmerzlich für die Arbeitnehmerseite ist, dass die Unternehmensgewerkschaften der leidenden Exportindustrie die Führungsrolle bei den Lohnforderungen nicht mehr übernehmen können. Bei den Automobilherstellern deuten sich Nullrunden an. Die Nahrungsmittelindustrie ist von der Finanzkrise zwar weniger betroffen, doch ihre Gewerkschaften können die Rolle der Automobil- und Elektroindustriegewerkschaften nicht ersetzen. Hinzu kommt: Vor dem Hintergrund der Entlassung von Leiharbeitskräften sind Lohnsteigerungen für die verbleibenden Arbeitnehmer schwer zu vermitteln. Ein Sprecher des Gewerkschaftsdachverbandes Rengo sagte dazu: "Wir sind mit unseren Mitgliedsgewerkschaften im engen Gespräch, um nichtreguläre Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten. Aber wir haben bisher keinen geeigneten Weg gefunden, um uns gegen die Arbeitgeber zur Wehr zu setzen."

Rentenversicherung: Finanzierung der Grundrente

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums werden die Rücklagen in der Rentenversicherung in den 2020er Jahren erschöpft sein, sollte der Anteil der Steuergelder an der Finanzierung der Grundrente von derzeit 1/3 nicht auf 1/2 angehoben werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf steht im Parlament zur Beratung an.

Rentenprognose

Zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung müsse das Rentenniveau, so eine Prognose des Sozialministeriums, stufenweise gesenkt werden. So wird die Rente künftig nur noch 50,1% (derzeit 62,3%) vom durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelt betragen. Wegen der Schrumpfung der Rücklagen im Zuge der Finanzkrise und der demographischen Entwicklung hat sich die Prognose verdüstert im Vergleich derjenigen aus dem Jahr 2004. Der Prognose 2009 des Ministeriums liegen als Voraussetzungen zugrunde: Geburtenrate bei 1,26 (2007: 1,34), Rendite durch Anlegen der Rentenrücklagen bei 4,1% und reales jährliches Wachstum bis 2015 von 0,8%. Als selbstverständlich angenommen ist ein 50-prozentiger Anteil von Steuergeldern an der Finanzierung der Grundrente. Manche Experten halten die Eckzahlen des Ministeriums für geschönt.

Pflegeversicherung: Vorschlag der Opposition

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Pflegekräften erwägt die Demokratische Partei Japans (DPJ) einen Gesetzentwurf für die Vergütungserhöhung um maximal 10%. Auf eine durch die Regierung geplante dreiprozentige Erhöhung will die DPJ noch 7% aufsetzen. Diese zusätzliche Verbesserung, für die ca. 420 Mrd. Yen, ca. 3,5 Mrd.

Euro im Jahr erforderlich sind, soll zunächst durch den allgemeinen Haushalt finanziert werden, um die Beiträge und Selbstbeteiligung auf gegenwärtigem Niveau zu halten. Die DPJ geht davon aus, dass diese Maßnahme für die Beschäftigten zu einer monatlichen Lohnverbesserung um 40.000 Yen, etwa 350 Euro, führen wird. Gleichzeitig würden dadurch ca. 200.000 Arbeitsplätze im Pflegebereich entstehen.

Fleisch von geklonten Tieren als verzehrsicher eingestuft

Eine Arbeitsgruppe der Kommission für Nahrungsmittelsicherheit stufte den Fleischverzehr von geklonten Tieren als genauso sicher ein wie den Fleischverzehr aus konventionellen Reproduktionstechniken. Zwar beträgt die kombinierte fötale Todesrate und die normale Sterblichkeit von geklonten Tieren 31 %. Das ist fünf Mal so hoch wie bei traditionellen Reproduktionstechniken. Fragen zur Lebensmittelsicherheit solchen Fleisches wurde damit begegnet, dass die Qualität der Klontechnik noch unausgereift sei. Sobald die Tiere älter als sechs Monate seien, würden sie wie ihre "normalen" Artgenossen aufwachsen. Bisher wurden 557 Kühe und 335 Schweine in Japan nach der neuen Methode produziert. Trotz der Unbedenklichkeitsaussage bat das Landwirtschaftsministerium die Produzenten darum, solches Fleisch nicht auf den Markt zu bringen. In Nordamerika und Europa würden keine Tiere aus kommerziellen Gründen geklont, weshalb Importfleisch von geklonten Tieren nicht nach Japan gelangt, um es an Konsumenten zu veräußern.

I. Zusammenfassung:

Sozialhilfe

Prognose über Arbeitslosenquote

Tarifrunde im Frühjahr

Scheidungsrisiko steigt mit Wirtschaftskrise

Benachteiligung bei Inanspruchnahme des Erholungsurlaubs

Demenzkranke

II. Im Einzelnen:

Sozialhilfe

Nach Angaben des Sozialministeriums bezogen im Dezember 2008 1,159 Mio. Haushalte (+46.300 gegenüber dem Vorjahrswert) bzw. 1,6 Mio. Menschen (+53.700) Sozialhilfe. Die beiden Zahlen erreichten eine Rekordhöhe. Diese Zahl stieg um einen Monat später um ca. 8.700 auf 1,168 Mio. Haushalte. Damit erreichte diese Zahl erneut einen Höchststand. Dies ist hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass immer mehr Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen gleich nach der Entlassung Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Sie wurden wegen der Kürze ihres Arbeitsverhältnisses nicht in der Arbeitslosenversicherung versichert, so dass sie keine Leistungen beantragen konnten.

Prognose über Arbeitslosenquote

Nach Einschätzungen von 36 privaten Think-Tanks wird Japans Arbeitslosenquote in den nächsten Jahren ständig steigen und 2010 mit 5,5% eine Rekordhöhe erreichen. Der bisherige Höchststand lag mit 5,4% im Jahre 2002.

Tarifrunde im Frühjahr

Die Tarifrunde bei den führenden Unternehmen in der Elektro- und Automobilindustrie wurde am 18.03.2008 mit einem Nullergebnis abgeschlossen. Die Arbeitgeber lehnten die Lohnforderungen der Gewerkschaften ab. Manche Arbeitgeber in der Elektroindustrie, wie etwa Hitachi, NEC, Fujitsu und Sharp, frieren sogar vorübergehend die verhandlungsunabhängige Steigerung des Grundgehalts, ausgedrückt durch die Dauer der Betriebszugehörigkeit, ein. Diese Lohnerhöhung wurde alljährlich automatisch gewährleistet. Auch bei der Bonuszahlung mussten die Gewerkschaften ein mageres Ergebnis hinnehmen. So wird ein Arbeitnehmer bei Toyota beim Jahresbonus 670.000 Yen, etwa 6.000 Euro, weniger als im Vorjahr erhalten. Gleichzeitig wurde die diesjährige Lohnforderung der Gewerkschaft von 4.000 Yen, 30 Euro im Monat, erstmals seit vier Jahren abgelehnt.

In der Öffentlichkeit wird befürchtet, dass der ohnehin abgeschwächte Privatkonsum noch stärker einbrechen wird, denn das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer wird neben den Bonuskürzungen, dem Rückgang der Beschäftigten auch wegen des Überstundenabbaus immer geringer. Das Mizuho-Forschungsinstitut schätzt jedoch im Gegenzug, es sei eine Lohnsenkung um 3,2% erforderlich, um die Arbeitsplätze in der

gegenwärtigen Wirtschaftslage behalten zu können.

Scheidungsrisiko steigt mit Wirtschaftskrise

Dem Sozialministerium zufolge ging die Zahl der Scheidungen 2008 mit 255.463 Fällen um 1,3% zurück. Damit setzte sich eine sinkende Tendenz seit 2003 fort. So bleibt eine befürchtete steile Zunahme der Scheidungen älterer Paare nach der Einführung der Rententeilung im April 2007 aus. Die Experten weisen eher auf die Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung der Arbeitslosenquote und der Entscheidung über die Scheidung vor allem bei Ehefrauen hin. Nachdem sie 2002 die Rekordhöhe von 5,4% erreicht hatte, ging die Arbeitslosenquote ständig zurück. Wenn diese Quote um 1% schrumpfe, so gehe die Scheidungsquote um 0,143 Punkt herunter, meint ein Experte. Sollte das Wachstum um 1% steigen, werde das Scheidungsrisiko um 14% geringer.

Benachteiligung bei Inanspruchnahme des Erholungsurlaubs

Im Januar und Februar 2009 suchten 1.107 Arbeitnehmerinnen die Beratungsstelle der Arbeitsbehörde auf, weil sie bei Inanspruchnahme des Erholungsurlaubs oder nach Rückkehr von diesem Urlaub entweder entlassen oder vom Arbeitgeber benachteiligt wurden. Die entsprechende Fallanzahl für das gesamte Jahr 2007 lag bei 882. Auch die gemeldeten Fälle, wo Arbeitnehmerinnen wegen Schwangerschaft und Entbindung beim Betrieb nachteilig behandelt wurden, nahmen gegenüber dem Gesamtjahr 2007 von 1.711 in den genannten beiden Monaten auf 1.806 zu.

Demenzkranke

Aus einer Studie des Gesundheitsministeriums ergibt sich, dass es schätzungsweise landesweit ca. 37.800 Demenzerkrankte oder 47,6 Erkrankte pro 100.000 Einwohner im Alter von 18 bis 64 Jahren geben könnte. Die einzelnen Zahlen pro 100.000 Einwohner nach Altersgruppen: 30-34 Jahre: 5,9 Menschen, 35-39 Jahre: 8,9 Menschen, 40-44 Jahre: 14,8 Menschen, 45-49 Jahre: 27,1 Menschen, 50-54 Jahre: 51,7 Menschen, 55-59 Jahre: 115,1 Menschen und 60-64 Jahre: 189,3 Menschen.

Bericht vom 25.03. bis 08.04.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Februar steigt

Prognose über die Arbeitslosenquote

Arbeitsmarkt für Uni-Abgänger verschlechtert

Arbeitslosengeld - trotz Arbeitslosigkeit keinen Leistungsanspruch

Arbeitsentgelt sinkt

Finanzminister: Sozialausgaben sollen steigen

Heimatrückkehr-Unterstützung für ausländische Arbeitnehmer

Sozialhilfe - Anträge steigen

Meinungsumfrage - Befragte sorgen sich um Zukunft

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Februar steigt

Im Februar waren insgesamt 2,99 Mio. Menschen beschäftigungslos. Das ist ein Anstieg um 330.000 Menschen im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr. Diese Zahl nahm im vierten Monat in Folge zu. Die Arbeitslosenquote stieg erstmals seit zwei Monaten um 0,3% auf 4,4%: bei Männern betrug sie 4,4% (+0,2%) und bei Frauen auch 4,4% (+0,3%). Auf 100 Jobsuchende kamen im Februar 59 Stellenangebote, das sind acht Stellen weniger als im Vormonat. Dies ist der tiefste Stand seit dem Februar 2003.

Prognose über die Arbeitslosenquote

Ein beim Cabinet Office des Premierministers angesiedeltes Forschungsinstitut für Wirtschafts- und Sozialstudien befürchtet, dass weitere zwei Mio. Arbeitsplätze bis Ende 2010 wegfallen könnten und die Arbeitslosenquote dann 7% betragen würde. Um diese Quote unter der 6%-Marke halten zu können, müsse das Bruttoinlandsprodukt-Volumen Japans um 13,5 Bio. Yen bis 22,5 Bio. Yen, etwa 100 Mrd. bis 180 Mrd. Euro, steigen. Wie diese Steigerung erfolgen soll, war nicht Teil der Untersuchung.

Arbeitsmarkt für Uni-Abgänger verschlechtert

Aus einer Umfrage bei den 100 führenden Unternehmen in Japan geht hervor, dass 44 der befragten Unternehmen (sieben bei einer vergleichbaren Umfrage 2008) weniger Uni-Abgänger im Frühjahr 2010 als im Vorjahr einstellen wollen. Immerhin sechs Großarbeitgeber (2008: 30) wollen mehr Absolventen als im Vorjahr anstellen. Der Rückgang neuer Einstellungen ist vor allem im produzierenden Gewerbe deutlich. So

will Toyota die Neueinstellungen auf 1.400 halbieren und Honda sie um 40% auf 890 reduzieren. In der Elektroindustrie will NEC 100 Uni-Abgänger (-90%), Hitachi 800 (-40%) und Toshiba 700 (-40%) einstellen.

Arbeitslosengeld - trotz Arbeitslosigkeit keinen Leistungsanspruch

Einem internationalen Vergleich durch das Internationale Arbeitsamt (ILO) zufolge haben 77% bzw. 2,1 Mio. der Arbeitslosen in Japan keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Dies ist das schlechteste Ergebnis unter den Industriestaaten, gefolgt von den beiden vorletzten Ländern, den USA und Kanada, mit jeweils 6,3 Mio. und 700.000 Arbeitslosen. Bei Deutschland wären 13% bzw. 400.000 Arbeitslose betroffen. In Japan handelt es sich dabei hauptsächlich um Zeitarbeiter, welche die Voraussetzungen für einen Anspruch nicht erfüllt haben, vor allem die Mindestbeitragszeit von zwölf Monaten beim gleichen Arbeitgeber.

Arbeitsentgelt sinkt

2008 erhielt ein Vollzeit-Beschäftigter (40,9 Jahre im Durchschnitt) ein Monatsentgelt in Höhe von 299.000 Yen, etwa 2.400 Euro. Dieser Wert mit einer Einbuße von 0,7% gegenüber dem Vorjahr ging im dritten Jahr in Folge zurück und unterschritt erstmals seit zehn Jahren die 300.000-Yen-Marke. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einerseits die geburtsstarke Generation mit einem hohen Lohnniveau nach und nach in den Ruhestand geht und andererseits das Lohnniveau im Kontext der Wirtschaftskrise sinkt. Das Durchschnittsentgelt betrug bei Männern 333.000 Yen (-0,9%) im Monat und bei Frauen 226.000 Yen (+0,4%).

Finanzminister: Sozialausgaben sollen steigen

Finanzminister Yosano regte die Aufgabe der Ausgabendisziplin im Sozialbereich an. Minister Yosano will diese Änderung bei der Aufstellung eines Haushaltsplans 2010 berücksichtigen. Unter dem früheren Premierminister Koizumi wurde beschlossen, den jährlichen natürlichen Zuwachs der Sozialausgaben von ca. 1 Bio. Yen, 8 Mrd. Euro, um 200 Mrd. Yen, etwa 1,6 Mrd. Euro, zu drücken und die Ausgaben für öffentliche Bauprojekte jährlich um 3% zu kürzen. Das sollte ein Beitrag sein, um die Haushalte vom Fiskaljahr 2001 an zu stabilisieren.

Heimatrückkehr-Unterstützung für ausländische Arbeitnehmer

Das Arbeitsministerium wird ab April ausländischen Arbeitnehmern japanischer ethnischer Herkunft finanzielle Unterstützung für die Rückreise gewähren, wenn sie ihren Arbeitsplatz in Japan verloren haben. So erhalten sie über das Arbeitsamt 300.000 Yen, etwa 2.400 Euro, für sich und 200.000 Yen, etwa 1.600 Euro, für ihre Familienangehörigen unter Voraussetzung, dass sie nicht mehr unter dem Status "Ausländer ethnischer japanischer Herkunft" in Japan einreisen werden. Dieser Sonderstatus ist mit befristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbunden. Im Oktober 2008 gab es ca. 113.000 ausländische Arbeitnehmer mit diesem Status, zumeist aus Brasilien und Peru.

Sozialhilfe - Anträge steigen

Die Vorsprachen um Sozialhilfe im Februar nahm in 40 Großstädten insgesamt um 53% gegenüber dem Vorjahrswert auf 11.260 Anträge zu.

Besonders in den Städten Hamamatsu, Nagoya und Shizuoka, wo der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe relativ hoch ist, stiegen die Anträge um mehr als das Zweifache. Osaka ist Spitzenreiter mit 2.419 Neuanträgen (+60%).

Meinungsumfrage - Befragte sorgen sich um Zukunft

Laut einer März-Meinungsumfrage der der japanischen Notenbank stufen 89,1% der Befragten die Konjunkturlage als schlechter ein im Vergleich vor einem Jahr. Außerdem machen sich 90,4% (+1,7 Punkte gegenüber einer Dezember-Umfrage) Sorgen um ihren Arbeitsplatz bzw. ihre Arbeitsbedingungen.

Bericht vom 09.04. bis 29.04.2009

I. Zusammenfassung:

Bonuszahlung im Sommer
Personalaufstockung in Arbeitsämtern
Wohngeld für Arbeitslose
Kindererziehungsurlaub
Organtransplantation
Pflegeversicherung
Selbstmord

II. Im Einzelnen:

Bonuszahlung im Sommer

Aus einer Untersuchung vom privaten "Institute of Labour Administration" bei 140 Betrieben ergibt sich, dass die Bonuszahlung in diesem Sommer gegenüber dem Vorjahr um 14,4% bzw. 108.927 Yen, etwa 700 Euro, auf durchschnittlich auf 648.149 Yen, etwa 5.000 Euro fallen wird. Sie liegt dann erstmals seit sieben Jahren unter dem Vorjahrsniveau.

Personalaufstockung in Arbeitsämtern

Die Regierung kündigte einen Personalausbau bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen "Hallo Work" an. Das Personal wird dort für die nächsten drei Jahre um 304 Beschäftigte erweitert: 206 Mitarbeiter für die Erledigung eingehender Anträge auf Arbeitslosengeld, deren Andrang noch zu erwarten ist, und 98 Mitarbeiter für die Bearbeitung der Anträge auf Kurzarbeitergeld.

Wohngeld für Arbeitslose

Das Arbeitsministerium beschloss, für diejenigen Arbeitslosen ein Wohngeld einzuführen, welche mit einer Arbeitskündigung gleichzeitig ihre Wohnung verlassen mussten. Die Arbeitslosen können dann dieses Geld sechs Monate lang beziehen, wenn sie sonst keine Unterstützungen wie etwa Arbeitslosengeld erhalten. Ein Alleinstehender in Tokyo erhält etwa Wohngeld in Höhe von 53.700 Yen, etwa 400 Euro im Monat. Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass insgesamt ca. 180.000 Arbeitslose

in den nächsten zwölf Monaten diese Unterstützung in Anspruch nehmen werden.

Kindererziehungsurlaub

Die Regierung beschloss ein Reformgesetz für Kindererziehungs- und Pflegeurlaub. Die wichtigen Änderungen dabei sind:

- Eltern, die Kinder vor Vollendung des dritten Lebensjahres haben, können auf Antrag bei ihrem Arbeitgeber von Überstunden befreit werden.
- Arbeitgeber werden dazu verpflichtet, den Mitarbeitern während der Kindererziehung verkürzte Arbeitszeit zu gewähren.
- Väter, die bereits innerhalb von acht Wochen nach der Entbindung bei ihrer Ehepartnerin Kindererziehungsurlaub genommen haben, dürfen außerhalb der ersten acht Wochen erneut diesen Urlaub in Anspruch nehmen.

Die Regierung will dieses Gesetz noch in der laufenden Sitzungsperiode vom Parlament verabschieden lassen.

Organtransplantation

Die Befürworter aus den Regierungs- und Oppositionsparteien bezüglich Organspenden von Minderjährigen einigten sich darauf, einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Revision des Organtransplantationsgesetzes auszuarbeiten und über diesen im Mai im Unterhaus abstimmen zu lassen. Es ist unsicher, ob dieser Entwurf im Parlament eine Mehrheit findet.

Mit dieser Reform wollen die Initiatoren Organspenden von 14-Jährigen oder jüngeren Kindern nach deren Hirntod ohne deren vorheriges schriftliches Einverständnis und nur mit Zustimmung von deren

Familienangehörigen ermöglichen.

Nach dem geltenden Gesetz sind Organspenden nur bei Kindern über 15 Jahren nach deren Hirntod möglich. Voraussetzung ist ein persönliches schriftliches Einverständnis des Kindes.

Pflegeversicherung

Laut dem Sozialministerium betrug der ab April 2009 geltende neue Beitrag in der gesetzlichen Pflegeversicherung landesdurchschnittlich 4.160 Yen, etwa 30 Euro im Monat (+70 Yen bzw. +1,7%). Dies ist hauptsächlich auf die Zunahme der Pflegebedürftigen und die Anhebung der Pflegegebühren zurückzuführen. 55% von den insgesamt 1.628 Versicherungsträgern (Kommunen und Kommunerverbände) erhöhten den Beitragssatz, während 25% von ihnen ihre Rücklagen einsetzten und so den Beitragssatz zum Teil sogar herabsetzen konnten. Den höchsten Beitrag in Höhe von 5.770 Yen zahlen die Bewohner in der Stadt Towada in der Präfektur Aomori und am wenigsten zahlen mit 2.265 Yen die Bürger in einigen Gemeinden in den Präfekturen Fukushima und Gifu in die Pflegekasse ein.

Selbstmord

Nach Angaben des Polizeiamtes wurden 2008 insgesamt 32.249 Selbstmordfälle registriert. Diese Zahl ging zwar gegenüber dem Vorjahr (33.093) leicht zurück, aber sie überschritt immerhin im 11. Jahr in Folge die 30.000-Marke. 2008 machten 22.831 Männer und 9.418 Frauen ihrem Leben ein Ende.

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im März

Verbraucherpreisindex und Privatausgabenindex

Bonus im Sommer

Kinderzahl schrumpft weiterhin

Meinungsumfrage Lebensbedingungen

Zuwendungen für Asylbewerber

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im März

Im März waren insgesamt 3,35 Mio. Menschen beschäftigungslos (+670.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Diese Zahl nahm im fünften Monat in Folge zu. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,4% auf 4,8%: bei Männern betrug sie 4,9% (+0,5%) und bei Frauen 4,7% (+0,3%). Auf 100 Jobsuchende kamen im März 52 Stellenangebote. Dies ist der niedrigste Stand seit April 2002. Die Jahresarbeitslosenquote 2008 lag bei 4,1% (+0,3%) und erstmals seit sechs Jahren über dem Vorjahrswert.

Verbraucherpreisindex und Privatausgabenindex

Im März ging der Verbraucherpreisindex ohne Frischwaren gegenüber dem Vorjahr um 0,1% zurück und lag damit erstmals seit 18 Monaten unter dem

Vorjahrsniveau. Dies ist auf den Preissturz von Rohöl und einen harten Preiswettbewerb im Zuge der Rezession zurückzuführen.

Im März gaben private Haushalte ohne Alleinstehende gegenüber dem Vorjahr real um 0,4% weniger und durchschnittlich 310.680 Yen, etwa 2.800 Euro im Monat aus. Die Ausgaben gingen im 13. Monat in Folge zurück. Vor allem bei Ausgaben für Gastronomie sowie Freizeit und Reisen wurde gespart.

Bonus im Sommer

Die Bonuszahlung wird im Sommer durchschnittlich um 15,2% bzw. etwa 129.000 Yen auf 717.051 Yen, etwa 5.500 Euro, schrumpfen und erstmals seit der statistischen Erfassung dieser Zahl im Jahr 1977 zweistellig schrumpfen. Der bisher größte Rückgang war im Sommer 1999 im Zuge der asiatischen Währungskrise.

Kinderzahl schrumpft weiterhin

Zum Kindertag veröffentlichte das Ministerium für Innere Angelegenheiten die Statistik über die Kinderzahl in Japan. Die Zahl der Kinder unter 14 Jahren schrumpfte im 28. Jahr in Folge gegenüber dem Vorjahr. Sie ging um 110.000 auf 17,14 Mio. Kinder zurück. Ihr Anteil an der Bevölkerung ging ebenfalls auf 13,4% und im 35. Jahr in Folge zurück. Der Anteil der Menschen älter als 65 Jahre lag bei 22,5%.

Meinungsumfrage Lebensbedingungen

Aus einer Meinungsumfrage der Zeitung Yomiuri geht hervor, dass bei 54% der Befragten die Lebensbedingungen im Vergleich zum vergangenen

Jahr schlechter wurden. Dies ist das zweitschlechteste Ergebnis seit Februar 1980. Der Wert betrug im Dezember 2008 noch 25%. Als effektive Konjunkturmaßnahmen gaben bei Mehrfachnennung 50% Arbeitsplatzsicherung, 36% Steuerreform, insbesondere Steuersenkung und 30% Ausbildung der Fachkräfte im Gesundheitssektor einschließlich des Pflegebereichs an.

Zuwendungen für Asylbewerber

Das Außenministerium plant, ab Mai die Voraussetzungen für die Gewährung von Unterhaltshilfe bei Asylbewerbern zu verschärfen. Damit will das Ministerium die Zahl der Empfänger halbieren. Dies ist hauptsächlich auf den Mittelmangel im Zuge der drastischen Zunahme der Hilfsempfänger von 95 Personen (2007) auf 204 Personen (2008) zurückzuführen. Derzeit erhält ein Asylbewerber, der älter als zwölf Jahre ist, 1.500 Yen, etwa 12 Euro pro Tag als Unterhaltshilfe. Außerdem wird als Wohnungshilfe monatlich 40.000 Yen, etwa 350 Euro (Alleinstehender) gezahlt.

Bericht vom 20.05. bis 12.06.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im April

Kommunale Krankenhäuser

Überstundenabbau

Gleichstellung von Mann und Frau
Ältere Bevölkerung
Geburtenrate
Sozialhilfe

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im April

Im April waren insgesamt 3,46 Mio. Menschen beschäftigungslos (+710.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf 5%: bei Männern betrug sie 5,3% (+0,4%) und bei Frauen 4,6% (-0,1). Damit erreichte die Quote erstmals seit dem November 2003 die 5%-Marke. Auf 100 Jobsuchende kamen im April 46 Stellenangebote. Dies ist der tiefste Stand seit Mai und Juni 1999. Die Zahl der Erwerbstätigen schrumpfte um 1,07 Mio. auf 63,22 Mio. Menschen. Die Ökonomen beurteilen die Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt pessimistisch. Die Lage werde sich weiter verschlechtern und Anfang kommenden Jahres könne die Arbeitslosenquote sogar 6% erreichen.

Kommunale Krankenhäuser

Die Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser bereitet zahlreichen finanzschwachen Kommunen Probleme. Deshalb hatte das Ministerium für Innere Angelegenheiten diese Kommunen aufgefordert, bis März 2009 einen fünfjährigen Sanierungsplan für öffentliche Krankenhäuser auszuarbeiten. Nach Angaben des Ministeriums haben bis Ende März

91,9% dieser Kommunen einen entsprechenden Plan vorgelegt. 65% der Kommunen erwarten, dass die von ihnen geförderten Krankenhäuser bis 2011 einen Überschuss in ihrem Jahresabschluss erzielen. Aus einer Untersuchung geht hervor, dass 33% der befragten öffentlichen Krankenhäuser wegen Ärztemangels und Einnahmerückgangs einen Abbau der Krankenbetten entweder beschlossen haben oder erwägen. Dieser Wert steigt bei den Krankenhäusern auf der nördlichen Insel Hokkaido sogar auf 60%. Es gibt landesweit 934 kommunale Krankenhäuser.

Überstundenabbau

Wegen konjunktureller Abschwächung wurden die Überstunden im produzierenden Gewerbe im April weiter abgebaut. Sie gingen im 13. Monat in Folge zurück und zwar gegenüber dem Vorjahrswert um 45,3% auf 9,1 Stunden pro Arbeitnehmer. Die entsprechenden Überstundenzulagen schrumpften ebenfalls um 44,1% auf 18.555 Yen, etwa 150 Euro im Monat. In der ganzen Industrie wurden die Überstunden durchschnittlich um 19,7% auf 9,2 Stunden abgebaut. Die Arbeitnehmer erhielten 18,8% weniger, nämlich 16.649 Yen, etwa 135 Euro im Monat. Damit lag das gesamte Monatseinkommen eines Arbeitnehmers, Grundgehalt und Überstundenzulagen, bei 272.453 Yen, etwa 2.300 Euro im Durchschnitt (-2,5%).

Gleichstellung von Mann und Frau

Laut einer Web-Umfrage vom Cabinet Office sprechen sich 36,6% der befragten Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren für die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau aus, während dieser Wert bei

älteren Frauen im Alter von 40-49 und 50-59 Jahren jeweils nur 30,7% und 31,6% beträgt. Bei den gleichaltrigen Männern ist das Pro und Kontra zu diesem Rollenbild 38% zu 38,1%. Angesichts der allgemeinen Zunahme der Zeit- und Leiharbeiterstellen würden sich junge Frauen bezüglich ihrer beruflichen Zukunft immer unsicherer fühlen, meint das Cabinet Office.

Ältere Bevölkerung

Nach Angaben der Regierung lag die Bevölkerungszahl über 65 Jahre am 01. Oktober 2008 bei 28,22 Mio. (+2,7%) und erreichte damit den bisher höchsten Stand. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 22,1% (+0,6%). Die Bevölkerungszahl der über 75-Jährigen betrug 13,22 Mio. und hatte einen Anteil von 10,4% an der Bevölkerung. Der Anteil überschritt erstmals die 10%-Marke. Laut Einschätzungen der Regierung wird im Zuge des Bevölkerungsschwunds 2055 jeder 2,5te älter als 65 und jeder Vierte älter als 75 Jahre sein.

Geburtenrate

Laut dem Sozialministerium stieg die statistische Geburtenrate 2008 auf 1,37 Geburten je Frau und damit im dritten Jahr in Folge, nachdem sie 2005 mit 1,26 Geburten je Frau den Tiefstand erreicht hatte. Die Anzahl der Lebendgeborenen nahm mit 1,09 Mio. erstmals seit zwei Jahren um ca. 1.300 zu. Ein Grund dafür sei die Konjunkturerholung im genannten Zeitraum. Von einer Trendwende beim Geburtenrückgang und damit verbundenen Bevölkerungsschwund kann deshalb keine Rede sein.

Mütter im Alter zwischen 20 und 34 Jahren entbanden weniger Kinder, während Mütter im Alter von 35 bis 39 Jahren mehr Kinder auf die Welt

brachten. Das durchschnittliche Erst-Eheschließungsalter betrug bei Männern 30,2 Jahre und bei Frauen 28,5 Jahre. 2008 gab es 726.113 Eheschließungen (+6.300) und 251.147 Scheidungen (-3.700).

Sozialhilfe

Die Anzahl der Privathaushalte, die Sozialhilfe empfangen, lag im März 2009 bei 1,19 Mio. (+14.000 gegenüber dem Vorjahrswert) und erreichte den bisher höchsten Stand. Im Haushaltsjahr 2008 erhielten monatsdurchschnittlich 1,14 Mio. Haushalte (2007: 1,1 Mio.) Sozialhilfe. Nach Angaben des Sozialministeriums steigt die Empfängerzahl wegen Arbeitslosigkeit und Ehescheidungen tendenziell im März an. Das das Ministerium geht davon aus, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger weiter zunimmt, solange sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entspannt.

Bericht vom 15.06. bis 26.06.2009

I. Zusammenfassung:

Sozialhilfe

Geldvermögen bei Privathaushalten schrumpft

Rentenversicherung

Rentenbericht der OECD

Mindestlohn

Organtransplantation

II. Im Einzelnen:

Sozialhilfe

Nach Angaben der Stadt Toyota, wo der Autohersteller Toyota seinen Hauptsitz hat, stieg die Zahl der eingegangenen Anträge auf Sozialhilfe von Januar bis Mai 2009 im Vergleich zum Vorjahr stark an. Die monatliche Anzahl der Anträge lag bis November 2008 bei etwa Zehn. Vom Januar bis April 2009 betrug sie durchschnittlich 70 Anträge im Monat. Dennoch bleibt der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Stadtbevölkerung von Toyota im April mit 0,39% niedriger als der Landesdurchschnitt von 1,29% (Februar 09).

Geldvermögen bei Privathaushalten schrumpft

2008 schrumpfte das Geldvermögen der Privathaushalte (Ersparnisse, Aktien, Wertpapiere und Versicherungen) im dritten Jahr in Folge und um 2,3% gegenüber dem Vorjahr. Die Privathaushalte verfügten über ein Geldvermögen in Höhe von 16,8 Mio. Yen, etwa 130.000 Euro im Durchschnitt. Dieser Wert unterschritt erstmals seit vier Jahren wieder die 17-Mio.-Yen-Marke. 10,7% der Privathaushalte besaßen ein Geldvermögen von weniger als 1 Mio. Yen, 8.000 Euro, während etwa einem Drittel der Haushalte der über 60-Jährigen ein Vermögen von mehr als 25 Mio. Yen, 210.000 Euro, zur Verfügung steht.

Rentenversicherung

Laut dem Sozialversicherungsamt sind 2007 21.828 Rentenansprüche im Wert von insgesamt 36,5 Mrd. Yen, etwa 330 Mio. Euro, wegen

abgelaufenen Fristen für die Antragstellung auf eine Rente verfallen. Nach den Rentengesetzen muss ein Berechtigter innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach dem Renteneintrittsalter seinen Anspruch auf eine Rente mündlich oder schriftlich geltend machen. Sonst verliert er seinen Anspruch für immer. Die Anzahl der verfallenen Rentenansprüche zeigt mit 15.467 Fällen im Wert von insgesamt 14,9 Mrd. Yen seit 1999 ständig eine zunehmende Tendenz und stieg dann 2007 um ca. 1.300 Fälle (3,2 Mrd. Yen) gegenüber dem Vorjahr an. Es soll jedoch zahlreiche Fälle geben, wo Anspruchsberechtigte am Schalter bei einer Außenstelle des Sozialversicherungsamts einen Rentenanspruch mündlich erhoben, aber dennoch keine Rente beziehen konnten, weil kein schriftlicher Antrag gestellt wurde und somit ein Beweisstück für die fünfjährige Frist fehlt.

Rentenbericht der OECD

Laut des neuen Rentenberichts der OECD liegt die japanische Rente mit nur 33,9% des letzten Arbeitseinkommens gegen Ende der Länder-Rangliste. Unter den 30 Mitgliedsländern ist nur der Wert Großbritanniens noch niedriger. Der Durchschnittswert bei den OECD-Ländern beträgt 59%.

Das japanische Sozialministerium rechtfertigt die japanische Positionierung mit unterschiedlichen Rentensystemen in den einzelnen Ländern. Der Durchschnittswert in Japan werde deshalb niedrig ausfallen, weil auch Erwerbslose in die gesetzliche Rentenversicherung, vor allem in die Volksrentenversicherung, mit Pflichtbeiträgen einbezogen werden, während in manchen Ländern lediglich diejenigen versichert sind, die über ein Einkommen oberhalb einer bestimmten Bemessungsuntergrenze verfügen.

Allerdings liegt auch die Armutsquote bei der älteren Bevölkerung über 65 Jahre in Japan mit 22% weit über dem OECD-Durchschnitt von 13,3%.

Mindestlohn

Auf einer Pressekonferenz gab Rengos Präsident Takagi seine Absicht bekannt, die Anhebung des Mindestlohnes für 2009 landesdurchschnittlich um 15 Yen, etwa 12 Eurocent pro Stunde zu fordern. Eigentlich wolle die Gewerkschaft 30 Yen bis 50 Yen mehr Stundenlohn haben, aber angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage habe sie ihre Forderung auf eine Steigerung auf 15 Yen reduziert. Im Hinblick auf die schwierigen Verhandlungen beim zuständigen Beirat wies Takagi darauf hin, dass es gesetzlich verankert sei, ein Missverhältnis zwischen Mindestlohn und Sozialhilfeniveau abzubauen. Daher müsse die Entscheidung bezüglich der Erhöhung unabhängig von der Wirtschaftslage getroffen werden. Der zuständige Beirat, wo unter anderem die Tarifpartner vertreten sind, wird im Juli einen Richtwert für die Anhebung des Mindestlohnes beschließen. Im vergangenen Jahr forderte die Gewerkschaft 50 Yen mehr Stundenlohn und erreichte schließlich eine durchschnittliche Erhöhung von 16 Yen im Mindestlohn.

Organtransplantation

Am 18.06. 2009 wurden vier Revisionsvorschläge für das Gesetz über die Organtransplantation im Unterhaus zur Abstimmung einbracht. Der erste Antrag fand mit 263 Stimmen (dagegen waren 167) die absolute Mehrheit. Er enthält folgende wesentliche Punkte:

- Anerkennung des Gehirntodes,
- Organspende ist möglich im Einverständnis der Familienangehörigen

eines Verstorbenen, wenn dieser zu Lebzeiten keine Ablehnung der Organspende geäußert hat,
- Abschaffung der Altersuntergrenze für Spender.
Nach der Verabschiedung im Unterhaus wird nun das Oberhaus den Antrag beraten.

Bericht vom 27.06. bis 13.07.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Mai

Pflegeversicherung

Krankenversicherung

Meinungsumfrage: Organtransplantation

Neet ("Not in Education, Employment or Training")

Verluste bei Rentenrücklagen-Anlage

Illegale Einwanderung

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Mai

Im Mai waren insgesamt 3,47 Mio. Menschen beschäftigungslos (+770.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Vor allem in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren stieg dieser Wert an: um 260.000

auf 770.000 Menschen. Dennoch ist Arbeitslosigkeit bislang vor allem ein Phänomen und Problem der jüngeren Bevölkerung: die Jugendarbeitslosenquote (15-24-Jährige) lag im Mai bei 9%, sie war mit 4% am niedrigsten bei den 45-54-Jährigen. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf 5,2%: bei Männern betrug sie 5,4% (+0,1%) und bei Frauen 4,9% (+0,3%). Auf 100 Jobsuchende kamen im Mai 44 Stellenangebote. Dies ist der tiefste Stand seit der Erfassung dieser Statistik im Januar 1963. Das Arbeitsministerium korrigierte seine Beurteilung der Beschäftigungslage in Japan nach unten.

Pflegeversicherung

Laut dem Sozialministerium nahmen die Leistungsausgaben in der gesetzlichen Pflegeversicherung 2007 gegenüber dem Vorjahr um 5% auf 6,16 Bio. Yen, etwa 50 Mrd. Euro, zu und erreichten damit erstmals die 6-Bio.-Marke. Die Pro-Kopf-Ausgaben stiegen ebenfalls um 2% auf 224.000 Yen, etwa 1.900 Euro, während diese 2000 noch bei 145.000 Yen lagen. Dies ist hauptsächlich auf die Zunahme der Pflegebedürftigen überhaupt und der in die höheren Pflegestufen Eingestuften zurückzuführen. Die Anzahl der Versicherten mit über 65 Jahren stieg um 3% auf 27,51 Mio. Menschen an, die der Pflegebedürftigen ebenfalls um 3% auf 4,53 Mio. Menschen und der Anteil der in Pflegestufen 3 bis 5 Eingestuften um einen Prozentpunkt auf 39%.

Krankenversicherung

In der Halbjahresbilanz von Oktober 2008 bis März 2009 der regierungsverwalteten Krankenversicherung, wo die Beschäftigten in den mittelständischen und kleinen Betrieben und deren

Familienangehörigen versichert sind, gingen die Beitragseinnahmen um 71,5 Mrd. Yen, etwa 600 Mio. Euro auf 4,53 Billionen Yen, etwa 38 Mrd. Euro, zurück. Die Mitgliederzahl in dieser Versicherungsart liegt bei ca. 35 Mio. Menschen und der Beitragssatz beträgt zurzeit landeseinheitlich 8,2%, den die Arbeitgeber und -nehmer je zur Hälfte übernehmen. Ab Oktober 2009 wird ein regionaler Beitragssatz eingeführt, welcher der Entwicklung der medizinischen Ausgaben in einer Präfektur besser angepasst sein soll.

Meinungsumfrage: Organtransplantation

Laut einer Umfrage der Zeitung Yomiuri sprechen sich 74% der Befragten dafür aus, Organspenden auch bei Kindern unter 15 Jahre möglich zu machen. Dagegen sind nur noch 10%. Im geltenden Gesetz ist die Organspende jüngerer Kinder verboten. 62% meinen, dass die Organspende im Einverständnis der Familienangehörigen eines Verstorbenen zugelassen werden sollte, wenn die Meinung des Verstorbenen dazu nicht festzustellen ist. 19% teilen diese Meinung nicht. 58% erklären sich bei ihrem Gehirntod zur Organspende bereit.

Neet ("Not in Education, Employment or Training")

Nach Angaben der Regierung nahm 2008 die Anzahl der unter diese Kategorie Fallenden in Japan um 20.000 gegenüber dem Vorjahr auf 640.000 Menschen zu. In der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren betrug dieser Wert 260.000 und in der zwischen 25 und 34 Jahren 380.000 Menschen. Während sich die Gesamtzahl seit 2002 stets zwischen 620.000 und 640.000 Menschen bewegte, ging die Anzahl in der niedrigeren Altersgruppe um 30.000 Menschen gegenüber dem Jahre 2002 zurück und

stieg in der höheren um 30.000 Menschen an.

Verluste bei Rentenrücklagen-Anlage

Der „Government Pension Investment Fund“ (GPIF), der im Auftrag des Sozialministeriums 92,8 Billionen Yen, etwa 750 Mrd. Euro (sic!) aus den Rücklagen der Arbeitnehmer- und der Nationalen Rentenversicherung in Wertpapiere und Aktien anlegt, gab es am 01.07.2009 bekannt, dass GPIF im Haushaltsjahr 2008 einen Rekord-Verlust in Höhe von 9,667 Billionen Yen, etwa 75 Mrd. Euro (eine Rendite von -10,03%) hatte. Dafür sei der weltweite Sturz des Aktienkurses im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. Damit haben die Verluste der beiden letzten Jahre mit 15 Bio. Yen, etwa 120 Mrd. Euro, den bisherigen Gesamtgewinn seit 2001, abgeschöpft.

Illegale Einwanderung

Das Justizministerium arbeitete die Kriterien für die Vergabe einer Bleibe-Sonderberechtigung an Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis neu aus. Dieser Personengruppe, die eigentlich aus dem Lande auszuweisen ist, darf der Justizminister nach den geltenden Gesetzen aufgrund seines eigenen Ermessens eine Sondergenehmigung erteilen. Nun hat das Ministerium die Kriterien dafür präzisiert. Es soll in Zukunft berücksichtigt werden, dass man seinen illegalen Aufenthalt freiwillig bei der Behörde anzeigt und mit Kindern zusammen lebt, die mehr als zehn Jahre in Japan wohnen und eine Grund- oder Mittelschule, besuchen.

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Juni

Sommerbonus um 17,5 % gesunken

Mindestlohn

Wiederaufnahme von Zeitarbeitern bei Mitsubishi Motors

Lebenserwartung

Wahlpolitisches Engagement von Gewerkschaften

Pflegeversicherung

Überstundenabbau im öffentlichen Dienst

1.237 Ministerialbeamte wegen rechtswidriger Gewerkschaftsaktivität bestraft

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Juni

Im Juni waren insgesamt 3,48 Mio. Menschen beschäftigungslos (+830.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat im fünften Monat in Folge und erreichte erstmals seit sechs Jahren wieder 5,4% (+0,2%): bei Männern betrug sie 5,7% (+0,3%) und bei Frauen 5% (+0,1%). Die bisherige Rekordhöhe ist 5,5% vom April 2003. Auf 100 Jobsuchende kamen im Juni 43 Stellenangebote. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld lag im Juni bei 1,01 Mio. Menschen und erreichte

damit erstmals seit sechs Jahren und acht Monaten wieder die 1-Mio.-Marke.

Sommerbonus um 17,5 % gesunken

Der Arbeitgeberverband Keidanren teilte mit, dass der Sommerbonus der großen Unternehmen durchschnittlich um 17,5 % auf 753,500 Yen, etwa 5.500 Euro gefallen sei. Das ist der größte Rückgang seit 1959, dem Aufzeichnungsbeginn. Autohersteller zahlten 27,7% weniger Bonus, während die Nahrungsmittelindustrie ihre Boni um 1,12% steigerte. Die Zahlen wurden auf Basis von 167 Unternehmen erstellt, bei denen die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind.

Mindestlohn

Nach Angaben des Arbeitsministeriums liegt der Mindestlohn in Tokyo, Kyoto und weiteren 10 von 47 Präfekturen unter dem Sozialhilfeniveau. Diese Zahl nahm trotz der Erhöhung des Mindestlohnes im letzten Herbst um drei Präfekturen zu. Außerdem ging 2009 der Durchschnittslohn bei Betrieben mit weniger als 30 Beschäftigten erstmals seit fünf Jahren und dem Vorjahr gegenüber um 0,2% zurück. Die beiden Werte spielen bei der Revision des Mindestlohnes eine wichtige Rolle. Die zuständige Kommission hat beschlossen, den Mindestlohn nur in den zwölf Präfekturen um 2 bis 30 Yen pro Stunde erhöhen zu lassen, in denen der Lohn unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Auf dieser Grundlage wird ein neuer individueller Mindestlohn auf Präfektorebene in diesem Herbst festgelegt. Trotz der Lohnverbesserung wird der Mindestlohn in diesen zwölf Präfekturen immer noch nicht das Sozialhilfeniveau erreichen.

Die Demokratische Partei Japans (DPJ) beschloss, die Erhöhung des Mindeststundenlohnes auf 1.000 Yen im Landesdurchschnitt in ihr Wahlversprechen für die Unterhauswahlen aufzunehmen. 2008 lag der Mindestlohn durchschnittlich bei 703 Yen. Er ist seit 1991 in keinem Jahr um mehr als 30 Yen erhöht worden. Aus diesem Grund setzt sich der Gewerkschaftsdachverband Rengo daher langfristig als Ziel eine Erhöhung auf 900 Yen pro Stunde. Die DPJ muss eine hohe Hürde nehmen, um ihr Wahlversprechen erfüllen zu können.

Wiederaufnahme von Zeitarbeitern bei Mitsubishi Motors

Angesichts der sich abzeichnenden Belebung der Kleinwagengeschäfte dank der Steuervorteile für Öko-Autos will Autohersteller Mitsubishi ab August wieder Zeitarbeiter aufnehmen und noch in diesem Jahr insgesamt etwa 500 Stellen schaffen. Mitsubishi hatte im November 2008 3.300 Zeitarbeiter beschäftigt und strich bis Ende März 2009 sämtliche Zeitarbeiterstellen.

Lebenserwartung

Laut Sozialministerium stieg 2008 die Lebenserwartung der Japaner im dritten Jahr in Folge: Männer 79,29 Jahre (+0,1 Jahr) und Frauen 86,05 Jahre (+0,06 Jahr). Beide Werte erreichten den bisher höchsten Stand. Im internationalen Vergleich bleiben die Japanerinnen im 24. Jahr in Folge an der Weltspitze. Dagegen wurden die Japaner durch die Schweizer mit 79,4 Jahren überholt. Japanische Männer rutschten in der Lebenserwartung damit vom 3. auf den 4. Platz.

Wahlpolitisches Engagement von Gewerkschaften

Die Gewerkschaft der Privateisenbahnen (Mitgliederzahl: ca. 115.000) beschloss, von der Oberhauswahl 2010 an eigene Kandidaten nur noch für die Demokratische Partei Japans (DPJ) zu stellen. Der Vizechef der Sozialdemokratischen Partei, Fuchigami, der aus dieser Gewerkschaft stammt, will bald sein Mandat im Oberhaus niederlegen und nicht mehr kandidieren. Die Gewerkschaft nimmt dies zum Anlass, ihren bisherigen Kurs zu ändern und allein die DPJ bei den Wahlen zu unterstützen. Damit werden von den Gewerkschaften im Privatsektor nur Kandidaten für die DPJ aufgestellt. Herr Fuchigami erhielt bei der letzten Verhältniswahl des Oberhauses 2004 ca. 120.000 Stimmen.

Pflegeversicherung

2008 nahmen insgesamt ca. 4,52 Mio. Menschen (+146.000) Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch. Dieser Wert erreichte den bisher höchsten Stand. Die dabei entstandenen Kosten einschließlich Selbstbeteiligung betragen insgesamt ca. 6,74 Billionen Yen und die Pro-Kopf-Kosten 181.200 Yen (+2.100 Yen) im Monat.

Überstundenabbau im öffentlichen Dienst

Um ständig anfallende Überstunden im öffentlichen Dienst abzubauen, hat das Personalamt vor, sich nach der Revision des „Labor Standard Law“ am Gesetzestext zu orientieren und die Überstundenprämie ab April 2010 von derzeit 25% auf 50% zu erhöhen, sollten die geleisteten Überstunden im Monat über 60 Stunden hinaus gehen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf will das Personalamt in der

außerordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments im Herbst verabschieden lassen.

1.237 Ministerialbeamte wegen rechtswidriger Gewerkschaftsaktivität bestraft

Die 1.237 Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums arbeiteten während der Arbeitszeit innerhalb und außerhalb des Ministeriums unautorisiert für ihre Gewerkschaft. 514 Mitarbeiter wurden aufgefordert, zusammen 2,5 Mrd. Yen, etwa 18,5 Mio. Euro an Gehaltsleistungen an das Ministerium zurückzuzahlen.

Bericht vom 04.08. bis 19.08.2009

I. Zusammenfassung:

Rentenversicherung

Löhne im Juni gesunken

Gehaltssenkung im öffentlichen Dienst

Zeitarbeiter

Bevölkerung

Neue Grippe: Drei Todesfälle

II. Im Einzelnen:

Rentenversicherung

Laut dem Sozialversicherungsamt erlitt die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitnehmer (Kosei-nenkin) im Bilanzjahr 2008 ein Defizit in Höhe von 10,18 Billionen Yen, etwa 85 Mrd. Euro (Defizit 2007: 5,6 Bio. Yen) und die Nationale Rentenversicherung (Kokumin-nenkin) ebenfalls ein Defizit von 1,12 Bio. Yen, etwa 9 Mrd. Euro (Defizit 07: 777,9 Mrd. Yen). Dies ist vor allem auf die Verluste von über 9 Bio. Yen, etwa 75 Mrd. Euro, beim Anlegen der Rentenrücklagen im Zuge der Weltfinanzkrise zurückzuführen. Die Kosei-nenkin verfügt nun über Rücklagen in Höhe von 116,6 Bio. Yen, etwa 900 Mrd. Euro (sic!) (-13,5 Bio. Yen) und die Kokumin-nenkin über 7,2 Bio. Yen, etwa 60 Mrd. Euro (-1,3 Bio. Yen). Bei der Kosei-nenkin nahm die Mitgliederzahl um 496.000 Menschen zu. Damit stiegen die Beitragseinnahmen um 721,4 Mrd. Yen, etwa 6 Mrd. Euro auf 22,7 Bio. Yen, etwa 180 Mrd. Euro. Dagegen ging die Mitgliederzahl bei der Kokumin-nenkin vor allem wegen des Renteneintritts der geburtsstarken Generation zurück. Als Folge schrumpften die Beitragseinnahmen um 111,2 Mrd. Yen, etwa 800 Mio. Euro auf 1,75 Bio. Yen, etwa 14 Mrd. Euro.

Der Government Pension Investment Fund (GPIF), der im Auftrag des Sozialministeriums 92 Billionen Yen, etwa 800 Mrd. Euro aus den Rücklagen der Arbeitnehmer- und der Nationalen Rentenversicherung sowie weiteren Versicherungen in Höhe von 150 Bio. Yen, etwa 1,4 Bio. Euro (sic!) in Wertpapiere und Aktien anlegt, erwägt, ab 2010 zur Verbesserung der Rendite auch die Schwellenländer-Aktien zu erwerben. GPIF legt die Mitteln derzeit in inländische Wertpapiere (67%), inländische Aktien (12%), ausländische Wertpapiere (11%) und Aktien aus 22 Industrieländern (10%) an.

Löhne im Juni gesunken

Nach Angaben des Arbeitsministeriums schrumpfte das monatliche Arbeitseinkommen eines Arbeitnehmers (Grundgehalt, Überstundenprämien, Bonus usw.) im 13. Monat in Folge und gegenüber dem Vorjahr um 7,1% durchschnittlich auf 430.620 Yen, etwa 3,800 Euro. Die Einbuße übertraf den bisher höchsten Wert von 5,7% im Juli 2002. Verantwortlich dafür war die deutliche Schrumpfung der Sonderzulagen wie Bonus (-14,5%) und der Überstundenprämien (-17,7%).

Gehaltssenkung im öffentlichen Dienst

Das Personalamt überreichte dem Kabinett und Parlament seinen Vorschlag zur Herabsetzung der Gehälter und Boni im öffentlichen Dienst. Dies ist auf den Entgeltrückgang in Privatunternehmen im Zuge der Rezession zurückzuführen. Nach dem Vorschlag soll das Gehalt durchschnittlich um 0,22% und der Bonus um 7,8% gesenkt werden. Dann wird das durchschnittliche Jahreseinkommen 154.000 Yen, etwa 1,100 Euro oder 2,4% weniger bei 6,356 Mio. Yen, etwa 57,000 Euro liegen. Die jüngeren Bediensteten unter 30 Jahren werden durch diese Maßnahmen nicht betroffen, während das Gehalt bei den leitenden Angestellten um 0,3% schrumpft. Nach Angaben des Finanzministeriums können insgesamt ca. 139 Mrd. Yen, etwa 1,1 Mrd. Euro im Staatshaushalt eingespart werden.

Zeitarbeiter

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums bei ca. 14.000 Leiharbeitern und ca. 16.000 Betrieben geht hervor, dass 37,7% der

befragten Leiharbeiter mit ihrem Lohnniveau unzufrieden sind. Als Gründe werden genannt, dass sie bei gleicher Arbeit schlechter als ihre Kollegen bezahlt sind, die zum Betrieb im direkten Arbeitsverhältnis stehen, oder die Bezahlung nicht den erbrachten Leistungen entspricht. Der durchschnittliche Stundenlohn liegt bei 1.290 Yen, etwa 10 Euro. Rund 60% der Befragten fordern ihre Leiharbeitsfirma zur Lohnerhöhung auf, ca. 40% wollen eine Feststelle finden und 21,4% gehören zur Altersgruppe zwischen 30 und 34 Jahren.

Im Quartal April-Juni ging die Zahl der Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen gegenüber dem Vorjahrswert um 470.000 auf 16,85 Mio. zurück, während die Zahl der Festangestellten um 290.000 sank. Vor allem schrumpfte die Zahl der Arbeitnehmer, die Gelegenheitsjobs oder Teilzeitbeschäftigung ausüben, in diesem Quartal um 280.000 auf 11,28 Mio.. Die Zahl der Leiharbeiter ging um 260.000 auf 1,05 Mio. zurück.

Bevölkerung

Nach Angaben des Ministeriums für Innere Angelegenheiten nahm 2008 Japans Bevölkerung im zweiten Jahr in Folge und um 0,01% auf ca. 127 Mio. Menschen zu. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Heimkehr japanischer Arbeitnehmer wegen Verkleinerung oder Schließung von Betriebsstandorten im Ausland im Zuge der Weltwirtschaftskrise beschleunigt wurde. Die Zahl der neu Geborenen sank erstmals wieder seit drei Jahren und die arbeitsfähige Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren erreichte mit ca. 81,65 Mio. Menschen den bisher tiefsten Stand. Die Landflucht setzte sich fort. In den drei Ballungsräumen von Tokyo, Nagoya und Osaka/Kyoto/Kobe leben 50,37% der japanischen Bevölkerung.

Neue Grippe: Drei Todesfälle

Am 15.08.2009 wurde in Okinawa der erste Todesfall infolge der neuen Grippe ("Schweinegrippe") registriert. Der 57-Jährige Verstorbene unterzog sich einer Dialysebehandlung wegen chronischen Nierenversagens. Im zweiten Todesfall vom 18.08.2009 handelt es sich um einen 77-Jährigen Diabetiker aus Kobe, der ebenfalls wegen Nierenversagens auf die Dialysebehandlung angewiesen war. Am 19.08.2009 starb dann eine über 80-jährige Erkrankte in Nagoya. Sie litt an Knochenmarkkrebs und Herzinsuffizienz.

Bericht vom 20.08. bis 03.09.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Juli

Spitzenwechsel bei Gewerkschaftsdachverband Rengo

Arzneimittelkosten

Lohnrückgang

Mindestlohn

Gewinn bei Rentenrücklagen-Anlage

Sozialhilfe

Zahl der Festangestellten sinkt um 100.000

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Juli

Im Juli waren insgesamt 3,59 Mio. Menschen beschäftigungslos (+1,03 Mio. im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Im produzierenden Gewerbe schrumpfte die Zahl der Beschäftigten um 1,06 Mio. auf 10,39 Mio. Menschen und im Baugewerbe um 230.000 Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat im sechsten Monat in Folge und erreichte die Rekordhöhe von 5,7% (+0,3%): bei Männern übertraf sie sogar mit 6,1% (+0,4%) erstmals die 6%-Marke und bei Frauen 5,1% (+0,1%). Die jüngere Generationen ist von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen: 9,9% in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren und 7,1% zwischen 25 und 34 Jahren ist arbeitslos. Auf 100 Jobsuchende kamen im Juli 42 Stellenangebote. Dieser Wert erneuerte im dritten Monat in Folge den bislang tiefsten Stand.

Nach Analyse des Forschungsinstitutes der Mizuho-Bank hätte die Arbeitslosenquote bereits im Juni 2009 mit ca. 450.000 zusätzlichen Arbeitslosen die 6%-Marke überschritten, wenn nicht das Kurzarbeitergeld Ende 2008 vor allem zugunsten den mittelständischen und kleineren Betrieben ausgebaut worden wäre. Seit dem Januar 2009 haben insgesamt 6,13 Mio. Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld in Höhe von 183,1 Mrd. Yen, etwa 1,5 Mrd. Euro in Anspruch genommen. Experten erwarten eine Arbeitslosenquote von über 6% noch in diesem Jahr.

Spitzenwechsel bei Gewerkschaftsdachverband Rengo

Der Rengo-Vorstand beschloss, Generalsekretär Koga (57) als Nachfolger

von Präsident Takagi (65) im Rengo-Kongress vorzuschlagen. Dies muss im Kongress Anfang Oktober durch Wahl bestätigt werden. Takagi ist seit 2005 im Amt. Darüber hinaus strebt der Rengo-Vorstand an, Hiroyuki Nagumo (57), Vorsitzender der Gewerkschaft Denryoku-Soren (Stromversorgung), zu Kogas Nachfolger zu machen.

Arzneimittelkosten

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums stiegen 2008 die Kosten für verschriebene Arzneimittel um 5,3% auf ca. 5,4 Billionen Yen und die Kosten pro Rezept um 3,4% auf 7.555 Yen, etwa 50 Euro. Dies ist hauptsächlich auf den Alterung der Gesellschaft und pharmazeutische Innovationen zurückzuführen. Die Pro-Rezept-Kosten betragen bei über 75-Jährigen 9.491 Yen, während sie bei Kindern unter fünf Jahren bei 3.005 Yen lagen.

Lohnrückgang

Nach Angaben des Arbeitsministeriums schrumpfte im Juli das durchschnittliche Arbeitsentgelt im 14. Monate in Folge und um 4,8% auf 365.922 Yen, etwa 3.200 Euro. Verantwortlich dafür war neben dem Rückgang der Bonuszahlung (-11%) der Überstundenabbau. Die Mehrarbeit nahm in der gesamten Industrie um 17,3% auf 9 Stunden und vor allem im produzierenden Gewerbe um 35,6% auf 10,2 Stunden ab. Daher mussten die Arbeitnehmer bei der Auszahlung der Überstundenprämien eine Einbuße von 16,5% hinnehmen.

Mindestlohn

Laut dem Arbeitsministerium wird der regionale Mindestlohn ab Oktober 2009 in 45 von den 47 Präfekturen und durchschnittlich um 10 Yen, etwa 7 Eurocent auf 713 Yen, etwa 6 Euro pro Stunde angehoben. Den höchsten Mindestlohn von 791 Yen bekommen die Arbeitnehmer in Tokyo und den niedrigsten von 629 Yen ihre Kollegen in Okinawa und weiteren drei Präfekturen von Kyushu. Eigentlich hatte die "Zentrale Kommission für Mindestlohn", welche die Grundlage für die Revision dieses Lohnes ausarbeitet, nur zwölf Präfekturen eine Anhebung vorgeschlagen. In weiteren 33 Präfekturen hat man sich entgegen dieses Vorschlags dennoch für einen höheren Mindestlohn entschieden. Mit der Anhebung wollen manche Präfekturen die einkommensschwachen Arbeitnehmer stärker berücksichtigen. Gleichzeitig wird befürchtet, dass die Mehrkosten sich nachteilig für mittelständische und kleinere Betriebe auf dem Land auswirken.

Gewinn bei Rentenrücklagen-Anlage

Der Government Pension Investment Fund (GPIF), der im Auftrag des Sozialministeriums Teil der Rücklagen der Arbeitnehmer- und der Nationalen Rentenversicherung in Wertpapiere und Aktien anlegt, gab es am 28.08.2009 bekannt, im Quartal April-Juni einen Rekordgewinn in Höhe von 4,5 Billionen Yen, etwa 40 Mrd. Euro (eine Rendite von 4,85%) erzielt zu haben. Dies sei auf den weltweiten Höhenflug des Aktienkurses zurückzuführen. Damit wurden die Verluste im letzten Jahr mit 9,6 Bio. Yen, etwa 82 Mrd. Euro fast zu Hälfte wettgemacht.

Sozialhilfe

Die Demokratische Partei Japans (DPJ), die bald die

Regierungsverantwortung übernimmt, hat vor, die Ende März 2009 abgeschaffte spezielle Kinderzulage für allein stehende Mütter in der Sozialhilfe noch in diesem Jahr wieder einzuführen. Von dieser Maßnahme profitieren etwa 100.000 Haushalte. Es werden Mehrkosten von insgesamt 9 Mrd. Yen, etwa 75 Mio. Euro für ein halbes Jahr ab dem Oktober 2009 zu finanzieren sein. Deshalb denkt die DPJ an einen zweiten Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009. Die allein stehenden Mütter werden dann 20.000 Yen, etwa 160 Euro im Monat zusätzlich erhalten.

Zahl der Festangestellten sinkt um über 100.000

Seit dem vergangenen September ist die Zahl der Festangestellten in Japan gesunken: 23.000 Arbeitnehmer gingen freiwillig in Rente und 85.000 Arbeitnehmer verloren durch Insolvenz ihrer Arbeitgeber ihren Arbeitsplatz. Von den 185 betroffenen Unternehmen veröffentlichten 173 ihre Entlassungspläne. Dazu gehören Sony, Panasonic, Goodwill, Pioneer und Sankyo-Tateyama.

Bericht vom 04.09. bis 17.09.2009

I. Zusammenfassung:

Neuer Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt

Krankenversicherung

Betriebskrankenkassen

Gewerkschaft: Kritik an Demokratischer Partei Japans (DPJ)

Kinderkrippen

Zahl der Hundertjährigen

II. Im Einzelnen:

Neuer Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt

Akira Nagatsuma (49), Mitglied des Unterhauses, wurde am 16.09.2009 zum Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt im Kabinett von Premierminister Hatoyama ernannt. Als Vize-Vorsitzender des politischen Ausschusses der Demokratischen Partei Japans (DPJ) setzte sich Nagatsuma energisch dafür ein, die Rentenskandale im Sozialversicherungsamt aufzuklären. Nagatsuma nimmt an, dass es noch nicht aufgedeckte Manipulationen gibt. Er wolle als Minister zur Aufklärung dieser Skandale hinreichend Personal und Finanzmittel einsetzen, um damit in zwei Jahren das Vertrauen der Bürger in die Rentenversicherung wieder herstellen.

Zur für 2010 geplanten Umwandlung des Sozialversicherungsamts in eine außerministerielle, private Institution äußerte sich der Minister, dass er zunächst die Sachlage prüfen wolle. Möglicherweise wird er dann die geplante und vorbereitete Privatisierung stoppen. Seine Partei hatte bereits in ihrem Wahlprogramm auf die Möglichkeit hingewiesen, dass die Rentenskandale durch diese Umorganisation verheimlicht werden könnten. Die Beschäftigung von den 1.078 künftigen Mitarbeitern, die bereits Arbeitszusagen von der neuen Organisation haben, soll gesichert werden.

Außerdem gab Nagatsuma seine Absicht bekannt, die spezielle Pflicht-Krankenversicherung für die über 75-Jährigen abzuschaffen.

Die Ende März 2009 abgeschaffte Sonderzulage für alleinerziehende Mütter in der Sozialhilfe will er noch im Oktober wieder einführen lassen. Für diese Maßnahme sei keine Gesetzesänderung erforderlich und zu deren Finanzierung von ca. 9 Mrd. Yen, etwa 75 Mio. Euro für die nächsten sechs Monate seien Reserven im Haushalt verfügbar.

Krankenversicherung

Laut dem Gesundheitsministerium stiegen 2007 die nationalen medizinischen Kosten, die Gesamtheit der an die Leistungserbringer gezahlten Beträge, um 3% auf ca. 34,14 Billionen Yen, etwa 300 Mrd. Euro und die Pro-Kopf-Kosten ebenfalls um 3% auf 267.200 Yen, etwa 2.400 Euro im Jahr. Beide Zahlen stiegen damit auf den bisher höchsten Wert. Das Ministerium geht davon aus, dass diese Kosten im Zuge der alternden Gesellschaft und der medizinisch-technischen Innovation weiterhin jährlich um ca. 1 Bio. Yen, etwa 8 Mrd. Euro anwachsen.

Betriebskrankenkassen

Nach Angaben des Zentralverbands der Betriebskrankenkassen werden ca. 70% von den insgesamt 1.497 Betriebskrankenkassen im Rechnungsjahr 2008 ein Defizit aufweisen. Die Gesamtverluste werden sich dann auf 306 Mrd. Yen, etwa 2,8 Mrd. Euro belaufen. Der Verband machte die Mehrbelastung bei der Finanzierung der medizinischen Versorgung für ältere Menschen im Zuge der Gesundheitsreform im Frühjahr 2008 für diese Entwicklung verantwortlich. Wegen der Mehrbelastung hätten sich

14 Kassen 2008 und elf Kassen bereits bis zum 01.09.2009 auflösen müssen. Der Geschäftsführer des Verbandes sagte, dass zur Entlastung der Betriebskrankenkassen der Einsatz öffentlicher Mittel unentbehrlich sei und man eine Diskussion über die Anhebung der Verbrauchssteuer nicht umgehen könne.

Gewerkschaft: Kritik an Demokratischer Partei Japans (DPJ)

Der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes der Automobilindustrie kritisierte die DPJ wegen dessen mittelfristiger Zielsetzung für die Emissionsreduzierung (Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 um 25% auf Grundlage von 1990). Dies könne einen erheblichen Einfluss auf die Industriestruktur, die Beschäftigungslage und die Gesellschaft ausüben und weiche von der Position seiner Gewerkschaft sehr weit ab. Der Verband ist eine der tragenden Säulen von der Gewerkschaftsspitzenorganisation Rengo, welche die DPJ unterstützt. Der Präsident von Denryoku-Soren (Stromversorger-Gewerkschaft) schloss sich dieser Kritik an.

Kinderkrippen

Aus einer Untersuchung des Sozialministeriums ergab sich, dass die Anzahl der Kinder, die auf einen Platz bei einer zugelassenen Kinderkrippe warten, zum 01. April 2009 um 30% bzw. 5.834 Kinder auf insgesamt 25.384 Kinder stieg. Rund 69% von diesen Kindern waren unter zwei Jahre alt. Die längste Warteliste hat die Stadt Yokohama mit 1.290 Kindern, gefolgt von Kawasaki (713), Sendai (620) und Setagaya-ku, ein Stadtteil von Tokyo (613). Antragssteller sind Eltern, die nach dem Ende ihres Erziehungsurlaubes auf der Suche nach einem Platz bei einer

Kindertagesstätte sind. Das Ministerium weist darauf hin, dass im Zuge der Wirtschaftskrise immer mehr Ehefrauen eine Beschäftigung aufnehmen und somit der Bedarf an der Kindertagesbetreuung anstieg. Die Zahl der Kinderkrippen nahm im gleichen Zeitraum nur um 16 auf 22.925 Krippen zu.

Zahl der Hundertjährigen

Laut Sozialministerium sind 40.399 Japaner (+4,123) 2009 älter als 100 Jahre: bei Japanern beträgt diese Zahl 5.447 (+384) und bei Japanerinnen 34.952 (+3.739). Damit übertrifft dieser Wert erstmals die 40.000-Marke. Die älteste Japanerin lebt mit 114 Jahren auf Okinawa und der älteste Japaner mit 112 Jahren in Kyoto.

Bericht vom 18.09. bis 01.10.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im August

Ältere Bevölkerung

Neue Vizeminister und Staatssekretäre

Ältere Arbeitnehmer

Neues Kindergeld

Gehaltsniveau bei Berufsanfängern

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im August

Im August waren insgesamt 3,61 Mio. Menschen beschäftigungslos (+890.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat erstmals seit sieben Monaten zurück und erreichte 5,5% (-0,2%); bei Männern betrug sie 5,8% (-0,3%) und bei Frauen 5% (-0,1%). Auf 100 Jobsuchende kamen im August unverändert 42 Stellenangebote.

Ältere Bevölkerung

Die Anzahl älterer Menschen über 65 Jahre lag zum 15. September bei 28,98 Mio. Menschen und hat einen Anteil von 22,7% an der japanischen Bevölkerung. 25,4% (16,59 Mio. Menschen) der weiblichen und 19,9% (12,39 Mio. Menschen) der männlichen Bevölkerung sind älter als 65 Jahre. Die Haushalte, deren Vorsteher älter als 65 Jahre ist, gaben durchschnittlich ca. 206.000 Yen, etwa 1.600 Euro im Monat aus - ihr verfügbares Einkommen betrug 164.000 Yen, etwa 1.300 Euro. Im Jahr 2000 war das Ausgabedefizit noch 20.000 Yen, etwa 160 Euro. Dies ist hauptsächlich auf die Ausweitung von Steuer- und Sozialabgaben um ca. 40% zwischen 2000 und 2008 zurückzuführen. Die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe erreichte mit 5,53 Mio. Menschen den bisher höchsten Stand. Sie nehmen zunehmend eine Teilzeitbeschäftigung oder Gelegenheitsarbeit vor allem im Dienstleistungssektor auf.

Neue Vizeminister und Staatssekretäre

Premierminister Hatoyama ernannte am 18.09.2009 Unterhausmitglied Ritsuo Hosokawa (66) und Oberhausmitglied Hiroyuki Nagahama (50) zu Vize-Ministern. Hosokawa übernimmt das Ressort Arbeit und Nagahama die Ressorts Rente, Gesundheit und Pflege. Gleichzeitig wurden zwei parlamentarische Staatssekretäre, Shinya Adachi (Oberhaus) und Kazunori Yamai (Unterhaus), ernannt. Die Zuständigkeit beider Staatssekretäre ist noch nicht festgelegt, aber Minister Nagatsuma will Adachi mit dem Ressort Gesundheit betrauen.

Ältere Arbeitnehmer

Laut dem Arbeitsministerium sind 10% der Stammbeslegschaft (2004: 7,6% und 1992: 4,9%) älter als 60 Jahre. Vor dem Hintergrund der stufenweisen Verschiebung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre weitet sich der Anteil älterer Arbeitnehmer ständig aus. Bei kleineren Betrieben mit 5 bis 29 Beschäftigten betrug ihr Anteil sogar 12%. Ihr Anteil in Branchen: Immobilienhandel 18,1%, Transport 14,9% und Bergbau 13,7%.

Neues Kindergeld

Im Kabinett ist die Meinung über ein neues Kindergeld geteilt. Vor allem wollen beide Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) und die People's New Party (PNP), dieses Geld mit der Einkommenshöhe koppeln. PNP-Chef und Minister für Finanzdienstleitungen Kamei besteht auf einer Einkommensobergrenze von 10 Mio. Yen, etwa 80.000 Euro im Jahr. SDPJ-Chefin und Ministerin

für Maßnahmen gegen Geburtenrückgang Fukushima plädiert ebenfalls für eine Beschränkung. Sie möchte Teile der vorgesehen Ausgaben, die sich ohne eine Einkommensobergrenze auf 5,3 Billionen Yen, etwa 48 Mrd. Euro im Jahr beziffern, für den Ausbau von Kindertagesstätten, für Maßnahmen für künstliche Befruchtung und ähnliches verwenden. Im Wahlprogramm der DPJ war von dieser Beschränkung auf bestimmte Einkommen keine Rede.

Sozialminister Nagatsuma (DPJ) beruft sich auf das Programm seiner Partei. Finanzminister Fujii (ebenfalls DPJ) spricht sich für Einschränkungen beim Kindergeld aus: er will Bildungsgutscheine ausgeben. In diesem Sinne will der Finanzminister das neue Kindergeld im April 2010 einführen, so wie es im Wahlprogramm seiner Partei steht. Nach diesem Programm erhalten die Eltern ab 2010 13.000 Yen, etwa 90 Euro für jedes Kind bis zum Abschluss der Mittelschule und ab 2011 dann 26.000 Yen, etwa 180 Euro.

Gehaltsniveau bei Berufsanfängern

Aus einer Untersuchung vom Arbeitgeberverband Keidanren ergibt sich, dass 87% der befragten Unternehmen das Einstiegsgehalt im April 2009 beim gleichen Niveau wie im vergangenen Jahr belassen und 1,8% es sogar gesenkt haben. So lag das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Büroangestellte mit Universitätsabschluss bei 208.306 Yen, etwa 1.600 Euro im Monat.

I. Zusammenfassung:

Sozialausgaben / Neues Kindergeld

Abschaffung des Kinderfreibetrages

Spitzenwechsel beim Gewerkschaftsdachverband Rengo

Beschäftigte in Pflege- und Sozialberufen

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

Bonus für Winter

II. Im Einzelnen:

Sozialausgaben/Neues Kindergeld

Das Sozialministerium fordert für das Haushaltsjahr 2010 ca. 4 Bio. Yen, etwa 35 Mrd. Euro mehr Finanzmittel (insgesamt ca. 30,4 Bio. Yen, etwa 260 Mrd. Euro) als bei seiner ersten Forderung im August durch die Vorgängerregierung. Dies ist hauptsächlich auf die Einführung eines neuen Kindergeldes, die Ausweitung des Versichertenkreises in der Arbeitslosenversicherung und die Anhebung der ärztlichen Vergütung zurückzuführen.

Entgegen der Forderung der beiden Koalitionspartner Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) und People's New Party (PNP), beschloss Sozialminister Nagatsuma (Demokratische Partei Japans, DPJ), ein neues Kindergeld unabhängig von der Einkommenshöhe der Eltern zu zahlen. Ein

entsprechender Gesetzesentwurf wird in der ordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments ab Januar 2010 zur Beratung vorgelegt. Dann wird ein neues Kindergeld ab Juni dreimal im Jahr jeweils für vier Monate gezahlt. Das neue Kindergeld wird jedes Kind bis zum Abschluss der Mittelschule erhalten. Es soll monatlich 26.000 Yen, etwa 220 Euro betragen. Es wird in voller Höhe vom Staat getragen. Im Einführungs-Haushaltsjahr 2010 wird nur die Hälfte dieses Betrages gezahlt. Dafür sind 2,7 Bio. Yen, etwa 22 Mrd. Euro nötig. Derzeit erhalten Eltern je nach ihrer Einkommenshöhe monatlich 5.000 bis 10.000 Yen, etwa 40-80 Euro für jedes Kind bis zum Abschluss der sechsjährigen Grundschule. An der Finanzierung des bisherigen Kindergeldes (insgesamt für 12,98 Mio. Kinder) beteiligen sich Staat mit 269 Mrd. Yen, Kommunen mit 568 Mrd. Yen und Arbeitgeber mit 179 Mrd. Yen.

Abschaffung des Kinderfreibetrages

Die Steuerkommission der Regierung unter Vorsitz von Finanzminister Fujii erwägt, zur Teilfinanzierung eines neuen Kindergeldes den steuerlichen Kinderfreibetrag ab dem Januar 2011 abzuschaffen. Dies soll im Rahmen der Steuerreform im Haushaltsjahr 2010 geschehen und zur Aufkommenssteigerung von ca. 800 Mrd. Yen, etwa 6 Mrd. Euro im Jahr führen. Im Wahlprogramm hatte die Demokratische Partei Japans (DPJ) bereits die Abschaffung des Kinder- wie Ehepartnerfreibetrag angekündigt. Da die Abschaffung des Ehepartnerfreibetrages für Haushalte, die keine kleinen Kinder haben, einer Steuererhöhung gleichkommt, will die Regierung diesen Schritt hinausschieben.

Spitzenwechsel beim Gewerkschaftsdachverband Rengo

Beim Jahreskongress von Rengo wurde Nobuaki KOGA (57), bisheriger

Rengo-Generalsekretär, zum Nachfolger von Präsident Takagi (66) gewählt. Koga hat eine Amtszeit von zwei Jahren vor sich. Kogas Nachfolger ist Hiroyuki Nagumo (58). Zu den beiden Stellvertretern von Koga wurden Hideaki Tokunaga (57), Präsident von Jichiro (Öffentlicher Dienst), und Naomi Okamoto (53), Präsidentin von NHK-Roren (Öffentlicher Fernsehsender), gewählt. Erstmals hat Rengo zwei Stellvertreter. Einer der beiden Posten wurde an eine Frau vergeben, um dem Gewicht der berufstätigen Frauen innerhalb der Gewerkschaft entsprechen zu können. Der Dachverband, der die wichtigste Stütze für die Regierungspartei DPJ ist, dürfte sich unter Präsident Koga neben der Mitgliedergewinnung vor allem dafür einsetzen, dass Rengos arbeitsmarktpolitische Vorschläge zur Arbeitsplatzsicherung durch die neue Regierung umgesetzt werden.

Beschäftigte in Pflege- und Sozialberufen

Im August nahm die Zahl der Beschäftigten in Pflege- und Sozialberufen gegenüber dem Vorjahr um 200.000 und gegenüber dem Vormonat um 70.000 auf 2,91 Mio. Menschen zu. Diese Branche, die ständig unter Personalmangel leidet, funktioniert als Zulaufstelle für Arbeitnehmer, die durch die Wirtschaftskrise ihren Job verloren haben. Auf 100 Jobsuchende kommen in diesen Berufen 133 Stellenangebote. Das Arbeitsministerium will weiterhin für den Zulauf der Jobsuchenden durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Pflegekräften sorgen.

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

Sozialminister Nagatsuma gab bekannt, dass die Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts in der Rechtsform einer "public corporation"

doch planmäßig 2010 startet. Jedoch handele es sich hier, wie der Minister nachdrücklich hinweist, um eine Zwischeninstitution. Sie soll nach der Integration aller Rentenversicherungsarten in ein neues einheitliches System bis 2013 in ein neu zu gründendes Amt für Steuern und Sozialabzüge übergehen. Dies war im Wahlprogramm der DPJ angekündigt. Damit werden das Finanz- und Sozialversicherungsamt unter einem Dach zusammengeschlossen.

Bonus für Winter

Aus einer Untersuchung des "Institute of Labour Administration" bei 218 börsennotierten Unternehmen geht hervor, dass der Bonus in diesem Winter um 13,1% auf 659.864 Yen, etwa 5.000 Euro im Durchschnitt zurückgeht. Erstmals seit 1970 liegt der Winterbonus in allen Branchen unter dem Vorjahrsniveau. Während die Bonuszahlung im nicht-produzierenden Gewerbe nur noch um 3,2% schrumpft, müssen die Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe eine weitergehende Einbuße von 16,1% hinnehmen: bei der Automobilindustrie um 27,9% und beim Maschinenbau um 27,7%.

Bericht vom 17.10. bis 30.10.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im September
Ausgaben für Sozialleistungen

Krankenkasse: Unterstützung für Arbeitslose

Krankenkasse: Beitragserhöhung

Umorganisation der Ministerien

Hilfe für Arbeitslose

Arbeitslosenversicherung

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im September

Im September waren insgesamt 3,63 Mio. Menschen beschäftigungslos (+920.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat im zweiten Monat in Folge zurück und erreichte 5,3% (-0,2%): bei Männern betrug sie 5,6% (-0,2%) und bei Frauen 4,9% (-0,1%). Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 980.000 auf 62,95 Mio. Menschen ab. Auf 100 Jobsuchende kamen im September 43 Stellenangebote (plus 1 Punkt). Dieses Verhältnis verbesserte sich zugunsten der Arbeitssuchenden erstmals seit 28 Monaten.

Ausgaben für Sozialleistungen

Nach Angaben vom National Institute of Population and Social Security Research (IPSS) wuchsen die Ausgaben für Sozialleistungen, deren Finanzierung durch Steuergelder und Sozialversicherungsbeiträge erfolgt, 2007 um 2,6% auf ca. 91,4 Bio. Yen, etwa 790 Mrd. Euro (sic!), an. Dies sei auf den Ausgabenanstieg für Gesundheit und Rente im Zuge des Alterungsprozesses zurückzuführen.

Die Gesamtausgaben lassen sich unterteilen in

- Rentenausgaben in Höhe von 48,3 Bio. Yen, etwa 435 Mrd. Euro (+2%) mit einem Anteil von 52,8%,
- medizinische Ausgaben von ca. 28,9 Bio. Yen, etwa 235 Mrd. Euro (+3%, Anteil von 31,7%) und
- sonstige Ausgaben (Altenpflege, Kindergeld, Leistungen für Familie usw.) in Höhe von 14,2 Bio. Yen, etwa 110 Mrd. Euro (+3,9%, Anteil von 15,5%).

Die Pro-Kopf-Ausgaben lagen 2007 bei 715.600 Yen, etwa 6.300 Euro (+2,6%).

Krankenkasse: Unterstützung für Arbeitslose

Gesundheitsminister Nagatsuma beschloss, ab 2010 die Arbeitslosen bei der Beitragszahlung in die Nationale Krankenkasse zu entlasten. So brauchen sie vom Eintritt der Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Haushaltsjahres nur 30% von den eigentlichen Beiträgen zu bezahlen, die auf der Grundlage des Arbeitsentgelts im vergangenen Jahr berechnet werden. Rund 840.000 Arbeitnehmer werden von dieser Maßnahme betroffen, die der Zentralstaat mit 4 Mrd. Yen, etwa 35 Mio. Euro, und die Kommunen mit 24 Mrd. Yen, etwa 190 Mio. Euro, finanzieren. Ein Arbeitnehmer geht, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert, in der Regel von einer Betriebskrankenkasse zur Nationalen Krankenkasse über, deren Träger die Kommune ist.

Krankenkasse: Beitragserhöhung

Nach Einschätzung der regierungsverwalteten Krankenkasse, bei der

Arbeitnehmer von mittelständischen und kleinen Betrieben versichert sind, müsse der Beitragssatz 2010 wegen des konjunkturbedingten Einnahmerückgangs landesdurchschnittlich angehoben werden von derzeit 8,2% auf 9,5%. Das Geschäftsergebnis dieser Versicherung wird in diesem Haushaltsjahr ein Defizit von 460 Mrd. Yen, etwa 4,2 Mrd. Euro, aufweisen. Selbst bei der Einbeziehung der Rücklagen hat die Kasse ein Finanzloch in Höhe von 310 Mrd. Yen, etwa 2,7 Mrd. Euro, zu stopfen. Im Falle einer Beitragsanhebung auf 9,5% müsste ein Arbeitnehmer mit einem Standardgehalt von ca. 285.000 Yen, etwa 2.400 Euro, monatlich 1.800 Yen, etwa 14 Euro, mehr in die Kasse einzahlen.

Umorganisation der Ministerien

Der Minister für Verwaltungsreform Sengoku sagte, dass die Ministerien nach deren Funktionen neu strukturiert werden sollten. In diesem Sinne könne das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Wohlfahrt im Zusammenschluss mit dem Erziehungsministerium in drei Ressorts zerlegt werden: Familienministerium, Ministerium für Bildung/Arbeit und Ministerium für Sozialversicherung.

Hilfe für Arbeitslose

Im Rahmen eines geplanten "Dringlichen Beschäftigungsprogramms für die Jahreswende" will Vize-Premierminister und Minister für Nationale Strategie KAN das Arbeitsministerium prüfen lassen, Anträge auf sonstige Hilfsprogramme für Arbeitssuchende über die Arbeitsvermittlung hinaus bei Hello-Work aufzunehmen. Gedacht ist vor allem an die Sozialhilfe und die Kreditgewährung für den Lebensunterhalt. Derzeit muss man einen Antrag auf Sozialhilfe bei der Gemeindeverwaltung und auf

Kreditgewährung beim Wohlfahrtsverband "National Council of Social Welfare" stellen.

Arbeitslosenversicherung

Die Regierungskommission für Arbeitsmarktpolitik traf eine grundsätzliche Einigung bezüglich die Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung von derzeit 0,8% auf 1,2% (Arbeitgeber und -nehmer im Regelfall je zur Hälfte). Wegen der Rezession gingen die Einnahmen in dieser Versicherung stark zurück. Deren Bilanzsaldo wird 2009 ein Defizit von ca. 800 Mrd. Yen, etwa 7,2 Mrd. Euro, aufweisen. Darüber hinaus schlug die Kommission die Anhebung der staatlichen Beteiligung an der Finanzierung der Versicherung von derzeit 13,75% auf 25% vor. Bisher wird der Anteil von 86,25% über Versicherungsbeiträge von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht. Bis Ende März 2010 wird Sozialminister Nagatsuma über diese Vorschläge entscheiden.

Bericht vom 31.10. bis 13.11.2009

I. Zusammenfassung:

Neues Kindergeld

Tabaksteuer

Jahresurlaub

Lohnforderung

Gesundheit

II. Im Einzelnen:

Neues Kindergeld

Sozialminister Nagatsuma will vom Finanzministerium fordern, dass das neue Kindergeld bei der Steuer als Freibetrag angegeben werden kann. Sonst könnte es sein, dass Familien bei einer öffentlichen Kindertagesstätte mehr Gebühr bezahlen müssen. Die Gebühr ist nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens gestaffelt. Auch für die Wohnberechtigung in öffentlichen Wohnungen gibt es eine Einkommensobergrenze, die tangiert werden könnte. Das gegenwärtige Kindergeld ist steuerfrei.

Tabaksteuer

Gesundheitsminister Nagatsuma kündigte an, dass die Tabaksteuer im Rahmen der Steuerreform 2010 -auch aus gesundheitlichen Gründen- auf das europäische Niveau angehoben werden sollte. In Japan kostet eine Packung ca. 300 Yen, etwa 2,50 Euro, während der Durchschnittspreis von Zigaretten in den anderen Industrieländern bei ca. 600 Yen, etwa 5 Euro liegt. Premierminister Hatoyama, der selber Nichtraucher ist, hält die Erhöhung der Tabaksteuer für möglich. Das Finanzministerium hat Bedenken. Eine große Preiserhöhung könne die Raucher abschrecken und so in Summe zum Rückgang von Steuereinnahmen führen. Die Regierung rechnet bereits mit einem knappen Steueraufkommen im Haushaltsjahr 2010.

Jahresurlaub

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums ergibt sich, dass die Arbeitnehmer 2008 durchschnittlich 47,4% (-0,7 Punkte) von den

bezahlten Urlaubstagen und pro Kopf 8,5 Tage (+0,3 Tag) Urlaub in Anspruch genommen haben. Diese Quote fällt sehr unterschiedlich je nach Branche und Betriebsgröße aus: 74,4% bei den Branchen Strom, Gas, Wasserversorgung und 29,4% in der Hotellerie, Gastronomie. Bei Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten beträgt die Quote 53,7%, bei Betrieben mit 30 bis 99 Beschäftigten 40%. Das Arbeitsministerium will bis 2012 diese Quote auf 60% steigern, wohl wissend, dass dieses Ziel schwer zu erreichen sein dürfte.

Lohnforderung

Der Gewerkschaftsdachverband Rengo verzichtet darauf, eine einheitliche Lohnforderung für die Tarifrunde im Frühjahr 2009 zu stellen. Stattdessen will Rengo sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei allen Arbeitnehmern einschließlich irregulärer Arbeitskräfte einsetzen, auch wenn sie keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage wolle man, so Rengo-Präsident Koga, die Verhandlungen realistisch führen und sich darum bemühen, weitere Lohnsenkungen abzuwehren. Koga wies nachdrücklich darauf hin, dass Lohnforderungen nicht generell ausgeschlossen seien und einige Unternehmensgewerkschaften selbstverständlich mehr Lohn fordern würden. Im letzten Frühjahr hatte Rengo seinen Mitgliedsgewerkschaften erstmals seit acht Jahren einen Richtwert für die Lohnforderungen genannt.

Im September schrumpfte das durchschnittliche Arbeitsentgelt in Japan im 16. Monat in Folge, während die Lohnentwicklung in den USA, Großbritannien und Deutschland eine steigende Tendenz zeigte. Die Wirtschaftszeitung Nikkei sieht seine These bestätigt, dass die japanischen Arbeitgeber, anders als amerikanische und europäische Unternehmen, eher mit Lohn- und

Bonuskürzungen statt mit Personalabbau in der Rezession handeln.

Gesundheit

Gesundheitsminister Nagatsuma, Demokratische Partei Japans (DPJ), beschloss, den bisherigen Anspruch des zentralen Ärzteverbandes auf die Vertretung mit drei Posten in der Regierungskommission für Sozialversicherung und medizinische Versorgung (Central Social Insurance Medical Council) nicht mehr zu berücksichtigen und diese Posten ab Oktober 2009 an zwei regionale Ärzteverbände sowie einen Vertreter des Krankenhausverbandes zu vergeben. Offiziell will der Minister erreichen, dass die Kommission über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Krankenhausärzten intensiv diskutiert. Vermutet wird, dass der Minister den zentralen Ärzteverband, der die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) bei Wahlen unterstützt und sich stets für die Interessen der niedergelassenen Ärzte einsetzt, aus der Diskussion über die Revision der Gebührenordnung ausschließen will. Die Regierungskommission besteht aus jeweils sieben Vertretern von den Versicherungsträgern und den Leistungserbringern, sechs Vertretern der öffentlichen Hand und zehn Sachverständigen, zum Beispiel Vertretern der Wirtschaft.

Bericht vom 14.11. bis 27.11.2009

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Oktober

Konsultationen Regierung und Gewerkschaftsdachverband Rengo
Arbeitslose
Neues Kindergeld
Ärztliche Gebührenordnung
Tägliche Fahrtzeit zum Arbeitsplatz

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Oktober

Im Oktober waren insgesamt 3,44 Mio. Menschen beschäftigungslos (+890.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat im dritten Monat in Folge zurück und erreichte 5,1% (-0,2%): bei Männern betrug sie 5,3% (-0,3%) und bei Frauen 4,8% (-0,1%). Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 1,17 Mio. auf 62,71 Mio. Menschen ab. Auf 100 Jobsuchende kamen im Oktober 44 Stellenangebote (+ 1 Punkt). Dieses Verhältnis verbesserte sich zugunsten der Arbeitssuchenden im zweiten Monat in Folge.

Konsultationen Regierung und Gewerkschaftsdachverband Rengo

Die erste Sitzung des regelmäßigen Treffens von Regierung und Gewerkschaftsdachverband Rengo fand am 16.11. unter Beteiligung von Kabinettssekretär Hirano, Vizearbeitsminister Hosokawa und Rengo-Generalsekretär Nagumo statt. Die Teilnehmer einigten sich auf ein regelmäßiges politisches Gespräch auf dieser Ebene einmal im Monat und auf ein Spitzentreffen von Premierminister Hatoyama und Rengo-Präsident

Koga zunächst im Dezember. Vor dem Regierungswechsel hatte der Vorsitzende des politischen Ausschusses der Demokratischen Partei Japans DPJ regelmäßig ein politisches Gespräch mit dem Rengo-Generalsekretär, dem heutigen Rengo-Präsidenten, geführt.

Arbeitslose

Nach Einschätzungen des Regierungsteams zur Bekämpfung von Armut und sozialen Härtefällen, das sich vor allem mit der Arbeitslosigkeit zur Jahreswende befasst, werden im Dezember ca. 230.000 Arbeitslose ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren. In diesem Zusammenhang erwägt das Regierungsteam, in die öffentliche Arbeitsvermittlungsstellen "Hallo Work" Beratungsstellen für Sozialhilfe, kommunales Wohngeld, öffentliche Wohnungen und Überbrückungskredite zu integrieren. Das Programm "one stop service" wird versuchsweise Ende November in 69 Städten starten. Manche Kommunen haben jedoch Bedenken, weil sie großen Andrang von Sozialhilfebewerbern an den Schaltern befürchten und ihnen keine Mittel und Personal zur Verfügung stehen. Die Konferenz der Oberbürgermeister der Großstädte fordert die Regierung dazu auf, die Kosten für die Sozialhilfe in vollem Umfang zu übernehmen, sollte das Programm umgesetzt werden. Derzeit finanzieren die Kommunen einen 25-prozentigen Anteil der Sozialhilfe.

Kindergeld

Beim neuen Kindergeld ist die Diskussionen im Kabinett über eine Einkommensobergrenze und die Finanzierung nicht beigelegt. Sozialminister Nagatsuma äußerte vor dem Sozialausschuss des Oberhauses, dass er auf keine Einkommensobergrenze und die

Finanzierung allein durch den Staat bestehe. Finanzminister Fujii wies darauf hin, dass beide Themen weiterhin zu den Diskussionsgegenständen gehören würden. Premierminister Hatoyama meinte, dass eine Einkommensobergrenze grundsätzlich nicht eingeführt werde. Der Minister für Innere Angelegenheiten Haraguchi reagierte auf die Diskussion über die finanzielle Beteiligung der Kommunen an einem neuen Kindergeld. Im Wahlprogramm der Demokratischen Partei Japans DPJ sei die zentralstaatliche Finanzierung fixiert. Sollte dieses Prinzip geändert werden, müsse man Neuwahlen ausschreiben.

Die OECD empfiehlt der japanischen Regierung, die Zielsetzung und Zielgruppe eines neuen Kindergeldes zu überprüfen. Der Schwerpunkt der Politik solle eher auf die Betreuung von Kindern vor der Einschulung gelegt werden. Mit dem Kindergeld sollten, so OECD-Generalsekretär Gurria in Tokyo, zwei Ziele erreicht werden: die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und Anhebung der Geburtenrate. Die steigende Erwerbsquote von Frauen könne zu einem Wachstum der japanischen Wirtschaft führen.

Ärztliche Gebührenordnung

Das -Finanzministerium- hat vor, bei der Revision der medizinischen Gebührenordnung 2010 die Vergütung für ärztliche Behandlung im Allgemeinen um ca. 3% herabsetzen. Angesichts des Ärztemangels sollen gleichzeitig Krankenhausärzte, Kinderärzte und Gynäkologen bei der Honorierung begünstigt werden. Das durchschnittliche Jahreseinkommen bei den niedergelassenen Ärzten beträgt ca. 25 Mio. Yen, etwa 210.000 Euro, während ihre Kollegen in den Krankenhäusern nur ca. 15 Mio. Yen, etwa 125.000 Euro im Jahr erhalten.

Das -Gesundheitsministerium- will dagegen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arzneimittelpreise das ärztliche Honorar um ca. 3% anheben. Gesundheitsminister Nagatsuma meinte, dass Japan in Bezug auf die medizinischen Ausgaben und die Zahl der Ärzte unter den sieben führenden Industrieländern Schlusslicht sei. Die ärztliche Vergütung müsse, so Nagatsuma, zugunsten der Krankenhausärzte, der Kinderärzte und Gynäkologen umverteilt werden. Das Gesundheitsministerium präzisierte auf seiner Website die Aussage des Ministers. Nach Angaben des Ministeriums würden Japans medizinische Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt den 21. Platz unter den 30 OECD-Ländern belegen. In diesem Zusammenhang nahm das Ministerium Bezug auf den Koalitionsvertrag, der die Ausweitung medizinischer Ausgaben auf das Niveau der führenden Industrieländer befürwortet.

Tägliche Fahrtzeit zum Arbeitsplatz

Aus einer Umfrage durch eine Immobilienfirma ergibt sich, dass männliche verheiratete Arbeitnehmer im Großraum Tokyo für eine Fahrt zum Arbeitsplatz etwa eine Stunde im Durchschnitt brauchen. Nach Meinungen der Befragten liegt die ideale Fahrtzeit zum Arbeitsplatz bei 34 Minuten - bis 88 Minuten sei die Fahrt noch zumutbar.

Bericht vom 28.11. bis 18.12.2009

I. Zusammenfassung:

Zahl stationärer Patienten ging zurück
Armutsquote bei Älteren
Selbstmord-Statistik
Nationale Krankenversicherung
Konjunkturpaket
Medizinische Versorgung älterer Menschen
Gewerkschaft
Bonus im Winter 2009

II. Im Einzelnen:

Zahl stationärer Patienten ging zurück

Aus einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums geht hervor, dass die geschätzte Anzahl stationärer Patienten 2008 gegenüber dem Jahr 2005 um ca. 70.000 auf ca. 1,39 Mio. Menschen zurückging. Bei über 65-jährigen Menschen nahm diese Zahl erstmals seit 15 Jahren um 0,65% (od. 6.100 Menschen) auf ca. 931.400 Menschen ab. Dennoch lag der Anteil älterer Patienten bei ca. 66%. Die Krankenhäuser bauen weiterhin ihre Betten, vor allem Betten für längere Aufenthalte, ab, während die Patienten immer älter werden. Diese statistische Entwicklung zeige, so das Ministerium, dass sich neben medizinischer und pharmazeutischer Innovation der Übergang von stationärer Behandlung zur häuslichen Krankenbetreuung fortsetzt.

Armutsquote bei Älteren

Nach Angaben vom Cabinet Office betrug die Armutsquote bei Frauen über 65 Jahren 2007 ca. 20% und bei gleichaltrigen Männern etwa 15%,

während der Durchschnittswert für die gesamte Bevölkerung bei ca. 15% lag. Die Armutsgrenze ist bei einem Jahreseinkommen von ca. 1,24 Mio. Yen, etwa 10.000 Euro gezogen. Diese Zahlen könnten sich auf die Diskussion über die Reform der sozialen Versicherungssysteme wie Renten- und Krankenversicherung auswirken.

Selbstmord-Statistik

Laut eines Weißbuches über Selbstmord 2009 haben 2008 insgesamt 32.249 Menschen (-844 gegenüber dem Vorjahr) ihrem Leben ein Ende gesetzt. Jedoch ist die Anzahl der Schüler und Studenten, die Selbstmord begangen haben, um 99 Menschen oder 11,3% gestiegen und hat mit 972 Menschen den höchsten Stand seit 1978 erreicht. Die Selbstmörder im Jahre 2008 waren zu 56,7% Erwerbslose, zu 27,9% berufstätige Arbeitnehmer, zu 9,9% Selbständige sowie zu 3% Schüler und Studenten.

Nationale Krankenversicherung

Das Gesundheitsministerium beschloss, ab 2009 die Obergrenze der Beitragshöhe um 40.000 Yen, etwa 350 Euro auf 630.000 Yen, etwa 5.800 Euro im Jahr anzuheben. Dementsprechend wird die Beitragsbemessungsgrenze von 7,36 Mio. Yen auf 7,89 Mio. Yen, etwa 65.000 Euro erhöht. Wegen wachsender Ausgaben und weiterer Schrumpfung der Beitragseinnahmen im Zuge der Rezession hat sich die Bilanzlage in der Nationalen Krankenversicherung verschlechtert. So wurden 2007 ca. 255,6 Mrd. Yen, etwa 2,2 Mrd. Euro aus dem Staatshaushalt ausgegeben, um das Finanzloch zu stopfen. Für 2008 rechnet man mit einer Ausweitung der staatlichen Finanzhilfe.

Konjunkturpaket

Am 08.12.2009 beschloss die Regierung ein weiteres Konjunkturpaket in Höhe von 7,2 Bio. Yen, etwa 60 Mrd. Euro. Im Rahmen dieses Programms werden mehr Mittel in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und öffentliche Bauprojekte investiert. Damit könne die weitere Zunahme der Arbeitslosen zwar gestoppt werden, aber es reicht längst nicht aus, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nach Einschätzungen der Wirtschaftsexperten kann das Paket das Wachstum der japanischen Wirtschaft höchstens um 0,3 Punkte nach oben ziehen. Zur selbständigen Erholung der Konjunktur sollte das verfügbare Einkommen der Privathaushalte verbessert und die Investition der Unternehmen gefördert werden.

Im Rahmen des Konjunkturpakets werden 300 Mrd. Yen, etwa 2,6 Mrd. Euro zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ausgegeben. Im Oktober stieg die Anzahl der Arbeitslosengeldempfänger um ca. 40% gegenüber dem Vorjahr auf 855.000 Menschen an. Die Demokratische Partei Japans hatte vor den letzten Unterhauswahlen versprochen, den staatlichen Anteil an der Finanzierung dieser Versicherungsart von derzeit 13,75% auf 25% zu erhöhen. Allein dafür sind 240 Mrd. Yen, etwa 2 Mrd. Euro erforderlich. Das Finanzministerium hat jedoch Bedenken, weil es sich um einen dauerhaften Kostenfaktor handelt. Daher hat die Regierung die erforderlichen Mittel zunächst im Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009 angegeben, damit der Haushalt 2010 nicht zusätzlich belastet wird. So ist noch offen, ob die Anhebung des staatlichen Anteils auch im Haushaltsjahr 2011 fortgesetzt wird.

Medizinische Versorgung älterer Menschen

Gesundheitsminister Nagatsuma beauftragte die Kommission für die Gesundheitsreform, ein Nachfolge-Modell der gegenwärtigen "Krankenversicherung für ältere Alten" (Menschen ab 75 Jahre) auszuarbeiten. Der Minister hat vor, einen entsprechenden Gesetzesentwurf in der Sitzungsperiode des Parlaments im Jahre 2011 zur Beratung vorzulegen, das gegenwärtige System zum Ende des Haushaltsjahrs 2012 abzuschaffen und im Frühjahr 2013 das Neue einzuführen. Das neue System soll, so der Minister, weder zur Trennung älterer Bevölkerung nach dem Alter noch zur drastischen Anhebung der Versicherungsbeiträge führen.

Gewerkschaft

Laut dem Arbeitsministerium hat sich die Organisationsquote der Gewerkschaften erstmals seit 34 Jahren erhöht. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Quote um 0,4% auf 18,5%. Die Quote schrumpfte ständig, nachdem sie 1975 ihren Höhepunkt mit 34,4% erreicht hatte. Die Zahl der organisierten Arbeitnehmer stieg ebenfalls erstmals seit zwei Jahren und um 13.000 auf 10,078 Mio. Mitglieder. Diese Erhöhung geht hauptsächlich auf den Zuwachs der organisierten Teilzeitbeschäftigten und die Schrumpfung der abhängig Beschäftigten im Zuge der Wirtschaftskrise zurück. Die Gewerkschaften haben 84.000 Teilzeitbeschäftigte zusätzlich als Mitglieder gewinnen können und haben nun erstmals 700.000 Mitglieder von dieser Berufsgruppe.

Bonus im Winter 2009

Aus einer Untersuchung der Wirtschaftszeitung Nikkei ergibt sich, dass die Bonuszahlung im Winter gegenüber dem Vorjahr um 14,81% auf 701,571

Yen im Durchschnitt, fast das gleiche Niveau wie vor 20 Jahren, schrumpft. Eine schwere Einbuße von 20% muss vor allem die Belegschaft in der Automobil- und Elektroindustrie hinnehmen. Die Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe erhalten im Winter durchschnittlich 701.667 Yen (-17,71%) als Bonus und die im nicht-produzierenden Gewerbe 701.296 Yen (-5,17%). Dies kann den Privatkonsum zusätzlich abkühlen, so Wirtschaftsexperten.

Berichte 2008

Bericht vom 28.12.07 bis 16.01.08

I. Zusammenfassung:

Hepatitis C Entschädigungsgesetz

Arbeitgeberverband verlangt Rentenreform

Mehr Berufseinsteiger wollen beim gleichen Arbeitgeber bleiben

Sparquote privater Haushalte ging zurück

Work-Life-Balance

Sozialhilfe

Einreisende Ausländer

Öffentliche Schulen

II. Im Einzelnen:

Hepatitis C Entschädigungsgesetz

Nach fünf Jahren juristischer und politischer Auseinandersetzungen wird den mit Hepatitis-C verseuchten Blutprodukten Infizierten eine staatliche Entschädigung bezahlt. In dem Gesetz wird eine Mitverantwortung des Staates eingeräumt und davon gesprochen, dass den Opfern großes Leid zugefügt wurde. Die Entschädigungen variieren von 10 Mio. Yen bis 40 Mio. Yen (70.000 Euro bis 280.000 Euro); je nach Schwere des Falls. Der

Staat zahlt Gelder in eine zu gründende Stiftung ein, aus der die Mittel verteilt werden. Die Stiftung wird auch die Privatwirtschaft, insbesondere die beiden Hersteller der verseuchten Produkte, auffordern, ergänzende Mittel einzuzahlen.

Arbeitgeberverband verlangt Rentenreform

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Keidanren, Mitarai, sagte, dass sein Verband einen Vorschlag zur Einführung der steuerfinanzierten Grundrente im Rahmen der Rentenreform veröffentlichen und Koalition wie Oppositionspartei DPJ (Demokratische Partei Japans) auffordern wolle, diese Möglichkeit zu prüfen. 40% der Beitragspflichtigen der Volksrentenversicherung würden, so Mitarai, gar keine Beiträge einzahlen und wegen einer Reihe Skandale im Sozialversicherungsamt sei das System dieser Rentenart durcheinandergeraten. Zur Finanzierung der steuerfinanzierten Grundrente komme in erster Linie das Aufkommen der Verbrauchssteuer in Frage. Deshalb müsse die Regierung im Laufe des Jahres die Anhebung dieser Steuer beschließen.

Mehr Berufseinsteiger wollen beim gleichen Arbeitgeber bleiben

Nach einer Untersuchung vom „Japan Productivity Center“ wollen 34,1% der befragten Arbeitnehmer, die 2007 ins Berufsleben einstiegen, ihren gegenwärtigen Betrieb sofort verlassen, wenn sie einen Arbeitsplatz mit besseren Arbeitsbedingungen finden können. Dieser Wert, der Ende der 90er Jahren mit über 50% seinen Höhepunkt erreicht hatte, geht jedoch im dritten Jahr in Folge zurück und registriert den tiefsten Stand seit der ersten Erhebung dieser Umfrage im Jahre 1991. Gleichzeitig wollen 34,6% der

Befragten bis zur betrieblichen Altersgrenze beim gegenwärtigen Arbeitgeber bleiben.

Sparquote privater Haushalte ging zurück

Nach Angaben vom Kabinettsamt ging die durchschnittliche Sparquote der privaten Haushalte, der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, 2006 um 0,3% gegenüber dem Vorjahr auf 3,2% zurück und erreichte den tiefsten Stand seit 1996.

Work-Life-Balance

Das Arbeitsministerium hat vor, auch mittelständische und kleine Betriebe zur Aufstellung eines Aktionsprogramms für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verpflichten. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in der ordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments ab Mitte Januar 2008 zur Beratung vorgelegt werden. Derzeit sind nur Unternehmen mit über 300 Beschäftigten dazu verpflichtet. Es handelt sich hauptsächlich um Unterstützungsmaßnahmen der Arbeitgeber für ihre Mitarbeiter bei der Kindererziehung. Bis zum September 2007 haben fast 100% der Großunternehmen ein Aktionsprogramm ordnungsgemäß beim Ministerium eingereicht. Dagegen haben von den ca. 1,5 Mio. mittelständischen und kleinen Betrieben nur 7.800 Arbeitgeber auf freiwilliger Basis ein vergleichbares Programm aufgestellt.

Sozialhilfe

Aus einem Berichtsentwurf der Regierung geht hervor, dass 39% von den ca. 1,43 Mio. Sozialhilfeempfängern älter als 65 Jahre und 58% von den

älteren Beziehern dieser Hilfe weiblich sind. Außerdem leben mehr als 72% der älteren Empfängerinnen allein.

Einreisende Ausländer

Nach Angaben des Justizministeriums stieg die Zahl einreisender Ausländer 2007 um ca. 1 Mio. bzw. 12,9% auf ca. 9,15 Mio. Menschen und erreichte eine Rekordhöhe. Dies sei vor allem auf die deutliche Zunahme der aus den asiatischen Ländern einreisenden Touristen zurückzuführen. Dagegen ging die Zahl ausreisender Japaner erstmals seit 2003 um 1,4% gegenüber dem Vorjahr zurück auf ca. 17,3 Mio. Menschen. Die höheren Flugpreise wegen steigender Ölpreise hätten offensichtlich dazu geführt, meint das Ministerium.

Öffentliche Schulen

Laut einer Umfrage bei Präfekturen und Kommunen werden 1.117 öffentliche Schulen (darunter 848 Grund- und 269 Mittelschulen) in den nächsten drei bis fünf Jahren geschlossen. Ursache sind Geburtenrückgang und Finanzprobleme.

Bericht vom 17.01.08 bis 30.01.08

I. Zusammenfassung:

Tarifrunde im Frühjahr

Monatsverdienst der Arbeitnehmer

Preissteigerung im Dezember

Arbeitslosigkeit im Dezember

Koppelung japanischer Sprachkenntnisse mit Visumvergabe

91% der Medizinprofessoren erhalten Spendengeld von Unternehmen

II. Im Einzelnen:

Tarifrunde im Frühjahr

Zum Auftakt der Frühjahrstarifrunde trafen sich Keidanren-Präsident Mitarai (Arbeitgeberdachverband) und Rengo-Präsident Takagi (Gewerkschaftsdachverband) zu einem Spitzengespräch im Keidanren-Haus. Takagi betonte, dass die Lohnerhöhung für die Erholung des Privatkonsums notwendig sei. Die exportorientierte japanische Wirtschaft sei, so Takagi, gegen die internationalen Turbulenzen wie etwa einen globalen Kurssturz der Aktien kaum widerstandsfähig. Das beste Rezept für die Belebung inländischer Nachfrage sei eine Lohnsteigerung. Dagegen bestand Mitarai, der sich zuvor für Lohnerhöhungen bei Unternehmen mit besseren Bilanzergebnissen ausgesprochen hatte, auf die Vorrangigkeit internationaler Konkurrenzfähigkeit. Bei der gegenwärtigen Lage der japanischer Wirtschaft sei Optimismus fehl am Platz, sagte Mitarai.

Die Gewerkschaft des angeschlagenen Autoherstellers Mitsubishi (ca. 11.000 Mitglieder) will in der kommenden Tarifrunde im sechsten Jahr in Folge keine Lohnforderung stellen. Obwohl das Unternehmen 2007 erstmals seit vier Jahren Überschüsse erzielt hatte und auch in diesem Jahr positive Ergebnisse in Aussicht stellt, sei von einer mittel- und langfristigen

Verbesserung der Bilanzlage keine Rede, meinte ein Vorstandsmitglied der Gewerkschaft. Stattdessen will die Mitsubishi-Autogewerkschaft ihre Forderung nach der Bonuszahlung um ein Monatsgehalt auf vier Monatsgehälter (ca. 1,2 Mio. Yen im Jahr, etwa 7.500 Euro) erhöhen. Die Dachorganisation der Gewerkschaften in der Automobilindustrie, Jodoshasoren, hat dagegen vor, eine Lohnerhöhung von mehr als 1.000 Yen (etwa 7 Euro) pro Monat zum gemeinsamen Verhandlungsziel ihrer Mitgliedsgewerkschaften zu setzen.

Monatsverdienst der Arbeitnehmer

Laut einer Untersuchung des Arbeitsministeriums schrumpfte das durchschnittliche Monatsentgelt der Arbeitnehmer (einschließlich der Überstundenzuschläge und Bonuszahlungen) 2007 erstmals seit drei Jahren gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % auf 330.212 Yen, etwa 2.000 Euro). Dies ist hauptsächlich auf die drastische Kürzung der Bonuszahlung und die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen. Dennoch stieg die Zahl der geleisteten Überstunden im sechsten Jahr in Folge um 0,8 % auf elf Stunden im Monat.

Preissteigerung im Dezember

Nach Angaben des Innenministeriums stiegen die Preise im Dezember 2007 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr um 0,8 %. Dies war der höchste Anstieg seit neun Jahren und neun Monaten. Neben der Erhöhung der Energiepreise (Benzin, Kerosin usw.) um 8,3% im Zug des drastischen Anstiegs der Mineralölpreise wurden auch die Nahrungsmittel um 0,7% teurer. Die Preisanhebung wirke sich bei konstanten Löhnen nachteilig auf den Privatkonsum aus, sagte die Ministerin für Wirtschafts- und

Fiskalpolitik Hiroko Ota.

Arbeitslosigkeit im Dezember

Im Dezember waren insgesamt 2,31 Mio. Menschen beschäftigungslos (-130.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 25. Monat in Folge zurück. Die Arbeitslosenquote lag unverändert bei 3,8 %. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im zweiten Monat in Folge und um 420.000 gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr auf 63,96 Mio. Jedoch schrumpften im Dezember die Stellenangebote um 15,1%. Während weniger neue Stellen beim Bau und im produzierendem Gewerbe sowie dem IT-Sektor zur Verfügung standen, wurden in den Branchen Bildung und Nachhilfeunterricht sowie Medizin und Wohlfahrtspflege mehr neue Arbeitsplätze geschaffen.

Koppelung japanischer Sprachkenntnisse mit Visumvergabe

Außenminister Komura gab es auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sein Ministerium und das Justizministerium erwägen würden, japanische Sprachkenntnisse zur Voraussetzung für die Vergabe eines Langzeitvisums zu machen. Während in der Wirtschaft die Forderung nach der Ausweitung der Aufnahme ungelernter Arbeitnehmer vom Ausland angesichts des Personalmangels im Zuge demographischen Wandels immer lauter wird, häufen sich in den letzten Jahren Probleme mit den ausländischen Arbeitnehmern, vor allem mit Brasilianern japanischer Herkunft. Diese versichern sich häufig nicht in der Sozialversicherung und ihre Kinder im schulpflichtigen Alter werden oft nicht eingeschult. In Japan besteht keine Schulpflicht für ausländische Kinder.

91% der Medizinprofessoren erhalten Spendengeld von Unternehmen

Angesichts eines Spendenfalls, wo ein Medizinprofessor für seine Forschung über die Nebenwirkungen bei der Einnahme von Tamiflu Forschungsgelder von der Regierung erhielt und gleichzeitig Spendengelder von einem Tamiflu-Importeur bekam, führte das Gesundheitsministerium eine Befragung bei 215 Medizin- und Pharmazieprofessoren an 43 Universitäten durch. Daraus ergab sich, dass 91% der antworteten Medizin- und 44% der Pharmazieprofessoren 2006 Spendengelder von der Pharmaindustrie angenommen hatten. 30% der Medizinprofessoren erhielten als Spende mehr als 10 Mio. Yen (etwa 70.000 Euro) im Jahr und einer von ihnen sogar über 30 Mio. Yen (etwa 210.000 Euro). Um die Neutralität der öffentlich geförderten Forschungen zu wahren, will das Ministerium die Universitäten dazu auffordern, ein internes Aufsichtsgremium einzusetzen.

Bericht vom 31.01.08 bis 13.02.08

I. Zusammenfassung:

Krankenversicherung

Krankenpfleger und Pflegekräfte aus Indonesien

Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer

Grundrente

Minister für Verbraucherschutz

II. Im Einzelnen:

Krankenversicherung

Die Koalition einigte sich auf ein Sondergesetz über die Finanzierung der regierungsverwalteten Krankenversicherung, wo die Arbeitnehmer von mittelständischen und kleinen Betrieben versichert sind. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird in der kommenden Woche im Unterhaus zur Beratung vorgelegt.

Aufgrund dieses Gesetzes, das zunächst für ein Jahr gültig ist, wird die Regierung ihre finanzielle Beteiligung bei dieser Versicherungsart um ca. 100 Mrd. Yen (etwa 6 Mrd. Euro) im Jahr kürzen. Gleichzeitig werden Betriebskrankenkassen und genossenschaftliche Unterstützungskassen stärker in die Finanzierung einbezogen. Von den insgesamt ca. 1.500 Betriebskassen, deren Mitglieder Beschäftigte bei Großbetrieben sind, müssen ca. 700 Kassen mit insgesamt ca. 7 Mio. Mitgliedern ca. 75 Mrd. Yen, etwa 4,2 Mrd. Euro, zur Verfügung stellen. Die Beiträge in den betroffenen Kassen werden deswegen um ca. 10.000 Yen, etwa 60 Euro im Jahr angehoben. Arbeitgeber und –nehmer teilen sich die Kosten. Den restlichen Betrag von ca. 25 Mrd. Yen, 1,8 Mrd. Euro, müssen alle 76 genossenschaftlichen Unterstützungskassen zusammenbringen. Dort sind hauptsächlich die Bediensteten im öffentlichen Dienst versichert. Dies bedeutet für die Mitglieder eine Beitragserhöhung um ca. 5.500 Yen, etwa 30 Euro im Jahr.

Krankenpfleger und Pflegekräfte aus Indonesien

Die ersten Krankenpfleger und Pflegekräfte werden noch in diesem Jahr aus Indonesien nach Japan kommen, wenn Japan das bilaterale Economic

Partnership Agreement (EPA) mit Indonesien ratifiziert. Ihnen werden philippinische Arbeitnehmer folgen, wenn die Philippinen das EPA-Abkommen mit Japan ratifizieren.

In den nächsten zwei Jahren werden 400 Krankenpfleger, die in Indonesien ihre Berufsausbildung abgeschlossen und dort mehr als zwei Jahre ihren Beruf ausgeübt haben, und 600 Pflegekräfte, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt haben, zunächst als "Anwärter" auf diese Berufe nach Japan kommen. Sie besuchen in den ersten sechs Monaten einen Japanisch-Sprachkurs und arbeiten dann als Assistenten in einem Krankenhaus oder Altenheim, um Berufserfahrung in Japan zu sammeln. Sollten sie während dieser Zeit das japanische Staatsexamen bestehen, erhalten sie eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis und dürfen als Krankenpfleger oder Pflegekräfte in Japan tätig sein. Sollte es ihnen jedoch nicht gelingen, das Staatsexamen zu bestehen, müssen sie in ihr Land zurückkehren. Die Kosten für die Reise zwischen Indonesien und Japan sowie für die Sprachkurse übernimmt der japanische Staat. Im Fiskaljahr 2008 stellt die japanische Regierung für dieses Programm für die indonesischen und philippinischen Anwärter insgesamt ca. 1,9 Mrd. Yen (etwa 14 Mio. Euro) zur Verfügung.

Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer

Manche Unternehmen, die bereits die Wiederaufnahme ihrer älteren Mitarbeiter nach der betrieblichen Altersgrenze eingeführt haben, wollen die Arbeitsbedingungen für diese Arbeitnehmer verbessern, um diese als Kernteil der Belegschaft weiterhin beschäftigen zu können. Derzeit können ältere Arbeitnehmer bei der Wiedereinstellung nach der betrieblichen Altersgrenze meistens weniger als die Hälfte des letzten Gehalts verdienen.

Der Baumaschinenhersteller Komatsu will das Jahresentgelt bis auf 10 Mio. Yen (etwa 60.000 Euro) verdoppeln und das Bauunternehmen Taisei seinen älteren Mitarbeitern die Möglichkeit anbieten, ihre tägliche Arbeitszeit auf etwa fünf Stunden zu reduzieren. Angesichts der bevorstehenden Schrumpfung der erwerbsfähigen Bevölkerung im Zuge des demografischen Wandels wollen immer mehr Unternehmen die Arbeitsbedingungen für diesen Personenkreis verbessern und ihre hoch qualifizierten und erfahrenen Mitarbeiter über die betriebliche Altersgrenze hinaus bei sich behalten. Vor diesem Hintergrund ist es zu erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen, die älter als 60 Jahre sind und die im letzten Jahr erstmals 10 Mio. Menschen überschritten hat, weiterhin steigt.

Grundrente

Der ehemalige Außenminister Aso plädierte für die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente. Zur Gegenfinanzierung müsse die Verbrauchssteuer von derzeit 5% auf 10% angehoben werden. Bei der Einführung dieser Grundrente müssten die Rechte der Versicherten, die bereits Beiträge für die laufende Grundrente eingezahlt haben, berücksichtigt werden und entsprechend eine höhere Rente beziehen. Bei der Arbeitnehmer-Rentenversicherung solle in gleichem Zug der Arbeitgeberanteil wegfallen. Dafür müssen die Arbeitgeber die Löhne erhöhen. Diese Lohnerhöhung sowie die Einsparung von 14.000 Yen pro Monat als Rentenversicherungsbeitrag würde dazu führen, dass die Anhebung der Verbrauchssteuer den Privatkonsum nicht einschränkt. Die Oppositionspartei DPJ (Demokratische Partei Japans) hatte bereits die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente vorgeschlagen.

Minister für Verbraucherschutz

Premierminister Fukuda betraute Minister Kishida, zuständig für die Präfektur Okinawa und die nördlichen Territorien, zusätzlich mit der Funktion als Minister für Verbraucherschutz. Kishida soll eine integrierte politische Struktur für den Verbraucherschutz aufbauen, verbraucherpolitische Programme ausarbeiten und die diesbezügliche Koordinierung unter den Ministerien übernehmen. Ein Fachminister für dieses Ressort werde erst nach der Ausgestaltung der neuen Organisation ernannt.

Bericht vom 14.02.08. bis 29.02.08

I. Zusammenfassung:

Berater des Premiers in Rentenfragen
Steuerfinanzierte Grundrente
Beitragserhöhung bei Betriebskrankenkassen
"Amt für Kinder"
HIV-Infizierte
Geldvermögen privater Haushalte

II. Im Einzelnen:

Berater des Premierministers in Rentenfragen

Premierminister Fukuda ernannte Tatsuya ITO, ehemaliger Staatsminister für Finanzdienstleistungen, zu seinem Berater für Rentenfragen. Bisher hatte Fukuda zwei Beraterinnen: für die Problematik entführter Japaner nach Nordkorea und die Bildungsreform.

Ito soll PM Fukuda bei der Gestaltung der Sozialpolitik beraten, sich um die neu gegründete Nationalkonferenz für die soziale Sicherheit kümmern und Sozialminister Masuzoe bei der Aufarbeitung der Probleme in der gesetzlichen Rentenversicherung unterstützen. Mit dieser Ernennung will PM Fukuda offensichtlich den Bürgern sein Engagement für die Reform des sozialen Versicherungssystems zeigen und deren Vertrauen zurück gewinnen.

Ursprünglich erwog Fukuda, einen Ministerposten oder einen Vizeminister für dieses Ressort neu einzurichten. Jedoch hat die derzeitige Anzahl der Kabinettsmitglieder bereits die gesetzlich vorgegebene Obergrenze erreicht. Mit den Beratern hat Fukuda mehr Spielraum.

Ito steht LDP-Generalsekretär a.D. Nakagawa und Ex-Minister Takenaka nahe, die beide unter den Regierungen von Koizumi und Abe den Reformkurs mitgetragen hatten.

Steuerfinanzierte Grundrente

Premierminister Fukuda äußerte vor dem Haushaltsausschuss des Unterhauses seine ablehnende Haltung zur steuerfinanzierten Grundrente. Die Grundrente werde, so Fukuda, künftig nicht allein durch das Aufkommen der Verbrauchssteuer finanziert. Das geltende System werde sich auch in Zukunft gut bewähren.

Finanzminister Nukaga schätzt, dass die Verbrauchssteuer mindestens auf

13,5% angehoben werden müsse, sollten 28 Mio. Menschen über 65 Jahre die Vollgrundrente im bestehenden System (monatlich 66.000 Yen, ca. 450 Euro) beziehen und sollte die jährliche Leistungssumme in Höhe von 22,3 Billionen Yen, ca. 150 Mrd. Euro, allein durch die Steuer gedeckt werden.

Beitragserhöhung bei Betriebskrankenkassen

Viele Betriebskrankenkassen beabsichtigen, ab April ihre Beiträge anzuheben. Mit den Mitteln wollen sie die Zuschüsse für die im April ihre Arbeit aufnehmende Pflichtkrankenversicherung für ältere Menschen erfüllen. So wird die gemeinsame Krankenkasse der Leiharbeiter, die über 400 Leiharbeitsfirmen gegründet haben und mit mehr als 450.000 Mitgliedern die größte dieser Art ist, den Beitrag von derzeit 6,1% auf 7,6% (Arbeitgeber und -nehmer je zur Hälfte) erhöhen. Dies entspricht einer zusätzlichen Belastung von durchschnittlich 1.760 Yen, etwa 11 Euro im Monat und pro Mitglied. Die Betriebskrankenkasse vom Stromversorger Tokyo Denryoku und die Supermarktkette Seven&I wollen ebenfalls den Beitrag jeweils um 0,4% beziehungsweise um 0,9% anheben.

"Amt für Kinder"

Die Regierung erwägt, die Verantwortung für Kinderkrippen und -gärten zu bündeln und ein dafür zuständiges "Amt für Kinder" einzuführen. Derzeit ist das Erziehungsministerium für Kindergärten zuständig und das Sozialministerium für Kinderkrippen. Nach Vorstellung der Regierung sollen die diesbezüglichen Ressorts von den beiden Ministerien ins Cabinet Office verlegt und dort unter dem Dach des „Amts für Kinder“ zusammengelegt werden.

Die Demokratische Partei Japans, die im Oberhaus die stärkste Partei ist,

schlug vor, ein Ministerium für Kinder und Familien einzurichten.

HIV-Infizierte

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums stieg die Anzahl der neu mit HIV Infizierten 2007 um 96 auf 1.048 und erreichte damit den bisher höchsten Stand. 70% von ihnen waren bei homosexuellem Verkehr zwischen Männern mit HIV infiziert. Die Anzahl der neu Erkrankten betrug 400 und registrierte den bisher zweithöchsten Wert. Die Zunahme der HIV-Untersuchungsfälle habe zum statistischen Anstieg der neu Infizierten geführt, meinte das Ministerium. 2007 nahmen ca. 154.000 Menschen, ca. 37.000 mehr als im Vorjahr, die HIV-Antikörperuntersuchung bei einem Gesundheitsamt in Anspruch.

Geldvermögen privater Haushalte

Laut einer Meinungsumfrage durch die Notenbank weitete sich das Geldvermögen bei 22% der Befragten gegenüber dem Vorjahr aus, bei 39% schrumpfte es. Als Grund für den Vermögensschwund gaben 51% eine Abnahme des regelmäßigen Einkommens an. Der Durchschnittswert des Geldvermögens lag bei 12,59 Mio. Yen, etwa 80.000 Euro, aber das gewichtete Mittel betrug ca. 5 Mio. Yen, etwa 30.000 Euro. 44% der Befragten hatten die Schulden einschließlich des Bau- und Wohnungsdarlehns. Deren Durchschnittshöhe lag bei 14,82 Mio. Yen, etwa 100.000 Euro.

Ausländer-Kriminalität

Nach Angaben des Polizeiamtes ging die Ausländerkriminalität 2007 im

zweiten Jahr in Folge zurück, diesmal um 10,8%. Im letzten Jahr wurden insgesamt 35.800 Fälle polizeilich registriert. Das Polizeiamt meinte aber, dass die Ausländerkriminalität langfristig eine steigende Tendenz zeige. Vor allem bei den Ausländern, die in Japan als Praktikant oder Dauerbewohner leben, hat sich die Kriminalität im Vergleich zum Jahre 1997 verdoppelt.

Bericht vom 01.03.08 bis 12.03.08

I. Zusammenfassung:

Premierminister Fukuda fordert Lohnsteigerungen

Arbeitslosigkeit im Januar

Anstieg des Arbeitsentgelts im Januar

Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen

Negative Ergebnisse bei Anlegen der Rentenrücklagen

Nationale Rentenversicherung

Arzneimittelpreise

II. Im Einzelnen:

Premierminister Fukuda fordert Lohnsteigerungen

Premierminister Fukuda lud Keidanrens Präsident Mitarai zu einem Gespräch ein und forderte die Arbeitgeberseite zum redlichen Bemühen um Lohnsteigerungen bei den laufenden Frühjahrstarifverhandlungen auf.

Es ist außergewöhnlich, dass der Premierminister persönlich bei der Wirtschaftsspitze noch während der Tarifverhandlungen Lohnsteigerungen fordert. Die Medien unterstellen Fukuda, dass er seine angeschlagene Wählergunst verbessern will.

Nach dem Gespräch äußerte Mitarai, dass er auch das Thema "Senkung der Einkommensteuer" angesprochen habe. Im Hinblick auf die Erhöhung der verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten habe Mitarai Premierminister Fukuda zu Steuersenkungen aufgefordert.

In einem Mail-Magazin der Regierung wies Fukuda darauf hin, dass die Großunternehmen hauptsächlich dank der Strukturreformen ihre Rekordgewinne erzielt hätten. Nun seien die Arbeitnehmer endlich daran, an den Erträgen der Reformen teilzuhaben und mehr Geld zu bekommen, meinte Fukuda.

Rengo-Präsident Takagi begrüßte die Initiative von Fukuda. Die Arbeitgeber hätten, so Takagi, längst vor Fukudas Engagement auf die Notwendigkeit der Lohnanhebung kommen müssen.

Arbeitslosigkeit im Januar

Im Januar waren insgesamt 2,56 Mio. Menschen beschäftigungslos (-80.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 26. Monat in Folge zurück. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg im 35. Monat in Folge und um 250.000 auf 54,75 Mio. Die Arbeitslosenquote lag gegenüber dem Vormonat unverändert bei 3,8 %: bei Männern betrug sie 3,9% (+0,1%) und bei Frauen unverändert 3,7%.

Nach Angaben des Ministeriums für Innere Angelegenheiten ging die Zahl der Freeter (Jobber) in der Altersgruppe von 15 bis 34 Jahren 2007 um 60.000 auf 1,81 Mio. und im vierten Jahr in Folge zurück. Die Zahl von Neets (Menschen ohne Berufsausbildung) in der gleichen Altersgruppe lag unverändert bei 620.000.

Anstieg des Arbeitsentgelts im Januar

Laut dem Arbeitsministerium stieg das Monatsgehalt der Arbeitnehmer im Januar erstmals seit dem Juni 2006 um 1% im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr auf 280.550 Yen, ca. 1.900 Euro an. Dies sei auf den abgeschwächten Zuwachs der Teilzeitbeschäftigten einerseits und die Zunahme der Festangestellten andererseits zurückzuführen. Die Festangestellten verdienten im Januar durchschnittlich 347.507 Yen, ca. 2.300 Euro (+1,2%) und die Teilzeitbeschäftigten 90.619 Yen, ca. 600 Euro (-0,4%). Die Anzahl beider Berufsgruppen lag jeweils bei 32,97 Mio. (+2%) und 11,6 Mio. (+1,9%).

Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen

Laut einer Statistik des Sozialministeriums stieg die Zahl der Erwerbstätigen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 860.000 auf 51,74 Mio. Die Anzahl der Arbeitnehmer in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen erreichte mit 17,32 Mio. (+550.000) den bisher höchsten Stand. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen registrierte mit 33,5% ebenfalls eine Rekordhöhe. Dieser Arbeitnehmerkreis ist in Teilzeitbeschäftigte (11,64 Mio.), Vertragsarbeiter (2,98 Mio.) und Leiharbeiter (1,33 Mio.) aufzuteilen. 77% von ihnen verdienten weniger als 2 Mio. Yen, etwa 14.000 Euro im Jahr, dem japanischen Grenzwert zu „working-poor“.

Negative Ergebnisse bei Anlegen der Renterrücklagen

Die Körperschaft öffentlichen Rechts für die Verwaltung und Anlage der Renterrücklagen, die 92,8 Billionen Yen, etwa 600 Mrd. Euro (sic!) aus den Rücklagen der Arbeitnehmer- und der Nationalen Rentenversicherung in Wertpapiere und Aktien anlegt, sagte, dass sie im vierten Quartal 2007 einen Verlust in Höhe von 1,53 Bio. Yen, etwa 10 Mrd. Euro hatte. Dafür sei der Tiefflug des Aktienkurses auf dem nationalen wie internationalen Markt verantwortlich. Im dritten Quartal hatte die Körperschaft ebenfalls einen Verlust zu verbuchen in Höhe von 1,63 Bio. Yen, etwa 11 Mrd. Euro, nachdem im zweiten Quartal noch Investitionserträge von 2,38 Bio. Yen, etwa 16 Mrd. Euro erzielt worden waren. Deshalb ist 2007 ein Defizit auf Jahresbasis erstmals seit fünf Jahren zu registrieren.

Nationale Rentenversicherung

Das Sozialversicherungsamt, das unter mangelhafter Zahlungsbereitschaft der Beitragspflichtigen leidet, will auch in diesem Jahr das Ziel erreichen, den Anteil der tatsächlich Beitragszahlenden an den Beitragspflichtigen auf 80% zu erhöhen. Bis Mitte 90er Jahre lag dieser Anteil über 80%. Aber dann stürzte er vor allem wegen Misstrauens gegen die öffentliche Rentenversicherung bis auf 62,8% im Jahre 2002 ab. Daraufhin setzte sich das Sozialversicherungsamt energisch dafür ein, den Anteil der Beitragszahlenden auf das alte Niveau anzuheben. Dieser Wert verbesserte sich seitdem nur leicht und erreichte 2005 erst 67,1%. 2007 wird das Ziel „80%“ verfehlt und die Quote sogar unter dem Vorjahrsniveau von 66% liegen. Angesichts dieser Umstände bezeichnen Fachleute die Zielsetzung des Sozialversicherungsamts für 2008 als unrealistisch.

Arzneimittelpreise

Das Sozialministerium gab bekannt, dass die öffentlichen Arzneimittelpreise, die bei der Abrechnung zwischen dem Versicherungsträger und dem Leistungserbringer als Grundlage dienen, ab dem April 2008 durchschnittlich um 5,2% gesenkt werden. Das Ministerium will außerdem die Preise der absatzstarken neuen Präparate, die die Haupteinnahmequelle der führenden Arzneimittelhersteller sind, um 10% herabsetzen, um die medizinischen Ausgaben der Regierung zu dämpfen. Die öffentlichen Arzneimittelpreise werden in der Regel alle zwei Jahre revidiert.

Bericht vom 13.03.08 bis 28.03.08

I. Zusammenfassung:

Tarifverhandlungen: Lohnsteigerung bei 10 Euro pro Monat

Lohnsteigerung bei Teilzeitbeschäftigten

Defizit in der regierungsverwalteten Krankenversicherung

Arbeitslosigkeit im Februar

Steuerfinanzierte Grundrente

Familienvorstände privater Haushalte altern

Aufnahme ausländischer Krankenpfleger und Pflegekräfte

II. Im Einzelnen:

Tarifverhandlungen: Lohnsteigerung bei 10 Euro pro Monat

Die Tarifverhandlungen bei Großbetrieben im produzierenden Gewerbe wurden Mitte März abgeschlossen. Eine Lohnsteigerung wurde im dritten Jahr in Folge erzielt. Während die börsennotierten Unternehmen im fünften Jahr in Folge ihren Gewinn erhöht haben, lag die Lohnsteigerung auf Vorjahresniveau (ca. +1.000 bis +2.000 Yen, 7 bis 14 Euro im Monat). Die mögliche Gefahr einer weltweiten konjunkturellen Abschwächung hat die Arbeitgeber von einer großzügigeren Lohnerhöhung abgehalten. Die Tarifverhandlungen werden nun auf der Grundlage dieser Ergebnisse bei mittelständischen und kleinen Betrieben geführt.

Lohnsteigerung bei Teilzeitbeschäftigten

Nach Angaben des gewerkschaftlichen Dachverbandes „UI Zensen-domei“, dem die Betriebsgewerkschaften in Groß- und Kleinhandel sowie Gastronomie angehören, übertrifft die Steigerung des Stundenlohns bei den Teilzeitbeschäftigten mit 15,7 Yen, ca. 10 Eurocent das Vorjahresniveau um 3,1 Yen, ca. 2 Eurocent. Gleichzeitig stieg das Monatsgehalt bei den Festangestellten geringer an als im Vorjahr. Sie erhalten zwar 1.061 Yen, ca. 7 Euro mehr. Das ist jedoch 167 Yen, ca. 1 Euro weniger als die Steigerung im Vorjahr.

Defizit in der regierungsverwalteten Krankenversicherung

Die regierungsverwaltete Krankenversicherung, die Arbeitnehmer bei mittelständischen und kleinen Betrieben versichert, wird laut dem Sozialversicherungsamt als Versicherungsträger 2007 erstmals seit 2002 wieder mit einem Defizit (157,7 Mrd. Yen, ca. 1 Mrd. Euro) das

Geschäftsjahr abschließen. Für 2008 erwartet das Sozialversicherungsamt ein weiteres Defizit von ca. 170 Mrd. Yen, ca. 1,1 Mrd. Euro. Die Defizite sind gedeckt durch die Versicherungsrücklagen, die Ende 2006 noch bei 500 Mrd. Yen, ca. 3,5 Mrd. Euro lagen.

Arbeitslosigkeit im Februar

Im Februar waren insgesamt 2,66 Mio. Menschen beschäftigungslos (-40.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 27. Monat in Folge zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen sank erstmals seit vier Monaten und um 100.000 auf 62,92 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf 3,9 %: bei Männern betrug sie 4,0% (+0,1%) und bei Frauen 3,8% (+0,1%).

Steuerfinanzierte Grundrente

Die Befürworter in der Liberaldemokratischen Partei (LDP) für eine steuerfinanzierte Grundrente werden eine Parlamentariergruppe gründen. Es werden sich insgesamt etwa 120 LDP-Abgeordnete dieser Gruppe anschließen, darunter Generalsekretär a.D. Nakagawa, Sozialminister a.D. Tsushima und Vizeparteichef a.D. Yamazaki. Außenminister a.D. Aso nimmt daran nicht teil, obwohl er auch auf der Einführung dieser Rentenart besteht. Nach der Vorstellung dieser Parlamentariergruppe soll jeder Bürger nach der Vollendung des 65. Lebensjahres eine Rente von 70.000 Yen im Monat erhalten. Regierung und Koalition wollen grundsätzlich das beitragsfinanzierte Rentensystem beibehalten, während sich die Demokratische Partei Japans (DPJ) für eine steuerfinanzierte Grundrente ausspricht. Daher meinen manche in der LDP, Premierminister Fukuda hoffe offensichtlich, dass diese Parlamentariergruppe ein neuer

Gesprächskanal mit der DPJ sein könne.

Familienvorstände privater Haushalte altern

Nach Einschätzungen des Nationalen Forschungsinstitutes für soziale Sicherheit und Demographie (IPSS) wird sich die Anzahl der privaten Haushalte mit einem Familienvorstand älter als 75 Jahre im Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2005 auf 11,1 Mio. verdoppeln und deren Anteil 20% aller Familienvorstände betragen. Die Gesamtzahl privater Haushalte betrug 2005 ca. 49,0 Mio.. Im Jahr 2015 wird sie mit 50,6 Mio. ihren Höhepunkt erreichen und dann 2030 auf 48,8 Mio. schrumpfen. Die Anzahl der Familienmitglieder pro Haushalt wird ebenfalls von 2,56 (2005) auf 2,27 (2030) Menschen zurückgehen.

Aufnahme ausländischer Krankenpfleger und Pflegekräfte

Aus einer landesweiten Untersuchung der staatlichen Universität Kyushu bei den 522 Krankenhäusern mit über 300 Betten geht hervor, dass 21,5% der befragten Großkrankenhäuser bereit sind, ausländische Krankenpfleger nach japanischen Kriterien einzustellen. 24,7% wollen eine bestimmte Anzahl der Arbeitsplätze für sie reservieren. Als Grund für ihre Bereitschaft geben 65% Personalmangel an. Wegen zusätzlicher Belastung durch die Betreuung ausländischer Kollegen am Arbeitsplatz, Unsicherheiten bei den japanischen Sprachkenntnissen und weniger Akzeptanz bei Patienten und deren Familien wollen 20% der Krankenhäuser ausländische Krankenpfleger nicht aufnehmen.

Das Sozialministerium will die ab 2008 geplante Aufnahme von Krankenpflegern und Pflegekräften aus Indonesien und den Philippinen auf

2009 oder später verschieben. Aufgrund der unterschiedlichen Mehrheitslage in den beiden Häusern des japanischen Parlaments ist es schwer abzusehen, ob ein Economic Partnership Agreement (EPA) mit Indonesien noch in der laufenden Sitzungsperiode ratifiziert wird. Andererseits steht die philippinische Ratifizierung eines EPA-Abkommens mit Japan noch aus. Wegen innenpolitischer Probleme auf den Philippinen vertagt das Parlament dort seine Sitzung bis zum 21. April. Die Philippinen wollen mehr als 1.000 Pfleger nach Japan entsenden.

Bericht vom 29.03.08 bis 09.04.08

I. Zusammenfassung:

Großunternehmen stellen mehr Mitarbeiter ein
Arbeitsstatistik für Februar 2008
Bonuszahlung im Winter 2007 und Sommer 2008
Frauen in Führungspositionen der Regierung
Demografische Entwicklung in Tokyo
Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

II. Im Einzelnen:

Großunternehmen stellen mehr Mitarbeiter ein

Einer Umfrage von der Zeitung Asahi zufolge wollen 30% der 100 befragten Grossunternehmen im Frühjahr 2009 mehr

Universitätsabsolventen und Oberschulabgänger als 2008 einstellen. Bei 48% bewegt sich das Arbeitsplatzangebot für diesen Personenkreis auf gleichem Niveau wie 2008. Nur 7% wollen weniger Arbeitsplätze bereit stellen. So will Toshiba im Frühjahr 2009 etwa 1.200 Absolventen (+30%) einstellen und Sharp 10% mehr. Im Finanzsektor plant die Mizuho Bank, im vierten Jahr in Folge über 2.000 Absolventen einzustellen, und die Mitsui-Sumitomo-Bank will 2.400 Arbeitsplätze (+800) anbieten.

Arbeitsstatistik für Februar 2008

Aus einer Statistik des Arbeitsministeriums geht hervor, dass die Anzahl der abhängig Beschäftigten im Februar im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um 2% stieg. Die Zahl der regulär Beschäftigten wuchs sogar um 2,4% an. Damit lag die Zunahme der regulär Beschäftigten erstmals seit 16 Monaten über der Zuwachsrate von Arbeitnehmern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Die Betriebe hätten das Revisionsgesetz zum Schutz der Teilzeitbeschäftigten, das im April 2008 in Kraft tritt, bereits vorweggenommen und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern häufiger eine Festanstellung angeboten, meint das Arbeitsministerium.

Bonuszahlung im Winter 2007 und Sommer 2008

Laut einer Untersuchung des Arbeitsministeriums bei 33.000 Betrieben mit über fünf Beschäftigten lag die Bonuszahlung im Winter 2007 durchschnittlich bei 417.507 Yen, ca. 2.800 Euro (-2,8%) und schrumpfte damit erstmals seit vier Jahren. Vor allem die Verteuerung der Roh- und Brennstoffe habe bei mittelständischen und kleinen Betrieben das Geschäftsklima verschlechtert, meint das Ministerium. Die Arbeitnehmer von Betrieben mit 5 bis 29 Beschäftigten erhielten im Winter 2007 mit

294.555 Yen, ca. 2.000 Euro im Durchschnitt 2,6% weniger Bonus, während der Bonus ihrer Kollegen bei Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten um 0,5% auf 745.365 Yen, ca. 4.800 Euro stieg.

Nach Einschätzungen der Effektenfirmen Mizuho und Nomura wird die Bonuszahlung im Sommer 2008 im zweiten Jahr in Folge und gegenüber dem Vorjahr um 3,5% bzw. 4,1% sinken. Angesichts der Yen-Aufwertung zum US-Dollar und den beträchtlichen Preissteigerungen bei Roh- und Brennstoffen wollen die Arbeitgeber bei den Personalkosten sparen, meinen die beiden Firmen. So geht Mizuho davon aus, dass die Bonuszahlung bei Betrieben mit über fünf Beschäftigten um 3,5% auf 393.000 Yen, ca. 2.000 Euro im Durchschnitt schrumpfen wird. Bereits im Sommer 2007 sind die Bonuszahlungen erstmals seit drei Jahren um 1,1% zurückgegangen.

Frauen in Führungspositionen der Regierung

Der Regierungsstab zur Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau beschloss ein Programm zur Beschleunigung des Gleichstellungsprozesses, um den Frauenanteil in den Führungspositionen in den Ministerien von derzeit 1,7% bis 2010 auf 5% anzuheben. Außerdem soll sich die Regierung im Rahmen dieses Programms schwerpunktmäßig dafür einsetzen, den Anteil der Ärztinnen (derzeit 17,2%) und der Forscherinnen (derzeit 12,4%) ebenfalls bis 2010 zu erhöhen. Maßnahmen wie die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu reduzieren, die Arbeitszeit flexibel zu gestalten und Ausbildung für Frauen anzubieten, die nach der Entbindung und Kindererziehung ins Berufsleben zurückkehren wollen, sollen zur Zielerreichung des Programms beitragen. Langfristig strebt die Regierung an, den Frauenanteil in Führungspositionen in öffentlicher Verwaltung und

Wirtschaft bis 2020 auf 30% zu erhöhen.

Demografische Entwicklung in Tokyo

Der Alterungsprozess in Tokyo schreitet voran. Der Anteil der über 65-Jährigen betrug am 01. Januar 2008 2,41 Mio. Menschen und nahm gegenüber dem Vorjahr um 3% zu. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Tokyo (12,43 Mio.), die 9,8% der japanischen Bevölkerung ausmacht, betrug 19% und verdoppelte sich damit im Vergleich zum Jahr 1988. 1,05 Mio. Einwohner waren älter als 75 Jahre. Die erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) hat mit 8,55 Mio. einen Anteil von 69% (+0,1%) der Einwohner.

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

Die „Rentenversicherungsorganisation Japan“, die im April 2010 das Sozialversicherungsamt ablöst, wird nach Abschluss der Restrukturierung nur noch 14.780 Mitarbeiter haben, so das Sozialministerium. Durch eine verstärkte Auslagerung von Aufgaben an externe Unternehmen soll dieses Ziel erreicht werden. Ende 2005 waren 23.800 Mitarbeiter beim Sozialversicherungsamt beschäftigt. Nach einem Plan des Sozialversicherungsamts wird das Personal zunächst bei der Geschäftsübernahme durch die Nachfolgeorganisation auf 18.300 reduziert und drei Jahre später nach der Inbetriebnahme eines neuen Datenverwaltungssystems noch einmal auf 14.780. In diese Zahl sind neben den ehemaligen Mitarbeitern des Sozialversicherungsamts auch neu Angestellte eingeschlossen.

I. Zusammenfassung:

Rentenversicherung

Neue Krankenkasse für die über 75-Jährigen

Ärztmangel

Arbeitnehmerinnen in regulären Beschäftigungsverhältnissen

Ausländerpolitik

Vorschläge von der Zeitung Yomiuri zur Rentenreform

II. Im Einzelnen:

Rentenversicherung

Von den ca. 50 Mio. nicht identifizierten Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung sind trotz des Wahlversprechens der Koalition im Sommer 2007, sich um eine vollständige Klärung zu bemühen, Ende März erst 10,65 Mio. (ca. 21%) Buchungen vollständig geklärt. Bei weiteren 11,72 Mio. Zahlungen besteht die Aussicht auf Klärung. Doch bei 28,58 Mio. Buchungen (ca. 56%) dürften die Einzahler nicht mehr zu identifizieren sein. Die Oppositionsparteien verlangen deshalb vom Sozialminister Masuzoe eine offizielle Entschuldigung. Sie erwägen einen Misstrauensantrag gegen Masuzoe im Oberhaus vorzulegen, wo sie die absolute Mehrheit besitzen. Jedoch verbreitet sich in der Demokratischen Partei Japans (DPJ) Skepsis über die Vorlage eines Misstrauensantrags gegen den Sozialminister, weil dieser für den

Rentenskandal nicht verantwortlich gemacht werden kann und eine hohe Popularität bei den Wählern genießt.

Neue Krankenkasse für die über 75-Jährigen

Mit einem großen Durcheinander startete am 01. April die neue Krankenkasse für die über 75-Jährigen, deren Einführung bereits vor zwei Jahren beschlossen worden war. Für viele Betroffene war die Einführung der Kasse überraschend, weil sie über diese Krankenkasse wenig informiert waren. Außerdem wurde die neue Versicherungskarte über 60.000 Versicherten nicht rechtzeitig zugestellt. Premierminister Fukuda entschuldigte sich für die mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung durch die Regierung. Die Opposition startete eine Kampagne gegen die neue Krankenkasse und forderte deren Abschaffung, weil die Menschen über 75 Jahre zusätzlich belastet würden. Innerhalb der Koalition wurden Nachbesserungen gefordert.

Ärztmangel

Angesichts des Mangels vor allem an Kinderärzten und Geburtshelfern will Premierminister Fukuda im kommenden Monat ein Programm starten. Es werden konkrete Vorgaben für die in den kommenden Jahren zu erreichende Anzahl von Nachwuchs-Kinderärzten und Geburtshelfern angegeben. Als Finanzquelle hierfür soll der Sonderhaushalt für Straßenbau dienen, den Fukuda ab dem kommenden Jahr in den allgemeinen Haushalt integrieren will.

Arbeitnehmerinnen in regulären Beschäftigungsverhältnissen

Nach Angaben des Arbeitsministeriums stieg die Anzahl der regulär beschäftigten Arbeitnehmerinnen zunächst von 9,94 Mio. (1985) auf 11,72 Mio. (1997). Danach ging diese Zahl auf 10,39 Mio. (2007) weiblicher Beschäftigter zurück. Arbeitgeber stellten mehr Zeitarbeiter und Teilzeitbeschäftigte ein, um Personalkosten zu sparen. Der Anteil der regulär beschäftigten Arbeitnehmerinnen an den weiblichen abhängig Beschäftigten schrumpfte von 67,9% (1985) auf 46,5% (2003). Die Arbeitnehmerinnen in diesen Beschäftigungsverhältnissen im Alter von 40 bis 44 Jahren verdienten 2007 nur 63,5% (1985: 52,2%) vom Arbeitsentgelt ihrer gleichaltrigen männlichen Kollegen.

Ausländerpolitik

Der ehemalige Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei Nakagawa sagte am 21. April zum Thema Ausländerpolitik: Vor dem Hintergrund der im Entstehen begriffenen neuen Machtverhältnissen in Asien mit zwei großen Volkswirtschaften Japan und China sowie der drastischen Schrumpfung der Bevölkerungszahl in Japan müsse sich Japan mittel- bis langfristig für (a) mehr Öffnung des Landes, (b) mehr Reformen und (c) weniger Steuerlasten entscheiden. Ausländer sollten sich zunächst mit fünf- bis siebenjähriger Aufenthaltsgenehmigung um den Erwerb von notwendigen Sprach- und Kulturkenntnissen sowie beruflichen Qualifikationen bemühen. Später können sie - je nach der Größe des erreichten Erfolgs sowie bei eigenem Interesse - auch eine permanente Aufenthaltsgenehmigung bzw. die japanische Staatsangehörigkeit einfacher als heute erwerben. Angebote von Japanisch- und Japan-Kursen im Ausland sollen auch unter Einsatz von Entwicklungshilfemitteln

ausgebaut werden. Die Vergabe von Studienplätzen an japanischen Berufs- und Hochschulen an ausländische Bewerber soll vereinfacht werden, unter anderem im Rahmen von Freihandels- und Patenschaftsabkommen. Damit soll die Zahl von ausländischen Studenten von 100.000 auf 1 Million gesteigert werden. Eine Gesetzgebung, mit der eine ausbildungsorientierte Zuwanderungspolitik angestrebt wird, welche die japanische Gesellschaft längerfristig kulturell wie wirtschaftlich bereichere, solle bei der ordentlichen Parlamentssitzung 2009 vorgeschlagen werden. Diese Gesetzgebung soll das derzeitige, auf speziellen Interessen einzelner Industriebranchen fußende System ersetzen. Nakagawa leitet eine dafür neu gegründete Arbeitsgruppe von LDP-Politikern.

Vorschläge der Zeitung Yomiuri zur Rentenreform

Die überregionale Zeitung Yomiuri Shinbun veröffentlichte am 16.04.2008 ihre Vorschläge zur Rentenreform. Die wesentlichen Punkte sind:

1. Die Mindestwartezeit der Grundrente wird von derzeit 25 Jahren auf zehn Jahre verkürzt. Da das Rentenniveau bei einer Wartezeit von zehn Jahren nur noch 16.500 Yen (etwa 100 Euro) im Monat beträgt, wird eine Rente zur Sicherung des Existenzminimums für die Rentnerhaushalte, deren Jahreseinkommen unter 2 Mio. Yen (etwa 1.400 Euro) liegt, zusätzlich eingeführt, damit ihnen ein Mindestbetrag von 50.000 Yen (etwa 350 Euro) im Monat zur Verfügung steht.
2. Die Vollrente mit einer Wartezeit von 40 Jahren wird von derzeit 66.000 Yen (ca. 440 Euro) auf 70.000 Yen (ca. 470 Euro) im Monat erhöht.
3. Ein Ehepaar wird bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres jedes

Kindes von der Beitragszahlung in die Nationale Rentenversicherung (Grundrente) befreit. Dies gilt auch für die Versicherten in der Arbeitnehmerrentenversicherung. Ihre Beiträge werden um den Anteil der Grundrente gemindert. So werden Arbeitgeber ebenfalls entlastet.

4. Um die bereits beschlossene Anhebung des staatlichen Anteils an der Finanzierung der Grundrente von derzeit $\frac{1}{3}$ auf $\frac{1}{2}$ und das oben ausgeführte Reformprogramm finanzieren zu können, sind nach Einschätzungen von Yomiuri jährlich ca. 5,5 Billionen Yen (ca. 35 Mrd. Euro) erforderlich. Dafür kann die Verbrauchssteuer (derzeit 5%) in eine „Sozialversicherungssteuer“ mit einem Steuersatz von 10% umgewandelt werden. Allerdings soll der Steuersatz für Nahrungsmittel und sonstige lebensnotwendige Gegenstände bei 5% bleiben. Das Aufkommen dieser Steuer darf ausschließlich den Sozialausgaben zugute kommen.

Bericht vom 24.04 bis 14.05.2008

I. Zusammenfassung:

Beschäftigungspolitik

Arbeitslosigkeit im März

Krankenkassen - steigende Kosten

Neue Krankenversicherung für über 75-Jährige

Ausländerpolitik

Interview von Arbeitgeberpräsident Mitarai

II. Im Einzelnen:

Beschäftigungspolitik

Die Regierung legte ihre beschäftigungspolitischen Ziele für die nächsten drei Jahre vor. Sie will in den nächsten drei Jahren 1 Mio. Jugendliche in reguläre Beschäftigungsverhältnisse führen. Für 200.000 Frauen im Alter von 25 bis 44 Jahren und 1 Mio. ältere Menschen im Alter von 60 bis 64 Jahren sollen neue Arbeitsplätze entstehen. Bei dem Programm handelt es sich um keine neuen Maßnahmen. Die Regierung will durch die Neufokussierung bestehender Programme diese Ziele erreichen.

Arbeitslosigkeit im März

Im März waren insgesamt 2,68 Mio. Menschen beschäftigungslos (-130.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 28. Monat in Folge zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im zweiten Monat in Folge und um 150.000 auf 63,36 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote schrumpfte gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf 3,8%: bei Männern betrug sie 3,8% (-0,2%) und bei Frauen 3,9% (+0,1%). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ging 2007 im fünften Jahr in Folge und um 0,3% auf 3,8% zurück.

Krankenkassen - steigende Kosten

Aus einer Untersuchung des Nationalverbandes der Betriebskrankenkassen geht hervor, dass die Betriebskrankenkassen, deren Mitglieder meistens Beschäftigte bei Großbetrieben sind, 2008 zur Finanzierung der medizinischen Kosten älterer Menschen um 430 Mrd. Yen (ca. 2,7 Mrd.

Euro) mehr als im vergangenen Jahr und insgesamt ca. 2,7 Billionen Yen (ca. 18 Mrd. Euro) zur Verfügung stellen müssen. 141 von 1,502 Betriebskrankenkassen haben deshalb bereits ihren Beitragssatz angehoben. Während die Kassen bis zum März 2008 nur die Kosten ihrer ehemaligen Mitglieder, die nach der Pensionierung in der Krankenversicherung der Rentner versichert waren, anteilmäßig zu übernehmen brauchten, müssen sie sich jetzt nach der Einführung der allgemeinen Krankenversicherung für jüngere Alte, die 65 bis 74-Jährigen, im April an den Kosten aller Versicherten in diesem Alter beteiligen. Außerdem haben die Betriebskrankenkassen ihre Finanzbeiträge auch an die neu geschaffene Krankenversicherung für ältere Alte (über 75 Jahre) zu leisten.

Neue Krankenkasse für über 75-Jährige - teurer als erwartet

Das Sozialministerium teilte mit, dass der Beitrag in der neuen Krankenkasse für über 75-Jährige stärker als geplant steigen werde, sollte sich die Geburtenrate auf einem niedrigeren Niveau als angenommen bewegen. Nach einer Berechnung des Sozialministeriums im Jahre 2006 soll der Anfangsbeitrag dieser Versicherung im April 2008 landesdurchschnittlich ca. 61.000 Yen, ca. 400 Euro im Jahr betragen und 2015 auf ca. 85.000 Yen, ca. 580 Euro steigen. Jedoch liegt der tatsächliche Jahresbetrag 2008 bei 72.000 Yen, ca. 480 Euro im Durchschnitt. So wird das Beitragsniveau im Jahre 2015 wahrscheinlich diese Schätzung übertreffen.

Der Generalsekretär der Demokratischen Partei Japans, Hatoyama sagte, dass die Oppositionspartei einen Gesetzentwurf für die Abschaffung der eben eingeführten Krankenkasse für über 75-Jährigen noch im Mai zur

Beratung im Oberhaus vorlegen werde. Am 15.06.2008 werden die Beiträge dieser Versicherung zum zweiten Mal von der Rente abgezogen.

Ausländerpolitik

Vor dem Hintergrund des künftigen Bevölkerungsschwunds im Zug der demographischen Entwicklung erwägt die Liberaldemokratische Partei, ein Gesetz für Ausländerpolitik auszuarbeiten und es in der ordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments 2009 zur Beratung vorzulegen. Im Rahmen dieser Gesetzgebung soll vor allem ein „Amt für Einwanderer“, das für die Aufnahme und Kontrolle der Ausländer bei befristeter Beschäftigung in Japan zuständig ist, neu geschaffen werden. Innerhalb der Regierung und Koalition beziehen einige Abgeordnete dieses Vorhaben auf die Ausländerkriminalität und die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt. Deshalb lehnen sie das Gesetzesvorhaben ab.

Interview von Arbeitgeberpräsident Mitarai

Keidanren-Präsident Mitarai möchte, dass die Verbrauchssteuer bis 2015 von derzeit 5% bis auf 10% angehoben wird. Das Aufkommen dieser Steuer müsse ausschließlich für die Finanzierung der sozialen Versicherungssysteme eingesetzt werden. Im Gegenzug könnten die Eltern während der Kindererziehung durch die Senkung der Einkommenssteuer entlastet werden. Darüber hinaus regte Mitarai die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente an. Keidanren wolle, so Mitarai, seine Vorschläge für die Steuerreform 2009 in diesem Sommer zusammenstellen und so Regierung und politische Parteien zu deren Umsetzung bewegen.

I. Zusammenfassung:

Ärztmangel

Überstundenprämie

Mindestlohn

Aufnahme ausländischer Arbeitnehmer

II. Im Einzelnen:

Ärztmangel

Sozialminister Masuzoe will gegen den Ärztemangel angehen. Damit künftig mehr Mediziner ausgebildet werden, soll der Kabinettsbeschluss von 1997 über die allgemeine Reduzierung der Studienplätze für Medizin revidiert werden. Die konkrete Zahl der Studienplätze und deren Finanzierung ist noch offen. Die Gesamtzahl der medizinischen Studienplätze beträgt derzeit 7.600. Ursprünglich betrug die Zahl der Plätze 8.300. Diese Zahl bildet für die Pläne den Orientierungswert.

Zur Finanzierung dieses Vorhabens sagte Premierminister Fukuda, dass das Projekt die Sparvorgaben bei den Sozialausgaben nicht gefährden darf. Mittel könnten aus dem Aufkommen der Benzinsteuern oder aus Kürzungen in anderen Ressorts stammen. Die Regierung hatte beschlossen, die Sozialausgaben im Zeitraum von 2007 bis 2011 insgesamt um 1,1 Billionen Yen, etwa 7 Mrd. Euro, also jährlich 220 Mrd. Yen, etwa 1,4 Mrd. Euro, zu drücken.

Überstundenprämie

Die Koalitionsparteien LDP (Liberaldemokratische Partei) und Komei werden einen Gesetzentwurf über die Revision des „Labour Standard Law“ in der nächsten außerordentlichen Sitzungsperiode dem Parlament zur Beratung vorlegen. Darin soll der Richtwert für die Erhöhung der Überstundenprämie auf 60 Stunden im Monat festgelegt werden. Ein Arbeitnehmer, der im Monat mehr als 60 Überstunden geleistet hat, soll künftig 150% (derzeit 125%) seines Stundenlohns bekommen. Die Regierung wollte diese Maßnahme erst ab 80 Überstunden geltend machen. Neben Komei fordert der Gewerkschaftsdachverband Rengo eine dem Entwurf vergleichbare Verbesserung. Daher wird die Demokratische Partei Japans wahrscheinlich ebenfalls dem Koalitionsvorschlag zustimmen.

Mindestlohn

Bei einem Gespräch von Regierung und Sozialpartnern einigten sich die drei Seiten darauf, bei der Festlegung eines Mindestlohnes zukünftig den niedrigsten Einstiegslohn eines Oberschulabgängers bei kleinen Betrieben zu berücksichtigen. Der Mindestlohn soll in den nächsten fünf Jahren entsprechend nach oben angepasst werden. Jedoch waren sich die Sozialpartner über die Definition „kleiner Betrieb“ uneinig. Die Gewerkschaft forderte die Erhöhung des durchschnittlichen Mindestlohnes von derzeit 687 Yen pro Stunde auf 755 Yen, dem Durchschnittswert des niedrigsten Einstiegslohnes bei Betrieben mit 10 bis 99 Beschäftigten. Dagegen bestanden die Arbeitgeber darauf, das Lohnniveau bei Betrieben mit unter 20 Beschäftigten als Ausgangsbasis zu nehmen.

Aufnahme ausländischer Arbeitnehmer

Angesichts des Personalmangels bei mittelständischen und kleinen Betrieben fordert Japans Handelskammer die Aufnahme ungelernter Arbeitnehmer aus dem Ausland für drei bis fünf Jahre. Der Industrie- und Arbeitgeberverband Keidanren ist dem gegenüber negativ eingestellt.

Bericht vom 09.06 bis 25.06.2008

I. Zusammenfassung:

Sozialausgaben

Aufnahme von Immigranten

Selbstmord-Statistik

Sozialpolitisches Programm

Vize-Premierminister für Sozialpolitik?

II. Im Einzelnen:

Sozialausgaben

Die Zeitung Tokyo Shinbun führte eine Umfrage über die Einsparungen bei den Sozialausgaben durch und schrieb alle 722 Abgeordneten an. 157 Abgeordnete (22%) antworteten. 136 waren gegen das Regierungsvorhaben, die Sozialausgaben jährlich um 220 Mrd. Yen, etwa 1,4 Mrd. Euro, im

Zeitraum von fünf Jahren zu senken. Das waren 110 Oppositions- und parteilose Abgeordneten und 26 Koalitionspolitiker (Liberaldemokratische Partei: 20 von 39 und Komei - Buddhistische Partei: sechs von acht). Die Gründe für diese negative Einstellung waren „die Einsparung führt zum Ärztemangel und Abbau der Krankenhausversorgung“ und „der Sozialabbau erreicht seine Grenze“.

Aufnahme von Immigranten

Eine Gruppe von 80 Abgeordneten der Liberaldemokratischen Partei (LDP) unter Leitung vom ehemaligen LDP-Generalsekretär Nakagawa will mittels eines Immigrationsplans 10 Mio. Menschen in den nächsten 50 Jahren in Japan aufnehmen. Die Menschen seien nicht als ausländische Arbeitnehmer, sondern als Immigranten mit ihren Familien aufzunehmen. Damit soll der zu erwartende Arbeitskräftemangel gemildert werden.

Die Presse äußert sich zurückhaltend bezüglich den Erfolgsaussichten dieses Plans. Sowohl bei den übrigen Abgeordneten der LDP als auch in den Ministerien wäre der Widerstand gegen einen solchen Plan groß. Die breite Bevölkerung sieht Japan als homogenes Land an. Immigration als Politikziel würde Ängste auslösen. So wird von vielen Menschen befürchtet, dass die Kriminalitätsrate ansteigen würde.

Selbstmord-Statistik

Nach Angaben des Polizeiamts überschritten 2007 die Sterbefälle durch Selbstmord mit 33.093 (+2,9%) im zehnten Jahr in Folge die 30.000-Marke und registrierten den zweithöchsten Wert seit 1978. In den Altersgruppen „über 60 Jahre“ und „30 bis 39 Jahre“ erreichte den bisher

höchsten Stand, seit die Statistik geführt wird. Mehr als ein Drittel der Selbstmörder war über 60 Jahre alt. Die Hauptgründe des Selbstmordes waren Depression und Krankheiten sowie Finanzprobleme.

Sozialpolitisches Programm

Premierminister Fukuda will ein sozialpolitisches Programm mit fünf Punkten zeitnah zusammenstellen zu den Themen: Seniorenpolitik, Krankenversicherung, Kindererziehung, Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen und Wiederherstellung des Vertrauens zum Sozialministerium. Deswegen wies Fukuda Sozialminister Masuzoe an, ein sozialpolitisches Programm zu konkretisieren. Dies soll auf der operativen Eben beinhalten: Ausbau der ärztlichen Notaufnahme, Entlastung der Krankenhausärzte, Maßnahmen gegen den Ärztemangel, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der prekären Arbeitnehmer.

Vize-Premierminister für Sozialpolitik?

Die Regierung möchte das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialpolitik wiederherstellen. Deswegen plant sie, die Kompetenz des Sozialministers auszuweiten und diesen bei der nächsten Kabinettsumbildung zum Vize-Premierminister hoch zu stufen, so die Presse. Damit könnte der Sozialminister federführend Probleme angehen, für die mehrere Ministerien zuständig sind. Darüber hinaus werden beide Vize-Sozialminister mit einem Ministerrang bekleidet. So würden künftig drei Minister für Sozialpolitik zuständig sein.

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Mai

Lohnboni gehen zurück

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

Zahl der Demenzkranken verdoppelt sich bis 2035

Selbstbeteiligung älterer Patienten

Rentenversicherung weiter in der Krise

Verbraucherpreise steigen

Gesamte japanische Fischereiflotte im eintägigen Streik

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Mai

Im Mai waren insgesamt 2,7 Mio. Menschen beschäftigungslos (+120.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit nahm diese Zahl im zweiten Monat in Folge zu. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg erstmals seit vier Monaten um 40.000 auf 55,76 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 4%: bei Männern betrug sie 4,2% (+0,2%) und bei Frauen 3,7% (-0,2%).

Lohnboni gehen zurück

Aus einer Untersuchung der Zeitung Nikkei geht hervor, dass die

Bonuszahlung in diesem Sommer gegenüber dem Vorjahr erstmals seit dem Sommer 2002 und um 0,3% zurückgeht. Angesichts der Preissteigerung der Roh- und Brennstoffe wollen die Unternehmen ihre Personalkosten drücken. Dies kann Auswirkungen auf den Privatkonsum in Japan haben.

Nachfolgeorganisation des Sozialversicherungsamts

Ein Umorganisationsplan des Sozialversicherungsamts, das im Januar 2010 durch die „Rentenversicherungsorganisation Japan“ abgelöst werden soll, ist ins Stocken geraten. Nach dem Regierungsentwurf sind die Beamten des Sozialversicherungsamts, die einmal disziplinarisch bestraft waren, auch in die Nachfolgeorganisation aufzunehmen. Dies stößt in der Liberaldemokratischen Partei (LDP) auf Widerstände, weil die meisten LDP-Politiker die Niederlage ihrer Partei in den Oberhauswahlen 2004 und 2007 auf das Misstrauen der Wähler zur Rentenversicherung und eine Serie von Skandalen dieses Amts zurückführen.

Zahl der Demenzkranken verdoppelt sich bis 2035

Laut einer Studie einer Arbeitsgruppe des Sozialministeriums wird die Anzahl der älteren Demenzkranken über 65 Jahre bis 2035 von ca. 2,05 Mio. (2005) auf ca. 4,45 Mio. zunehmen. Besonders in den einwohnerstarken Präfekturen wie Saitama (3,1-fach mehr als im Jahre 2005), Chiba und Kanagawa (je 2,9-fach), Aichi (2,6-fach), Osaka (2,5-fach) und Tokyo (2,4-fach) wird die Zahl dramatisch ansteigen.

Selbstbeteiligung älterer Patienten

Die Koalition will erneut die Anhebung der Selbstbeteiligung der Patienten

im Alter zwischen 70 und 74 Jahren um ein Jahr auf den April 2010 hinausschieben. Da das Unterhaus spätestens im Herbst 2009 gewählt wird, möchte die Koalition bei den älteren Wählern keinen unnötigen Ärger wegen der Mehrbelastung hervorrufen. Für diese Maßnahme sind ca. 140 Mrd. Yen, etwa 0,8 Mrd. Euro erforderlich. Nach der Ansicht der Koalition könne dies durch einen Nachtragshaushalt finanziert werden.

Die Selbstbeteiligung der älteren Patienten sollte ab dem April 2009 von derzeit 10% der entstandenen Kosten auf 20% steigen, weil die Koalition nach ihrer bitteren Niederlage in den Oberhauswahlen 2007 die eigentlich für den April 2008 vorgesehene Anhebung der Selbstbeteiligung auf 20% um ein Jahr verschoben hat.

Rentenversicherung weiter in der Krise

Aus einer Stichprobe von 20.000 der ca. 400 Mio. Beitragsbuchungen durch das Sozialversicherungsamt ergab sich, dass 1,4% der Daten falsch in den Computer eingegeben waren, vor allem Versicherungszeiten und Einkommenshöhe. Dies kann zur Minderung der berechtigten Rente führen. Seit 1962 wurden im Sozialversicherungsamt die Daten in Papierform nach und nach in elektronische Dateien übertragen. Dabei traten diese Eingabefehler auf.

Verbraucherpreise steigen

Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai im 8. Monat in Folge und um 1,5% gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Im Zuge der Preissteigerung von Erdöl sowie Roh- und Werkstoffen wurden vor allem Benzin und Nahrungsmittel teurer. So stiegen der Benzinpreis um 18% und

der Nahrungsmittelpreis ohne Frischwaren um 3%.

Nach Einschätzungen des privaten Wirtschaftsinstituts „The Japan Research Institute Ltd.“ werde der Verbraucherpreisindex 2008 jahresdurchschnittlich um 1,9% steigen. Ein Privathaushalt müsse monatlich 7.619 Yen, etwa 45 Euro mehr ausgeben. Im dritten Quartal 2008 werde der Index wegen des Höhenflugs der Preise von Erdöl und Getreide sogar um 2,1% ansteigen. In den Jahren 2006 und 2007 stiegen die Preise nur um 0,1% bzw. 0,3%.

Diese Preisentwicklung werde, so das Wirtschaftsinstitut, insgesamt Japans Bruttoinlandsprodukt um ca. 0,5% nach unten drücken, weil die Privathaushalte bei Ausgaben für Freizeitgestaltung und Luxuswaren sparen würden und eine Lohnerhöhung nicht zu erwarten sei.

Gesamte japanische Fischereiflotte im eintägigen Streik

200.000 Fischerboote und damit fast die gesamte japanische Fischereiflotte blieb gestern in den Häfen. Die Fischer fordern Unterstützung der Regierung wegen der hohen Treibstoffkosten. Es war das erste Mal, dass in Japan die Fischer einen Streik in dieser Größenordnung durchgeführt haben. Die Fischpreise zogen deutlich an und es wird mit kurzfristigen Lieferengpässen bei bestimmten Fischarten gerechnet. Premierminister Fukuda kündigte an, dass die Regierung Ende Juli der Fischerei und der Landwirtschaft mit Maßnahmen unterstützen würde.

I. Zusammenfassung:

Weißbuch für Arbeit 2008

Sozialpolitisches Dringlichkeitsprogramm

Rezessionsgefahr: Gehälter im Juni um real 2,9 % zum Vorjahresmonat gesunken

Medizinische Ausgaben

Arbeitslosigkeit im Juni

Spezielle Arbeitsvermittlungsstellen für Pflegekräfte

Ausländische Sozialhilfeempfänger

Sozialminister für Anhebung der Verbrauchssteuer

Bevölkerung leicht gewachsen

Durchschnittliche Lebenserwartung der Japaner steigt weiter

II. Im Einzelnen:

Weißbuch für Arbeit 2008

Das Weißbuch wies darauf hin, dass manche Unternehmen in den 1990er Jahren das leistungsorientierte Entlohnungssystem eingeführt hätten, um Personalkosten einzusparen. Das Arbeitsministerium schlägt vor, dieses Entlohnungssystem auf Geschäftsbereiche zu beschränken, wo leistungsorientierter Lohn tatsächlich zur Steigerung der Arbeitsmotivation der Beschäftigten führt.

Es zeige sich, so das Weißbuch, dass die Zufriedenheit der Arbeitnehmer in Bezug auf Erfolgsgefühl am Arbeitsplatz, Arbeitsplatzsicherheit und Entgelt langfristig eine sinkende Tendenz aufweist. Dies sei darauf zurückzuführen, dass viele Arbeitgeber ihre Stammbesetzung immer weiter abgebaut und diese durch die Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen ersetzt haben. Um diese Tendenz zu stoppen, sei eine auf lange Sicht geplante betriebliche Aus- und Weiterbildung nötig.

Sozialpolitisches Dringlichkeitsprogramm

Die Regierung veröffentlichte ein sozialpolitisches Dringlichkeitsprogramm, das bis 2009 anzugehen sei. Die mehr als 150 Maßnahmen in diesem Programm sind fünf Hauptbereichen zuzuordnen: Seniorenpolitik, medizinische Versorgung, Kindererziehung, Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen und Reform des Sozialministeriums. Wichtige Einzelpunkte sind:

Seniorenpolitik: Betriebe, die ihre Mitarbeiter über das 65. Lebensjahr hinaus weiter beschäftigen, werden von der Arbeitslosenversicherung einen Zuschuss erhalten.

Medizinische Versorgung: Notärzte, Geburtshelfer sowie Klinikärzte, die in abgelegenen Ortschaften mit schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten, werden finanziell besser gestellt.

Kindererziehung: Zum Ausbau von speziellen Kinderbetreuungsstätten, nämlich Kinderkrippe und -garten in einem, werden mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen: Arbeitnehmer, die keinen festen Wohnsitz haben, werden während einer beruflichen Ausbildung finanziell unterstützt.

Die Medien meinen, dass viele von den Maßnahmen bereits in anderen Programmen aufgegriffen worden seien. Außerdem fehlen Angaben über die Finanzierung des Programms. Daher stellen die Medien die Realisierbarkeit des Programms in Frage.

Rezessionsgefahr: Gehälter im Juni um real 2,9 % zum Vorjahresmonat gesunken

Arbeitnehmer hätten nominal im Juni 0,6% weniger Geld zur Verfügung im Vergleich zum Vorjahresmonat. In diese Zahl eingeschlossen sei der Rückgang der Lohnboni um 1,5 %. Die reale Kaufkraft der Gehälter sei sogar um 2,9 % gesunken im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Inflation beeinträchtigt das Vertrauen der Konsumenten. Da die Gehälter gleichzeitig sinken, bestehe die Gefahr, dass die japanische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte in eine Rezession hinein gleite. Die in der ersten Jahreshälfte stützende Rolle der Exporte für die Wirtschaft gehe deutlich zurück.

Medizinische Ausgaben

Nach Angaben des Sozialministeriums nahmen die medizinischen Kosten, die Gesamtheit der Ausgaben von Staat und Krankenkassen für die medizinische Versorgung, 2007 um 3,1% bzw. 1 Bio. Yen, etwa 7 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr zu und lagen bei 33,4 Bio. Yen, etwa 200 Mrd. Euro. Rund 750 Mrd. Yen, etwa 4 Mrd. Euro von diesem Zuwachs sind auf Kosten für die über 70-Jährigen zurückzuführen. Die

medizinischen Ausgaben für ältere Menschen wuchsen mit 14,5 Bio. Yen, etwa 90 Mrd. Euro um 5,4% an und hatten damit einen Anteil von 43,4% an den gesamten Ausgaben.

Die Pro-Kopf-Ausgaben stiegen ebenfalls um 3,1% auf 262.000 Yen, etwa 1.800 Euro. Diese Ausgaben lagen bei den älteren Patienten als 70 Jahre bei 757.000 Yen, etwa 4.500 Euro (+2%), während dieser Wert bei den Jüngeren nur noch 161.000 Yen, etwa 1.000 Euro (+1,5%) betrug.

Arbeitslosigkeit im Juni

Im Juni waren insgesamt 2,65 Mio. Menschen beschäftigungslos (+240.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit nahm diese Zahl im dritten Monat in Folge zu. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im fünften Monat in Folge und um 400.000 auf 64,51 Mio. Menschen zurück. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf 4,1%: bei Männern betrug sie unverändert 4,2% und bei Frauen 4% (+0,3%).

Spezielle Arbeitsvermittlungstellen für Pflegekräfte

Das Sozialministerium wird 2009 eine spezielle Arbeitsvermittlungsstelle im Rahmen des Arbeitsamtes „Hello Work“ für Pflegeberufe zunächst in Tokyo, Osaka und in der Präfektur Aichi einrichten. Diese drei Regionen leiden am meisten unter Pflegekräftemangel. Während der Bedarf an dieser Berufsgruppe im Zuge des Alterungsprozesses der Gesellschaft weiterhin steigt, geben immer mehr in dieser Branche Beschäftigte ihren Beruf auf wegen niedrigen Lohns und mühsamer Arbeit.

2004 gab es in Japan etwa 1 Mio. Pflegekräfte und nach Einschätzungen sind

bis 2014 weitere 400.000 bis 600.000 Beschäftigte erforderlich. 2007 haben 21,6% von den Mitarbeitern dieser Branche ihren Arbeitsplatz verlassen.

Ausländische Sozialhilfeempfänger

Die Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger nimmt drastisch zu. 2006 erhielten 29.336 ausländische Haushalte (Steigerung um das 1,7-fache im Vergleich zu 1996) Sozialhilfe. 22.356 Haushalte von ihnen waren (süd-/nord)koreanisch, 2.847 chinesisch und 2.399 philippinisch. Der drastische Anstieg der ausländischen Empfänger geht hauptsächlich auf die Alterung der süd- und nordkoreanischen Einwohner, die bis Ende des II. Weltkrieges als Arbeitskräfte nach Japan geholt wurden, und die Zunahme der geschiedenen philippinischen Frauen zurück. 2006 waren landesweit ca. 1,08 Mio. Haushalte auf diese Hilfe angewiesen.

Sozialminister für Anhebung der Verbrauchssteuer

Sozialminister Masuzoe sagte, dass man in Tokyo nicht von der Grundrente (monatlich 66.000 Yen, etwa 400 Euro als Vollrente) leben könne und diese künftig bis auf ca. 200.000 Yen, etwa 1.400 Euro für Ehepaare angehoben werden müsse. Diese Maßnahme könne auch durch Steuergelder finanziert werden. Es sei denkbar, die Verbrauchssteuer auf 10% anzuheben.

Bevölkerung leicht gewachsen

Japans Bevölkerung ist im vergangenen Fiskaljahr um etwa 12.000 Einwohner gewachsen - nach einem leichten Rückgang in den vergangenen beiden Jahren. Zwar überschritt die Zahl der Todesfälle die der Lebendgeburten um etwa 29.000, doch durch Naturalisierungen und

aus dem Ausland zurückkehrenden Geschäftsleuten sei dieser Rückgang ausgeglichen worden. In Japan lebende Ausländer seien nicht in dieser Statistik enthalten.

Die Bevölkerung Tokyos stieg um 100.460 Personen, dem höchsten Zuwachs der letzten 40 Jahre. Diese Zahl unterstreicht den Trend, dass die japanische Bevölkerung sich in den Ballungszentren konzentriert.

Durchschnittliche Lebenserwartung der Japaner steigt weiter

Frauen haben in Japan eine durchschnittliche Lebenserwartung von 85,99 Jahren, Männer von 79,19 Jahren. Damit stehen die Japanerinnen seit 23 Jahren weltweit an der Spitze; die Männer seien auf dem dritten Platz, so das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt. Hauptgründe seien Fortschritte bei der Behandlung von Krebs und Herzkrankheiten und Herzinfarkten.

Bericht vom 31.07. bis 13.08.2008

I. Zusammenfassung:

Neuer Vize-Sozialminister Kamoshita

Eckpunkte des Konjunkturpakets vorgestellt

Konsumausgaben der Privathaushalte gingen zurück

Mindestlöhne steigen

Überstunden in den Ministerien

Verkürzung regulärer Arbeitszeit im öffentlichen Dienst
Keine Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst
Meinungsumfrage über die soziale Sicherheit
Leihmutterbaby darf nicht nach Japan einreisen

II. Im Einzelnen:

Neuer Vize-Sozialminister Kamoshita

Premierminister Fukuda beschloss, unter seiner Leitung die Reform des Sozialministeriums umzusetzen, damit das öffentliche Vertrauen zu diesem Ministerium wieder hergestellt wird. Ein entsprechender Expertenrat wird nicht im Sozialministerium eingesetzt, wie ursprünglich geplant, sondern im Cabinet Office. Den Ratsvorsitz wird Toyotas Berater Okuda übernehmen.

Auch in die Auswahl der 22 Vizeminister griff Premierminister Fukuda ein. Normalerweise arbeitet die Liberaldemokratische Partei einen Vorschlag aus, den das Kabinett dann annimmt. Fukuda setzte den eben ausgeschiedenen Umweltminister Kamoshita, der Arzt von Beruf ist, ins Amt des Vize-Sozialministers ein. Gleichzeitig wurde die Kompetenz des Vizeministers erweitert. Sozialminister Masuzoe hatte mehrfach betont, dass für so ein breites Aufgabenspektrum wie im Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt eigentlich drei Minister erforderlich seien. Es ist offen, ob das Duo Masuzoe-Kamoshita harmoniert.

Eckpunkte des Konjunkturpakets vorgestellt

Die Regierung hat gestern Eckpunkte eines Wirtschaftsprogramms von

Staatsminister Yosano vorgestellt, mit dem die Auswirkungen der steigenden Preise abgefedert werden sollen. Die vollständige Ausarbeitung des Programms wurde für Ende August angekündigt.

Das Programm beruht auf den drei Pfeilern (a) "Sicherheit": Preisentwicklung, Beschäftigungsverhältnis, Lebensmittelsicherheit, (b) "Nachhaltigkeit": Energie, Lebensmittelversorgung und (c) "Anpassungsmaßnahmen für den Mittelstand". Die vorgelegten Eckpunkte enthalten mögliche Maßnahmen, ohne einen finanziellen Gesamtumfang zu nennen. In der Koalition ist die Rede von einem Gesamtumfang von 1 Billion Yen, etwa 7 Mrd. Euro, sowie von der Möglichkeit, zusätzliche Anleihen auszugeben. Unterdessen wurde das angekündigte Wirtschaftsprogramm von verschiedenen Seiten dafür kritisiert, dass es keine zukunftsorientierten, wachstumsfördernden Maßnahmen enthalte. Auch wird ein fehlendes Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung bemängelt.

Konsumausgaben der Privathaushalte gingen zurück

Die durchschnittlichen Monatsausgaben der privaten Haushalte im Juni gingen auf 281.951 Yen, etwa 1.900 Euro, um 1,8% zurück und lagen damit im vierten Monat in Folge unter dem Vorjahrswert. Vor allem bei Nahrungsmitteln, deren Preise stark angestiegen waren, wurde kräftig gespart. Die Haushalte gaben dafür 3,6% weniger aus.

Mindestlöhne steigen

Das „Central Minimum Wages Council“, das den Empfehlungsrahmen für die Mindestlohn-Festlegungen auf Präfektorebene ausarbeitet, beschloss einen Erhöhungsrahmen von 7 Yen (etwa 4,5 Eurocent) bis 15 Yen (etwa 10 Eurocent) je Arbeitsstunde als Empfehlung auszugeben. Dennoch liegen auf

Stundenbasis die Mindestlöhne noch immer unter dem Sozialhilfeniveau; in Tokyo beträgt die Differenz etwa 80 Yen (etwa 50 Eurocent). Es ist Ziel der Regierung, diese Differenz innerhalb von zwei Jahren abzubauen.

Überstunden in den Ministerien

Aus einer Untersuchung des Gewerkschaftsverbandes der Bediensteten in den Ministerien geht hervor, dass die Mitarbeiter des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt aus dem Teil 'ehemaliges Wohlfahrtsministerium' 2007 die meisten Überstunden unter den Ministerien geleistet haben. Während die durchschnittliche Mehrarbeit im Monat bei 37,7 Stunden lag, leisteten die Bediensteten im Teil Wohlfahrtsministerium 75,8 Überstunden, gefolgt vom Teil Arbeitsministerium (72,8 Stunden) und Wirtschaftsministerium (50,3 Stunden). 30% der Befragten verließen ihr Büro durchschnittlich erst nach 21 Uhr und 8,6% blieben sogar bis 23 Uhr oder später im Büro.

Verkürzung regulärer Arbeitszeit im öffentlichen Dienst

Das Personalamt schlug dem Parlament und der Regierung vor, die reguläre Arbeitszeit im öffentlichen Dienst der tatsächlichen Arbeitszeit in Privatunternehmen (7 Stunden und 44 Minuten laut einer Untersuchung des Personalamtes) anzugleichen. Im öffentlichen Dienst soll die Arbeitszeit um 15 Minuten auf 7 Stunden und 45 Minuten pro Tag verkürzt werden. Kritiker weisen darauf hin, dass eine 15-minütige Arbeitszeitverkürzung einer Steigerung des Stundenlohns um 3% entspreche. Da bei der öffentlichen Hand Überstunden zum Alltag gehören würden und die Arbeitszeitverkürzung in der Praxis nicht umgesetzt würde, hätte diese Maßnahme als einzige Folge höhere Überstundenprämien.

Keine Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst

Das Personalamt schlug vor, die Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst im Jahr 2008 nicht zu ändern. Ausgenommen werden soll das Jahresentgelt für Ärzte in staatlichen Krankenhäusern. Damit soll das Einkommensgefälle zu deren Kollegen in Privatkrankenhäusern gemindert werden. Ab 2009 sollen die Gehälter von Ärzten der öffentlichen Hand um 11% angehoben werden. Nach einer Untersuchung des Personalamtes lag das monatliche Entgelt der Angestellten im öffentlichen Dienst im April bei 387.506 Yen, etwa 2.500 Euro. Das ist nur 136 Yen, etwa 80 Eurocent, niedriger als der Durchschnittswert in der Privatwirtschaft. Das Entgelt bei privaten Betrieben sei kaum gestiegen und der Einkommensunterschied zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft ist gering. Daher gebe es keinen Grund für die Gehaltserhöhung, meinte das Personalamt.

Meinungsumfrage über die soziale Sicherheit

Aus einer Meinungsumfrage der Zeitung Asahi Shinbun ergibt sich, dass sich 69% der Befragten für das Solidaritätsprinzip im sozialen Versicherungssystem aussprechen und 25% eher die Selbsthilfe diesem Prinzip überordnen. 33% nennen die Anhebung der Verbrauchssteuer als neue Finanzierungsmöglichkeit, sollte die Finanzierung des sozialen Versicherungssystems im Zuge der demographischen Entwicklung künftig nicht gesichert werden. 25% möchten dafür die die Einkommens- und Körperschaftssteuer erhöhen und 16% die Leistungen kürzen.

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wollen 37% der Befragten eine Beitragserhöhung für das unveränderte oder verbesserte Rentenniveau in Bezug zum derzeitigen Stand hinnehmen. Dagegen bevorzugen 39% eine

Renten Kürzung, um die Beitragsanhebung zu vermeiden.

Leihmutterbaby darf nicht nach Japan einreisen

Ein von einer indischen Leihmutter in Indien geborenes Baby darf nicht nach Japan einreisen, da die beiden leiblichen Eltern sich zwischenzeitlich haben scheiden lassen und nur der Vater das Sorgerecht beantragt hat. Sowohl die leibliche Mutter als auch die Leihmutter haben das Sorgerecht verweigert. Das Kind ist damit staatenlos. Sowohl in Indien als auch in Japan gibt es kein Gesetz zur Leihmutterschaft. Das Science Council of Japan hat vor kurzem in einem Bericht Leihmutterschaft als solches abgelehnt. 100 japanische Paare hätten aber bereits in den USA Kinder durch Leihmütter gebären lassen.

Bericht vom 14.08. bis 27.08.2008

I. Zusammenfassung:

Mehr Arbeitsunfälle bei Leiharbeitnehmern

Medizinische Ausgaben

HIV-Statistik

Rentendynamisierung

Wiederherstellung der Rentenansprüche

Steuererleichterung für ältere Anleger

Arbeitslosigkeit im Juli

Personalausbau für Nahrungsmittelimport-Kontrollen

II. Im Einzelnen:

Mehr Arbeitsunfälle bei Leiharbeitnehmern

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums geht hervor, dass die Arbeitsunfälle bei Leiharbeitern 2007 drastisch auf 5.885 von 667 im Jahr 2004 zunahmen. Unter den Unfällen 2007 waren 36 mit tödlichem Ausgang. Die Zahl der Arbeitnehmer in dieser Berufsgruppe stieg dagegen nur von 2,27 Mio. (2004) auf 3,21 Mio. an. Im gleichen Zeitraum hat sich die Gesamtzahl der Arbeitsunfälle (2004: 132.248, 2007: 131.478) kaum geändert. 2004 wurde das gesetzliche Verbot des Einsatzes der Leiharbeiter im produzierenden Gewerbe aufgehoben. Die meisten Arbeitsunfälle (2.703 von 5.885 Fällen) wurden in dieser Branche registriert, gefolgt von Transport und Verkehr mit 316.

Medizinische Ausgaben

Das Sozialministerium gab es bekannt, dass die nationalen medizinischen Ausgaben 2006 um 1,3 Mrd. Yen, etwa 8 Mio. Euro, auf 33,1 Bio. Yen, etwa 210 Mrd. Euro, zurückgingen und deren Pro-Kopf-Ausgaben bei 259.300 Yen, etwa 1.700 Euro lagen. Dieser Ausgabenrückgang, der erstmals seit vier Jahren registriert wurde, ist auf die einschneidende Senkung der ärztlichen Gebühren um 3,16% zurückzuführen.

Die medizinischen Ausgaben für über 65-jährige Patienten weiteten sich im Zuge des Alterungsprozesses um 1,4% auf 17,1 Billionen Yen, etwa 110 Mrd. Euro, aus, während die Ausgaben für die unter 65-Jährigen 16 Billionen Yen, etwa 100 Mrd. Euro, betragen. Der Pro-Kopf-Wert bei den

Älteren schrumpfte um 1,8% auf 643.600 Yen, etwa 4.200 Euro. Dennoch war er vier Mal höher als derjenige der Jüngeren.

Die nationalen medizinischen Ausgaben wurden 2006 aufgebracht aus Beiträgen (16,2 Bio. Yen, etwa 100 Mrd. Euro), Steuergeldern (12,1 Billionen Yen, etwa 80 Mrd. Euro) und der Selbstbeteiligung der Patienten (4,8 Billionen Yen, etwa 30 Mrd. Euro).

HIV-Statistik

Nach Angaben des Sozialministeriums waren im Zeitraum vom 31. März bis zum 29. Juni in diesem Jahr 276 HIV-Infizierte und 109 HIV-Erkrankte neu gemeldet. Diese Quartalzahlen erreichten den zweit- und vierthöchsten Stand. 236 von den neu Infizierten wurden nach eigenen Angaben in Japan mit HIV angesteckt.

Rentendynamisierung

Das Sozialministerium will im Fiskaljahr 2009 trotz der gegenwärtigen Preissteigerung die Rentendynamisierung ausfallen lassen. Grund: Während der Deflationszeit der vergangenen Jahre wurde trotz Preisrückgangs das Rentenniveau gehalten. Deshalb fordert das Ministerium keine Finanzmittel für eine Rentensteigerung im Haushalt 2009. Davon losgelöst würde wegen eines makro-wirtschaftlichen Faktors in der Rentenformel die Rente 2009 erst dann angehoben, wenn die Preissteigerungsrate 2,5% übersteigt. Wegen des bevorstehenden Wahlkampfes fordern innerhalb der Koalition zahlreiche Politiker, die Interessen der Rentner besser zu berücksichtigen.

Wiederherstellung der Rentenansprüche

Nach der Abschaffung der Verjährungsregelung für Rentenansprüche im Juli 2007 wurden in den letzten zwölf Monaten insgesamt 72.853 Ansprüche in Höhe von ca. 42,5 Mrd. Yen, etwa 300 Mio. Euro, geltend gemacht und nachträglich ausgezahlt. Nach der alten Verjährungsregelung hätten Rentenansprüche keine Gültigkeit mehr, wenn diese zwei Jahre lang nicht erhoben worden wären.

Steuererleichterung für ältere Anleger

Die „Financial Services Agency“ wird noch in diesem Monat an das Finanzministerium seine Forderungen im Rahmen der Steuerreform 2009 stellen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Abschaffung der Besteuerung der Veräußerungsgewinne unter 5 Mio. Yen, etwa 30.000 Euro, und der Renditen unter 1 Mio. Yen, etwa 6.000 Euro, bei älteren Menschen. Dies soll älteren Menschen, die oft über größere Geldvermögen verfügen, zu gute kommen und gleichzeitig den Tokioter Aktienmarkt beleben. Der derzeitige Steuersatz beträgt 10%.

Arbeitslosigkeit im Juli

Im Juli waren insgesamt 2,56 Mio. Menschen beschäftigungslos (+220.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit nahm diese Zahl im vierten Monat in Folge zu. Die Zahl der abhängig Beschäftigten ging erstmals seit drei Monaten und um 110.000 auf 55,24 Mio. Menschen zurück. Vor allem im produzierenden Gewerbe, das durch die Teuerung von Erdöl sowie Roh- und Werkstoffen am meisten betroffen war, nahm diese Zahl um 260.000 ab. Außerdem schrumpfte bei Betrieben mit

weniger als 30 Beschäftigten die Belegschaft um 3,2%.

Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf 4% zurück: bei Männern betrug sie 4% (-0,2%) und bei Frauen 3,9% (-0,1%).

Personalausbau für Nahrungsmittelimport-Kontrollen

Zur Bekämpfung neuartiger Influenzaviren und Verstärkung bei der Kontrolle eingeführter Nahrungsmittel will das Sozialministerium 2009 insgesamt 108 Mitarbeiter (53 Quarantänebeamte und 55 Nahrungsmittel-Inspektoren) in den Quarantänestationen zusätzlich einstellen. Dies geht teilweise auf die Nahrungsmittelvergiftung durch aus China eingeführte Maultaschen zurück. Das Ministerium unterhält landesweit 108 Stationen und dort sind zurzeit 348 Quarantänebeamte und 341 Inspektoren tätig.

Bericht vom 28.08 bis 10.09.2008

I. Zusammenfassung:

Regierungsverwaltete Krankenkasse - Beitragserhöhung

Betriebskrankenkassen - Schuldenrekord

Demenzkranke

Arbeitsstatistik im Juli

Rücktritt der Richterin Yokoo im Obersten Gericht

Meinungsumfrage über soziales Versicherungssystem

II. Im Einzelnen:

Regierungsverwaltete Krankenkasse - Beitragserhöhung

Nach Berechnung des Sozialministeriums müsse der Beitragssatz in der regierungsverwalteten Krankenkasse, der zuletzt 2003 angehoben wurde, 2009 von derzeit 8,2% auf 8,3% bis 8,5% erhöht werden. Dies sei auf die Ausweitung der Ausgaben für Versicherungsleistungen und der finanziellen Beteiligung an der medizinischen Versorgung älterer Menschen zurückzuführen. Diese Versicherungsart, die 2007 mit einem Defizit von 139 Mrd. Yen (etwa 900 Mio. Euro) das Geschäftsjahr abschloss, werde in diesem Jahr ein Minus in Höhe von 190 Mrd. Yen (etwa 1,3 Mrd. Euro) ausweisen. In der regierungsverwalteten Krankenkasse sind hauptsächlich die Arbeitnehmer bei kleinen und mittelständischen Betrieben und deren Familienmitglieder, insgesamt etwa 36 Mio. Menschen, versichert.

Betriebskrankenkassen - Schuldenrekord

Die Beiträge der Betriebskrankenkassen zur Finanzierung der medizinischen Versorgung älterer Menschen 2008 werden um 390 Mrd. Yen (etwa 2,6 Mrd. Euro) beziehungsweise 17% insgesamt auf 2,62 Bio. Yen (etwa 18 Mrd. Euro) steigen. Nach Einschätzungen des Verbandes der Betriebskrankenkassen werden 90% von dessen etwa 1.500 Mitgliedskassen mit insgesamt 30 Mio. Versicherten 2008 ein Defizit ausweisen. Die laufenden Schulden dieser Kassen erreichen mit 632,2 Mrd. Yen, etwa 4 Mrd. Euro, den bisher höchsten Stand. Dafür ist hauptsächlich die Gesundheitsreform vom April 2008 ursächlich.

Um die verschuldete und teilweise mit Steuergeldern finanzierte regierungsverwaltete Krankenkasse zu entlasten, hat die Regierung mit der Reform die Betriebskrankenkassen, wo die Arbeitnehmer der Großunternehmen versichert sind, noch stärker in die Finanzierung der medizinischen Versorgung für ältere Menschen einbezogen. So mussten die Betriebskassen ab April die medizinischen Kosten älterer Patienten auch von der regierungsverwalteten Kasse mittragen, während sie sich vorher nur um ehemalige Betriebsangehörige zu kümmern hatten, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben in der Nationalen Krankenversicherung versichert sind.

In diesem Zusammenhang haben sich zwölf Betriebskrankenkassen mit 110.000 Versicherten bereits in diesem Jahr aufgelöst, um eine Überschuldung zu vermeiden. Die Versicherten wechseln dann meistens zur regierungsverwalteten Krankenversicherung über, deren Träger das Sozialversicherungsamt ist. Dies wird die Steuerzahler grob gerechnet über 2 Mrd. Yen, ca. 14 Mio. Euro im Jahr zusätzlich kosten.

Demenzkranke

Aus einer Untersuchung des Sozialministeriums geht hervor, dass sich die Zahl der Demenzkranken, die stationär behandelt wurden, 2005 im Zuge der schnellen Alterung der Gesellschaft von 43.000 (1996) auf 83.000 verdoppelt hat. 57% von den Demenzkranken blieben im Krankenhaus länger als ein Jahr und 15% von ihnen über fünf Jahre. Nach Einschätzungen des Ministeriums wird die Zahl der älteren Menschen, die an Demenz leiden, von 1,49 Mio. (2002) auf ca. 2,5 Mio. im Jahre 2015 steigen.

Arbeitsstatistik im Juli

Nach Angaben des Sozialministeriums nahm das monatliche Arbeitsentgelt im Juli durchschnittlich mit 388.315 Yen (etwa 2. 600 Euro) um 0,3% gegenüber dem Vorjahrswert und im siebten Monat in Folge zu. Die tatsächliche Arbeitszeit lag bei 154,8 Stunden (+0,8%) im Durchschnitt. Die Überstunden gingen um 1% auf 10,7 Stunden zurück. Vor allem im produzierenden Gewerbe schrumpften die Überstunden mit 15,7 Stunden um 4,9%.

Rücktritt der Richterin Yokoo im Obersten Gericht

Richterin des Obersten Gerichts, Kazuko Yokoo (67), kündigte ihr vorzeitiges Ausscheiden noch vor der Altersgrenze von 70 Jahren an. Frau Yokoo habe diese Entscheidung getroffen, weil sie unter 15 Richtern dieser Instanz die Dienstälteste sei und keine gerichtliche Verhandlung mehr zu ihrer Entscheidung anstehe. Frau Yokoo ist das einzige weibliche Mitglied in diesem Gerichtshof und seit Dezember 2001 im Amt. Vor der Übernahme dieses Amtes war sie unter anderem Präsidentin des Sozialversicherungsamts. Daher könnte Richterin Yokoo aus den Rentenskandalen des Sozialversicherungsamts die Konsequenzen gezogen haben. Das Oberste Gericht wies diese Spekulation zurück. Als Nachfolgerin wurde Frau Ryuko Sakurai (61), Gastprofessorin an der staatlichen Universität Kyushu, ernannt. Frau Sakurai stammt aus dem Arbeitsministerium und war zuletzt Leiterin der Frauenabteilung.

Meinungsumfrage über soziales Versicherungssystem

Einer Meinungsumfrage zufolge durch das Cabinet Office im Juli/August

waren 76% der Befragten mit dem gegenwärtigen Sozialversicherungssystem unzufrieden. Bei Mehrfachnennung gaben sich 70% mit der Rentenversicherung nicht zufrieden, 56% mit der Kranken- und 53% mit der Pflegeversicherung. 43% der Befragten wollen Mehrbelastungen hinnehmen, sollte das Leistungsniveau gehalten werden. 20% präferieren die Senkung des Leistungsniveaus für eine gleich bleibende finanzielle Belastung.

Bericht vom 11.09 bis 24.09.2008

I. Zusammenfassung:

Regierung fordert Lohnsteigerung

Mindestlohn

Alternde Bevölkerung

Pflegende Angehörige

Erhöhung des Entbindungsgeldes

Ausländische Arbeitnehmer

II. Im Einzelnen:

Regierung fordert Lohnsteigerung

Wirtschaftsminister Nikai forderte den Arbeitgeberverband Keidanren auf, sich um Lohnanhebungen bei der Tarifrunde im Frühjahr 2009 zu bemühen.

Dadurch soll die Kaufkraft privater Haushalte, die unter der Preissteigerung von Erdöl und Nahrungsmitteln leiden, erhöht werden. Darauf antwortete Keidanrens Präsident Mitarai, dass sich sein Verband nach Möglichkeit darum bemühen werde, dem Wunsch der Regierung zu entsprechen. Gleichzeitig forderte Mitarai seinerseits die Regierung auf, eine Steuerreform durchzuführen. Insbesondere die Körperschaftssteuer solle gesenkt werden.

Mindestlohn

Nach Angaben des Sozialministeriums wird der Mindestlohn in diesem Jahr durchschnittlich um 16 Yen auf 703 Yen pro Stunde erhöht. Den höchsten Mindestlohn von 766 Yen (etwa 4,80 Euro) werden die Arbeitnehmer in Tokyo (+27 Yen) bekommen. Dagegen werden mit 627 Yen (etwa 4 Euro) in Miyazaki (+8 Yen), Kagoshima (+8 Yen) und Okinawa (+9 Yen) die niedrigsten Mindestlöhne bezahlt.

Alternde Bevölkerung

Laut dem Innenministerium stieg die Zahl der Menschen über 65 Jahre im Vergleich zum Vorjahr um 760.000 auf 28,19 Mio. (Männer: 12,03 Mio., Frauen: 16,16 Mio.). Dies entspricht einem Anteil von 22,1% an der Gesamtbevölkerung, die gegenüber dem Vorjahr um 50.000 auf 127,71 Mio. schrumpfte. Die Anzahl unter 14-Jährigen lag bei 17,18 Mio. Die Zahl der über 100-Jährigen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3.981 auf 36.276: Männer 5.063 (+450) und Frauen 31.213 (+3.531).

32,2% der älteren Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren waren 2007 berufstätig. Dieser Wert nahm gegenüber der letzten Erfassung im Jahre 2002 um 1,1% zu. Die Rentner-Haushalte gaben 2007

durchschnittlich 203.567 Yen (etwa 1.300 Euro) im Monat aus und nahmen netto 163.023 Yen (etwa 1.100 Euro) ein. Das Defizit von 40.544 Yen lag um 5.276 Yen (30 Euro) etwas über dem Vorjahresniveau.

Pflegende Angehörige

Einer Untersuchung des Sozialministeriums zufolge waren 34,1% der häuslich pflegenden Angehörigen 2007 älter als 70 Jahre. 11,1% von ihnen (2001: 6,2%, 2004: 8,5%) waren sogar älter als 80 Jahre. Dies ist offensichtlich auf die Zunahme der Kernfamilie (durchschnittlich 2,63 Mitglieder pro Haushalt) und die Überalterung der Gesellschaft zurückzuführen. Der Anteil der Drei-Generation-Haushalte sank mit 8,4% auf den bisher niedrigsten Stand.

Erhöhung des Entbindungsgeldes

Das Sozialministerium hat vor, das Entbindungsgeld, das als einmalige Pauschalzahlung für eine Lebendgeburt ausbezahlt wird, ab Januar 2009 von derzeit 350.000 Yen auf 380.000 Yen (etwa 2.500 Euro) anzuheben. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nur für medizinisch notwendige Eingriffe wie Kaiserschnitt. Das Ministerium wird noch im Oktober die einschlägigen Gesetze entsprechend ändern.

Ausländische Arbeitnehmer

Zum Ende Juni 2008 lag die Anzahl der ordnungsgemäß gemeldeten ausländischen Arbeitnehmer bei 338.813 und nahm damit gegenüber der letzten Erfassung 2006 mit ca. 223.000 deutlich zu. Seit dem Oktober 2007 sind Arbeitgeber entgegen der früheren Praxis auf freiwilliger Basis zur

Meldung der Einstellung wie Entlassung ausländischer Mitarbeiter beim Arbeitsamt verpflichtet. 44% der ausländischen Arbeitnehmer kommen aus China und ca. 20% aus Brasilien.

Bericht vom 25.09. bis 08.10.2008

I. Zusammenfassung:

Krankenkassen erhöhen Beiträge

Arbeitslosigkeit im August

Rentenreform

Sozialhilfe

Überstunden gehen zurück - Rentendynamisierung

Economic Partnership Agreement mit den Philippinen

II. Im Einzelnen:

Krankenkassen erhöhen Beiträge

Die größte japanische betriebliche Krankenkasse NTT (ca. 600.000 Versicherte) wird den Beitragssatz ab dem Oktober erstmals seit 1997 anheben: von 6,27% auf 7,27%. Grund dafür ist, dass sich die Betriebskrankenkassen an der Finanzierung medizinischer Versorgung für ältere Menschen beteiligen müssen. Mit dieser Maßnahme wird eine Mehrbelastung von ca. 30.000 Yen, ca. 220 Euro im Jahr auf jeden

Versicherten bei der Betriebskrankenkasse NTT zukommen. Die Betriebskrankenkasse der Privateisenbahngesellschaften erwägt aus denselben Gründen ebenfalls eine Beitragsanhebung.

Arbeitslosigkeit im August

Im August waren insgesamt 2,72 Mio. Menschen beschäftigungslos (+230.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit nahm diese Zahl im fünften Monat in Folge zu. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um 410.000 auf 64,05 Mio. Menschen zurück.

Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf 4,2% : bei Männern betrug sie 4,3% (+0,3%) und bei Frauen unverändert 3,9%.

Rentenreform

Das Sozialministerium legte seinen ersten Entwurf zur Rentenreform bei der zuständigen Kommission zur Beratung vor. Die wichtigen Punkte davon sind:

- Einführung der Beitragsbefreiung während der Kindererziehung: Dies gilt derzeit nur für die Versicherten in der Arbeitnehmer-Rentenversicherung. In Zukunft sollen auch die Versicherten in der Volksrentenversicherung dieses Recht in Anspruch nehmen können.
- Verkürzung der Mindestwartezeit für die Grundrente von derzeit 25 Jahre auf zehn Jahre.
- Versicherungspflicht der Teilzeitbeschäftigten: sie werden zur Arbeitnehmer-Rentenversicherung verpflichtet.

- Beitragsnachlass für die Einkommensschwachen in der Grundrente: Unabhängig von deren Antragstellung wird ihr Beitrag automatisch gesenkt. Der fehlende Betrag wird durch Steuergelder ersetzt, damit diese Maßnahme nicht zur Rentenminderung führt.

Sozialhilfe

Die Zahl der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen, stieg 2007 um 29.455 auf ca. 1,1 Mio.. Die Anzahl nahm im 15. Jahr in Folge zu. Die Sozialhilfeempfänger werden statistisch unterteilt in 497.700 Altenhaushalte ab 65 Jahren, 401.100 Haushalte der Behinderten und Arbeitsunfähigen sowie 92.900 allein erziehende Mütter.

Überstunden gehen zurück

Die geleisteten Überstunden im produzierenden Gewerbe ging im August gegenüber dem Vorjahr um 6,9% bzw. 14,7 Stunden laut Arbeitsministerium zurück. Seit dem April zeigte die Überstundenzahl ständig eine sinkende Tendenz mit einer monatlichen Schrumpfung von 3% bis 5%. In der gesamten Industrie betrug die durchschnittliche Arbeitszeit im August 144,4 Stunden (-2,3%). Es wurde im Schnitt 10,2 Stunden (-2,9%) Mehrarbeit geleistet.

Der reale Lohnindex sank im August um 2,8% (Juli -2,5%). Dies ist die größte Einbuße seit Dezember 2002.

Rentendynamisierung

Trotz der Preissteigerung wird 2009 die Rente, die eigentlich der Preisentwicklung angepasst wird, nicht erhöht. Dies geht auf eine neue

Regelung in der Rentenreform 2004 zurück. Dieser Regelung zufolge ist die Lohnentwicklung für die Rentendynamisierung dann maßgeblich, sollte die Lohnsteigerung unter dem Preisniveau liegen. In den Jahren 2005 bis 2007 wurden die Löhne im Jahresdurchschnitt um ca. 0,4% angehoben, doch die Preise stiegen dagegen deutlich höher an. Die Ausweitung der irregulären Beschäftigungsverhältnisse, bei denen eine Lohnsteigerung kaum zu erwarten ist, ist für die schwache Lohnentwicklung verantwortlich.

Economic Partnership Agreement mit den Philippinen

Mit der Zustimmung des philippinischen Oberhauses für die Ratifikationsvorlage zum japanisch-philippinischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) ist nun der Weg für die Beschäftigung von 1.000 philippinischen Kranken- und Altenpflegern in Japan endgültig frei. Das Ratifizierungsverfahren auf den Philippinen hat drei Jahre gedauert. Die Philippinen wollten mehr Arbeitnehmer nach Japan entsenden.

Bericht vom 09.10.08 bis 29.10.08

I. Zusammenfassung:

Ausländische Praktikanten

Pflegeversicherung

Lohnsteigerung für Pflegekräfte

Finanzierung des Sozialversicherungssystems

Einwanderungspolitik
Tarifrunde im Frühjahr
Abfindungsgeld

II. Im Einzelnen:

Ausländische Praktikanten

Aus einer Untersuchung des Rechnungshofs ergab sich, dass in den Jahren 2006 und 2007 etwa 12.700 ausländische Praktikanten noch vor dem Abschluss ihrer Tätigkeit entweder verschwunden oder ins Heimatland zurückgekehrt waren. Zum Technologietransfer in Entwicklungsländer nimmt Japan ausländische Arbeitnehmer zur beruflichen Ausbildung und anschließendem Praktikum insgesamt für drei Jahre auf. Nach einjähriger Ausbildung arbeiten sie in der Regel zwei Jahre als Praktikant. 2006 reisten 92.000 und 2007 111.000 Praktikanten nach Japan ein. 1.668 bzw. 2.125 von ihnen waren während dieser Zeit verschwunden.

Pflegeversicherung

Laut einer Studie des Sozialministeriums verschlechterte sich die Rentabilität bei den Pflegediensteanbietern gegenüber 2005 um 14,4%. Wegen der Steigerung der Personalkosten schrumpfte vor allem die Rentabilität des Care-Manager-Geschäfts um 17% und die der Tagespflege um 14,4%. Der Studie liegt die 2009 vorzunehmende Revision der Gebührenordnung für Pflegedienste zugrunde. Die Anbieter fordern eine Gebührenerhöhung, um langfristig Arbeitskräfte für ihre Branche sichern zu können.

Lohnsteigerung für Pflegekräfte

Bei der nächsten Revision wollen Regierung und Koalition die Gebührenordnung für Pflegedienste dahingehend ändern, dass die Pflegekräfte monatlich ca. 20.000 Yen, etwa 160 Euro mehr erhalten. Im Vergleich zu den sonstigen Berufen sind die Altenpfleger schlechter bezahlt und wechseln deshalb oft ihren Beruf. Zur Finanzierung dieser Maßnahme sollen ca. 120 Mrd. Yen, etwa 1 Mrd. Euro im Rahmen eines zusätzlichen Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellt werden. Da es sich um eine versicherungsfremde Maßnahme handelt, kann dies die Versicherungssystematik gefährden. Die Gebührenordnung ist in der Regel alle drei Jahre zu revidieren und die Gebühren wurden bei den beiden Revisionen in den Jahren 2003 und 2006 jeweils um 2,3% und 2,4% herabgesetzt.

Finanzierung des Sozialversicherungssystems

Premierminister Aso sprach mit den Koalitionsparteien über ein mittelfristiges Programm zur finanziellen Sicherung der Sozialversicherungssysteme parallel zu einem zusätzlichen Konjunkturprogramm. Dabei denkt er offensichtlich an die Anhebung der Verbrauchssteuer. Das mittelfristige Programm soll aber erst nach der Erholung der japanischen Wirtschaft umgesetzt werden. Nach Einschätzungen der Nationalkonferenz für soziale Sicherheit wird 2025 die Anhebung der Verbrauchssteuer um ca. 4% zur Finanzierung der medizinischen und pflegerischen Versorgung erforderlich, sollte die Reform für die Qualitätsverbesserung und Effektivität vorgenommen werden. Im Rahmen dieser Reform muss vor allem das Personal in diesen Bereichen wie Ärzte, Kranken- und Altenpfleger erhöht werden. Hierzu

kommt noch die geplante Steigerung des staatlichen Anteils an der Grundrentenfinanzierung. Mit diesen Mehrbelastungen zusammen muss die Verbrauchssteuer 2025 von derzeit 5% insgesamt auf 10% angehoben werden. Außerdem ist der Beitragssatz in der Kranken- und Pflegeversicherung jeweils um 20% und 80% zu erhöhen.

Einwanderungspolitik

Angesichts der Bevölkerungsschrumpfung im Zuge der demographischen Entwicklung schlug der Industrie- und Arbeitgeberverband Keidanren die Aufnahme von Einwanderern vor. Keidanren hat bisher auf der zeitlich begrenzten Aufnahme ausländischer Arbeitnehmer bestanden. Derzeit sind ca. 650.000 Ausländer einschließlich Praktikanten in Japan beschäftigt. Sollte die Möglichkeit für einen dauerhaften Aufenthalt angeboten werden, so Keidanren, könnte Japan außerdem qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland anwerben. Laut dem Nationalinstitut für soziale Sicherheit und demographische Entwicklung wird Japans Bevölkerung 2055 um ca. 30% auf 89,93 Mio. schrumpfen und sich die erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis 65 Jahre) auf 45,95 Mio. fast halbieren.

Tarifrunde im Frühjahr

Der größte Dachgewerkschaftsverband Rengo beschloss die Eckpunkte für die Tarifrunde im Frühjahr 2009. Rengo fordert die Arbeitgeber auf, die Lohnsteigerung mindestens an die Preisentwicklung anzupassen. Dies entspricht bei einem Arbeitnehmer mit einem Monatsentgelt von 300.000 Yen einer Lohnsteigerung um ca. 2% bzw. 6.000 Yen, etwa 50 Euro. Auf einer Presskonferenz sagte Rengo-Präsident Takagi, dass eine Lohnerhöhung das beste Konjunkturprogramm sei.

Abfindungsgeld

Einer Statistik des Sozialministeriums zufolge schrumpfte das Abfindungsgeld für Akademiker, das beim Ausscheiden mit dem Erreichen der betrieblichen Altersgrenze teils als einmalige Zahlung und teils als Betriebsrente geleistet wird. 2007 ging es im Vergleich zu 1997 um ca. 8 Mio. Yen und 2002 um ca. 4 Mio. Yen auf durchschnittlich 20,75 Mio. Yen, etwa 170.000 Euro zurück. Dies ist unter anderem auf kürzere Betriebszugehörigkeiten wegen häufigen Arbeitgeberwechsels und dem Rückgang des Grundgehalts als Bemessungsgrundlage für das Abfindungsgeld zurückzuführen. 43% der Arbeitnehmer mit Universitätsabschluss gehören 2008 mehr als 35 Jahre zu einem Betrieb, während dieser Wert 2003 noch 61% betrug.

Bericht vom 30.10. bis 12.11.2008

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im September

Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung

Verbraucherpreisindex

Pflegeversicherung

Krankenversicherung

Entbindungsgeld

Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

Ärztemangel

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im September

Im September waren insgesamt 2,71 Mio. Menschen beschäftigungslos (+20.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit nahm diese Zahl im sechsten Monat in Folge zu. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um 290.000 auf 63,93 Mio. Menschen zurück. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf 4,0% : bei Männern betrug sie 4,1% (-0,2%) und bei Frauen unverändert 3,9%. Dies ist auf die Zunahme der männlichen nicht-erwerbsfähigen Bevölkerung um 280.000 gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung

Regierung und Koalition versuchen derzeit, im Rahmen eines neuen Konjunkturpakets den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ab 2009 um 0,2-0,4% auf 1,0-0,8% zur Entlastung der Tarifpartner zu senken. Dank der niedrigeren Arbeitslosenzahl im letzten Jahr erwartet die Arbeitslosenversicherung 2008 einen Überschuss von ca. 500 Mrd. Yen, etwa 4 Mrd. Euro. Die Rücklagen werden dann 5 Bio. Yen, etwa 4 Mrd. Euro betragen. Außerdem stellte die Regierung zur Finanzierung dieser Versicherungsart 2008 ca. 160 Mrd. Yen, etwa 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Das Finanzministerium versucht seinerseits, diese staatliche Finanzierung abzuschaffen. Sozialminister Masuzoe sprach sich aber dagegen aus, weil die Arbeitslosenzahl im Zuge der Finanzkrise sprunghaft steigen könnte.

Verbraucherpreisindex

Im September stieg der Verbraucherpreisindex ohne Frischwaren gegenüber dem Vorjahr um 2,3% und damit im 12. Monat in Folge. Mit +9,2% sind die Preise für Energie und Wasserversorgung am meisten angestiegen. Die Teuerungsrate in der Innenstadt von Tokyo lag im Oktober bei 1,5%.

Pflegeversicherung

Der Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung wird ab 2009 landesdurchschnittlich um 3-5% beziehungsweise 150-200 Yen, etwa 1,20 bis 1,60 Euro pro Versicherten und Monat angehoben. Dafür sind die Zunahme der Pflegebedürftigen im Zuge der Alterung der Bevölkerung und die Erhöhung der Gebühren für die Pflegedienstanbieter um 3% ab 2009 verantwortlich. Da die letztere Maßnahme jedoch teilweise durch ein zusätzliches Konjunkturprogramm gegenfinanziert wird, wird der Anstieg des Beitragssatzes gemildert. Sonst müsste er monatlich ca. 300 Yen, etwa 2,40 Euro höher gesetzt werden.

Krankenversicherung

Aus einer Studie des Sozialministeriums ergab sich, dass landesweit 32.776 Kinder jünger als 15 Jahre nicht mehr in der Nationalen Krankenversicherung versichert sind, weil ihre Eltern mehr als ein Jahr keine Beiträge eingezahlt haben. Nach Angaben des Ministeriums zahlen 3,82 Mio. Haushalte (18,4% der Mitglieder) ihre Beiträge nicht mehr ein und 331.000 Haushalte haben derzeit keinen Versicherungsschutz. Deshalb will das Ministerium die Kommunen, Träger der Nationalen Krankenversicherung, dazu bewegen, mindestens diesen Kindern einen vorübergehenden Versicherungsnachweis zunächst für einen Monat

auszustellen, wenn sie ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen müssen.

Entbindungsgeld

Im Rahmen der Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang will die Regierung werdenden Eltern von den Zahlungsmodalitäten mit dem Krankenhaus befreien. Bislang tragen die Eltern zunächst selber die bei der Entbindung entstandenen Kosten und erhalten nach der Entbindung das Entbindungsgeld in Höhe von 350.000 Yen, etwa 3.000 Euro als einmalige Zahlung von der Regierung. Mit einer Reform sorgt die Regierung dafür, dass das Entbindungsgeld der Regierung über die Krankenkasse direkt an das Krankenhaus ausgezahlt wird. Mit dieser Maßnahme will die Regierung auch gegen den Mangel an Zahlungsmoral bei den Eltern vorgehen. Um die Eltern in Großstädten, wo die Entbindungskosten häufig über dem Entbindungsgeld liegen, zu entlasten, werden Zusatzleistungen eingeführt.

Für diese Maßnahmen sind insgesamt ca. 50 Mrd. Yen, etwa 400 Mio. Euro erforderlich. Die Regierung hat vor, einen entsprechenden Gesetzentwurf im Januar im Parlament zur Beratung vorzulegen und diesen im Sommer in Kraft zu setzen.

Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

Die Nationalkonferenz für soziale Sicherheit stellte ihren Abschlussbericht zusammen. Danach soll die Verbrauchssteuer von derzeit 5% im Jahre 2015 um 3-4% und im Jahre 2025 um 6% angehoben werden, um die Sozialversicherungssysteme: Rente, Gesundheitswesen, Pflege sowie Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang finanzieren zu können. Auf der

Grundlage dieses Berichts wird die Regierung noch in diesem Jahr ein mittelfristiges Programm für die Steuerreform ausarbeiten.

Premierminister Aso hatte bereits eine Erhöhung der Verbrauchssteuer frühestens in drei Jahren angekündigt.

Ärztmangel

Auf Aufforderung des Erziehungsministeriums werden für Medizinstudenten an 79 Universitäten ab 2009 insgesamt 693 neue Studienplätze eingerichtet. Damit gibt es in Japan 8.486 Studienplätze für Medizin. Die Zahl übertrifft den bisher höchsten Stand mit 8.280 Plätzen in den Jahren 1981 bis 1984. Das Ministerium übernimmt einen Teil der zusätzlich erforderlichen Kosten für Personal und Einrichtungen.

Bericht vom 13.11 bis 26.11.2008

I. Zusammenfassung:

Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen

Sozialleistungsausgaben

Pflegeversicherung

Rentenabkommen mit Brasilien und Indien

Toyotaberater kritisiert Medien

Ermordung eines ehemaligen Staatssekretärs

II. Zusammenfassung:

Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums geht hervor, dass der Anteil der Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen an den Beschäftigten bei privaten Betrieben 2007 um 3,2% gegenüber dem Jahre 2003 auf 37,8% stieg. Diese Arbeitnehmergruppe wird in Teilzeitbeschäftigte mit einem Anteil von 22,5% (-0,5 Punkte), Leiharbeiter mit 4,7% (+2,7 Punkte) und Vertragsarbeiter mit 2,8% (+0,5 Punkte) unterteilt.

Nach Angaben vom Cabinet Office weitete sich die irreguläre Beschäftigung bei den jüngeren Arbeitnehmern in den letzten 15 Jahren deutlich aus. Der Anteil der Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen stieg in der Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren von 36% (1992) auf 72% (2007) und in der von 20 bis 24 Jahren von 17% auf 43%, während der Anstieg in anderen Altersgruppen, 25-29 und 30-34 Jahre, im gleichen Zeitraum jeweils mit 16% (von 12% auf 28%) und 12% (von 14% auf 26%) relativ gering war.

Sozialleistungsausgaben

Laut dem Nationalinstitut für Soziale Sicherheit und Demographische Entwicklung (IPSS) nahmen die Gesamtausgaben für Sozialleistungen: Rente, Gesundheit und Pflege 2006 um 1,5% zu und erreichten den bisher höchsten Stand. Die Ausgaben setzten sich aus Steuerausgaben und Versicherungsbeiträgen zusammen.

Pflegeversicherung

Angesichts der verschlechterten Rentabilität in den Care-Manager-Geschäften wird das Sozialministerium bei der kommenden Revision der Gebührenordnung auch die Vergütung für Care-Manager verbessern. Nach der letzten Revision im Jahre 2006 werden die Care-Manager gemindert entlohnt, sollten sie mehr als 40 Care-Pläne erstellt haben. Bis 40 Fällen erhalten sie normalerweise 10.000 Yen, etwa 80 Euro pro Care-Plan, während sie nur noch 6.000 Yen bzw. 4.000 Yen, etwa 50 Euro bzw. 30 Euro in Anspruch nehmen dürfen, wenn sie 40 bis 60 oder mehr als 60 Fälle betreuen.

Rentenabkommen mit Brasilien und Indien

Japan nimmt Verhandlungen mit Brasilien über ein Rentenabkommen auf und will sie in drei Jahren zum Abschluß bringen. Mit Indien hat Japan bereits ein vorbereitendes Gespräch zu diesem Thema aufgenommen. Für die Zukunft hat die japanische Regierung vor, mit weiteren Schwellenländern Rentenabkommen abzuschließen.

Toyotaberater kritisiert Medien

Der Berater von Toyota und ehemalige Präsident des Arbeitgeberverbandes Keidanren, Okuda, kritisierte die Medien wegen deren negativen Berichterstattungen über das Sozialministerium. Die Medien hätten, so Okuda, mit ihrer Kritik das rechte Maß weit überschritten. Er denke persönlich an Gegenmaßnahmen gegenüber den Medien, indem er Zeitungsreklame und Sponsorschaf seiner Firma bei Zeitungen und TV-Programmen einstelle. Das Sozialministerium wird im Zusammenhang mit

einer Reihe von Rentenskandalen in Zeitung und Fernsehen häufig kritisiert. Okuda sitzt einem Fachkreis zur Sozialpolitik beim Cabinet Office vor.

Ermordung eines ehemaligen Staatssekretärs

Am 18. 11. 2008 wurde der ehemalige Staatssekretär des Sozialministeriums, Takehiko Yamaguchi (66), und dessen Ehefrau in Saitama zu Hause erstochen aufgefunden. Am gleichen Tag wurde die Ehefrau eines weiteren ehemaligen Staatssekretärs, Kenji Yoshihara (76), ebenfalls zu Hause schwer verletzt. Yoshihara war zu diesem Zeitpunkt außer Haus.

Die Zeitungen sahen einen Zusammenhang zwischen den Vorfällen und einer Reihe von Rentenskandalen im Sozialministerium. Yoshihara als Abteilungsleiter und Yamaguchi als Referatsleiter waren an der Rentenreform von 1985, mit der die Grundrente eingeführt wurde, maßgeblich beteiligt. Später wurde Yoshihara zum Leiter des Sozialversicherungsamts und Yamaguchi zum Leiter der Rentenabteilung ernannt. Zuletzt waren beide jeweils Staatssekretär unter Sozialminister Koizumi, der zweimal dieses Amt innehatte.

Der ehemalige Sozialminister Tsushima kritisierte die Oppositionsparteien und die Medien wegen deren durchgehend negativer Berichterstattung über das Ministerium. Beide würden, so Tsushima, die Verdienste des Sozialministeriums überhaupt nicht zu würdigen wissen. Es sei wirklich zu bedauern, wenn dies diese Taten herbeigeführt haben sollte.

Am 23.11.2008 stellte sich ein 46-jähriger Mann beim Polizeipräsidium Tokyo und gestand die Mordanschläge. Er soll Anschläge an weiteren

ehemaligen Staatssekretären und Leitern des Sozialversicherungsamts präzise geplant haben. Dennoch stehen seine Taten möglicherweise nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Rentenskandalen. Nach eigenen Angaben habe er deshalb die Taten begangen, weil ein Gesundheitsamt in seiner Kinderzeit seinen Hund getötet hatte.

Der Vorwurf an das Sozialministerium ist unzutreffend, denn für das Gesetz zum Schutz der Haustiere ist das Umweltministerium zuständig. Gesundheitsämter sind kommunale Einrichtungen. Das Sozialministerium ist lediglich für die Bekämpfung von Tollwut verantwortlich.

Bericht vom 27.11.08 bis 10.12.08

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im Oktober
30.000 Leih- und Auftragsarbeiter verlieren ihren Job
Revision der Arbeitslosenversicherung
Einkommensrückgang bei Arbeitnehmern
Premierminister Aso fordert Lohnerhöhung
Pflegeversicherung
Beschäftigungspaket

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im Oktober

Im Oktober waren insgesamt 2,55 Mio. Menschen beschäftigungslos (-160.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Diese Zahl nahm erstmals seit sieben Monaten ab. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um 360.000 auf 63,88 Mio. Menschen zurück. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vormonat um 0,3% auf 3,7% : bei Männern betrug sie 3,9% (-0,2%) und bei Frauen 3,5% (-0,4%).

Der Rückgang der Arbeitslosenquote ist auf die Zunahme der nicht-erwerbsfähigen Bevölkerung zurückzuführen, die weder berufstätig ist noch aktiv einen Arbeitsplatz sucht. Dieser Personenkreis weitete sich im Oktober um 560.000 auf 44,06 Mio. Menschen aus. Daher sei von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt keine Rede, meint das Arbeitsministerium.

30.000 Leih- und Auftragsarbeiter verlieren ihren Job

Laut einer Untersuchung des Arbeitsministeriums werden landesweit etwa 30.000 Leih- und Auftragsarbeiter in den nächsten sechs Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren, weil ihr Arbeitsvertrag entweder nicht verlängert oder vorzeitig gekündigt wird. Die meisten von ihnen arbeiten im produzierenden Gewerbe. In der Präfektur Aichi, wo sich die Autozulieferer konzentrieren, müssen 4.104 Leih- und Auftragsarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen.

Revision der Arbeitslosenversicherung

Im Rahmen der Reform der Arbeitslosenversicherung erwägt das Arbeitsministerium, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes bei älteren

Arbeitnehmern um 60 Tage zu verlängern und die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht zugunsten der Leih- und Zeitarbeiter zu lockern. Derzeit kann ein Arbeitsloser je nach der Versicherungszeit 90 bis 150 Tage bei eigener Kündigung und bis zu 330 Tage bei betriebsbedingter Kündigung Arbeitslosengeld beziehen. Ein Arbeitnehmer darf nur dann in der Arbeitslosenversicherung versichert sein, wenn er wöchentlich mehr als 20 Stunden arbeitet und voraussichtlich mehr als ein Jahr beschäftigt sein kann. Die letztere Voraussetzung will das Arbeitsministerium auf sechs Monate reduzieren. Ein entsprechendes Reformwerk wird in der kommenden Sitzungsperiode ab dem Januar 2009 im Parlament zur Beratung vorgelegt.

Einkommensrückgang bei Arbeitnehmern

Die weltweite Rezession im Zuge der Finanzkrise schlägt in Japan durch. Das Arbeitsentgelt im Oktober ging erstmals seit zehn Monaten und im Schnitt um 0,1% auf 274.751 Yen, etwa 2.300 Euro, zurück. Dies ist hauptsächlich auf die Einkommenseinbuße wegen Überstundenabbau zurückzuführen. Die monatliche Überstundenzulage schrumpfte im Oktober um 3,1% auf 19.356 Yen, etwa 150 Euro und die Überstundenzahl um 4,5% auf etwa 10 Stunden. Vor allem im produzierenden Gewerbe ist die Entwicklung dramatisch. Die Überstunden wurden dort um 11,1% abgebaut und die entsprechende Zulage ging um 9,7% zurück.

Premierminister Aso fordert Lohnerhöhung

Premierminister Aso forderte die beiden Wirtschaftsvertreter, Keidanren-Präsident Mitarai und Handelskammer-Präsident Okamura, zu Lohnerhöhungen bei der kommenden Tarifrunde und Arbeitsplatzsicherung für Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen auf. Aso

meinte, dass die Arbeitgeber Spielraum für eine Lohnerhöhung haben würden, weil der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung 2009 von derzeit 1,2% um bis zu 0,4% gesenkt wird. Mitarai erwiderte, dass sich die Wirtschaft um Lohnsteigerungen bemühen werde.

Pflegeversicherung

Nach Angaben des Sozialministeriums wird der Beitragssatz für ältere Menschen über 65 Jahre in der gesetzlichen Pflegeversicherung ab 2009 durchschnittlich um 180 Yen bzw. ca. 4% auf ca. 4.270 Yen, etwa 3,80 Euro im Monat angehoben. Entsprechend der regelmäßigen Revision der Gebührenordnung wird der Beitragssatz ebenfalls alle drei Jahre geändert. Er wurde 2003 landesdurchschnittlich um ca. 13% und 2006 um ca. 24% erhöht.

Die Regierung hat vor, ab 2009 die Vergütung für Pflegedienste um 3% zu erhöhen und zur Teil-Finanzierung dieser Maßnahme 120 Mrd. Yen, etwa 1 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Dadurch will die Regierung die eigentlich erforderliche Beitragsanhebung um die Hälfte drücken.

Beschäftigungspaket

Die Regierung beschloss für zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen in den nächsten drei Jahren insgesamt ca. 2 Bio. Yen, etwa 17,5 Mrd. Euro auszugeben. Davon werden 400 Mrd. Yen, etwa 3,6 Mrd. Euro, in einen Fonds für die Schaffung von Arbeitsplätzen einfließen. Finanziert werden die Maßnahmen je zur Hälfte durch die Rücklagen in der Arbeitslosenversicherung und die allgemeinen Steuereinnahmen.

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit steigt

Staatliche Unterstützungen für Leih- und Auftragsarbeiter

Beschäftigungspaket der Opposition

OECD fordert Beschäftigungsmaßnahmen

Unterstützung für Kommunen bei Beschäftigungspolitik

Gewerkschaft

Mindestlohn

Pflegeversicherung

Aufnahme von Flüchtlingen

Gespräch Kommunistische Partei und Arbeitgeberverband

Haushaltsplan 2009

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit steigt

Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass 85,000 irreguläre Beschäftigte bis März 2009 ihren Job verlieren werden. Im November war für den gleichen Zeitraum mit 30,000 Kündigungen gerechnet worden. Die Arbeitslosigkeit im November stieg auf 3,9% von 3,7% im Oktober. Im Jahresvergleich ging die Lohnsumme von Arbeitnehmern um nominal um 1,9 % und real um 3,1 % zurück. Nach Statistik des Wirtschaftsministeriums ging die Industrieproduktion im November

gegenüber dem Vormonat um 8,1% zurück.

Staatliche Unterstützungen für Leih- und Auftragsarbeiter

Das Arbeitsministerium beschloss, Leih- und Auftragsarbeitern Überbrückungskredite mit einem niedrigerem Zinssatz in Höhe von maximal 1,86 Mio. Yen (ca. 14.000 Euro) zu gewähren, wenn ihr Arbeitsvertrag nicht mehr verlängert oder vorzeitig gekündigt wird. Die Betroffenen können zunächst beim Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag stellen und dann bei einer Bank einen Kredit aufnehmen. Der Zinssatz beträgt 3% und die Schulden werden teilweise erlassen, sollten die Kreditnehmer innerhalb von sechs Monaten einen neuen Arbeitsplatz finden.

Darüber hinaus stellt das Arbeitsministerium für diesen Personenkreis 13.000 Wohnungen zur Verfügung. Die Leih- und Auftragsarbeiter müssen oft die durch den Arbeitgeber bereitgestellten Wohnungen sofort verlassen, wenn sie entlassen sind.

Beschäftigungspaket der Opposition

Das Beschäftigungspaket, das von den Oppositionsparteien ausgearbeitet wurde, ist im zuständigen Oberhausausschuss verabschiedet worden. Dort haben die Oppositionsparteien zusammengenommen die Mehrheit. Trotz Widerstände von Koalitionsparteien und Kommunistischer Partei Japans setzten die Oppositionsparteien Demokratische Partei Japans (DPJ), Sozialdemokratische Partei Japans und Kokumin-Shinto die Abstimmung über das Gesetzeswerk durch und verabschiedeten dieses. Gleich danach bot DPJ-Chef Ozawa Premierminister Aso als Parteichef der Liberaldemokratischen Partei ein Spitzengespräch an und wollte diesen

dabei zur Verabschiedung dieses Pakets auch im Unterhaus in der laufenden Sitzungsperiode drängen. Premierminister Aso lehnte das Gespräch ab. Der Gesetzesentwurf der Opposition, der im Oberhaus verabschiedet wurde, wird das Unterhaus auf Grund der ablehnenden Haltung der Koalition voraussichtlich nicht passieren.

OECD fordert Beschäftigungsmaßnahmen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) fordert in einem Bericht Japan zur aktiven Beschäftigungspolitik vor allem für junge Arbeitnehmer auf. Die Hälfte der jungen Menschen in Japan befinde sich, so der Bericht, in irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Daher seien für diesen Personenkreis eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherung sowie berufliche Aus- und Fortbildung erforderlich.

Unterstützung für Kommunen bei Beschäftigungspolitik

Das Innenministerium erwägt, den Kommunen neue Subventionen zur Finanzierung ihrer eigenen Beschäftigungsmaßnahmen zu geben. Zur Gegenfinanzierung der Subventionen kommen die Haushaltsreserven für dieses Jahr in Höhe von 229 Mrd. Yen, etwa 1,8 Mrd. Euro, in Frage.

Gewerkschaft

Nach Angaben des Arbeitsministeriums lag 2008 die Organisationsquote der Gewerkschaften gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 18,1%. Erstmals seit 27 Jahren unterschritt sie nicht einen Vorjahrswert. Dies ist vermutlich auf die Zunahme der neu organisierten Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeitnehmer ging leicht zurück.

Im Juni 2008 waren insgesamt ca. 10,06 Mio. Arbeitnehmer (-15.000) gewerkschaftlich organisiert und 616.000 von ihnen (+28.000) teilzeitbeschäftigt. Die Organisationsquote der Teilzeitbeschäftigten erreichte erstmals 5% und ihr Anteil an den gesamten Mitgliedern überschritt mit 6,2% ebenfalls erstmals die 6%-Marke.

Mindestlohn

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums ergab sich, dass 1.234 Betriebe (6,6% von den untersuchten Betrieben) 2008 die Mindestlohn-Regelung nicht eingehalten haben und damit 3.777 Arbeitnehmer unterbezahlt waren. Rund 80% von den unterbezahlten Arbeitnehmern waren weiblich und ca. 70% von ihnen teilzeitbeschäftigt.

Pflegeversicherung

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums wird die gesetzliche Pflegeversicherung im Haushaltsjahr 2008 einen Überschuss von 380 Mrd. Yen, etwa 3,2 Mrd. Euro registrieren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Jahr Pflegeleistungen weniger als erwartet in Anspruch genommen sind. Rund 60% vom Überschuss wird in den Haushalt der Versicherung einfließen, um die Beitragsanhebung zu drücken. So können über 65-jährige Menschen monatlich um ca. 200 Yen, etwa 1,60 Euro, entlastet werden.

Aufnahme von Flüchtlingen

Bei einem Gespräch mit UNHCR-Hochkommissar Guterres gab Premierminister Aso bekannt, dass Japan ein Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen aus einem Drittland vorerst nur versuchsweise einführen

will. So wird Japan 2010 etwa 30 Flüchtlinge aus Myanmar aufnehmen, die zur Zeit in Flüchtlingslagern in Thailand leben und Asyl in Japan beantragt haben.

Gespräch Kommunistische Partei und Arbeitgeberverband

Am 18.12.2008 fand zum ersten Mal ein Gespräch zwischen Kommunistischer Partei Japans (KPJ) und Keidanren statt. Bei dem Gespräch mit Keidanrens Geschäftsführer Tanaka forderte KPJ-Chef Shii die Wirtschaft zur Weiterbeschäftigung der Zeitarbeiter auf.

Haushaltsplan 2009

Die Ausgaben im allgemeinen Haushalt 2009 werden bei 88,5 Bio. Yen (2008: 83,1 Bio. Yen) liegen, die Steuereinnahmen dagegen bei ca. 46,1 Bio. Yen (08: ca. 53,6 Bio. Yen) und die Verschuldung durch die Ausgabe neuer Staatsanleihen bei ca. 33,3 Bio. Yen (08: 25,3 Bio. Yen).

Die Höhe der Ausgaben in einem zweiten Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 wird ca. 5,5 Bio. Yen betragen. Dadurch werden hauptsächlich die zusätzlichen Konjunkturprogramme finanziert, die die Regierung bereits im Oktober zusammengestellt hatte. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll am 09.01.2009 das Unterhaus passieren.

Berichte 2007

Bericht von 01.01.07 bis 11.01.07

I. Zusammenfassung:

Arbeitszeitregelung:

Krankenpfleger:

Demographische Entwicklung

Kindererziehungsgeld

Gewerkschaften

II. Im Einzelnen:

Arbeitszeitregelung

Das Arbeitsministerium will im „Labour Standard Law“ bei besser verdienenden Büroangestellten die bisher gesetzlich garantierte reguläre Wochenregelarbeitszeit von 40 Stunden aufheben, was gleichzeitig die Aufhebung der gesetzlichen Überstundenregelung bedeutet.

Angesichts der Oberhauswahlen im kommenden Sommer werden innerhalb der Koalition Bedenken über das Vorhaben des Ministeriums lauter und manche Politiker fordern das Ministerium zur Verschiebung der Gesetzesvorlage auf. Für die Regierung ist es dennoch schwer, dieses

Vorhaben zu verschieben oder gar zurückzuziehen, weil die Einführung eines verstärkt nach erbrachter Leistung orientierten Entlohnungssystems eine wichtige Stütze für die Strategie von Premierminister Abe zu mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist.

Krankenpfleger

Aus einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums geht hervor, dass die Krankenhäuser nicht genug Krankenpfleger auf dem Arbeitsmarkt finden. Die Krankenhäuser benötigen landesweit insgesamt 1,31 Mio. Krankenpfleger, aber sie beschäftigen zurzeit 1,27 Mio. Pfleger. Außerdem wollen 423 Großkrankenhäuser ihre Neueinstellung im kommenden Frühjahr um 50% auf 18.740 ausweiten. Es ist daher zu fürchten, dass die Krankenpfleger zu den Universitätskliniken strömen werden, weil dort bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung angeboten werden.

Die Knappheit von Krankenpflegern ist auf die neue ärztliche Gebührenordnung vom April 2006 zurückzuführen. Mit der Gesundheitsreform will die Regierung die stationäre Behandlung in der akuten Phase ausbauen, um die lange Aufenthaltsdauer der Patienten zu verkürzen. Deshalb wurde die ärztliche Gebührenordnung so geändert, dass die Krankenhäuser, die mehr Krankenpfleger zur Betreuung der Patienten in der akuten Phase einsetzen, mit einem höheren Krankenpflegesatz honoriert werden. Seitdem wetteifern die Krankenhäuser miteinander um die Anwerbung der Krankenpfleger. So etwa hat das Klinikum der Universität Tokyo die Anwerbung zur wichtigsten Aufgabe im Frühjahr 2007 gemacht. Sollte das Klinikum die Kriterien der neuen Gebührenordnung erfüllen, werden seine Jahreseinnahmen um 978 Mio. Yen, etwa 6,5 Mio. Euro und sein Gewinn

um 75 Mio. Yen, etwa 600.000 Euro gesteigert.

Demographische Entwicklung

Das Nationalinstitut für soziale Sicherheit und Bevölkerungsentwicklung (IPSS) korrigierte seine Prognose über die Fruchtbarkeitsrate im Jahre 2055 von 1,39 Geburten je gebärfähige Frau nach unten auf 1,26. Diese Rate soll 2013 mit 1,21 ihren Tiefpunkt erreichen und danach leicht steigen. Nach Einschätzungen des Instituts werde Japans Bevölkerung mit derzeit 127,77 Mio. Menschen im Jahr 2055 auf rund 89,93 Mio. Einwohner sinken. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung werde sich von derzeit 20,2% auf 40,5% verdoppeln. Die Lebenserwartung der Männer werde 2055 bei 83,67 Jahren liegen und die der Frauen bei 90,34 Jahren. Das Rentenniveau dürfte kaum auf 50% vom Standardeinkommen der aktiven Arbeitnehmer zu halten bleiben. Dies jedoch hat die Regierung bei der Rentenreform 2004 zugesichert.

Kindererziehungsgeld

Das Sozialministerium hat vor, das Kindererziehungsgeld, das während des Kindererziehungsurlaubs von der Arbeitslosenversicherung gezahlt wird, von derzeit 40% des letzten Lohns auf 50% anzuheben. Das Ministerium wird einen entsprechenden Gesetzentwurf in der ordentlichen Sitzungsperiode des Parlaments ab dem Januar zur Beratung vorlegen und die neue Maßnahme in der zweiten Hälfte dieses Jahres umsetzen. An der Finanzierung dieser Leistung beteiligen sich Arbeitslosenversicherung (7/8) und Staat (1/8). Wegen der neuen Maßnahme muss der Staatshaushalt mit Mehrausgaben von ca. 25 Mrd.

Yen, etwa 180 Mio. Euro rechnen.

Gewerkschaften

Nach einer Prognose von Rengo wird die Organisationsquote japanischer Gewerkschaften 2006 um 0,5% auf rund 18,2% zurückgehen und damit erneut einen Tiefstand erreichen. Die Quote hat seit 1976 ständig eine fallende Tendenz. Während die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer 2006 im Vergleich mit dem Vorjahr nur leicht schrumpft, nimmt die Zahl der abhängig Beschäftigten im Zuge der Konjunkturerholung um etwa 1 Mio. Arbeitnehmer zu. Dies drückt die mathematische Quote der Gewerkschaftsmitglieder an allen Beschäftigten.

Bei Großbetrieben mit über 1.000 Beschäftigten in der Stahlindustrie und der Haushaltselektrik liegt die Organisationsquote bei etwa 45%. Im Dienstleistungssektor und bei kleineren Betrieben mit unter 100 Beschäftigten sind Arbeitnehmer kaum gewerkschaftlich organisiert. Lediglich 4,3% der Teilzeitbeschäftigten gehören einer Gewerkschaft an. Die Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen, die ohnehin schlecht bezahlt sind, können sich einen Mitgliedsbeitrag von ca. 1.000 Yen, etwa 7 Euro im Monat kaum leisten. Rengo-Präsident Takagi will die Organisation der Teilzeitbeschäftigten, Leih- und Zeitarbeiter verstärkt angehen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei diesen Gruppen zu einem der wichtigsten Themen bei der kommenden Tarifrunde im Frühjahr 2007 machen.

I. Zusammenfassung:

Betriebliche Altersgrenze

Arbeitszeitregelung

Lebenseinkommensunterschiede

Ärztmangel in Nordjapan

II. Im Einzelnen:

Betriebliche Altersgrenze

Das Arbeitsministerium will mit finanziellen Förderungen die mittelständischen, kleineren und kleinsten Betriebe dazu bewegen, ihre Mitarbeiter bis zum 70. Lebensjahr zu beschäftigen. Nach Vorstellung des Ministeriums sollen die Betriebe, die in ihrer Arbeitsordnung die betriebliche Altersgrenze auf 70 Jahre erhöhen oder die Weiterbeschäftigung ihrer Arbeitnehmer bis 70 Jahre garantieren, von der Arbeitslosenversicherung eine finanzielle Unterstützung zwischen 0,8 Mio. und 1,6 Mio. Yen, etwa 5.000 -10.000 Euro je nach Betriebsgröße erhalten.

Aufgrund des Revisionsgesetzes für die Beschäftigungssicherung für ältere Arbeitnehmer vom April 2006 sind alle Arbeitgeber dazu verpflichtet, ihren Mitarbeitern trotz vieler Ausnahmemöglichkeiten grundsätzlich die Möglichkeit für die Weiterbeschäftigung bis 65 Jahre zu schaffen. Die Beschäftigung bis 70 Jahre ist vom Gesetz nicht tangiert.

Arbeitszeitregelung

Angesichts der scharfen Kritik aus den Koalitionsparteien vor den Kommunalwahlen im April und den Oberhauswahlen im Juli und ablehnender öffentlicher Meinung verzichtete die Regierung auf die Gesetzesvorlage zur Einführung von "white-collar-exemption", dem Wegfall der Regelung für die reguläre Wochenarbeitszeit von 40 Stunden bei besser verdienenden Büroangestellten. Der Gesetzentwurf, der durch das Arbeitsministerium ausgearbeitet wurde, erhielt den unglücklichen Namen: "Gesetz für Überstunden zum Nulltarif".

Auf einer Pressekonferenz drückte der Präsident der Industrie- und Arbeitgeberverbände Keidanren, Mitarai, sein Bedauern über diese unglückliche Bezeichnung aus. Jedoch habe er die Hoffnung darauf nicht aufgegeben, dass ein einschlägiger Gesetzentwurf doch noch zur Beratung im Parlament vorgelegt wird. Tatsächlich sucht das Arbeitsministerium immer noch eine Möglichkeit, den Gesetzentwurf ins Parlament zu bringen.

Lebenseinkommensunterschiede

Einer Studie von Cabinet Office zufolge sei das Gefälle des Lebenseinkommens unter den Arbeitnehmern in Japan im Vergleich mit sieben Industrieländern geringer. In diese Studie sind die Daten von Japan, Großbritannien, Italien, Schweden, Finnland, den USA, Kanada und Australien einbezogen. Japan habe das geringste Einkommensgefälle zwischen Arbeitnehmern bei einem Berufsleben zwischen 20 und 64 Jahren. In der offiziellen Studie wurden jedoch japanische Daten von 2004 mit europäischen Daten von 1996 verglichen.

Ärztmangel in Nordjapan

Laut einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums leiden die Krankenhäuser in Hokkaido und den Präfekturen Nordostjapans unter Ärztemangel. Aufgrund des Gesetzes für medizinische Versorgung sind die Krankenhäuser dazu verpflichtet, mindestens einen Arzt je 16 stationäre Patienten und ebenfalls einen je 40 ambulante Patienten einzustellen. Diese Kriterien haben 2004 landesweit durchschnittlich 83,5% der Krankenhäuser erfüllt. Die Präfektur Aomori registrierte mit 43,4% den tiefsten Stand, gefolgt von Hokkaido und den sonstigen Präfekturen im Norden mit einem Wert zwischen 55% und 60%, während es im Großraum Tokyo und Osaka über 90% war. Das Gesundheitsministerium behauptet zwar, dass von einem Ärztemangel gar keine Rede sei, weil die Zahl der Ärzte jährlich um 3.000 bis 4.000 wachse. Dennoch gibt das Ministerium es zu, dass vor allem bei jüngeren Ärzten die Tendenz festzustellen sei, einen Arbeitsplatz in Großstädten zu suchen.

Bericht vom 25.01.07 bis 07.02.07

I. Zusammenfassung:

Mindestlohn soll erhöht werden

Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte beabsichtigt

Steuer- und Sozialabgaben nehmen zu

Arbeitslosigkeit im Dezember leicht gestiegen

Arbeitsmarktstatistiken

Künftiges Rentenniveau wird sinken

Minister für Gesundheit und Arbeit und begeht Fehltritt

II. Im Einzelnen:

Mindestlohn soll erhöht werden

Das Arbeitsministerium will einen Gesetzentwurf zur Revision des Mindestlohngesetzes vorlegen. Arbeitgeber, welche die Mindestlohnregelung missachten, sollen eine höhere Geldbuße zahlen. Sie beträgt derzeit maximal 20.000 Yen und soll auf maximal 500.000 Yen je Arbeitnehmer erhöht werden. Darüber hinaus soll das Sozialhilfeniveau als Richtwert bei der Festlegung der 49 regionalen Mindestlöhne einbezogen werden. Durch diese Reform wollen die Regierung und Koalition noch vor den Kommunalwahlen im Frühjahr und den Oberhauswahlen im Sommer die Anhebung des Mindestlohns herbeiführen.

Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte beabsichtigt

Das Sozialministerium will die Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte sowohl in der Renten- als auch in der Krankenversicherung einführen. Derzeit beträgt der Beitragssatz in der Rentenversicherung für Arbeitnehmer 14,6%, in der Pflegeversicherung bei Arbeitnehmern im Alter von über 40 Jahren 1,2% und in der nationalen Krankenversicherung für Beschäftigte in mittelständischen und kleinen Betrieben 8,2%. Die Beiträge sind von Arbeitgeber und -nehmer je zur Hälfte zu tragen. Die Einführung der neuen Versicherungspflicht bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Teilzeitbeschäftigten, die

meistens als Ehepartner oder Familienmitglied mitversichert sind und deshalb bisher keinen Beitrag gezahlt haben.

Steuer- und Sozialabgaben nehmen zu

Nach Angaben des Finanzministeriums wird der Anteil der Steuer- und Sozialabgaben am Nationaleinkommen 2007 um 0,5% auf eine Rekordhöhe von 39,7% (Steuerabgaben: 25,1% und Sozialabgaben: 14,6%) steigen. Dies ist auf die zunehmenden Einnahmen der Körperschaftssteuer, die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und die Abschaffung der Einkommenssteuersenkung zurückzuführen. Der vergleichbare Wert in Deutschland lag 2004 bei 51,3% (Steuerlast: 27,5% und Sozialabgaben: 23,8%).

Arbeitslosigkeit im Dezember leicht gestiegen

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2006 stieg im Vergleich zum Vormonat um 0,1% auf 4,1% (Männer: 4,3% und Frauen: 3,8%). Der jahresdurchschnittliche Wert lag um 0,3% niedriger als im vorangegangenen Jahr bei 4,1%. Im Dezember waren 2,44 Mio. Menschen (-210.000) beschäftigungslos. Das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitssuchenden verbesserte sich ebenfalls. So kamen im Dezember 2008 Angebote auf 100 Arbeitssuchende. Dabei handelte es sich jedoch hauptsächlich um einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Auf 100 Suchende nach einer Festanstellung kamen nur 68 Angebote.

Arbeitsmarktstatistiken

Im Vergleich zum Jahre 2000 schrumpfte die Zahl der Arbeitnehmer, die eine Feststelle mit einer Vertragsdauer von über einem Jahr hatten, im Jahr 2005 um ca. 1,42 Mio. auf 40,61 Mio. Beschäftigte. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen, die meistens als Teilzeitbeschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag von kürzer als einem Jahr Dauer beschäftigt waren, um knapp 1 Million auf 7,71 Mio. Menschen.

2005 waren insgesamt 772.000 ausländische Arbeitnehmer (+90.000) registriert. Diese Zahl erreichte damit den bisher höchsten Stand. Ihre Zahl nach Herkunftsländern: Süd-/Nord-Korea 220.000, China 180.000 und Brasilien 140.000.

Die Zahl der arbeitswilligen Einwohner über 15 Jahren, d.h. die Gesamtheit von Berufstätigen und Arbeitssuchenden, nahm 2006 im zweiten Jahr in Folge zu und lag bei 66,57 Mio. Menschen (+70.000). Im Zuge der Konjunkturerholung nahmen immer mehr Frauen und ältere Menschen eine Beschäftigung auf. 48,5% von der weiblichen Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren hatte eine Beschäftigung oder suchte einen Arbeitsplatz. Dieser Wert überschritt im zweiten Jahr in Folge den Vorjahrswert. Die vergleichbare Zahl bei älteren Menschen über 65 Jahre betrug 19,9% (+0,1%).

Künftiges Rentenniveau wird sinken

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums wird das künftige Rentenniveau bei 47% bis 51% vom Einkommen der aktiven Generation je nach den Anlageergebnissen liegen. Die Rente wird neben dem Umlageverfahren auch durch den Gewinn aus der Investition der

Rücklagen in Höhe von 150 Bio. Yen, etwa 1,1 Bio. Euro finanziert. Bei der Berechnung ging das Ministerium von seiner am Jahresende veröffentlichten Prognose über die künftige Fruchtbarkeitsrate von 1,26 aus. Die Regierung hatte bei der Rentenreform 2004 bereits das Rentenniveau von über 50% versprochen.

Minister für Gesundheit und Arbeit begeht Fehltritt

Auf einer Pressekonferenz am 06.02.2007 äußerte sich Minister Yanagisawa: "Es sei durchaus eine gesunde Vorstellung, dass junge Leute heiraten und mehr als zwei Kinder haben wollen." Die Opposition erneuerte ihre Rücktrittsforderung an Yanagisawa.

Bericht vom 08.02.07 bis 21.02.07

I. Zusammenfassung:

Teilzeitbeschäftigung

Geburtenrate 2006 leicht gestiegen

Chance für "Freeter" auf Festanstellung

Ausbildungsmöglichkeit für Freeter

Versicherungspflicht auch für Freeter

Lohngefälle zwischen den Präfektoren weitet sich aus

Krankenversicherung - Leistungen für Geburten erhöht

Ärztmangel führt zu Überarbeitung

II. Im Einzelnen:

Teilzeitbeschäftigung

Nach Angaben des Arbeitsministeriums ging die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, das heißt der Arbeitnehmer, die weniger als 35 Stunden in der Woche arbeiteten, 2006 um 4,8% auf ca. 12,05 Mio. Menschen zurück. 2005 hatte diese Zahl den bisher höchsten Stand erreicht.

Die Zahl der männlichen Teilzeitbeschäftigten schrumpfte um 11,5 % auf 3,4 Mio. und die der Weiblichen um 1,9 % auf 8,65 Mio.. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Beschäftigten ging um 1,5% auf 22,5% zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten um 1,4% auf 53,53 Mio. Menschen im Jahresdurchschnitt, eine Zunahme im vierten Jahr in Folge. Beide Entwicklungen seien darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen im Zuge der Konjunkturerholung immer mehr Festanstellungen boten.

Japans Industrie- und Handelskammer führte eine Meinungsumfrage über die Einführung der Versicherungspflicht für die Teilzeitbeschäftigten in der Rentenversicherung durch. Aus dieser Umfrage ging es hervor, dass sich 72,7% der befragten Unternehmen gegen dieses Vorhaben aussprachen. Bei der Einführung einer Versicherungspflicht wollen, bei Mehrfachnennung, 58,6% der Unternehmen die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten verkürzen, 41,4% die Anzahl der Beschäftigten reduzieren oder 11,3% die Löhne kürzen. An dieser Meinungsumfrage nahmen 406 Mitgliedsunternehmen teil.

Geburtenrate 2006 leicht gestiegen

Nach Angaben des Sozialministeriums stieg 2006 die Zahl der Neugeborenen um 32.000 auf ca. 1,12 Mio. Säuglinge. Damit kann die Fruchtbarkeitsrate wieder über 1,3 je gebärfähige Frau liegen, nachdem sie 2005 mit 1,26 ihren tiefsten Stand erreicht hatte. Die Gesamtbevölkerung nahm erstmals seit zwei Jahren um 8.000 Menschen wieder zu. Diese positive Entwicklung sei auf die Verbesserung der Arbeitsmarktlage zurückzuführen, meint das Ministerium. Die Zahl der männlichen abhängig Beschäftigten wuchs seit dem Juni 2005 ständig an und die Zahl der Festangestellten ebenfalls seit dem Januar 2006. So haben sich die Chancen auf ein wirtschaftliches eigenständiges Leben bei der jüngeren Generation etwas stabilisiert.

Chance für "Freeter" auf Festanstellung

Die Auswahlprüfung für Angestellte des mittleren Dienstes, die sich an junge Bewerber im Alter von 17 bis 21 Jahren mit Oberschulabschluss richtet, will die Regierung im September 2007 außerhalb des normalen Einstellungstermins vom April speziell Freetern im Alter zwischen 29 und 39 Jahren anbieten. Freeter sind junge Menschen, die sich gewollt oder ungewollt von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum nächsten hangeln, ohne Aussicht auf Festanstellung.

Die Regierung wird 100 Planstellen für allgemeine Büroarbeit oder Kundenverkehr in Außenstellen der Behörden zur Verfügung stellen, um "Freeter" gesellschaftlich aufzufangen. Der Anteil von Freeter in der Altersgruppe 29 und 39 Jahren ist besonders hoch, denn diese Kohorte hat in den 1990er Jahren gerade in der Krisenzeit die Schule oder das Studium

absolviert und deshalb nur schwer einen festen Arbeitsplatz finden können.

Ausbildungsmöglichkeit für Freeter

Die Regierung erwägt, Freeter und sonstige jüngere Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen, die in der Arbeitslosenversicherung nicht versichert sind, bei deren beruflichen Ausbildung mit Finanzmitteln zu unterstützen. Die Maßnahme soll dazu führen, dass Arbeitnehmer aus dieser Gruppe bessere Chancen auf eine Festanstellung haben. Sie werden je nach Bedarf 100.000 bis 200.000 Yen, etwa 700 bis 1.400 Euro als einmalige Bezahlung erhalten.

Versicherungspflicht auch für Freeter

Das Arbeitsministerium erwägt, ab 2007 die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung auf Freeter und sonstige Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen auszuweiten. Bislang können lediglich die Arbeitnehmer, die beim gleichen Betrieb mehr als 20 Stunden in der Woche arbeiten, in dieser Versicherungsart versichert sein. Nach der Reform sollen die Arbeitsstunden bei mehreren Arbeitgebern auf diese Mindestarbeitszeit angerechnet werden. Der Versicherungsbeitrag liegt zurzeit bei 1,6% und wird von Arbeitgeber und -nehmer je zur Hälfte getragen. Im Juli 2006 waren ca. 36 Mio. von den 54,72 Mio. anhängig Beschäftigten in der Arbeitslosenversicherung versichert.

Lohngefälle zwischen den Präfekturen weitet sich aus

Nach Angaben des Arbeitsministeriums lag das durchschnittliche Monatsentgelt ohne Überstundenzulagen in Tokyo 2006 bei 375.000 Yen,

etwa 3.000 Euro (+4.900 Yen gegenüber dem Vorjahr), während dieser Wert in der Präfektur Aomori 221.700 Yen, etwa 1.700 Euro (-1.100 Yen) betrug. In den Präfekturen Kanagawa und Aichi, die jeweils einen Großstadtraum wie Yokohama und Nagoya haben, stieg das Arbeitsentgelt ebenfalls. Dagegen ging in den strukturschwachen Präfekturen wie Aomori, Okinawa und Iwate diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr zurück. Das Lohngefälle unter den Präfekturen hat sich trotz der anhaltenden Konjunkturerholung ausgeweitet.

Krankenversicherung - Leistungen für Geburten erhöht

Das Gesundheitsministerium lockert die Bestimmungen für die Versicherungsleistungen bei den Betriebskrankenkassen der Großunternehmen. Werdende Mütter können ab sofort, solange die Finanzlage der Kassen es erlaubt, bis zur Höhe des regulären Entbindungsgelds von der Regierung in Höhe von 350.000 Yen den gleichen Betrag von ihrer Kasse als Ergänzung erhalten. So können, je nach Kasse, die Mütter in Zukunft insgesamt 700.000 Yen als einmaligen Betrag für eine Lebendgeburt erhalten.

Ärztmangel führt zu Überarbeitung

Die „Gewerkschaft der Beschäftigten in der medizinischen Versorgung“ führte eine Studie über die Arbeitslage der Krankenhausärzte durch. 1036 befragte Krankenhausärzte arbeiteten durchschnittlich 10,5 Stunden am Tag und über 40% von ihnen sogar mehr als 12 Stunden. Sie leisteten im Durchschnitt 2,9 Tage im Monat Bereitschaftsdienst. Die Mehrheit von ihnen nahm unmittelbar an einen Bereitschaftsdienst ihre normale Tätigkeit auf. Sie mussten dadurch insgesamt 32 Stunden am Stück arbeiten. Die

befragten Ärzte hatten im Monatsdurchschnitt 3,3 Ruhetage und ein Viertel von ihnen konnte sich keinen Ruhetag nehmen. Angesichts dieser harten Arbeitsbedingungen dachten 52,9% daran, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. 90% der Krankenhausärzte führen ihre schlechte Beschäftigungssituation auf den Ärztemangel zurück.

Bericht vom 22.02.07 bis 07.03.07

I. Zusammenfassung:

Lebenserwartung

Pflegeversicherung

Zulassung neuer Medikamente

Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte

Lage auf dem Arbeitsmarkt

Freeter und Neet

Asylbewerber

II. Im Einzelnen:

Lebenserwartung

Nach Angaben des Sozialministeriums betrug 2005 die Lebenserwartung bei Männern 78,56 Jahre und bei Frauen 85,52 Jahre. Im Vergleich zur letzten Erfassung vom Jahre 2000 nahm die Zahl um 0,84 Jahre (Männer)

und 0,92 Jahre (Frauen) zu.

Pflegeversicherung

Das Gesundheitsministerium schätzt, dass der Beitrag in der gesetzlichen Pflegeversicherung 2007 durchschnittlich um 4% auf 49,476 Yen, etwa 350 Euro im Jahr steigt. Die Arbeitnehmer tragen die Hälfte von diesem Betrag. Bei der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 2000 lag der Jahresbeitrag noch bei 24,901 Yen, etwa 180 Euro.

Zulassung neuer Medikamente

Das Gesundheitsministerium plant, die Zahl der Mitarbeiter, die für die Prüfung neuer Medikamente und für die Beratung der Pharmahersteller bei klinischer Untersuchung zuständig sind, in den nächsten drei Jahren von derzeit 200 auf 430 zu verdoppeln. Damit soll die Dauer des Prüfungsverfahrens verkürzt werden. Der Personalausbau wird durch die Erhöhung der Prüfungsgebühren gegenfinanziert. In den USA zählt die zuständige Stelle 2.200 Mitarbeiter, in Frankreich 942 und in Großbritannien 693.

In Japan dauert ein Zulassungsverfahren eines neuen Arzneimittels etwa zwei Jahre, während man in den USA durchschnittlich nur ein Jahr dafür braucht. So sind rund 30% von den auf dem Weltmarkt gut verkauften Arzneimitteln in Japan noch nicht zugelassen.

Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte

Das Sozialministerium schlug vor, eine Versicherungspflicht für Teilzeitbeschäftigte in der Rentenversicherung einzuführen. Demnach

sollten Arbeitnehmer, die mehr als 20 Stunden in der Woche (derzeit 30 Stunden) arbeiten und mehr als ein Jahr beschäftigt sind, zum Eintritt in die Rentenversicherung verpflichtet werden. Das Ministerium rechnete in diesem Zusammenhang mit ca. 3,1 Mio. zusätzlichen Versicherten in der Teilzeitbeschäftigung.

Angesichts der starken Widerstände seitens einiger Branchen wie Gastronomie und Großhandel einerseits und der Koalitionsparteien andererseits, welche auf die Oberhauswahlen im Sommer verweisen, schlug das Ministerium die Einführung einer monatliche Bemessungsuntergrenze zwischen 74.000 Yen und 98.000 Yen, etwa 580 Euro und 750 Euro vor. Schließlich einigten sich Regierung und Koalition darauf, die Versicherungspflicht zunächst für diejenigen Teilzeitbeschäftigten einzuführen, die bei einem Unternehmen mit über 300 Beschäftigten tätig sind und monatlich mehr als 98.000 Yen verdienen. Durch diese Maßnahme werden etwa 160.000 Teilzeitbeschäftigte versichert.

Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote im Januar lag unverändert bei 4 %: bei Männern 4,1% (-0,1%) und bei Frauen 3,8% (+0,1%). Insgesamt 2,64 Mio. Menschen (-280.000) waren beschäftigungslos und diese Zahl ging im 14. Monat in Folge zurück. Im Januar kamen 106 Arbeitsangebote auf 100 Arbeitssuchende.

2006 gab es im Jahresdurchschnitt 34,11 Mio. Festangestellte (+370.000) und 16,77 Mio. Arbeitnehmer (+440.000) befanden sich in irregulären Beschäftigungsverhältnissen wie Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit oder ähnlichem. Der Anteil dieser Arbeitnehmer an den abhängig Beschäftigten

ohne die leitenden Angestellten betrug 33% (+0,4%). Die Zahl der Festangestellten registrierte erstmals seit 2002 zwar wieder einen Zuwachs, aber gleichzeitig stiegen sowohl die Zahl als auch der Anteil der Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen trotz der Konjunkturerholung weiterhin an.

Freeter und Neet

Laut einer Untersuchung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten schrumpfte die Zahl der "Freeter" in der Altersgruppe zwischen 15 und 34 Jahren 2006 um 140.000 auf 1,87 Mio. Menschen. Diese Zahl ging im dritten Jahr in Folge zurück und lag erstmals seit 2002 unter zwei Mio. Menschen, nachdem sie 2003 mit 2,17 Mio. Menschen ihren Höhepunkt erreicht hatte. Dies sei ein gutes Anzeichen dafür, dass immer mehr "Freeter" eine Festanstellung oder Dauerbeschäftigung finden, meinte Arbeitsminister Yanagisawa. Bei näherer Betrachtung der Zahlen stellt man ein unterschiedliches Bild fest. Die Zahl von Freetern in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren schrumpfte im Vergleich zum Jahr 2003 zwar um 20,2%, aber in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren nur um 6,1%. Die Zahl von "Neet" im Alter von 15 bis 34 Jahren nahm 2006 ebenfalls um 20.000 auf 620.000 ab. Diese Zahl lag seit 2002 im vierten Jahr in Folge konstant bei 640.000 Menschen.

Asylbewerber

954 Menschen haben laut dem Justizministerium 2006 in Japan einen Asylantrag gestellt. Dies sei ein 2,5-facher Zuwachs gegenüber dem Vorjahr und stelle so den bisherigen Rekord dar. Etwa 70% aller Asylbewerber stammen aus Myanmar: 626 Bewerber, ein 3,0-facher

Anstieg gegenüber 2005, sowie aus der Türkei: 149 Bewerber, ein 3,7-facher Anstieg. Die Zahl der anerkannten Fälle ging hingegen von 46 auf 34 zurück; ebenso die der Fälle, in denen der Asylantrag zwar abgelehnt, aber aus humanitären Gründen das Bleiberecht gewährt wurde: von 97 auf 53 Antragssteller.

Bericht vom 08.03.07 bis 21.03.07

I. Zusammenfassung:

Beschäftigung der Behinderten

Tarifverhandlungen 2007

Arbeitsrechtliche Gesetzvorlagen

Kinderkrippen

Pflegeversicherung

BSE/Vogelgrippe

Tamiflu-Verwendung eingeschränkt

II. Im Einzelnen:

Beschäftigung der Behinderten

Arbeitgeber sind aufgrund des Gesetzes für die Beschäftigungsförderung der Behinderten dazu verpflichtet, 1,8% der regulären Arbeitsplätze mit Behinderten auf Vollzeitbasis zu besetzen. Das Arbeitsministerium

beabsichtigt, in diese Einstellungspflicht auch behinderte Teilzeitbeschäftigte einzubeziehen, die in der Woche zwischen 20 und 30 Stunden arbeiten. Dabei wird jeder teilzeitbeschäftigte Behinderte als halbe Stelle berechnet. Darüber hinaus erwägt das Ministerium, auch die mittelständischen und kleinen Betriebe zur Zahlung einer Ausgleichsabgabe zu verpflichten. Nach der geltenden Regelung müssen Arbeitgeber, die mehr als 301 Vollzeitstellen verfügen, monatlich 50.000 Yen, etwa 300 Euro, für jeden nicht besetzten Pflichtplatz zahlen. Das Arbeitsministerium will einen entsprechenden Gesetzentwurf in der ordentlichen Sitzungsperiode 2009 zur Beratung im Parlament vorlegen.

Tarifverhandlungen 2007 abgeschlossen

Die Unternehmens-Gewerkschaften bei den meisten Großunternehmen in der Automobil- und Elektroindustrie erreichten mit einer Lohnerhöhung auf das Grundgehalt um ca. 1.000 Yen, etwa 7 Euro pro Monat im zweiten Jahr in Folge positive Ergebnisse. Teilweise wurden ergänzend Zulagen zum Beispiel für Kindererziehung eingeführt. Bei den variablen Gehaltsbestandteilen sind die Erhöhungen, abhängig vom Unternehmen, deutlich höher. Bei Toyota forderte die Gewerkschaft ursprünglich eine Lohnsteigerung des Grundgehalts um 1.500 Yen (etwa 10 Euro) pro Monat. Der Arbeitgeber verwies mit dem Argument "internationale Wettbewerbsfähigkeit" diese Forderung auf das gleiche Niveau wie im vergangenen Jahr von 1.000 Yen. Dagegen erfüllte Toyota die Forderung der Gewerkschaft nach der Erhöhung der flexiblen Bonuszahlung auf 790.000 Yen, etwa 5.500 Euro, plus fünf Monatsgehälter vollständig.

Arbeitsrechtliche Gesetzvorlagen

Das Kabinett beschloss zwei Revisionsgesetze für das „Labour Standard Law“ und das „Mindestlohngesetz“. Durch die Änderung des „Labour Standard Laws“ soll die Überstundenprämie von derzeit 125% auf 150% des Stundenlohnes bei mehr als 80 genehmigten und geleisteten Überstunden im Monat angehoben werden. Beim Revisionsgesetz für den Mindestlohn geht es darum, dass bei der Festlegung eines Mindestlohnes das örtliche Sozialhilfeniveau besser in Erwägung gezogen werden muss.

Kinderkrippen

Nach Angaben vom Cabinet Office gibt es landesweit nur noch 960 Kinderkrippen, die auch sonn- und feiertags Kinder zur Tagesbetreuung aufnehmen. Damit wird befürchtet, die Zielvorgabe der Regierung zu verfehlen. Die Regierung hatte es 2004 zum Ziel gesetzt, die Zahl der Kinderkrippen dieser Art bis 2009 auf insgesamt 2.200 auszuweiten.

Pflegeversicherung: Erweiterung der Versicherungspflicht

Das Sozialministerium führte eine Meinungsumfrage über die Erweiterung der Versicherungspflicht bei den beteiligten Ansprechpartnern durch: den Kommunen (Versicherungsträgern), Behindertenorganisationen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. 42,2 % der Befragten meinen, man müsse mit Vorsicht an eine Ausweitung herangehen. 18,4 % sprechen sich gegen und 31,9 % für die Erweiterung aus. Das Ministerium hat vor, die Versicherungspflicht und zugleich den Versicherungsschutz in der gesetzlichen Pflegeversicherung auch auf Bürger unter 40 Jahre auszuweiten. Damit soll die finanzielle Basis für die Pflegeversicherung erweitert werden.

BSE/Vogelgrippe

Die Regierung erwägt, ab 2008 die Zahl der Studienplätze in den tiermedizinischen Fakultäten zu erhöhen, weil im Zusammenhang mit BSE und Vogelgrippe ein großes Interesse für die Sicherheit von Haustieren besteht. Außerdem leiden Kleinstädte seit geraumer Zeit unter einem Tierärztemangel. Zurzeit stehen insgesamt 930 Studienplätze an 16 Universitäten mit tiermedizinischen Lehrstühlen zur Verfügung.

Tamiflu-Verwendung eingeschränkt

Das Gesundheitsministerium kündigte eine Änderung der Verordnungsregelung vom Grippemittel Tamiflu an, dessen Einnahme bei Jugendlichen anormale Verhaltensweisen hervorrufen soll. Das Ministerium reagierte auf die jüngsten Meldungen und ordnete den Pharmahersteller Chugai an, auf der Verpackung auf Risiken hinzuweisen und ein generelles Verbot des Medikamentes für Minderjährige zwischen 10 und 19 Jahren zu empfehlen.

Bericht vom 22.03.07 bis 04.04.07

I. Zusammenfassung:

Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen
Lohnerhöhung bei Teilzeitbeschäftigten
Arbeitslosigkeit im Februar

Einstellungsplan der Großbetriebe für 2008

Krankenversicherung

Teil-Anhebung des Kindergeldes

II. Im Einzelnen:

Arbeitnehmer in irregulären Beschäftigungsverhältnissen

Aus einer Untersuchung des Arbeitsministeriums ergibt sich, dass der Lohnunterschied zwischen Festangestellten und Arbeitnehmern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen 2006 trotz der anhaltenden Konjunkturerholung im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert beim Verhältnis von 100 zu 64 (Männer) bzw. 69 (Frauen) lag. Die Arbeitnehmer ohne Festanstellung (Durchschnittsalter von 43,2 Jahren, Betriebszugehörigkeit von 5,8 Jahren im Durchschnitt) erhielten ein Monatsentgelt von 191.000 Yen, etwa 1.500 Euro, während ihre festangestellten Kollegen (im Durchschnitt 40,6 Jahre alt und 13 Jahre betriebszugehörig) monatlich 318.800 Yen, etwa 2.200 Euro verdienten.

Lohnerhöhung bei Teilzeitbeschäftigten

Nach Angaben vom Dachverband der japanischen Gewerkschaften Rengo einigten sich die Tarifpartner bei der diesjährigen Verhandlungsrunde im Frühjahr auf die Anhebung des Stundenlohns für die Teilzeitbeschäftigten durchschnittlich um 15,4 Yen, etwa 0,10 Euro (+2,6 Yen gegenüber dem Vorjahr). Darüber hinaus sei es den meisten Gewerkschaften gelungen, die Arbeitsbedingungen einschließlich der bezahlten Urlaubstage für diese Berufsgruppe zu verbessern. Im Rahmen der Tarifverhandlungen hätten

sich insgesamt 1,112 Gewerkschaften (+307 gegenüber dem Vorjahr) für bessere Arbeitsbedingungen der Teilzeitbeschäftigten eingesetzt.

Arbeitslosigkeit im Februar

Die Arbeitslosenquote im Februar 2007 lag im vierten Monat in Folge unverändert bei 4% (bei Männern und Frauen jeweils 4%). Im Februar waren 2,7 Mio. Menschen (-70.000) beschäftigungslos. Die Zahl der Erwerbstätigen lag bei 63,02 Mio. (+300.000).

Einstellungsplan der Großbetriebe für 2008

Aus einer Umfrage der Asahi Zeitung bei 100 führenden Unternehmen geht es hervor, dass 41% der befragten Großbetriebe zum April 2008 mehr Oberschul- und Uniabgänger als in diesem Jahr einstellen wollen. Bei 37% der Unternehmen wird sich die Zahl der Neueinstellungen im gleichen Niveau wie in diesem Jahr bewegen, in dem die Unternehmen bereits mehr Arbeitsplätze als in den Jahren davor anboten. Die Unternehmen im produzierenden Gewerbe sind dabei besonders aktiv. So will das Elektronunternehmen Sharp 900 Abgänger (+60% gegenüber dem Vorjahr) einstellen, Sony 500 (+20%) und Toshiba 1.500. Autohersteller Toyota wird zum April 2008 3.500 Arbeitsplätze anbieten und Honda 1,390 (+10%).

Vor dem Hintergrund, dass sich die Tarifpartner bei der Tarifrunde in diesem Frühjahr auf eine Lohnsteigerung um 1.000 Yen, etwa 7 Euro im Monat geeinigt haben, plant nun Autohersteller Toyota eine Anhebung des Erstgehalts der Universitätsabgänger ebenfalls um 1.000 Yen auf 202.000 Yen, etwa 1.300 Euro ab dem April 2007. Das Erstgehalt bei Toyota war in der zweiten Hälfte der 90er Jahre jährlich um ca. 1.000 Yen angestiegen;

danach stagnierte es. 2006 erhöhte sich das Erstgehalt erstmals seit sechs Jahren, nachdem die Standardlöhne im gleichen Jahr erstmals seit fünf Jahren angehoben worden waren.

Krankenversicherung

Das Sozialversicherungsamt führte eine Fallstudie über die Bilanzlage der regierungsverwalteten Krankenversicherung, in der die Arbeitnehmer in mittelständischen und kleinen Betrieben versichert sind, für die nächsten fünf Jahre bis 2011 bei unterschiedlichen Lohnentwicklungen durch.

Bei einer jährlichen Lohnsteigerung von 1,3 bis 1,4% werde das Defizit den Krankenkassen schon 2007 bei 180 Mrd. Yen, etwa 1,2 Mrd. Euro liegen und 2011 sogar bei 440 Mrd. Yen, etwa 3 Mrd. Euro. So würden die Kassen in den nächsten fünf Jahren insgesamt einen Schuldenberg in Höhe von 810 Mrd. Yen, etwa 6 Mrd. Euro haben. Bei einer zweiprozentigen Lohnanhebung würden die Kassen ebenfalls in der Jahresbilanz Defizite registrieren und die Finanzierungsreserve von 500 Mrd. Yen, etwa 3,5 Mrd. Euro ausgeschöpft, sollte der Beitragssatz weiterhin 8,2% betragen. Nur bei einer optimistischen Lohnentwicklung von 3 bis 4,1% könnten die Kassen schuldenfrei bleiben.

Daraus zieht das Sozialversicherungsamt die Schlussfolgerung, man müsse an eine Beitragsanhebung denken, wenn die Wirtschaftslage nicht mitspielen sollte.

Teil-Anhebung des Kindergeldes

Ab dem April 2007 wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind im

Alter zwischen Geburt und zwei Jahren auf 10.000 Yen, etwa 66 Euro im Monat verdoppelt. Bei dieser Maßnahme gilt die bereits bestehende Einkommensobergrenze. Sie beträgt 8,6 Mio. Yen, etwa 60.000 Euro bei einem Arbeitnehmer, dessen Ehefrau nicht berufstätig ist und zwei Kinder hat. Diese Maßnahme betrifft 2,75 Mio. Kinder und fordert zusätzliche Finanzmittel von 137 Mrd. Yen, etwa 1 Mrd. Euro, die Staat (22 Mrd. Yen), die Kommunen (47 Mrd. Yen) und Arbeitgeber (68 Mrd. Yen) aufbringen müssen.

Derzeit erhalten die Eltern für ihr erstes und zweites Kind im Alter zwischen Geburt und 12 Jahren ein Kindergeld in Höhe von 5.000 Yen, etwa 33 Euro und für ihr drittes und weiteres Kind in Höhe von 10.000 Yen.

Bericht vom 05.04.07 bis 23.04.07

I. Zusammenfassung:

Geburtenrückgang
Pflegeversicherung
Rentenversicherung
Weniger Obdachlose
Ausländische Arbeitnehmer

II. Im Einzelnen:

Geburtenrückgang

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums müsse Japan insgesamt 10,6 Billionen Yen, etwa 70 Mrd. Euro ausgeben, sollten familienpolitischen Maßnahmen nach dem Muster von Frankreich ergriffen werden, das mit der Bewältigung des Geburtenrückgangs erfolgreich ist. Für die Familienpolitik verfügte Japan 2003 nur über Finanzmittel in Höhe von 3,7 Billionen Yen, etwa 23 Mrd. Euro. Bei den familienpolitischen Maßnahmen in Frankreich handelt es sich hauptsächlich um Sachleistungen, während in Japan vor allem Geldtransfers erbracht werden.

Pflegeversicherung

Das Sozialministerium verzichtet zunächst auf sein Vorhaben, ab 2009 die Versicherungspflicht und zugleich den Versicherungsschutz in der gesetzlichen Pflegeversicherung auch auf Bürger unter 40 Jahre auszuweiten. Dem Ministerium ist es nicht gelungen, einen Konsens diesbezüglich mit den betroffenen Parteien wie Arbeitgeberverbänden, Behindertenorganisationen zu bilden. Das Sozialministerium will die Diskussion fortsetzen.

Rentenversicherung

Das Kabinett beschloss zwei Gesetzentwürfe zur Änderung der Rentengesetze: Erstens Integration der genossenschaftlichen Unterstützungskassen für die Bediensteten im öffentlichen Dienst in die allgemeine Rentenversicherung der Arbeitnehmer und zweitens Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Teilzeitbeschäftigten.

Bei der Ausweitung der Versicherungspflicht geht es hauptsächlich um diejenigen Teilzeitbeschäftigten, die monatlich über 98.000 Yen, etwa 700 Euro verdienen und mehr als ein Jahr hintereinander bei einem Betrieb mit

über 300 Beschäftigten tätig sind. Die Veränderung soll 2011 in Kraft treten. Mit dieser Maßnahme will die Regierung den Einkommensunterschied am Lebensabend zwischen den Festangestellten und den Arbeitnehmern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen minimieren.

Weniger Obdachlose

Laut einer Untersuchung des Sozialministeriums lag die Zahl der registrierten Obdachlosen im Januar 2007 bei 18.564 Personen. Sie ging im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 2003 um 6.732 Personen bzw. um 27 % zurück. Dies ist auf die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der Konjunkturerholung einerseits und auf das intensive Vorgehen der Regierung, wie der Beratung bei der Arbeitssuche und der Bereitstellung von Wohnungen im Rahmen des Gesetzes zur Unterstützung der Obdachlosen zur selbständigen Lebensführung andererseits zurückzuführen, so das Ministerium.

In Osaka leben mit 4.911 (-37% gegenüber dem Jahr 2003) die meisten Obdachlosen und Tokyo kommt mit 4.690 (-26%) auf den zweiten Platz. Das Durchschnittsalter der Obdachlosen lag bei 57,5 Jahren (+1,6 Jahre) und 41% (+17%) von ihnen waren mehr als fünf Jahre ohne Unterkunft. 48% der Obdachlosen waren vor dem Übergang in diese Lebensweise im Baubereich tätig.

Nicht registrierte Obdachlose werden von diesen Zahlen nicht erfasst; ihre Zahl dürfte die der registrierten Obdachlosen bei weitem übersteigen.

Ausländische Arbeitnehmer

Nach Angaben des Arbeitsministeriums waren im Juni 2006 landesweit 222.929 Ausländer (+12% bzw. +24.549 gegenüber dem Vorjahr) direkt durch 27.323 Betriebe beschäftigt und 167.291 (+15%) indirekt, vor allem als Leiharbeiter, durch 6.667 Betriebe. Die Zahl der direkt beschäftigten Ausländer überschritt erstmals seit der ersten Erhebung im Jahre 1993 die 200.000-Marke und die Zahl der indirekt Beschäftigten übertraf ebenfalls den bisher höchsten Stand.

100.257 direkt Beschäftigte (2005: 80.561) kamen aus Ostasien, 64.909 (2005: 60.354) aus Zentral-/Südamerika und 32.284 (2005: 27.856) aus Südostasien. Mehr als die Hälfte von ihnen (116.977) waren im produzierenden Gewerbe tätig und 32.039 im Dienstleistungsbereich. 25,3% hatten eine Festanstellung.

Bericht vom 24.04.07 bis 02.05.07

I. Zusammenfassung:

Finanzierung der Rentenversicherung durch Verbrauchssteuer

Prognose: mögliches Rentenniveau für heute 21-Jährige

Mehr Angebote für Universitätsabgänger 2008

Großbetriebe wollen mehr ausländische Studenten einstellen

Gesinnungswandel bei Berufsanfängern

Lage auf dem Arbeitsmarkt im März

Arbeitnehmerinnen auf dem Arbeitsmarkt

Grippemittel Tamiflu

II. Im Einzelnen:

Finanzierung der Rentenversicherung durch Verbrauchssteuer

Der Wirtschaftsverband Keizai Doyu Kai will die Verbrauchssteuer von derzeit 5% auf 16% anheben. Die Einnahmen des Steuersatzes von 16% soll aufgeteilt werden in 9% für die Rentenversicherung und 2% für Staatskasse. 5% soll den Kommunen zufließen. Die Rentenversicherung könne durch das Aufkommen dieser Steuer finanziert und die Rentenbeiträge damit abgeschafft werden. Die Verbrauchssteuer für Grundnahrungsmittel müsse jedoch zugunsten der Einkommensschwachen je nach der Einkommenshöhe zurückerstattet werden.

Prognose: mögliches Rentenniveau für heute 21-Jährige

Aus einer Fallstudie des Sozialministeriums ergibt sich, dass ein heute 21-jähriges Ehepaar im Alter von 65 Jahren monatlich eine Rente von 291.000 bis 373.000 Yen, etwa 1.900 bis 2.400 Euro je nach der Anlagerentabilität erhalten werde. Bei diesem Ehepaar handelt es sich um einen 21-jährigen Ehemann, der ein durchschnittliches Arbeitsentgelt erhält, und eine gleichaltrige Ehefrau, die nicht berufstätig ist. Der Rechnung liegt die Geburtenrate von 1,26 Kindern je gebärfähige Frau zugrunde. Das Sozialministerium geht davon aus, dass sich die Geburtenrate in Zukunft auf diesem Niveau bewegen wird. Bei einem optimistischen Fall, einer Geburtenrate von 1,53 und besserer Konjunktorentwicklung, wird dieses Ehepaar künftig 392.000 Yen (2.600 Euro) im Monat beziehen. Sollte jedoch die Geburtenrate bis auf 1,06 Kinder je gebärfähige Frau schrumpfen und sich die Konjunktur abschwächen, wird das Rentenniveau bei 273.000 Yen (1.800 Euro) liegen.

Mehr Angebote für Universitätsabgänger 2008

Aus einer Untersuchung des privaten Forschungsinstituts „Recruit Works“ geht hervor, dass die Privatunternehmen im Frühjahr 2008 den Universitätsabgängern insgesamt 933.000 Arbeitsplätze (+13% gegenüber dem Vorjahr) anbieten werden. Dies ist der höchste Wert seit 17 Jahren. Betriebe mit über 1.000 Beschäftigten wollen zusammengenommen 203.000 Akademiker (+8,6%) einstellen und die mit weniger als 1.000 Beschäftigten 730.000 (+14,3%).

Die Zahl der Arbeitssuchenden, die im Frühjahr 2008 ihr Studium abschließen, wird um 0,1% auf 437.000 zurückgehen. 263.000 von ihnen (+5,1%) wollen ihren Arbeitsplatz lieber bei einem Großbetrieb mit über 1.000 Beschäftigten suchen und 173.000 (-7,1%) bei einem kleineren Betrieb.

Großbetriebe wollen mehr ausländische Studenten einstellen

Vor dem Hintergrund der Globalisierung in der Wirtschaft wollen Großunternehmen wie Matsushita und Fujitsu im Frühjahr 2008 jeweils 30 ausländische Studenten einstellen, die ihr Studium in Japan abgeschlossen haben. Matsushita beschäftigt derzeit 130 ausländische Mitarbeiter in Japan und will in den nächsten drei Jahren diese Zahl fast verdoppeln. Darüber hinaus bieten Japans Großunternehmen Japanern, die im Ausland studierten, immer mehr Arbeitsplätze an.

Gesinnungswandel bei Berufsanfängern

Laut einer Meinungsumfrage durch das Zentrum für sozialwirtschaftliche Produktivität wollen 45,9% der Befragten, die 2007 ins Berufsleben eintraten, ihren Arbeitsplatz bzw. Arbeitgeber nicht wechseln. Dieser Wert

stieg um 6,1% im Vergleich zum Vorjahr und erreichte den bisher höchsten Stand. Dagegen wollen 34,4% der Befragten (-5,2%) ihren Betrieb wechseln, sollte sich ihnen eine bessere Chance bieten. Hier sei ein fortschreitender Gesinnungswandel bei den Berufsanfängern festzustellen.

Lage auf dem Arbeitsmarkt im März

Die Arbeitslosenquote im März lag im fünften Monat in Folge unverändert bei 4%: bei Männern 4,1% (+0,1%) und bei Frauen 3,9% (-0,1%). Insgesamt 2,81 Mio. (-80.000) Menschen waren beschäftigungslos. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg im 25. Monat in Folge und betrug 54,84 Mio. (+600.000).

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ging 2006 im vierten Jahr in Folge zurück und lag bei 4,1% (-0,2% gegenüber dem Vorjahr).

Arbeitnehmerinnen auf dem Arbeitsmarkt

Nach Angaben des Arbeitsministeriums nahm die Zahl der erwerbsfähigen Frauen 2006 um 0,3% gegenüber dem Vorjahr auf 27,59 Mio. zu. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen unter ihnen weitete sich auf 48,5% aus. Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen schrumpfte jedoch bei den Verheirateten in den letzten zehn Jahren von 51% (1996) auf 48,5%, während er bei den Ledigen von 60,4% auf 63,7% anstieg.

Grippemittel Tamiflu

Pharmahersteller Chugai gab es bekannt, dass sich der Umsatz von Tamiflu bei Krankenhäusern im ersten Quartal 2007 auf 4,9 Mrd. Yen, etwa 35 Mio. Euro halbierte. Dies sei auf die Pressemeldungen über anormale

Verhaltensweisen bei Jugendlichen nach der Einnahme dieses Medikaments seit dem Februar und eine Änderung der Verordnungsregelung im März zurückzuführen. Dagegen kauften das Gesundheitsministerium und die Kommunen in diesem Zeitraum Tamiflu zur Lagerung kräftig ein. So nahm der Umsatz hier von 5,4 Mrd. Yen auf 18,9 Mrd. Yen, von 38 Mio. Euro auf 140 Mio. Euro stark zu.

Bericht vom 03.05.07 bis 16.05.07

I. Zusammenfassung:

Unternehmen heben Erstgehalt an

Krankenhäuser öffentlicher Träger verschuldet

Ärztmangel

Mindestlohn

Reduzierung der Gesundheitsausgaben

Pflegeversicherung: ehrenamtliche Tätigkeiten älterer Menschen

Rente: Freiwilliger Verzicht auf Bezug

II. Im Einzelnen:

Unternehmen heben Erstgehalt an

Vor dem Hintergrund der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt für Arbeitssuchende erhöhen die Großunternehmen das Erstgehalt bei

Berufseinsteigern. Laut der Untersuchung eines Forschungsinstituts haben 29,5% der befragten Großunternehmen (+9,3% gegenüber dem Vorjahr) das Erstgehalt im Frühjahr 2007 angehoben. Seit 2002 hatten über 90% der befragten Betriebe im vierten Jahr in Folge das Erstgehalt nicht verbessert. So erhalten Berufsanfänger mit einem Universitätsabschluss in diesem Frühjahr durchschnittlich 202.410 Yen (+0,5%), etwa 1.400 Euro und die mit einem Oberschulabschluss 161.139 Yen (+0,4%), etwa 1.000 Euro. Mitarbeiter von Großunternehmen werden nach dem Senioritätsprinzip bezahlt.

Krankenhäuser öffentlicher Träger verschuldet

Die meisten Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft leiden seit den 90er Jahren unter chronischen Finanzdefiziten. Nach Angaben des Ministeriums für innere Angelegenheiten registrierten 65,5% der öffentlichen Krankenhäuser (2004: 65,4%) 2005 rote Zahlen und haben Schulden von insgesamt 180,1 Mrd. Yen, etwa 1,1 Mrd. Euro (2004: etwa 171 Mrd. Yen). Der Grund dafür: Diese Krankenhäuser sind in ihrem räumlichen Umfeld meistens einziger Träger unrentabler Geschäftsbereiche wie ärztlicher Notdienst und medizinische Versorgung in abgelegenen Ortschaften. Seit 2002 geht die Zahl der Patienten jährlich um 3-4% zurück. Dagegen steigt das Gehalt der Krankenhausärzte wegen des Ärztemangels. Die Folge: Seit einigen Jahren ist ein Trend zur Klinikfusion und zur Umwandlung öffentlicher Häuser in private Trägerschaft zu verzeichnen. 2004 gab es noch ca. 1.000 öffentliche Krankenhäuser, doch ihre Anzahl schrumpfte 2005 bis auf 982.

Ärztemangel

Zum Abbau des Ärztemangels in ländlichen Regionen wollen Regierung

und Koalitionsparteien ein System zur Entsendung von Krankenhausärzten aufbauen. Innerhalb der Organisation der nationalen Krankenhäuser wird ein Pool eingerichtet. Dort können sich vor allem jüngere Ärzte, die gerade ihre klinische Ausbildung abgeschlossen haben, und ältere Krankenhausärzte, die ihr Pensionsalter erreicht haben, freiwillig registrieren. Sie werden dann von dort aus für ein Jahr in ländliche Regionen entsandt. Die Koalitionsparteien wollen dies in ihr Wahlprogramm für die Oberhauswahlen im Sommer aufnehmen.

Mindestlohn

Das Arbeitsministerium will elf Präfekturen, unter anderem Tokyo, Kanagawa, Chiba, Kyoto, Osaka, zur Erhöhung des regionalen Mindestlohns auffordern, weil der Mindestlohn in diesen Präfekturen unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Durch diese Aufforderung wird der Mindestlohn vermutlich durchschnittlich um 49 Yen, etwa 35 Eurocent pro Stunde angehoben. Der regionale Mindestlohn für Tokyo beträgt derzeit 719 Yen, etwa 5,70 Euro pro Stunde und muss noch um 80 Yen, etwa 60 Eurocent erhöht werden, um das Sozialhilfeniveau zu erreichen.

Reduzierung der Gesundheitsausgaben

Bei der Regierungskonferenz für Wirtschafts- und Fiskalpolitik unter Vorsitz von Premierminister Abe wurde ein Vorschlag zur Reduzierung der Gesundheitsausgaben durch mehr Inanspruchnahme von Generika und Abbau der Personalkosten bei öffentlichen Krankenhäusern unterbreitet. Nach diesem Vorschlag könnten 500 Mrd. Yen, etwa 3,7 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren eingespart werden, sollte der Marktanteil von Generika von 16,8% (2004) auf 30% angehoben werden. Bei einer

Steigerung auf deutsches Niveau von 40% soll sogar eine Einsparung von 880 Mrd. Yen, etwa 6,3 Mrd. Euro möglich sein. Darüber hinaus könnte man die Gesundheitsausgaben um 140 Mrd. Yen, etwa 1 Mrd. Euro im gleichen Zeitraum reduzieren, wenn der Anteil der Personalkosten bei den öffentlichen Krankenhäusern von 54,5% (2005) auf das Niveau privater Kliniken von 52,1% gesenkt werden könnte.

Die Regierung hatte bereits im vergangenen Jahr beschlossen, die Sozialausgaben in fünf Jahren um 1,6 Billionen Yen, etwa 11 Mrd. Euro zu reduzieren.

Pflegeversicherung: ehrenamtliche Tätigkeiten älterer Menschen

Das Gesundheitsministerium plant, über 65-Jährige, die Pflegebedürftige ehrenamtlich als Gesprächspartner oder bei hauswirtschaftlicher Versorgung unterstützen, teilweise von der Beitragszahlung oder später von der Selbstbeteiligung in einem Pflegefall zu entlasten. Über 65-Jährige können sich in ihrer Gemeinde als freiwillige Helfer registrieren lassen. Sie erhalten Punkte für ihre ehrenamtliche Tätigkeit für die Pflegebedürftigen. Die erworbenen Punkte können für die Ermäßigung der Beitragszahlung in der Pflegeversicherung oder der Selbstbeteiligung bei der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen verwendet werden. Bei dieser Überlegung geht das Ministerium davon aus, dass das aktive Engagement das Eintreten der Pflegebedürftigkeit bei den älteren Menschen vermindern werde und so die Ausgaben für Pflegedienstleistungen begrenzt werden können. Die Versicherungsträger, also die Kommunen, können selbständig darüber entscheiden, ob sie dieses Punktsystem einführen.

Rente: Freiwilliger Verzicht auf Bezug

Ab dem April 2007 ist für alle Rentenbezieher möglich, freiwillig auf den Rentenbezug zu verzichten. Nach Angaben des Sozialversicherungsamtes haben im April bereits 18 Rentenbezieher diese Möglichkeit in Anspruch genommen. Sozialminister Yanagisawa gehört zu diesem Personenkreis. Die Gesamtsumme der verzichteten Renten macht bisher 15 Mio. Yen, etwa 110.000 Euro im Jahr aus. Durch den Rentenverzicht erhält man keine Gegenleistungen. Man kann jederzeit den Verzicht widerrufen und seine Rente, jedoch ohne Zuschlag, wieder beziehen.

Bericht vom 17.05.07 bis 30.05.07

I. Zusammenfassung:

Lage auf dem Arbeitsmarkt im April
Ausländische Bevölkerung in Japan
Neue Berufsqualifikation "Hilfs-Altenpfleger"
Bonuszahlung im Sommer
Ausgaben der privaten Haushalte

II. Im Einzelnen:

Lage auf dem Arbeitsmarkt im April

Die Arbeitslosenquote im April betrug 3,8%: bei Männern 4% (-0,1%) und bei Frauen 3,6% (-0,2%). Damit lag diese Quote erstmals seit neun Jahren und einem Monat wieder unter 4%. Dies ist vor allem auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit bei jüngeren Arbeitnehmern im Zuge der Konjunkturbelebung zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren verminderte sich im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr um 1,5% auf 7,5%. Auch bei den älteren Arbeitnehmern mit über 55 Jahren ging die Quote um 0,6% zurück. Insgesamt 2,68 Mio. (-160.000) Menschen waren beschäftigungslos. Diese Zahl nahm im 17. Monat in Folge ab. Im ersten Quartal 2007 hatten 33,93 Mio. Arbeitnehmer (+530.000) eine Festanstellung. Dagegen befanden sich 17,26 Mio. Arbeitnehmer (+630.000) in irregulären Beschäftigungsverhältnissen.

Ausländische Bevölkerung in Japan

Nach Angaben des Justizministeriums waren insgesamt 2,08 Mio. Ausländer Ende 2006 ordnungsgemäß in Japan gemeldet. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag bei 1,63%. Damit erreichten sowohl ihre Anzahl als auch ihr Anteil den bisher höchsten Stand. Die ausländische Bevölkerung nach Herkunftsländern: 598.000 aus Süd-/Nordkorea, 567.000 aus China und 313.000 aus Brasilien.

Laut Erziehungsministerium sprechen von denjenigen ausländischen Kindern, die eine öffentliche Schule besuchen, 37% Portugiesisch als Muttersprache, 22% Chinesisch und 15% Spanisch. Die meisten von ihnen verfügen nicht über ausreichende Sprachkenntnisse, um beim Unterricht auf Japanisch mitzuhalten. Außerdem mangelt es in den Schulen an Fachlehrkräften für Japanisch als Fremdsprache.

Neue Berufsqualifikation "Hilfs-Altenpfleger"

Das Gesundheitsministerium will die neue Berufsqualifikation "Hilfs-Altenpfleger" einführen. Der Erwerb dieser Qualifikation wird kein Staatsexamen voraussetzen. Als Hintergrund ist der Gedanke zu sehen, dass die Berufschancen der philippinischen Pfleger in Japan durch die neue Maßnahme ausgeweitet werden. Nach den Bestimmungen des bilateralen EPA-Abkommens zwischen Japan und den Philippinen dürfen die philippinischen Pfleger zunächst vier Jahre bei einer Pflegeeinrichtung in Japan arbeiten. Gleichzeitig müssen sie innerhalb dieser Zeit die japanische Qualifikation als Pfleger erwerben. Zu dieser Qualifikation gelangt man, wenn man entweder nach einer erfolgreichen Berufsausbildung in einer anerkannten Berufsschule/Universität oder nach einer dreijährigen Praxis in einer Pflegeeinrichtung das Staatsexamen bestanden hat. Mit einer Qualifikation "Hilfs-Altenpfleger", die nicht das bestandene Staatsexamen voraussetzt, wird den philippinischen Arbeitnehmern der Zugang zum Pflegeberuf in Japan erleichtert.

Bonuszahlung im Sommer

Der Arbeitgeberverband Keidanren teilte mit, dass die Bonuszahlung im Sommer bei 99 Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten durchschnittlich 938.555 Yen, etwa 6.000 Euro (+2,77% gegenüber dem Vorjahr) betragen wird. Dieser Betrag liegt im produzierenden Gewerbe bei 961.300 Yen (+3,17%) und im nicht-produzierenden Gewerbe bei 881.579 Yen (+1,59%).

Ausgaben der privaten Haushalte

Aus einer regelmäßigen Untersuchung des Ministeriums für Innere

Angelegenheiten geht hervor, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte im April bei 316.163 Yen, etwa 2.000 Euro im Durchschnitt (+1,1% gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr) lagen und damit im vierten Monat in Folge den Vorjahrswert überschritten. Dies geht jedoch hauptsächlich auf die saisonbedingten Mehrausgaben für Bildung (+15,3%) wegen der Gebühreneinzahlungen an die privaten Universitäten zurück. Daher sei der Privatkonsum als solches nicht angestiegen, meint das Ministerium.

Bericht vom 31.05.07 bis 22.06.07

I. Zusammenfassung:

Neuer Skandal: Verfall des Sonderentschädigungsgeldes

Einführung einer Sozialversicherungsnummer

Unterstützung für allein stehende Mütter

Gleichstellung von Mann und Frau

Ärztemangel

II. Im Einzelnen:

Neuer Skandal: Verfall des Sonderentschädigungsgeldes

Das Sonderentschädigungsgeld für die Ehefrauen der im zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten in Größenordnung von 41 Mrd. Yen, etwa 300 Mio.

Euro, wurde wegen der mangelhaften Führung einer Empfängerliste nicht ordnungsgemäß gezahlt. Seit 1985 speichert das Sozialministerium die Daten der Empfänger des Entschädigungsgeldes per Computer, das in der Regel alle zehn Jahre gezahlt wird. Die Auszahlung erfolgt aber nur, wenn sich die Berechtigten persönlich zur Antragstellung bei einer Präfekturbehörde melden. Aufgrund der 1985 im Computer gespeicherten Daten geht das Antragformular seit 1993 den Berechtigten per Post zu. Jedoch wurden schätzungsweise von 21.000 Berechtigten die Daten nicht gespeichert. Deshalb erhielten sie keinen Brief und verpassten den Bezug des Entschädigungsgeldes für 1993 und 2003. Sie sollten eigentlich 1993 1,8 Mio. Yen, etwa 12.000 Euro und 2003 2 Mio. Yen, etwa 13.500 Euro pro Person erhalten. Nach jetziger Rechtslage verliert man seinen rechtlichen Anspruch auf dieses Geld drei Jahre nach Fälligkeitsdatum.

Die Demokratische Partei Japans hat deshalb vor, einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Verjährungsklausel für das Sonderentschädigungsgeld ins Parlament einzubringen, um den nachträglichen Bezug zu ermöglichen. Sozialminister Yanagisawa widerspricht dieser Position. Die Problematik hier sei im Kern völlig anders als die bei der Rente, wo es ebenfalls Unregelmäßigkeiten gibt. Dort erhalte man seine berechtigte Rente nicht, obwohl man ordentlich Beiträge gezahlt habe.

Einführung einer Sozialversicherungsnummer

Im Zusammenhang mit dem Rentenskandal ordnete Premierminister Abe die betreffenden Ministerien an, die Einführung einer einheitlichen Versicherungsnummer für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und die Schaffung der dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlage zu erwägen. Nach Abes Vorstellung wird mit der Vergabe einer

Sozialversicherungsnummer eine Versichertenkarte mit IC-Chip ausgestellt, um die diesbezüglichen Daten effektiv und ordnungsgemäß verwalten zu können. Dieses Vorhaben wird zwar seit langem von der Regierung verfolgt. Das Misstrauen der Bürger gegen die Regierung, alle Privatdaten zu überlassen, verhindert bisher die Umsetzung. Innerhalb der Regierung gibt es darüber hinaus Überlegungen, auf dieser Grundlage später eine einheitliche Steuerzahler-Nummer einzuführen, unter der alle Daten über Privateinkommen staatlich verwaltet werden. Damit soll Steuerhinterziehung verhindert werden.

Unterstützung für allein stehende Mütter

Nach Angaben des Sozialministeriums haben bisher nur 26% der Kommunen Subventionen für diejenigen Betriebe eingeführt, welche allein stehenden Müttern den Übergang von der Teilzeitbeschäftigung zur Festanstellung ermöglichen. Aufgrund dieser Maßnahme, die bereits seit 2003 läuft, erhält der Arbeitgeber 300.000 Yen, etwa 2.000 Euro pro Festanstellung. Vor dem Hintergrund, dass die spezielle Kinderzulage für allein stehende Mütter in der Sozialhilfe ab 2007 jedes Jahr um ein Drittel gekürzt und in drei Jahren ganz abgeschafft wird, wollten sich Ministerium und Kommunen verstärkt dafür einsetzen, allein stehenden Müttern mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen zur finanziellen Selbständigkeit zu verhelfen.

Gleichstellung von Mann und Frau

Laut dem Weißbuch für die Gleichstellung von Mann und Frau für das Jahr 2007 belegt Japan 2006 mit 9,4% den vorletzten Platz unter zwölf europäischen und asiatischen Ländern beim Frauenanteil im Unterhaus. Schweden stand mit 47,3% an der Spitze, gefolgt von Norwegen (37,9%)

und Deutschland (31,6%). Beim Frauenanteil im öffentlichen Dienst ist Japan 2005 mit 20% Schlusslicht unter den zehn Ländern, welche vergleichbare Daten zur Verfügung stellen. Dieser Wert lag bei den sonstigen neun Ländern zwischen 34 und 56%. Nur 1,8% der Führungspositionen ab Referatsleiter nahmen die Japanerinnen in Anspruch. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen war in Japan im Vergleich zu den europäischen Ländern und den USA beträchtlich. In Japan verdienen die Frauen 66,8% vom Männergehalt. Dies sei, so die Regierung, darauf zurückzuführen, dass die meisten Frauen wegen Entbindung und Kindererziehung ihren Arbeitsplatz verlassen und später bei der Rückkehr ins Berufsleben größtenteils eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen müssen. Teilzeitbeschäftigte werden schlechter als fest angestellte Kollegen bezahlt.

Ärztmangel

Aus einer landesweiten Untersuchung des Gesundheitsministeriums ergab sich, dass 83,8% der Krankenhäuser 2005 die gesetzliche Vorgabe für die Zahl der angestellten Ärzte erfüllt hatten. Jedoch war die Ärztedichte von Region zu Region recht unterschiedlich. So lag dieser Wert in Hokkaido in Nordjapan bei 63,5%, dagegen im Raum Osaka, Kyoto, Kobe bei 94,4% und im Großraum Tokyo bei 89%.

Bericht vom 23.06.07 bis 13.07.07

I. Zusammenfassung:

Leiharbeit

Praktikantenarbeitsvisa

Lage auf dem Arbeitsmarkt im Mai

Rentenskandal: Verzicht auf Sommerbonus bei Regierungsangehörigen

Überstunden und Löhne

Lehrgewerkschaft

II. Im Einzelnen:

Leiharbeit

Das Arbeitsministerium will die Leiharbeitsfirma "Goodwill" wegen des Verstoßes gegen das "Labour Standard Law" untersuchen. Ohne ein gesetzlich vorgeschriebenes Tarifabkommen zwischen dem Arbeitgeber und den Vertretern der Leiharbeiter habe Goodwill regelmäßig 200 Yen als Versicherungsgebühr und sonstige Kosten pro Einsatz aus dem Lohn der Leiharbeiter abgezogen. Da dies eine übliche Praxis bei Leiharbeitsfirmen ist, kann die Entscheidung des Ministeriums weitreichende Folgen auf die gesamte Branche haben.

Goodwill erklärte sich bereit, ihren 800.000 Leiharbeitern die in den letzten zwei Jahren rechtswidrig einkassierte Summe in Höhe von 3,7 Mrd. Yen, etwa 25 Mio. Euro zurückzuzahlen. Länger zurückliegende Ansprüche seien verjährt. Die Unternehmensgewerkschaft "Goodwill Union" fordert ihren Arbeitgeber dazu auf, ungeachtet der Verjährungsklausel die illegal abgezogenen Beträge vollständig zurückzuzahlen und erwägt eine kollektive Klage.

Praktikantenarbeitsvisa

Das US-Außenministerium forderte Japan auf, das bestehende System für die Aufnahme ausländischer Auszubildender und Praktikanten abzuschaffen. In einem Bericht über die globale Lage des Menschenhandels vom Juni 2007 griff das US-Ministerium diese japanische Praxis auf und wies darauf hin, dass sich viele ausländische Praktikanten faktisch Zwangsarbeit leisten. Betriebe, die unter Personalmangel leiden, beschäftigen viele ungelernte Chinesen als Auszubildende für niedrigen Lohn und ohne sozialen Schutz. 2005 kamen insgesamt 83.000 Auszubildende legal nach Japan.

Lage auf dem Arbeitsmarkt im Mai

Die Arbeitslosenquote im Mai betrug unverändert 3,8%: bei Männern 3,9% (-0,1%) und bei Frauen 3,6% (unverändert). Die Quote bei Männern lag erstmals seit neun Jahren und zwei Monaten wieder unter 4%. Insgesamt 2,58 Mio. (-190.000) Menschen waren beschäftigungslos. Diese Zahl nahm im 18. Monat in Folge ab, während die Zahl der abhängig Beschäftigten um 470.000 auf 55,72 Mio. Menschen stieg.

Das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitssuchenden verbesserte sich ebenfalls. So kamen im Mai 106 Angebote auf 100 Arbeitssuchende. Dabei handelte es sich jedoch hauptsächlich um einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Auf 100 Suchende nach Festanstellung kamen nur 56 Angebote.

Rentenskandal: Verzicht auf Sommerbonus bei Regierungsangehörigen

Im Zusammenhang mit dem jüngsten Rentenskandal wollen Premierminister Abe, Kabinettssekretär Shiozaki und Sozialminister Yanagisawa auf den amtsbezogenen Teil des Sommerbonus verzichten. Diesem Beispiel folgen im Sozialministerium beide Vizeminister, die Staatssekretäre und der Präsident des Sozialversicherungsamtes (SVA). Abe wird dann den Sommerbonus als Premierminister (abzüglich Diätenbonus) von 2,34 Mio. Yen (ca. 15.000 Euro) an die Staatskasse zurückgeben.

SVA-Präsident Murase, der seinerseits ca. 2,7 Mio. Yen zurückzahlen will, gab bekannt, seine 17.000 Mitarbeiter zum freiwilligen Verzicht auf Teile ihres Bonus von 5% bis 50%, je nach Rangebene, zu bewegen.

Darüber hinaus will Murase seine Vorgänger und die ehemaligen beamteten Staatssekretäre des Ministeriums dazu aufrufen, der Staatskasse einen Betrag so hoch wie bei den aktiv Bediensteten als Spende zur Verfügung zu stellen. Auf diesen Aufruf erklärten sich bislang 11 von den 13 ehemaligen SVA-Präsidenten und 8 von den 14 ehemaligen beamteten Staatssekretären dazu bereit, für die Staatskasse jeweils 2,7 Mio. Yen bzw. 3,1 Mio. Yen zu stiften. Nach Einschätzungen des Sozialministeriums werden sich die Zahlungen auf eine Summe von 1 Mrd. Yen (ca. 7 Mio. Euro) belaufen.

Vor diesem Hintergrund will der ehemalige Sozialminister Kawasaki seine Parteiämter als Vorsitzender der Untersuchungskommission für Beschäftigung und Lebensqualität sowie als Vorsitzender des Präfekturverbandes Mie niederlegen. Nach eigenen Angaben habe der Geschäftsführer der Liberaldemokratischen Partei und ehemaliger Sozialminister Niwa vor zwei Wochen einen Antrag auf Rentenverzicht beim Sozialversicherungsamt gestellt.

Überstunden und Löhne

Nach Angaben des Sozialministeriums ging die Zahl der Überstunden im produzierenden Gewerbe im Mai um 1,1% gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr auf 15,4 Stunden zurück. Erstmals seit 20 Monaten wurde ein Rückgang registriert. In der Nahrungsmittel- und Textilindustrie wurden weniger Überstunden geleistet.

Laut einer Statistik des Sozialministeriums lag das Monatsgehalt pro Arbeitnehmer im Mai bei 274.091 Yen (-0,6%) und nahm damit im sechsten Monat in Folge ab. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit +2,7% deutlicher als die der regulären Vollzeitbeschäftigten (+1,3%) anwachsen, meinte das Ministerium.

Lehrergewerkschaft

Im Juni feiert die Lehrgewerkschaft ihr 60-jähriges Jubiläum. Vor zwölf Jahren wechselte die Gewerkschaft ihren Kurs gegenüber dem Erziehungsministerium von Konfrontation auf Kooperation. Fünf ihrer Funktionäre gehören jetzt als Politiker der Demokratischen Partei Japans (DPJ) dem Oberhaus an. Trotzdem ist die Lehrergewerkschaft kaum imstande, die Bildungspolitik der DPJ wesentlich zu beeinflussen: Einer Meinungsumfrage der Gewerkschaft bei deren Mitgliedern zufolge ergab sich, dass nur 23,2% der Befragten die DPJ unterstützen, dagegen 18,7% die sozialdemokratische Partei. 43,6% gaben keine Partei an. Außerdem zeigt die Organisationsquote der Lehrergewerkschaft seit Jahren eine sinkende Tendenz. Sie lag 2006 bei 28,8%. Da die Lehrer der geburtsstarken Generation bald pensioniert werden, will sich die Gewerkschaft verstärkt dafür einsetzen, jüngere Lehrer als Mitglied zu gewinnen.

I. Zusammenfassung:

Neet und Freeter

Einführung einer "Job Card"

Überstunden in Ministerien

Rentenversicherung: Rentenverzicht bei Abgeordneten

Pflegeversicherung

Kindererziehungsurlaub

II. Im Einzelnen:

Neet und Freeter

Nach Angaben vom Cabinet Office ging die Zahl der Freeter, Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen, und Neet, Menschen ohne Ausbildung, im Alter zwischen 15 und 34 Jahren 2006 im dritten Jahr in Folge auf 2,49 Mio. Menschen zurück. Sie erreichte 2003 mit 2,81 Mio. Menschen ihren Höhepunkt. So lag die Zahl der Freeter bei 1,87 Mio. (-140.000) und die der Neet bei 620.000 (-20.000). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb jedoch für jüngere Arbeitnehmer weiter angespannt. Die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren betrug 9,4% und die bei den 20-24-jährigen 7,7%, während die Jahresarbeitslosenquote 2006 im Durchschnitt bei 4,1% lag. Aus einer Umfrage des Arbeitsministeriums bei 860 Neet unter 35 Jahren geht hervor, dass 82% der Befragten arbeitswillig und 80% zur beruflichen Fachausbildung bereit sind.

Einführung einer "Job Card"

Zur Unterstützung von Freetern und allein erziehenden Müttern bei deren Suche nach der Festanstellung hat die Regierung vor, 2008 eine "Job-Card" einzuführen. Diese Karte ist ein Nachweis für berufliche Qualifikation durch die Regierung. Sie soll den Arbeitssuchenden ausgestellt werden, wenn sie nach der fachlichen Beratung bei einer öffentlichen oder privaten Arbeitsvermittlungsstelle eine betriebliche Ausbildung oder ein Ausbildungsprogramm einer Universität/Berufsschule abgeschlossen haben. Die Job-Card wird auch Daten über die abgeschlossenen beruflichen Ausbildungen mit Bewertungen und die bisher ausgeübten Berufe enthalten. Dies soll Arbeitnehmerinnen, die eine Kindererziehungszeit hinter sich haben und Schul-/ Universitätsabgängern ohne Berufserfahrung zur Festanstellung verhelfen. Die Regierung rechnet mit 200.000 Teilnehmern an diesem Programm in den drei Jahren ab 2008.

Überstunden in Ministerien

Einer Umfrage des Gewerkschaftsverbandes der Bediensteten in Ministerien (22 Mitgliedsgewerkschaften und ca. 10.000 Mitglieder) zufolge leisteten im März/April die Gewerkschaftsmitglieder des Arbeitsministeriums mit 84 Stunden im Monat (2006: 79,2 Stunden) am meisten Überstunden unter den Ministerien, gefolgt von den Beschäftigten im Sozialministerium mit 79,3 Stunden (2006: 91,6 Stunden). Obwohl das Arbeits- und Sozialministerium 2001 im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Wohlfahrt (MHLW) zusammengelegt wurden, folgten die Gewerkschaften diesem Schritt nicht. So bestehen noch zwei Gewerkschaften beim MHLW.

Die Bediensteten in Ministerien leisteten, wie die Umfrage zeigt, durchschnittlich 39,1 Überstunden im Monat (+0,2 Stunden). 10,3% der

Befragten machten sogar monatlich mehr als 80 Stunden Mehrarbeit.

Rentenversicherung: Rentenverzicht bei Abgeordneten

Die Asahi Zeitung führte eine Umfrage über den Rentenverzicht bei 118 Parlamentariern durch, die das Renteneintrittsalter erreicht hatten. 70 von ihnen verweigerten die Beantwortung. Nur einer von den 48 Beantworteten, Minoru Taki, Mitglied des Unterhauses, verzichtet auf den Rentenbezug und ein weiterer, Abgeordneter Tanigawa, Mitglied des Oberhauses, hat vor, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. Die restlichen 46 Abgeordneten verzichten nicht auf ihre Rente. Sozialminister Yanagisawa, der nach Angaben des Sozialversicherungsamtes bereits im April den Rentenverzicht beantragt hatte, beantwortete diese Umfrage nicht.

Pflegeversicherung

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums müssen die Altenpflegekräfte im Zusammenhang mit der Alterung der geburtsstarken Generation um 400.000 bis 600.000 Pfleger verstärkt werden. Angesichts der gleichzeitigen Schrumpfung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Japan ist es nicht einfach, diesen Personalbedarf zu decken. Es muss darüber nachgedacht werden, mehr ausländische Arbeitnehmer aufzunehmen.

2004 nahmen ca. 4,1 Mio. ältere Menschen Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch. Sollten die Präventionsmaßnahmen, die mit der Reform 2005 eingeführt sind, zur Geltung kommen, würde die Zahl der Pflegebedürftigen 2014 bei sechs Mio. liegen, meint das Ministerium. Sollte die Entwicklung aber ungebremst weitergehen, würde die Zahl bis auf 6,4 Mio. Menschen steigen.

Kindererziehungsurlaub

Laut einer Untersuchung eines privaten Forschungsinstituts gewähren 26,3% der befragten Großbetriebe (+11% gegenüber der letzten Untersuchung 2004) ihren Mitarbeitern Kindererziehungsurlaub über die gesetzliche Verpflichtung hinaus. Die Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, einen betrieblichen Kindererziehungsurlaub in ihren Arbeitsordnungen festzuschreiben, auf den jeder Mitarbeiter bis zur Vollendung des 18. Lebensmonats des Kindes Anspruch hat.

Bericht vom 26.07.07 bis 08.08.07

I. Zusammenfassung:

Lebenserwartung
Japans Bevölkerung
Einsparungen beim Sozialbudget
Arbeitslosigkeit im Juni

II. Im Einzelnen:

Lebenserwartung

Nach Angaben des Sozialministeriums lag 2006 die Lebenserwartung der Japaner bei 79,0 Jahren (+0,4 Jahre gegenüber dem Vorjahr) und die der

Japanerinnen bei 85,8 Jahren (+0,3 Jahre). Die Japanerinnen verteidigten damit im 22. Jahr in Folge ihre weltweite Spitzenposition und die Japaner verbesserten ihren Weltrang von Platz 4 auf Platz 2 hinter Island mit 79,4 Jahren. Dank der erfolgreichen Konzepte zur Bekämpfung der Haupterkrankungen der Japaner wie Krebs, Herzerkrankung und Hirnblutung werde die Lebenserwartung weiterhin eine steigende Tendenz zeigen, meint das Ministerium.

Japans Bevölkerung

Nach Angaben des Ministeriums für Innere Angelegenheiten lag Japans Einwohnerzahl 31.03.2007 bei 127 Mio. Einwohnern. Nachdem ein geringfügiger Bevölkerungsschwund 2006 erstmals festgestellt worden war, schrumpft die Bevölkerung weiterhin. Die Hälfte der Bevölkerung wohnt in den Großstadträumen Tokyo, Nagoya und Kansai (Osaka/Kobe/Kyoto).

Einsparungen beim Sozialbudget

Um die Vorgabe für Einsparungen bei den Sozialausgaben zu erfüllen, will das Sozialministerium 2008 bei der Revision der kassenärztlichen Vergütungsordnung Ende des Jahres die offiziellen Richtpreise der Arzneimittel um 1% herabsetzen und damit 80 Mrd. Yen, etwa 600 Mio. Euro einsparen. 20 Mrd. Yen, etwa 170 Mio. Euro soll durch den Einsatz von Generika gespart werden. Im Rahmen der "Strukturreformen 2006" muss das Sozialministerium die Sozialausgaben in fünf Jahren insgesamt um 1,1 Billionen Yen, etwa 7 Mrd. Euro drücken. Das Ministerium hat beim Budget 2007 bereits 220 Mrd. Yen, etwa 1,7 Mrd. Euro eingespart. Das Finanzministerium verlangt vom Sozialministerium einen Ausgabenabbau in der gleichen Größenordnung für 2008.

Darüber hinaus zieht das Sozialministerium eine andere Möglichkeit für das Einsparen von 220 Mrd. Yen in Erwägung. Nach einer Vorstellung des Ministeriums soll die staatliche Beteiligung an der Finanzierung der regierungsverwalteten Krankenversicherung, in der die Arbeitnehmer in mittelständischen und kleinen Betrieben versichert sind, um 220 Mrd. Yen, etwa 1,8 Mrd. Euro von den gesamten Ausgaben in Höhe von 840 Mrd. Yen, etwa 6,2 Mrd. Euro im Jahr abgebaut werden. Die Gegenfinanzierung soll erfolgen durch die Betriebskrankenkassen, wo die Arbeitnehmer in Großbetrieben versichert sind, und von den genossenschaftlichen Unterstützungskassen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Diese Überlegung wird jedoch bei den Sozialpartnern auf Widerstand stoßen, weil der Beitragssatz der Betriebs- und Unterstützungskassen angehoben werden müsste.

Arbeitslosigkeit im Juni

Die Arbeitslosenquote im Juni betrug 3,7% (-0,1% gegenüber dem Vormonat): bei Männern 3,8 % (-0,1%) und bei Frauen 3,5% (-0,1%).

Insgesamt 2,41 Mio. Menschen (-370.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr) waren beschäftigungslos und damit ging diese Zahl im 19. Monat in Folge zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im neunten Monat in Folge um 530.000 auf 64,91 Mio. Menschen.

Bericht vom 09.08.07 bis 22.08.07

I. Zusammenfassung:

Finanzierung der Grundrente
Positive Ergebnisse bei Investition der Rententrücklagen
Mehr Konkursanmeldungen von Krankenhäusern
Geburtenzahl in der ersten Jahreshälfte

II. Im Einzelnen:

Finanzierung der Grundrente

Nach den Oberhauswahlen am 29.07.2007 breitet sich bei der Koalition Skepsis über die rechtzeitige Erhöhung der Verbrauchssteuer aus, weil alle Oppositionsparteien zusammengenommen nun die Mehrheit im Oberhaus besitzen. Im Zusammenhang mit der Anhebung des staatlichen Anteils an der Finanzierung der Grundrente von einem Drittel auf die Hälfte ab 2009 hatte die Koalition vor, die Erhöhung der Verbrauchssteuer noch in diesem Jahr innerhalb der Koalition zu beschließen. Anfang 2008 sollte ein entsprechender Gesetzentwurf im Parlament zur Beratung vorliegen. Das Gesetz sollte 2009 in Kraft treten.

Der Vorsitzende der Regierungskommission für das Steuersystem, Kasai, sagte, dass die negative Einstellung der Opposition zur Erhöhung der Verbrauchssteuer die Diskussionen über die Steuerreform ab diesem Herbst die Kommissionsarbeit beeinflussen werde.

Positive Ergebnisse bei Investition der Rententrücklagen

Nach Angaben des Government Pension Investment Funds (GPIF), der unter Kontrolle des Sozialministeriums steht, wurde 2006 eine Rendite von 3,64 Billionen Yen, etwa 24 Mrd. Euro erzielt. Damit erzielte man im vierten Jahr

in Folge Überschüsse. Die Erträge dieses Zeitraums wuchsen auf 10,27 Billionen Yen, etwa 65 Mrd. Euro. 70% der Erträge im Jahre 2006 gingen auf den Handel ausländischer Aktien und Anleihen zurück. Die günstige Entwicklung des billigen Yenurses vor allem gegenüber dem Euro trug größtenteils dazu bei. Ende 2006 verfügte GPIF über die Rücklagen von insgesamt ca. 114,53 Billionen Yen (ca. 800 Mrd. Euro, sic!).

Mehr Konkursanmeldungen von Krankenhäusern

Die Zahl der Krankenhäuser, die Konkurs anmeldeten, stieg in diesem Jahr drastisch. So haben im ersten Halbjahr bereits 31 Krankenhäuser und Kliniken Konkurs angemeldet, während bisher 30 Anmeldungen im Jahresdurchschnitt eingegangen waren. Tokyo hatte mit sechs Fällen die meisten Konkursanmeldungen, gefolgt von Hokkaido und Kanagawa jeweils mit drei Fällen. Diese Entwicklung ist auf die Senkung der ärztlichen Vergütung zurückzuführen. Bei der Revision 2006 wurde die Vergütung um 3,16% herabgesetzt. Außerdem waren die Krankenhäuser mit Patientenrückgang wegen der Anhebung der Selbstbeteiligung der Patienten und der Schließung von Stationen im Zug des Ärztemangels belastet.

Geburtenzahl in der ersten Jahreshälfte

Nach Angaben des Sozialministeriums nahm die Zahl der Neugeborenen in der ersten Jahreshälfte 2007 mit 546.541 Babys im Vergleich zum Vorjahr um 2.714 Babys bzw. 0,5% ab. Die weibliche Bevölkerung der Altersgruppe 25-34 Jahre, die besonders fruchtbar ist, schrumpfte gegenüber dem Vorjahr gegenüber um 2,8%. Dennoch zeige die Geburtenrate, bezogen auf Frauen im gebärfähigen Alter, eine steigende Tendenz, meinte das Ministerium.

I. Zusammenfassung:

Neuer Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt Yoichi MASUZOE
Personalwechsel im Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt
Arbeitslosigkeit im Juli
Mindestlöhne
Pflegeversicherung

II. Im Einzelnen:

Neuer Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt Yoichi MASUZOE

Zum Sozialminister im zweiten Kabinett Abe wurde Yoichi Masuzoe, Liberaldemokratische Partei (LDP) und Oberhausmitglied, überraschend ernannt. Beim Wahlkampf zum Oberhaus im Juni kritisierte Masuzoe Premierminister Abe als führungslos. Mit der Ernennung Masuzoes zum Kabinettsmitglied wolle Abe zeigen, dass er auch Kritikern seiner eigenen Partei Gehör schenke, meinen die Medien. Masuzoe genießt große Popularität unter den Wählern und tritt oft im Fernsehen auf.

Masuzoe kandidierte 1999 erfolglos bei der Gouverneurwahl Tokyo. 2001 wurde er erstmals ins Oberhaus gewählt und 2007 bestätigt. 2006 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses der LDP-Oberhausfraktion bekleidet. Dieses Amt gilt als "Ministeranwärter-Posten".

Masuzoe pflegte jahrelang seine Mutter, die an Altersdemenz gelitten hatte und 2000 starb. Dies habe ihm Anlass dazu gegeben, eine politische Laufbahn einzuschlagen, erzählte Masuzoe auf einer Pressekonferenz gleich nach der Ernennung. Er setzte sich als Oberhausmitglied sehr für die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung ein. Außerdem gehörte er zur LDP-Arbeitsgemeinschaft zur Lösung der Rentenskandale und setzte sich energisch mit der Problematik der Social Insurance Agency (SIA) auseinander.

Personalwechsel im Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt

Fast die gesamte Führungsspitze des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW) wurde mit neuen Personen besetzt.

Zu neuen Vizeministern wurden ernannt:

- Frau Kyoko NISHIKAWA (61), LDP, Unterhausmitglied, Studium an der Waseda Universität
- Koichi KISHI (67), LDP, Oberhausmitglied, Studium an der Waseda Universität

Neue parlamentarische Staatssekretäre sind:

- Wataru ITO (37), Buddhistische Koalitionspartei Komei, Unterhausmitglied, Studium an der Osaka Universität
- Kenta MATSUNAMI (36), LDP, Unterhausmitglied, Studium an der Waseda Universität

Neuer Präsident der Social Insurance Agency (SIA) ist Taiji BANNO. Er war zuvor beim Innenministerium beschäftigt und ist Aufsichtsratsmitglied des öffentlichen Fernseh- und Radiosenders NHK. Er hat keinen MHLW - Stallgeruch. Mit seiner Ernennung soll ein Neubeginn bei der SIA signalisiert werden.

Arbeitslosigkeit im Juli

Die Arbeitslosenquote im Juli betrug 3,6% (-0,1% gegenüber dem Vormonat): bei Männern 3,7 % (-0,1%) und bei Frauen 3,3% (-0,2%). Insgesamt 2,34 Mio. Menschen waren beschäftigungslos (-340.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 20. Monat in Folge zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im zehnten Monat in Folge um 370.000 auf 64,58 Mio. Menschen.

Mindestlöhne

Laut einer Untersuchung des Arbeitsministeriums bei 11.120 Betrieben im Juni arbeiteten 1,2% der Beschäftigten unter dem Mindestlohniveau: 56,9% von ihnen waren Teilzeitbeschäftigte und 67,5% weiblich. Von den untersuchten Betrieben verstießen 6,4% gegen das Mindestlohngesetz. Dieser Wert ging gegenüber dem Vorjahr (6,8%) leicht zurück.

Pflegeversicherung

Die Anzahl der Versicherten, die 2006 die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch nahmen, ging mit 4,3 Mio. Menschen erstmals seit der Einführung im Jahre 2000 um 102.000 Versicherte gegenüber dem Vorjahr zurück, gab das Sozialministerium bekannt. Seit April 2006 sind Pflegehilfsmittel den Pflegebedürftigen in den niedrigeren Pflegestufen nur in Sonderfällen auszuleihen. Die Pflegekosten einschließlich der Selbstbeteiligung der Pflegebedürftigen schrumpften ebenfalls zum ersten Mal um 123,3 Mrd. Yen, ca. 800 Mio. Euro auf 6,2 Billionen Yen, ca. 40 Mrd. Euro.

I. Zusammenfassung:

Höhere Gesundheitsausgaben unter Premierminister Fukuda
Neuer Rentenskandal: Unterschlagung von Rentenbeiträgen durch Beamte
Alternde Bevölkerung
Präsidentschaftswahl bei Gewerkschaftsdachverband
Einstiegsgehalt für Akademiker
Bildungsausgaben

II. Im Einzelnen:

Höhere Gesundheitsausgaben unter Premierminister Fukuda

Nach Einschätzungen des Gesundheitsministeriums werden die Sozialausgaben 2008 um mehr als 50 Mrd. Yen, etwa 350 Mio. Euro zunehmen, sollte der ehemalige Kabinettssekretär Fukuda zum Nachfolger von Premierminister Abe gewählt und sein Wahlversprechen tatsächlich umgesetzt werden. Fukuda wolle als Premierminister die ab dem April 2008 geplante Anhebung der Selbstbeteiligung der einkommensschwachen Patienten im Alter von 70 bis 74 Jahren von derzeit 10% auf 20% der entstandenen Kosten einfrieren. Fukudas Konkurrent Aso, LDP-Generalsekretär, greift in seinem Wahlversprechen dieses Thema nicht auf.

Neuer Rentenskandal: Unterschlagung von Rentenbeiträgen durch Beamte

Nach Angaben der Social Security Insurance (SIA) gebe es seit 1962 insgesamt 50 Unterschlagungsfälle in Höhe von 168,49 Mio. Yen, etwa 1 Mio. Euro: Beamte der SIA unterschlugen Rentenbeiträge oder -leistungen. Darüber hinaus gebe es, so SIA, ebenfalls 50 Unterschlagungsfälle durch Kommunalbeamte in Größenordnung von 200 Mio. Yen, etwa 1,2 Mio. Euro. Auf einer Pressekonferenz äußerte sich Sozialminister Masuzoe, dass er streng vorgehen und die korrupten Beamten aufspüren machen wolle, um diese polizeilich anzuzeigen. "Solche Leute müssen ins Gefängnis kommen. Dafür Sorge ich bestimmt", sagte Masuzoe. Inzwischen hat der Minister aber seinen Ton gemildert. Wegen der Verjährungsfrist von sieben Jahren seien diese Beamten strafrechtlich nicht mehr zu verfolgen. Er wolle prüfen lassen, ob eine zivilrechtliche Schadenersatzklage gegen sie möglich ist.

Alternde Bevölkerung

Nach Angaben des Ministeriums für innere Angelegenheiten nahm die ältere Bevölkerung über 65 Jahren in Japan um 870.000 Menschen gegenüber dem Vorjahr zu und lag insgesamt bei 27,44 Mio. Menschen (Männer: 11,69 Mio. und Frauen: 15,75 Mio.). Die über 65-Jährigen haben einen Anteil von 21,5% an der Gesamtbevölkerung. Die beiden Zahlen, Anzahl wie Anteil, übertrafen den bisher höchsten Stand. Die Zahl der älteren Menschen, die älter als 80 Jahre waren, überschritt mit 7,14 Mio. (Männer: 2,36 Mio. und Frauen: 4,78 Mio.) die 7-Mio.-Marke. 2006 waren 5,1 Mio. Bürger unter der älteren Bevölkerung erwerbstätig; dieser Wert lag zum ersten Mal über fünf Millionen Menschen. 1,15 Mio. von ihnen waren in der Land- und Forstwirtschaft tätig und 860.000 im Dienstleistungssektor. 61% der älteren Erwerbstätigen arbeiteten bei kleineren und kleinsten Betrieben mit weniger als 30 Beschäftigten.

Präsidentschaftswahl bei Gewerkschaftsdachverband

Rengo-Präsident Takagi kündigte seine erneute Kandidatur in der Präsidentschaftswahl im Oktober an. Generalsekretär Koga deutete ebenfalls am gleichen Tag seine erneute Kandidatur in der Generalsekretärswahl an. Die Führung "Takagi-Koga" wird mit hoher Wahrscheinlichkeit im kommenden Dachgewerkschafts-Kongress am 11. und 12.10.2007 für weitere zwei Jahre bestätigt. Beide sind seit 2005 im Amt.

Einstiegsgehalt für Akademiker

Einer Untersuchung von Keidanren zufolge haben die Unternehmen zum April 2007 das Einstiegsgehalt für Büroangestellte mit Universitätsabschluss durchschnittlich um 1,354 Yen (etwa 9 Euro) gegenüber dem Vorjahr auf 205.074 Yen erhöht. Erstmals seit zehn Jahren überschritt die Gehaltserhöhung 1.000 Yen (etwa 7 Euro). Dies ist hauptsächlich auf die konjunkturelle Erholung und zum Teil auf Personalmangel im Zusammenhang des Geburtenrückgangs zurückzuführen. Bei 56,3 % der untersuchten Betriebe blieb jedoch das Einstiegsgehalt unverändert. Die Branche "Öl- und Steinkohleprodukte" bot mit 246.000 Yen (etwa 1600 Euro) das höchste und die Branche Finanzen und Versicherung mit 187.018 Yen (etwa 1200 Euro) das geringste Einstiegsgehalt.

Bildungsausgaben

Laut einer OECD-Untersuchung belegte Japan 2004 bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung den vorletzten Platz vor Griechenland unter den 26 Ländern. Beim Einbeziehen der privaten Ausgaben nahm Japan den 21. Rangplatz ein. Während die Bildungsausgaben in den Ländern, die in die

Untersuchung einbezogen waren, durchschnittlich 42 % im Vergleich zum Jahr 1995 stiegen, gab Japan für die Bildung nur 11 % mehr aus.

Bericht vom 20.09.07 bis 03.10.07

I. Zusammenfassung:

Koalitionsvertrag: geplante Belastungen zurückgenommen

Opposition erarbeitet eigene Sozialgesetzgebungsentwürfe

Einkommen nehmen ab - Einkommensgefälle nimmt zu

Arbeitslosigkeit

Verzicht auf Führerschein bei älteren Fahrern

II. Im Einzelnen:

Koalitionsvertrag: geplante Belastungen zurückgenommen

Der frisch gewählte Chef der Liberaldemokratischen Partei (LDP) Fukuda und Komei-Chef Ota unterzeichneten einen neuen Koalitionsvertrag. Der Koalitionspartner der LDP, die buddhistische Partei Komei, bestand besonders auf der Einfrierung der vorgesehenen Mehrbelastungen. Angestrebt sind unter anderem:

- die Einfrierung der für April 2008 geplanten Anhebung der Selbstbeteiligung bei den einkommensschwachen Patienten im Alter von 70 bis 74 Jahren von derzeit 10% auf 20% der entstandenen Kosten,

- die Einfrierung des Teilabbaus der Kindererziehungszulage bei der Sozialhilfe für allein erziehende Mütter und
- die Rücknahme der im April 2006 eingeführten Selbstbeteiligung der Behinderten von 10% der Kosten bei der Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen.

Die Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen ist noch ungeklärt. Nach Einschätzungen des Sozialministeriums könne man mit einer weiteren Neuverschuldung von über 100 Mrd. Yen, ca. 700 Mio. Euro im Jahr im Haushalt rechnen, sollten die genannten Maßnahmen umgesetzt werden.

Weiter ist strittig, ob das Krankenversicherungsgesetz noch während der laufenden Sitzungsperiode im Parlament geändert werden muss, um die Mehrbelastung bei älteren Patienten ab dem April 2008 rechtzeitig einfrieren zu können. Sozialminister Masuzoe beabsichtigt, die Einfrierung vorübergehend durch eine ministeriale Verordnung umzusetzen. Zur Gegenfinanzierung könne, so Masuzoe, ein nachträglicher Haushaltsplan 2008 aufgrund des Zuwachses des Steueraufkommens erstellt werden, da die japanische Wirtschaft stark wachse.

Das Sozialministerium muss noch von weiteren Ausgaben ausgehen: Premierminister Fukuda hat im Wahlkampf für den LDP-Vorsitz versprochen, er wolle diejenigen berücksichtigen, die bei der geplanten Einführung einer speziellen Krankenversicherung für ältere Menschen über 75 Jahre im April 2008 zusätzlich finanziell belastet werden. Die älteren Menschen, die derzeit als Familienmitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert und deshalb vor der Beitragszahlung befreit sind, werden zukünftig verpflichtet, an die neu geschaffene Krankenversicherung Beiträge einzuzahlen.

Opposition erarbeitet eigene Sozialgesetzgebungsentwürfe

Angesichts der Koalitionsvereinbarungen will die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei Japans (DPJ) einen eigenen Gesetzentwurf zur Einfrierung der Selbstbeteiligung der Behinderten ab dem Januar 2008 ausarbeiten und zur Beratung im Oberhaus vorlegen. Dort hat die Opposition die absolute Mehrheit. Darüber hinaus beschloss die DPJ, eine Arbeitsgemeinschaft der Partei für das Gesundheitswesen einzusetzen. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich mit Themen wie Mehrbelastungen bei älteren Patienten, Ärztemangel beschäftigen und die Grundlage für ein Reformgesetz schaffen, das die DPJ in der kommenden ordentlichen Sitzungsperiode ab Januar zur Beratung im Parlament vorlegen wird.

Einkommen nehmen ab - Einkommensgefälle nimmt zu

Nach Angaben der Steuerbehörde lag das Jahresentgelt der abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft einschließlich der Teilzeitbeschäftigten 2006 durchschnittlich bei 4,35 Mio. Yen, etwa 28.000 Euro, (-20.000 Yen, -130 Euro gegenüber dem Vorjahr) und ging damit im neunten Jahr in Folge zurück. Die Zahl der Arbeitnehmer, die weniger als 2 Mio. Yen, etwa 13.000 Euro, im Jahr verdienten, stieg um 420.000 auf insgesamt 10,23 Mio. Menschen, während die Zahl der Besserverdiener, deren Entgelt jährlich über 10 Mio. Yen, etwa 70.000 Euro, lag, gleichzeitig um 95.000 auf 2,24 Mio. Menschen zunahm. Der Anteil der Arbeitnehmer mit einem Jahresentgelt von weniger als 3 Mio. Yen, etwa 20.000 Euro, an den Beschäftigten betrug laut der Steuerbehörde 38,8% und der Anteil der mittelmäßig Verdienenden mit einem Entgelt zwischen 3 und 10 Mio. Yen, etwa 20.000 und 70.000 Euro, 56,3%.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote im August betrug 3,8% (+0,2% gegenüber dem Vormonat): bei Männern 3,8 % (+0,1%) und bei Frauen 3,7% (+0,4%). Die Arbeitslosigkeit nahm somit erstmals seit elf Monaten wieder zu. Vor allem bei den Arbeitnehmerinnen in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren stieg die Arbeitslosenquote um 1,5% auf 8,4%. Außerdem hätten im August mehr Frauen aktiv einen Arbeitsplatz gesucht. Daher sei von einer allgemeinen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt keine Rede, meinte das Arbeitsministerium.

Die Zahl der Beschäftigungslosen in absoluten Zahlen ging dagegen zurück. Im August waren insgesamt 2,49 Mio. Menschen beschäftigungslos (-230.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr).

Verzicht auf Führerschein bei älteren Fahrern

21.390 Autofahrer älter als 65 Jahre haben 2006 freiwillig der Polizei ihren Führerschein zurückgegeben. Angesichts der merklichen Zunahme der Autounfälle durch ältere Fahrer versucht das Polizeiamt seit 1998, Menschen, deren Kräfte wegen einer Krankheit oder ihres Alters nachgelassen haben, zum freiwilligen Verzicht auf das Autofahren zu bewegen. In den Präfekturen, die älteren Menschen alternative Verkehrsmittel mit Preisnachlass bei deren Nutzung anbieten konnten, und auch in Großstädten mit einem gut ausgebauten Verkehrsnetz lag die Rückgabquote über dem Durchschnitt, während in den strukturschwachen Gegenden der Führerschein kaum zurückgegeben wurde. Daneben wird bei der Verlängerung des Führerscheins nach spätestens fünf Jahren bei allen Führerscheininhabern, unabhängig vom Lebensalter, eine Augen- und Fahrreaktionsprüfung vorgenommen.

I. Zusammenfassung:

Alleinerziehende Mütter - Transferzahlungs-Kürzungen auf dem Prüfstand
Toyota Unternehmensgewerkschaft organisiert Zeitarbeiter
Mindestlohn in Tokyo nach Erhöhung weiter unter Sozialhilfeniveau
Volksrentenversicherung - Bürger verweigern Beitragszahlung
Gewerkschaftsdachverband Rengo unterstützt Oppositionspartei DPJ
DPJ-Vorschlag: Einführung eines Kindergeldes für alle Kinder

II. Im Einzelnen:

Alleinerziehende Mütter - Transferzahlungs-Kürzungen auf dem Prüfstand

Aus einer Untersuchung des Sozialministeriums geht hervor, dass 84,4% der alleinerziehenden Mütter 2006 berufstätig waren. Bei der letzten Untersuchung 2003 betrug dieser Wert 82,9%. Die durchschnittlichen Jahreszuflüsse bei diesen Haushalten, die Gesamtheit von Arbeitsentgelt, Sozialhilfe, Unterstützung durch die Eltern stieg gegenüber dem Jahre 2003 um 10.000 Yen (etwa 70 Euro) auf 2,13 Mio. Yen (etwa 14.000 Euro). Das Arbeitsentgelt nahm im gleichen Zeitraum um 90.000 Yen (etwa 540 Euro) auf 1,71 Mio. Yen, etwa 10.500 Euro zu. Angesichts "dieser Verbesserung der Einkommenslage" wird die Koalition bei der geplanten Einfrierung des Teilabbaus der Kindererziehungszulage bei der Sozialhilfe nur einkommensschwache Mütter berücksichtigen. Die Kindererziehungszulage

bei der Sozialhilfe für allein erziehende Mütter liegt derzeit je nach Einkommenslage zwischen 9.850 und 41.720 Yen (etwa 60 und 250 Euro) im Monat. Aufgrund der Reform 2002 wird diese Zulage ab dem April 2008 um mehr als 50% gekürzt, sollten allein erziehende Mütter sie mehr als fünf Jahre nach der Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes beziehen. Nach einer Berechnung des Sozialministeriums seien 16 Mrd. Yen (etwa 100 Mio. Euro) an zusätzlichen Haushaltsmitteln erforderlich, würde die geplante Kürzung der Kindererziehungszulage ausgesetzt werden. Wenn die Einfrierung dieser Maßnahme nur für die einkommensschwachen Mütter mit weniger als 1,3 Mio. Yen (8.000 Euro) im Jahr gelten sollte, brauche man einen Bruchteil dieser Summe.

Toyota Unternehmensgewerkschaft organisiert Zeitarbeiter

Die Automobil-Gewerkschaft Toyota (Mitgliedszahl: 60.000) hat vor, vom kommenden Frühjahr an Zeitarbeiter als Gewerkschaftsmitglieder aufzunehmen. Dies bezieht sich auf 4.000 von 9.000 Zeitarbeitern, die bei den zwölf inländischen Toyota-Werken mehr als ein Jahr tätig sind. Damit will die Gewerkschaft einen Beitrag leisten, die Arbeitsbedingungen bei Arbeitnehmern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen zu verbessern. Bei ihrem Jahreskongress Mitte Oktober wird die Gewerkschaft einen entsprechenden Beschluss fassen. Ende September 2007 waren 9.200 Zeitarbeiter bei Toyota-Werken tätig. Ihr Anteil an der produzierenden Belegschaft liegt bei 30%. Toyota bietet jährlich 1.000 Zeitarbeitern eine Festanstellung an. In der Präfektur Aichi, wo viele der Toyota-Werke stehen, herrscht Vollbeschäftigung.

Mindestlohn in Tokyo nach Erhöhung weiter unter Sozialhilfeniveau

Das Arbeitsamt Tokyo gab bekannt, dass der gesetzliche Mindestlohn für die Präfektur Tokyo um 20 Yen (ca. 14 Eurocent) auf 739 Yen pro Stunde erhöht wird. Es handelt sich hier um eine deutliche Erhöhung, weil in den vergangenen Jahren das Mindestlohnniveau jährlich um 5 Yen, etwa 3 Eurocent angehoben wurde. Dennoch bleibt das monatliche Arbeitsentgelt auf neuer Mindestlohnbasis in Tokyo rund 8.200 Yen, etwa 5,5 Euro niedriger als das Niveau der Sozialhilfe. Das monatliche Netto-Einkommen bei einem Mindeststundenlohn von 739 Yen beträgt 113.936 Yen, etwa 650 Euro. Gleichzeitig kann ein 18-jähriger Lediger Sozialhilfe in Höhe von 122.193 Yen im Monat beziehen, allerdings nur, wenn er arbeitsunfähig ist.

Volksrentenversicherung - Bürger verweigern Beitragszahlung

Nach Angaben des Sozialversicherungsamtes haben 2006 nur 49% der Versicherungspflichtigen, alle 20 bis 60-jährigen Bürger unabhängig von ihrem Status, in die Volksrentenversicherung ihre Pflichtbeiträge eingezahlt. Die Zahlungsmoral war bei Jüngeren besonders schlecht. So haben nur 26,9% der Versicherungspflichtigen in der Altersgruppe zwischen 20 und 24 Jahren und 40,4% in der Altersgruppe zwischen 25 und 29 Jahren Beiträge entrichtet. Im Gegensatz zu den bisherigen Statistiken wurden diesmal auf Forderung von der Oppositionspartei Demokratische Partei Japans (DPJ) Sozialhilfeempfänger, die von der Beitragszahlung befreit waren, und Studenten, deren Beitragspflicht wegen des Studiums auf Antrag vorübergehend ruht, in die Erhebung einbezogen.

Gewerkschaftsdachverband Rengo unterstützt Oppositionspartei DPJ

Beim Rengo-Kongress am 11. Oktober 2007 bat der Chef der Demokratischen Partei Japans (DPJ) Ozawa in seiner Gastrede diesen Gewerkschaftsdachverband um Unterstützung bei den nächsten Unterhauswahlen. Der wiedergewählte Rengo-Präsident Takagi antwortete: „Unser innigster Wunsch seit Jahren ist es, dass in Japan zwei regierungsfähige Großparteien entstehen. Deshalb wünsche ich sehr, dass die Opposition auch im Unterhaus die absolute Mehrheit erzielt.“

Rengo wird noch in diesem Monat Vertreter der Branchendachgewerkschaften zu einer Sitzung einberufen und mit Vorbereitungen für die nächsten Unterhauswahlen anfangen, deren Zeitpunkt noch ungewiss ist. DPJ-Chef Ozawa will Ende Oktober eine Besuchsreise bei den regionalen Organisationen von Rengo antreten, wie er es vor den Oberhauswahlen getan hat.

DPJ-Vorschlag: Einführung eines Kindergeldes für alle Kinder

Die Oppositionspartei Demokratische Partei Japans (DPJ) will einen Gesetzentwurf für die Einführung eines neuen staatlichen Kinderzuschlags ausarbeiten. Nach einer Vorstellung der DPJ werden alle Eltern, deren Kinder noch nicht die Mittelschule abgeschlossen haben, unabhängig von Einkommenshöhe und Staatsangehörigkeit monatlich 26.000 Yen (etwa 180 Euro) für jedes Kind erhalten. Gegenwärtig beträgt das Kindergeld, welches gemeinsam durch Staat, Kommune und Arbeitgeber finanziert wird, monatlich 10.000 Yen, etwa 60 Euro für jedes Kind bis zur Vollendung des 3. Lebensjahrs. Nach dem 3. Lebensjahr wird 5.000 Yen, 30 Euro für das erste und zweite Kind sowie 10.000 Yen, 60 Euro für das dritte und jedes weitere Kind jeweils bis zum Abschluss der Grundschule überwiesen. Dieses Geld ist einkommensabhängig. Das Jahreseinkommen

bei einem Ehepaar mit zwei Kindern darf 8,6 Mio. Yen, etwa 55.000 Euro nicht übersteigen.

Bericht vom 18.10.07 bis 31.10.07

I. Zusammenfassung:

Entlastung von älteren Krankenversicherten

Steuerfinanzierte Grundrente

Anhebung der Verbrauchssteuer zur Finanzierung der

Sozialversicherungssysteme

Neuer Skandal: Hepatitis C-Ansteckung durch Gerinnungspräparate

Meinungsumfrage über die Lage der Behinderten

II. Im Einzelnen:

Entlastung von älteren Krankenversicherten

Die Koalition einigte sich auf ein Entlastungsprogramm für ältere Versicherte in der Krankenkasse.

1. Befristete Beitragsbefreiung von Familienmitgliedern für die im April 2008 geplante "Pflichtkrankenkasse für Menschen über 75 Jahre": Dies betrifft diejenigen 2 Mio. der 13 Mio. Menschen älter als 75 Jahre, welche nach dem derzeitigen System als Familienmitglied mitversichert

und deshalb noch von der Beitragszahlung befreit sind. Die Befreiung von der Beitragspflicht ab April 2008 ist auf sechs Monate befristet. Danach erfolgt für weitere sechs Monate eine 90-prozentige Senkung der Beiträge. Ab 2009 wird es im neuen System es keine Familienmitversicherung für Ältere mehr geben. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sind 36 Mrd. Yen (ca. 240 Mio. Euro) erforderlich.

2. Einjährige Einfrierung der für April 2008 geplanten Anhebung der Selbstbeteiligung bei den Patienten im Alter von 70 bis 74 Jahren von derzeit 10% auf 20% der entstandenen Kosten. Zur Finanzierung müssen 110 Mrd. Yen (ca. 70 Mio. Euro) aufgebracht werden.

Darüber hinaus sind 10 Mrd. Yen (ca. 70 Mio. Euro) nötig, um die Computer-Software zur Erhebung der Versicherungsbeiträge bei den Kommunen zu ändern. Die zusätzlich erforderlichen Finanzmittel von ca. 150 Mrd. Yen (ca. 1 Mrd. Euro) werden im Rahmen eines Nachtragshaushalts des laufenden Fiskaljahrs ausgegeben.

Steuerfinanzierte Grundrente

Premierminister Fukuda möchte im Zusammenhang mit dem Thema "Steuerfinanzierte Grundrente" einen Vorschlag der Demokratischen Partei Japans (DPJ) aufgreifen und die Oppositionspartei an den Verhandlungstisch mit der Koalition über die Rentenversicherung bringen. Bereits 2004 beschloss die Regierung, ab 2009 den Steueranteil an der Finanzierung der Grundrente von einem Drittel auf die Hälfte anzuheben. Dafür sind 2,5 Billionen Yen (ca. 15 Mrd. Euro) zusätzlich erforderlich. Deshalb ist ohne die Zustimmung der Oppositionspartei DPJ dieses politische Vorhaben schwer zu realisieren.

Anhebung der Verbrauchssteuer zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

Das Ministerpräsidentenamt gab seine Einschätzung bekannt, wie die Sozialversicherungssysteme zukünftig finanziert werden sollen. Bleiben die Leistungen in der Kranken- und Pflegeversicherung weiterhin auf dem gegenwärtigen Niveau, müssten bis 2025 zusätzlich zwischen 14 und 31 Bio. Yen, etwa 80 Mrd. bis 170 Mrd. Euro, durch Steuererhöhung zusammengebracht werden. Dies entspreche einer Anhebung der Verbrauchssteuer von derzeit 5% auf 11-17%, je nach Einsparmöglichkeiten und Wirtschaftswachstum. Diese Einschätzungen ermutigen die Befürworter einer Steuererhöhung wie Kabinettssekretär Machimura und dem Unterausschussvorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei für Steuerreformen Yosano. In diesem Sinne will Premierminister Fukuda, der die Verbrauchssteueranhebung zu den wichtigsten Aufgaben seiner Regierung zählt, die Diskussion über Steuerreform beschleunigen.

Neuer Skandal: Hepatitis C-Ansteckung durch Gerinnungspräparate

Sozialminister Masuzoe will auf ein Güteverfahren mit insgesamt 170 Klägern eingehen, die in den Jahren 1987 bis 2002 durch aus Menschenblut hergestellten Gerinnungspräparaten mit Hepatitis C infiziert worden sein sollen. Minister Masuzoe wolle dabei den Infizierten eine finanzielle Unterstützung bei der aufwendigen Behandlung mit Antiviren-Präparaten anbieten. Darüber hinaus beabsichtigt der Minister, die 280.000 ehemaligen Patienten, die mit diesen Präparaten vor allem bei der Entbindung behandelt wurden, über Ansteckungsmöglichkeit zu informieren und ihnen Untersuchung und Behandlung auf Kosten von

Staat und Arzneimittelherstellern zu empfehlen.

Nach Einschätzungen von Minister Masuzoe müsse die Regierung dafür 100 bis 200 Mrd. Yen (700 Mio. - 1,4 Mrd. Euro) in den nächsten sieben Jahren ausgeben. Zurzeit müssen die Patienten jährlich 1 Mio. Yen (ca. 7.000 Euro) für diese Behandlung aus eigener Tasche zahlen. Daher verzichten manche einfach auf die Behandlung mit den kostspieligen Medikamenten.

In diesem Zusammenhang wurde ein neuer Skandal beim Sozialministerium aufgedeckt. Das Ministerium erhielt bereits 2002 vom Arzneimittelhersteller Midori-Juji eine Liste derjenigen 418 Patienten, die mit größter Wahrscheinlichkeit durch aus Menschenblut hergestellte Gerinnungspräparate mit Hepatitis C infiziert worden waren. Das Ministerium blieb jedoch untätig: Die Betroffenen wurden über Ansteckungsmöglichkeit nicht unterrichtet. Bei einer Gerichtsverhandlung stellte sich im Oktober 2007 heraus, dass sich diese Liste im Besitz des Ministeriums befinden müsse. Am 16.10.2007 sagte vor dem Oberhausausschuss Minister Masuzoe, dass sein Ministerium über keine Namensliste verfüge. Am 22.10.2007 gab das Ministerium auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die Liste im Lager des Ministeriums gefunden wurde. Minister Masuzoe versprach die vollständige Aufklärung dieses Vorfalls.

Meinungsumfrage über die Lage der Behinderten

Das Cabinet Office führte im Februar und März 2007 in Japan, Deutschland und den USA eine Umfrage über die Lebensbedingungen der Behinderten durch. Nur 18,8% der befragten Japaner meinten, dass behinderte Menschen in ihrem Land genauso wie Menschen ohne

Behinderung ihr Leben führen können. Dies denken jedoch 81,9% der Deutschen und 53,7% der Amerikaner.

Bericht vom 01.11.07 bis 17.11.07

I. Zusammenfassung:

Arbeitslosigkeit im September

Meinungsumfrage über Anhebung der Verbrauchssteuer

Pflegeversicherung

Abschaffung des Ehepartner-Freibetrags?

Rententeilung bei Ehescheidung

Unterstützung für ausländische Kinder in öffentlichen Schulen

Sozialministerium verschwendete Steuergelder

II. Im Einzelnen:

Arbeitslosigkeit im September

Im September waren insgesamt 2,69 Mio. Menschen beschäftigungslos (-110.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 22. Monat in Folge zurück. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote seit zwei Monaten in Folge auf nun 4 % (+0,2% gegenüber dem Vormonat): bei Männern beträgt sie 4 % (+0,2%) und bei Frauen ebenfalls 4% (+0,3%). Dies ist hauptsächlich auf die

Verschlechterung der Geschäftslage in den kleineren und kleinsten Betrieben zurückzuführen. Während die gesamte Zahl der abhängig Beschäftigten im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr um 130.000 auf 55,07 Mio. stieg, schrumpfte die Belegschaft bei den Betrieben mit weniger als 30 Beschäftigten durchschnittlich um 2,1%. Die Stellenangebote in dieser Betriebsgröße gingen um 14,6% zurück. Außerdem nahm die Zahl der weiblichen Arbeitslosen in der Altersgruppe 15-24 Jahren um 40.000 und in der Gruppe 35 bis 44 Jahren um 80.000 zu.

Meinungsumfrage über Anhebung der Verbrauchssteuer

Aus einer telefonischen Meinungsumfrage der Asahi Zeitung ergibt sich, dass 43% der Befragten (bei der Juli-Umfrage: 40%) die Anhebung der Verbrauchsteuer für nötig halten und 49% (im Juli: 51%) nicht. Regierung und Koalition wollen die künftige Steuererhöhung mit der Sicherung der sozialen Versicherungssysteme begründen. Jedoch nur 36% der Befragten finden dieses Argument plausibel, 54% dagegen nicht.

Pflegeversicherung

Das Sozialministerium will die Ermäßigung der Versicherungsbeiträge für die Älteren in der gesetzlichen Pflegeversicherung über das Jahr 2007 hinaus zunächst für ein Jahr verlängern.

Im Rahmen der Steuerreform 2006 wurde der Grundfreibetrag für die Gemeindesteuer bei einem Rentnerpaar von 2,66 Mio. Yen (ca. 17.000 Euro) im Jahr auf 2,11 Mio. Yen (ca. 14.000 Euro) gesenkt. Damit sollte der monatliche Standardbeitrag in der Pflegeversicherung bei den Rentnern von 4,090 Yen (ca. 28 Euro) um 25% angehoben werden, weil der Beitragssatz an die Gemeindesteuer gekoppelt ist.

Abschaffung des Ehepartner-Freibetrags?

Die Regierungskommission für das Steuersystem legte die Grundsätze für ihren Vorschlag zur Steuerreform 2008 fest. Die Kommission will die genaue Überprüfung bzw. Abschaffung des Ehepartner-Freibetrags bei der Einkommenssteuer anregen. Derzeit wird den Einkommenssteuerpflichtigen, deren Ehepartner/-in über ein Jahreseinkommen von weniger als 1,03 Mio. Yen (ca. 7.000 Euro) verfügt, ein Freibetrag von 380.000 Yen (2.500 Euro) gewährt. Deswegen versuchen die meisten teilzeitbeschäftigten Hausfrauen, ihre Beschäftigung so zu gestalten, dass ihr Jahresentgelt 1,03 Mio. Yen nicht überschreitet. Da die Zahl der Haushalte ständig wachse, wo die Ehepartnerin ebenfalls als Vollzeitbeschäftigte berufstätig ist, sei dieser Freibetrag überholt. Da die Abschaffung dieses Freibetrags jedoch für die Einkommensschwachen eine zusätzliche Belastung bedeutet, wird die Koalition wohl diesen Vorschlag nicht annehmen.

Rententeilung bei Ehescheidung

Nach Angaben des Sozialversicherungsamts sind im Zeitraum April-September insgesamt 4,049 Anträge zur Rententeilung wegen Scheidung eingegangen. Ein Dreiviertel davon (3,069 Anträge) wurde von den Frauen gestellt. Die meisten Anträge werden in Großstädten wie Tokyo und Osaka eingereicht. Bei einer Scheidung nach dem 01.04.2007 besteht die Möglichkeit, seine Hälfte der Rente des Ehepartners einzuklagen.

Unterstützung für ausländische Kinder in öffentlichen Schulen

Angesichts der Zunahme ausländischer Kinder in den öffentlichen Schulen will das Bildungsministerium den Spracherwerb dieser Kinder verstärkt

unterstützen. So werden z. B. die Kommunen, die teilzeitbeschäftigte bilinguistische Lehrkräfte einstellen wollen, finanziell unterstützt. Außerdem werden Dolmetschen beim Unterricht und japanische Sprachkurse ausgebaut. Zur Finanzierung dieser Projekte will das Ministerium für 2008 ca. 1,96 Mrd. Yen (ca. 13 Mio. Euro) ausgeben. Nach Angaben des Bildungsministeriums beträgt die Gesamtzahl ausländischer Kinder in den öffentlichen Schulen (Grund-, Mittel- und Oberschulen) 70.936. 38% von ihnen sprechen Brasilianisch-Portugiesisch als Muttersprache, 20% Chinesisch und 15% Spanisch. 22.413 ausländische Schüler (+8,3% gegenüber dem Vorjahr) verstehen kaum Japanisch und können deshalb beim Unterricht nicht mithalten.

Sozialministerium verschwendete Steuergelder

Laut eines Prüfungsberichts des japanischen Rechnungshofes verschwendeten Ministerien und Behörden 2006 Steuergelder in Höhe von insgesamt ca. 31 Mrd. Yen, etwa 200 Mio. Euro (-14,2 Mrd. Yen, etwa 90 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr). Mit den unnötigen Ausgaben von ca. 6,27 Mrd. Yen, etwa 40 Mio. Euro, belegte das Sozialministerium wieder den ersten Platz auf der Verschwendeliste und so blieb seit 1989 außer 2004 ständiger Spitzenleiter in diesem Bereich.

Bericht vom 17.11.07 bis 28.11.07

I. Zusammenfassung:

Schärfere Einreisekontrollen
Meinungsumfrage über Finanzierung der sozialen Versicherungssysteme
Krankenversicherung für die Älteren
Weniger Bonus in diesem Winter
Mindestlohn
G8-Gipfel in Japan: Tuberkulosebekämpfung
Unterstützung für Landminenräumung in Afrika
Hoher Flüchtlingskommissar Guterres in Japan

II. Im Einzelnen:

Schärfere Einreisekontrollen

Ab dem 20. 11. 2007 wird die Einreisekontrolle in Japan verschärft. Ausländische Einreisende müssen ihren Fingerabdruck abgeben und ihr Gesicht fotografieren lassen. Dies soll als Sicherheitsvorkehrung gegen Terrorismus dienen, hieß es offiziell. Die Mainichi Zeitung vermutet dagegen, diese Maßnahmen würden eher bei der Eindämmung illegaler Einwanderung Wirkung entfalten. Manche fürchten schon, dass die neue Einreisepraxis ausländische Geschäftsleute abschrecken könnte.

Meinungsumfrage über Finanzierung der sozialen Versicherungssysteme

Laut einer Meinungsumfrage der Yomiuri Zeitung im November wollen 50% der Befragten (bei Umfrage im Oktober 2006: 49%) die Anhebung der Verbrauchssteuer akzeptieren, sollte es dabei um die nachhaltige Finanzierung der sozialen Versicherungssysteme gehen. Dagegen teilen

48% (Okt. 2006: 49%) diese Meinung nicht. 32% (bei Umfrage im Juli 2004: 26%) meinen, dass die Steuer- und Sozialabgaben künftig höher als derzeit sein könnten, sollte das gegenwärtige Leistungsniveau erhalten werden. 29% (37%) wollen eher ein sinkendes Leistungsniveau hinnehmen, wenn diese Abgaben nicht angehoben werden sollten.

Bei seiner Rede vor dem Oberhaus am 26.11. schloss Premierminister Fukuda erneut die baldige Anhebung der Verbrauchssteuer aus.

Krankenversicherung für die Älteren

Einer Untersuchung des Sozialministeriums zufolge wird der Jahresbeitrag in der im April 2008 neu einzuführenden Krankenversicherung für die über 75-Jährigen durchschnittlich bei 72.000 Yen (ca. 480 Euro) liegen. Das Beitragsniveau ist zwischen den Präfekturen sehr unterschiedlich. Den höchsten Beitrag von 92.750 Yen (ca. 600 Euro) bezahlen die Bewohner in Kanagawa, gefolgt von Tokyo (91.800 Yen) und Osaka (88.066 Yen). Dagegen sind ältere Menschen in Aomori (46.374 Yen, ca. 290 Euro) und Iwate (47.733 Yen) durch die Beitragszahlung am wenigsten belastet. Dies ist hauptsächlich auf die Unterschiede in der Einkommenslage der älteren Haushalte und den medizinischen Pro-Kopf-Kosten zurückzuführen.

In der neuen Krankenversicherung, deren Träger die Präfektur ist, müssen die Versicherten 10% von den entstandenen Behandlungskosten selbst übernehmen.

Weniger Bonus in diesem Winter

Nach Angaben der fünf führenden privaten Forschungsinstitute wird der Bonus in diesem Winter bei Privatunternehmen um 0,8% gegenüber dem

Vorjahr zurückgehen und durchschnittlich bei 430.000 Yen, ca. 2.800 Euro liegen. Dies sei hauptsächlich auf die schwache Gewinnlage vor allem bei mittelständischen und kleinen Betrieben im Zug der Ölpreissteigerung zurückzuführen.

Mindestlohn

Nach erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien und der Demokratischen Partei Japans (DPJ) wurde das Revisionsgesetz für den Mindestlohn verabschiedet. Vor dem Hintergrund, dass der geltende Mindestlohn in manchen Präfekturen unter dem Sozialhilfeniveau liegt, gibt das Revisionsgesetz die Kriterien zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns noch genauer vor, damit das Sozialhilfeniveau stärker in den Festlegungsprozess einbezogen wird. Auf Drängen der DPJ wurde die Definition über den Mindestlohn im Gesetzestext präzisiert: Der Mindestlohn muss dazu dienen, den Arbeitnehmern eine Existenz bei Erhaltung der Gesundheit und Beteiligung am kulturellen Leben auf minimal erforderlichem Niveau zu ermöglichen.

G8-Gipfel in Japan: Tuberkulosebekämpfung

Japan will beim G8-Gipfel in Toyako ein Hilfsprogramm für Entwicklungsländer bei der Tuberkulosebekämpfung bekannt geben und bei den Teilnehmern um Verständnis für dieses Programm und entsprechende Zusammenarbeit werben. Noch vor dem Gipfel wird Japan finanzielle und medizintechnische Unterstützung zunächst für Zambia und die Philippinen durchführen.

Unterstützung für Landminenräumung in Afrika

Im Hinblick auf die Afrikakonferenz (TICAD) im Mai 2008 in Yokohama hat Japan vor, ab 2008 die Räumung von Landminen auf Mauritius zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit einer japanischen NGO wird Japan dort vor allem Fachkräfte für die Entschärfung und Räumung von Blindgängern und Landminen ausbilden.

Hoher Flüchtlingskommissar Guterres in Japan

UNHCR-Kommissar Guterres führte Gespräche mit Außenminister Komura und Justizminister Hatoyama über die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Drittländern. Die japanische Seite teilte ihm dabei mit, dass eine Studie über dieses Thema mit Beteiligung der elf betreffenden Ministerien bereits eingeleitet ist. In einem Interview mit der Zeitung Asahi Shinbun brachte der UNHCR-Kommissar seine Erwartung zum Ausdruck, dass sich Japan als erstes Land in Asien am Neuansiedlungsprozess beteiligt.

Bericht vom 29.11.07 bis 12.12.07

I. Zusammenfassung:

Tarifrunde im Frühling 2008

Organisationsquote der Gewerkschaft

Demokratische Partei Japans und Gewerkschaften

Arbeitslosigkeit im Oktober

Zahl der Erwerbsfähigen schrumpft schneller als erwartet

Abbau der staatlichen Sozialausgaben
Sozialhilfe wird zunächst nicht gekürzt

II. Im Einzelnen:

Tarifrunde im Frühling 2008

Der Industrie- und Arbeitgeberrundverband Keidanren legte die Grundsätze zu den Tarifverhandlungen im Frühjahr 2008 fest. Um die Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte zu verbessern, akzeptiert Keidanren die Lohnerhöhung bei Unternehmen, die positive Jahresergebnisse erzielen. Jedoch wies der Arbeitgeberverband eine branchendeckende einheitliche Lohnsteigerung zurück, welche die Gewerkschaften fordern.

Der Gewerkschaftsdachverband Rengo will bei der Tarifrunde im Frühling 2008 bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Teilzeitbeschäftigten einen besonderen Akzent setzen. Rengo fordert unter anderem die Erhöhung des Stundenlohns um 25 Yen, etwa 15 Eurocent auf über 1.000 Yen, etwa 7 Euro. Nach den Tarifverhandlungen im Frühjahr 2007 wurde der Stundenlohn durchschnittlich um 13,2 Yen, etwa 8 Eurocent angehoben.

Organisationsquote der Gewerkschaft

Rengo-Präsident Takagi wies bei einer Vorstandssitzung darauf hin, dass die Organisationsquote der Gewerkschaft in diesem Jahr leicht unter dem Vorjahrsniveau von 18,2% liegen und damit den bisher tiefsten Stand erreichen werde. Der anhaltende Rückgang der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer konnte zwar gestoppt werden, aber im Zuge der

Konjunkturerholung stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten um etwa 500.000. Die Organisationsquote geht seit 1976 ständig zurück. Vor diesem Hintergrund will sich Rengo bei der kommenden Tarifrunde vorrangig für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Arbeitnehmern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen wie Teilzeitbeschäftigte und Vertragsarbeiter einsetzen und diesen Personenkreis für die Gewerkschaft gewinnen.

Demokratische Partei Japans und Gewerkschaften

DPJ-Chef Ozawa begann wie vor den Oberhauswahlen im Sommer mit politischen Gesprächsreisen mit führenden Branchengewerkschaften, um deren Mitwirkung in den nächsten Unterhauswahlen auszubauen. Bei einem Gespräch Mitte Oktober hatte Ozawa bereits Rengo-Präsident Takagi gebeten, für sich Gespräche mit den Vertretern derjenigen Branchengewerkschaften einzusetzen, deren Mitglieder über 100.000 zählen. Rund 30 DPJ-Kandidaten sind besonders auf die Unterstützung der Branchengewerkschaften angewiesen.

Arbeitslosigkeit im Oktober

Im Oktober waren insgesamt 2,71 Mio. Menschen beschäftigungslos (-100.000 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr). Damit ging diese Zahl im 23. Monat in Folge zurück. Die Arbeitslosenquote lag unverändert bei 4 %: bei Männern betrug sie 4 % und bei Frauen 3,9% (-0,1%). Dies ist hauptsächlich auf die weiterhin angespannte Geschäftslage in den kleineren und kleinsten Betrieben zurückzuführen. Während die Zahl der Arbeitnehmer bei den Betrieben mit über 30 Beschäftigten im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr zunahm, schrumpfte die Belegschaft bei den Betrieben mit weniger als 30 Beschäftigten um 300.000.

Zahl der Erwerbsfähigen schrumpft schneller als erwartet

Nach Einschätzungen des Sozialministeriums schrumpft die Zahl der Menschen über 15 Jahre, die berufstätig sind oder aktiv nach einem Arbeitsplatz suchen, von 66,57 Mio. (2006) um ca. 4,4 Mio. auf 62,17 Mio. im Jahre 2017 und um ca. 10,7 Mio. auf 55,84 Mio. im Jahre 2030, sollten eine größere Gruppe von Frauen und älteren Menschen weiterhin vom Berufsleben ausgeschlossen bleiben. Wird die Wiedereingliederung der Frauen ins Berufsleben nach der Entbindung und die Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer bis 70 Jahre mit politischen Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren gefördert, könnte der Rückgang der Erwerbstätigen auf ca. 1 Mio. (2017) und ca. 4,8 Mio. (2030) verkleinert werden, so das Ministerium.

Abbau der staatlichen Sozialausgaben

Um die Sozialausgaben um 220 Mrd. Yen, etwa 1,7 Mrd. Euro drücken zu können, wollen Regierung und Koalition 2008 die staatliche Beteiligung an der Finanzierung der regierungsverwalteten Krankenkassen, wo die Arbeitnehmer bei mittelständischen und kleinen Betrieben versichert sind, um ca. 110 Mrd. Yen, etwa 800 Mio. Euro abbauen. Die Regierung gibt für diese Versicherungsart jährlich insgesamt über 500 Mrd. Yen, etwa 350 Mio. Euro aus. Zur Gegenfinanzierung sollen die Krankenkassen der Großbetriebe ca. 80 Mrd. Yen, etwa 550 Mio. Euro und die genossenschaftlichen Unterstützungskassen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ca. 30 Mrd. Yen, etwa 200 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Dies führe laut Verband der Krankenversicherungsträger (Kemporen) zur Beitragssteigerung von ca. 5.000 Yen, etwa 35 Euro pro Versichertem im Jahr.

Sozialhilfe wird zunächst nicht gekürzt

Regierung und Koalition haben sich dafür entschlossen, die Leistungen für Lebensunterhalt in der Sozialhilfe insgesamt zunächst 2008 nicht herabzusetzen und diese je nach regionaler Situation leicht zu modifizieren. So wollen Regierung und Koalition auf die Wohlstandsdiskussionen in der Öffentlichkeit Rücksicht nehmen. Dabei sind wahltaktische Motive nicht zu verbergen. Das Sozialministerium hatte bei der Erstellung des Haushaltsplans zunächst erwogen, ab 2008 die Sozialhilfe abzubauen.

Bericht vom 13.12.07 bis 27.12.07

I. Zusammenfassung:

Ältere Menschen ohne Rentenanspruch
Rentenskandal
Medizinische Ausgaben
Nationalkonferenz für soziale Sicherheit
Lebenserwartung

II. Im Einzelnen:

Ältere Menschen ohne Rentenanspruch

Nach Einschätzung des Sozialversicherungsamtes haben 1,1 Mio. ältere

Menschen über 60 Jahre zurzeit keinen Rentenanspruch, weil sie die Mindestwartezeit von 25 Jahren nicht erfüllt haben. 370.000 von ihnen könnten zukünftig eine Rente beziehen, sollten sie sich freiwillig in der Nationalen Rentenversicherung versichern und bis zum 70. Lebensjahr ihre fehlenden Beiträge nachzahlen. Die restlichen 730.000 Menschen haben nach den geltenden Gesetzen keine Möglichkeit mehr, eine Altersrente zu erhalten. Dieses Schicksal teilen auch 450.000 Menschen unter 60 Jahren, welche die Mindestwartezeit unmöglich noch erfüllen können. Derzeit gibt es in Japan ca. 33,6 Mio. Altersrentenempfänger.

Rentenskandal

Sozialminister Masuzoe gab bekannt, dass bei 19,75 Mio. von den 50 Mio. nicht identifizierten Beitragszahlungen in der gesetzlichen Rentenversicherung die Beitragszahler unmöglich bis März 2008 namentlich festzustellen seien. Dies ist hauptsächlich auf mangelhafte Datenführung wie falsche Eingaben der Personennamen und Geburtsdaten beim Sozialversicherungsamt zurückzuführen. Nur 11 Mio. Zahlungen könnten bis zu diesem Zeitpunkt eindeutig identifiziert werden. Die Identifizierungsarbeit sei, so Masuzoe, sehr schwierig und manche Einzahlungen werden überhaupt nicht mehr den Rentenempfängern zuzuordnen sein.

Minister Masuzoe verweigerte seine Entschuldigung dafür, sein Wort bei der Amtsübernahme als Sozialminister Ende August nicht halten zu können: damals hat er die Klärung aller unidentifizierbarer Beitragszahlungen versprochen. Auch die Koalition versprach im Auftakt zu den Oberhauswahlen im Juli dieses Jahres, für die lückenlose Identifizierung aller Beitragszahlungen bis zum März 2008 zu sorgen.

Premierminister Fukuda entschuldigte sich vor den Journalisten wegen missverständlicher Formulierungen im Wahlversprechen seiner Partei. Seine Regierung bemühe sich wie bisher nach Kräften um eine Lösung.

Medizinische Ausgaben

Regierung und Koalition einigten sich auf die Revision ärztlicher Vergütung für 2008. Nach der Einigung wird die Vergütung für ärztliche Behandlung erstmals seit acht Jahren um 0,38% angehoben. So wollen Regierung und Koalition dem Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen begegnen. Die Regierung wolle ihr Engagement für die Probleme im medizinischen Versorgungssystem zeigen. Wahltaktische Motive in Hinblick auf die nächsten Unterhauswahlen dürften ebenfalls eine Rolle spielen.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind ca. 30,4 Mrd. Yen, etwa 200 Mio. Euro zusammenzubringen. Im Gegenzug werden die Ausgaben für Arzneimittel um 1,2% bzw. 96 Mrd. Yen, etwa 600 Mio. Euro gesenkt. Durch die allgemeine Herabsetzung der offiziellen Arzneimittelpreise werden zunächst 80 Mrd. Yen, etwa 500 Mio. Euro eingespart. Darüber hinaus werden die Preise der gut verkauften Arzneimittel, zum Beispiel Bluthochdruck-Medikamente, zusätzlich gesenkt, um eine Kostendämpfung in Höhe von 16 Mrd. Yen, etwa 100 Mio. Euro zu erzielen.

Die Regierung hat vor, im Haushaltsjahr 2008 für Sozialausgaben insgesamt 220 Mrd. Yen weniger auszugeben. In diesem Zusammenhang werden Maßnahmen wie den Abbau des staatlichen Anteils an der Finanzierung der regierungsverwalteten Krankenversicherung - Einsparung von 100 Mrd. Yen, etwa 600 Mio. Euro - und intensivere

Förderung der Generika-Verordnung - Einsparung von 22 Mrd. Yen, etwa 160 Mio. Euro - ergriffen.

Nationalkonferenz für soziale Sicherheit

Die Regierung beschloss, eine Nationalkonferenz für soziale Sicherheit im Januar durchzuführen. Diese Konferenz, die aus 12-13 Mitgliedern aus den Bereichen Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft bestehen soll, wird sich mit sozialen Themen wie Rente, Gesundheit, Pflege, Beschäftigung, Kindererziehung, Geburtenrückgang befassen. Durch die Diskussion darüber, wie die soziale Sicherung in Zukunft aussehen soll, was dabei von der Regierung zu erwarten ist und wie die Lasten verteilt werden, werde die Konferenz den Bürgern dazu helfen, eine konkretere Vorstellung von der künftigen sozialen Sicherung zu entwickeln, so Premierminister Fukuda.

Lebenserwartung

Nach Angaben des Sozialministeriums leben die Männer in Nagano mit 79,84 Jahren im Durchschnitt und die Frauen in Okinawa mit 86,88 Jahren am längsten in Japan. Die Männer in Nagano behaupten ihre Tabellenführung ununterbrochen seit 1990 und die Frauen in Okinawa seit 1975. Die Männer (76,27 Jahren) wie die Frauen (84,80 Jahren) in Aomori in Nordjapan sind jeweils seit 1975 beziehungsweise 2000 Schlusslicht.



Martin S. POHL

Dr. Martin Stefan Pohl ist Associate Professor an der staatlichen Universität Tsukuba, Japan und lehrt dort Internationales und Japanisches Management.

Zuvor ist er als Diplomat vom Auswärtigen Amt an die Deutsche Botschaft Tokyo versetzt worden und leitete vier Jahre das Referat für Arbeit und Gesundheit im Rang eines Counsellors.

In früheren Stationen seines Berufsweges war Dr. Pohl zehn Jahre als Unternehmensberater für die Arbeitgeberseite bei der Deutschen Eisenbahn-Consulting GmbH und die Arbeitnehmerseite beim Bundesvorstand der IG BAU tätig. Dr. Pohl war Mitglied des Aufsichtsrats der Lafarge-Roofing GmbH, des weltgrößten Dachziegelherstellers, sowie Mitglied des Lenkungsausschusses „Public Private Partnership“ beim Bundesbauministerium.

Dr. Pohl studierte an den Universitäten Mannheim und Bordeaux Betriebswirtschaft, Anglistik und Romanistik.

Publisher : Konrad Adenauer Foundation Japan, 2011

Tokyo 158-0081, Fukazawa 8-13-3, Setagya-ku, Japan

Tel: +81. 3. 4590. 9857

Fax: +81. 3. 6868. 6169

www.kas.de/japan

The contents and views expressed in this publication are entirely of the authors' responsibility and do not necessarily represent the positions of the Konrad Adenauer Foundation.